Budget 2013
Finanzplan 2013 – 2016

Kanton Zug

	Bericht und Antrag des Regierungsrates	5
	Detailinformationen	
	Kennzahlen	25
	Laufende Rechnung	
	– Total pro Direktion	26
	– Saldo pro Amt	27
	– Artengliederung (3-stufig)	29
	Investitionsrechnung	
	– Total pro Direktion	33
	– Saldo pro Amt	34
	– Artengliederung (3-stufig)	36
	Institutionelle Gliederung	
10	**Gesetzgebende Behörden**	
1000	Kantonsrat	41
11	**Allgemeine Verwaltung**	
1100	Regierungsrat	43
1120	Staatskanzlei	44
1128	Ombudsstelle	47
1129	Datenschutz	48
15	**Direktion des Innern**	
1500	Direktionssekretariat	49
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	54
1530	Amt für Wald und Wild	59
1550	Sozialamt	65
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz	71
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	76
17	**Direktion für Bildung und Kultur**	
1700	Direktionssekretariat	81
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	85
1733	Kantonsschule Zug	89
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	93
1736	Fachmittelschule Zug	96
1740	Amt für gemeindliche Schulen	99
1777	Amt für Berufsberatung	105
1780	Amt für Sport	110
1790	Amt für Kultur	114
20	**Volkswirtschaftsdirektion**	
2000	Direktionssekretariat	117
2011	Amt für Berufsbildung	121
2012	Amt für Brückenangebote	124
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	127
2015	Landwirtschaftliches Bildungs- und Beratungszentrum	133
2018	Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege	138
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	139
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	143
2031	Arbeitslosenkasse	147
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	150
2040	Sozialversicherungen	154
2050	Landwirtschaftsamt	155
2065	Amt für Wohnungswesen	160
2067	Amt für wirtschaftliche Landesversorgung	164
2070	Handelsregisteramt	165
2071	Konkursamt	168
30	**Baudirektion**	
3000	Direktionssekretariat	171
3020	Tiefbauamt	175
3023	Strassenunterhalt	180
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	184
3031	Kantonsstrassen	185
3032	Nationalstrassen	188
3050	Amt für Umweltschutz	189
3051	Deponienachsorge Spezialfinanzierung	194
3060	Hochbauamt	195
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	203
3080	Amt für Raumplanung	205
35	**Sicherheitsdirektion**	
3500	Direktionssekretariat	211
3515	Schätzungskommission	216
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	217
3541	Stabsstelle Notorganisation	221
3581	Strassenverkehrsamt	224
3587	Amt für Feuerschutz	228
3590	Zuger Polizei	229
3592	Amt für Migration	237
3595	Strafanstalt	240
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	243
40	**Gesundheitsdirektion**	
4000	Direktionssekretariat	247
4005	Amt für Verbraucherschutz	252
4021	Rettungsdienst	257
4030	Spitäler	261
4055	Gesundheitsamt	263
4060	Medizinalamt	268
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	272
50	**Finanzdirektion**	
5000	Direktionssekretariat	277
5001	Finanzkontrolle	282
5010	Personalamt	285
5011	Allgemeiner Personalaufwand	289
5020	Finanzverwaltung	290
5022	Allgemeiner Finanzbereich	295
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	297
5050	Amt für Informatik und Organisation	298
5060	Steuerverwaltung	304
5065	Kantonssteuern	310
5068	Bundessteuern	311
5069	Finanzausgleich Einwohnergemeinden	312

61	**Richterliche Behörden**	
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	313
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	314
6106	Strafgericht: Verwaltung	315
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	316
6111	Obergericht: Verwaltung	317
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	319
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	320
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	321
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	322
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	323
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	324
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	325
6183	Schätzungskommission	326
	Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten	
	Pädagogische Hochschule Zug	329
	Interkantonale Strafanstalt Bostadel	333

Häufig verwendete Abkürzungen:

Abs.	Absatz
Abw.	Abweichung
BD	Baudirektion
BGS	Bereinigte Gesetzessammlung (des Kantons Zug)
Bst.	Buchstabe
DBK	Direktion für Bildung und Kultur
DI	Direktion des Innern
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EG	Einführungsgesetz
FD	Finanzdirektion
FHG	Finanzhaushaltgesetz (BGS 611.1)
Fr.	Franken
FV	Finanzvermögen
GD	Gesundheitsdirektion
GEVER	Geschäftsverwaltungsprogramm
HRM2	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden
IR	Investitionsrechnung
IT	Informationstechnologie
KR	Kantonsrat
KRB	Kantonsratsbeschluss
LR	Laufende Rechnung
Mio.	Millionen
OR	Obligationenrecht
PE	Personaleinheit
RR	Regierungsrat
RRB	Regierungsratsbeschluss
SD	Sicherheitsdirektion
SKA	Staatskanzlei
SR	Systematische Rechtssammlung (des Bundes)
Stv.	Stellvertreterin/Stellvertreter
VD	Volkswirtschaftsdirektion
VV	Verwaltungsvermögen
ZGB	Zivilgesetzbuch

Bericht und Antrag des Regierungsrates

Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 11. September 2012

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Gestützt auf § 41 Bst. h der Verfassung des Kantons Zug vom 31. Januar 1894 (BGS 111.1), § 7 Abs. 5 des Gesetzes über die Organisation der Staatsverwaltung (Organisationsgesetz) vom 29. Oktober 1998 (BGS 153.1) und §§ 21 und 22 sowie § 35 Abs. 1 und Abs. 2a des Gesetzes über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006 (BGS 611.1) unterbreiten wir Ihnen hiermit das Budget 2013 und den Finanzplan 2013–2016 des Kantons Zug.

Wir beantragen Ihnen,

1. auf das Budget 2013 einzutreten und es zu genehmigen;
2. die Leistungsaufträge 2013 zu genehmigen;
3. den Leistungsauftrag und das Globalbudget 2013 der Pädagogischen Hochschule Zug zu genehmigen;
4. das Budget 2013 der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel zu genehmigen;
5. den Steuerfuss der allgemeinen Kantonssteuer für das Jahr 2013 unverändert auf 82 Prozent der Einheitssätze zu belassen;
6. den Finanzplan 2013–2016 zur Kenntnis zu nehmen.

Zug, 11. September 2012

Mit vorzüglicher Hochachtung

Regierungsrat des Kantons Zug

Der Landammann: Matthias Michel
Die Stv. Landschreiberin: Renée Spillmann Siegwart

1 In Kürze

Das Budget 2013 des Kantons Zug schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 25.9 Mio. Franken ab. Die unsichere Wirtschaftslage geht auch an uns nicht spurlos vorbei. Die Fiskalerträge und die direkten Bundessteuern nehmen gegenüber den Vorjahren ab. Die in den Finanzplanjahren ausgewiesenen Defizite sind jedoch vorübergehend, da sie konjunkturell bedingt sind. Es gibt keine Anzeichen für ein strukturelles Problem im Zuger Finanzhaushalt.

Vergleich mit dem Finanzhaushaltsmodell der BAK Basel
Die BAK Basel geht in ihren aktuellen Prognosen von jährlich abnehmenden Aufwandüberschüssen aus. Sie schätzt die Entwicklung der Steuererträge in den Planjahren insgesamt positiver ein als der Regierungsrat. Auf der anderen Seite rechnet sie insbesondere bei den Abschreibungen mit geringeren Aufwendungen.

Auflösung der Steuerausgleichsreserve
Im Budget 2013 wird die mit Ertragsüberschüssen früherer Jahre geäufnete Steuerausgleichsreserve von 47.5 Mio. Franken aufgelöst, um den Rückgang bei den Kantonssteuern und dem Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer im Budget 2013 auszugleichen. Die Ressourcenausgleichsreserve wird nicht angetastet und sie beträgt weiterhin 380 Mio. Franken.

Zunehmende Investitionstätigkeit in den Planjahren
Im Kanton Zug stehen grosse Investitionsprojekte an, die sich in den Finanzplanjahren auswirken. Im Strassenbau sind dies unter anderem die Umfahrung Cham-Hünenberg und die Tangente Zug/Baar. Im Hochbaubereich wird insbesondere in die kantonalen Schulen sowie in den Neubau des Amtes für Verbraucherschutz in Steinhausen investiert. Im Weiteren läuft auch die Planung des neuen Verwaltungszentrums an.

Weiterhin steigende Ausgleichszahlungen an die anderen Kantone
Im Jahr 2013 hat Zug für den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich gemäss den Angaben des Bundes 276.5 Mio. Franken an die anderen Kantone zu zahlen. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Erhöhung um 14.3 Mio. Franken oder 5.5%. Die Gemeinden beteiligen sich an den Ausgleichszahlungen im Jahr 2013 mit insgesamt 39.3 Mio. Franken.

2 Wirtschaftliches Umfeld[1]

Die internationale Konjunktur ist zurzeit mit erheblichen Risiken und Unsicherheiten behaftet. Im Euroraum befinden sich diverse Länder in einer Rezession und die Schuldenkrise belastet die wirtschaftlichen Perspektiven. Die Aussichten für Asien und die USA sind besser, aber die Probleme in Europa beeinflussen aufgrund der internationalen Handels- und Finanzverflechtungen auch diese Wirtschaftsräume.
Die Schweizer Wirtschaft behauptet sich relativ gut. Dies ist zu einem erheblichen Teil auf die historisch tiefen Zinsen, die rückläufige Inflation und die durch Zuwanderung wachsende Bevölkerung zurückzuführen. Auch die Exportwirtschaft hält sich trotz des starken Frankens und der rezessiven Wirtschaftslage in vielen EU-Ländern gut. Dazu trägt auch die Wechselkursuntergrenze zum Euro bei, welche die Währungssituation etwas entschärft hat. Für verschiedene Sektoren und Exportfirmen bleibt die Situation aber angespannt und der Margendruck ist hoch.
Die Schwierigkeiten in der Eurozone gehen auch am Standort Zug nicht ohne Einbussen vorbei. Der Kanton muss sich mit einem deutlich tieferen Wirtschaftswachstum zufriedengeben. Die Abhängigkeit der Zuger Wirtschaft von der Eurozone ist jedoch weniger stark ausgeprägt als in anderen Kantonen, weshalb das Wachstum im interkantonalen Vergleich weiterhin überdurchschnittlich ausfällt. Hauptgrund dafür ist der Grosshandel, der in vergleichsweise geringem Ausmass von der Entwicklung in Europa abhängig ist.

[1] Gemäss Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Konjunkturtendenzen Sommer 2012 sowie BAK Basel, Kommentar zum Finanzhaushaltsmodell Zug, Juli 2012

3 Änderungen gegenüber dem Vorjahr

- Unter den Detailinformationen finden Sie neu die von der Stawiko gewünschte Zusammenstellung «Saldo pro Amt» sowohl für die Laufende Rechnung als auch für die Investitionsrechnung.
- In den Leistungsaufträgen ist die Legende für die Zielsetzungen wie folgt eingefügt:
  1, 2, 3 ... Jährlich wiederkehrende Zielsetzungen;
  A, B, C ... Einmalige Zielsetzungen oder Projekte;
  L1, L2 ... Legislaturziele.
- In den Leistungsaufträgen sind neue Zielsetzungen daran erkennbar, dass die Spalte «Indikatoren und Zielgrössen 2012» leer ist. Weggefallene Zielsetzungen sind in der Spalte «Indikatoren und Zielgrössen 2013» entsprechend kommentiert.
- Das neue Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz wird im 2013 für den Vollbetrieb ausgebaut.
- Die Pädagogische Hochschule Zug wird ab 1. August 2013 als selbstständig öffentlich-rechtliche Anstalt weitergeführt. Wie im Gesetz über die Pädagogische Hochschule Zug vorgesehen, werden Leistungsauftrag und Globalbudget vom Kantonsrat separat genehmigt.

4 Übersicht

in Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-1'297.2	-1'365.9	-1'432.8	-66.9	4.9	-1'442.9	-1'499.8	-1'600.8
Total Ertrag	1'382.0	1'362.1	1'406.9	44.8	3.3	1'381.3	1'444.0	1'567.7
Ertrags- / Aufwandüberschuss	**84.8**	**-3.8**	**-25.9**	**-22.1**	**582.2**	**-61.6**	**-55.9**	**-33.1**

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Im **Budget 2013** schliesst die Laufende Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 25.9 Mio. Franken ab. Gegenüber dem Vorjahresbudget entspricht dies einer Verschlechterung von 22.1 Mio. Franken. Dabei ist die Reservenentnahme von 47.5 Mio. Franken zu berücksichtigen.
Das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden vom 25. Januar 2008 (HRM2) empfiehlt aus Transparenzgründen, auf Reservenbildungen zu verzichten und bereits gebildete Reserven aufzulösen. Der Regierungsrat will dieser Forderung schrittweise nachkommen und die mit den Ertragsüberschüssen früherer Jahre gebildete Steuerausgleichsreserve von 47.5 Mio. Franken auflösen. Damit wird der Rückgang bei den Kantonssteuern und dem Kantonsanteil der direkten Bundessteuer teilweise ausgeglichen.

Die grössten Abweichungen gegenüber dem Vorjahresbudget auf der **Ertragsseite**:
+ 47.5 Mio. Franken höherer Ertrag durch die Auflösung der Steuerausgleichsreserve;
+ 5.8 Mio. Franken höherer Anteil der Gemeinden an den Ressourcenausgleich;
– 24.0 Mio. Franken weniger Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer;
– 9.5 Mio. Franken weniger Fiskalertrag;
– 3.8 Mio. Franken weniger Zinsertrag.

Auf der **Aufwandseite**:
+ 14.3 Mio. Franken höherer Aufwand für den Ressourcenausgleich;
+ 5.7 Mio. Franken höherer Personalaufwand;
+ 4.8 Mio. Franken höhere Beiträge für Ergänzungsleistungen AHV und IV;
+ 3.9 Mio. Franken höherer Abschreibungsaufwand Mobilien (für Polycom);
+ 3.4 Mio. Franken höhere Beiträge an Spitäler (Neue Spitalfinanzierung).

Zu beachten sind auch folgende **erfolgsneutrale Buchungen**:
18.9 Mio. Franken für den innerkantonalen Finanzausgleich der Gemeinden erscheinen sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandseite (bedingt durch den HRM2-Kontenrahmen);
5.2 Mio. Franken zusätzliche Abschreibungen für die 1. Teilergänzung der Stadtbahn werden durch Entnahme aus den Reserven für den öffentlichen Verkehr kompensiert.

In den **Planjahren** nimmt der Aufwandüberschuss kontinuierlich von 61.6 auf 33.1 Mio. Franken ab. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass es sich um vorübergehende konjunkturelle Defizite handelt und nicht um ein strukturelles Problem. Zu diesem Schluss kommt auch die BAK Basel in ihrem Bericht zum aktualisierten Finanzhaushaltsmodell (siehe dazu auch Ziff. 6).
Auf der Ertragsseite werden sich die Fiskalerträge wieder stabilisieren und weisen ein durchschnittliches Wachstum von 4.0% pro Jahr auf. Auch beim Anteil an der Direkten Bundessteuer kann wieder mit einem Wachstum gerechnet werden. Aufgrund der prognostizierten Zinsentwicklung erhöhen sich auch die erwarteten Zinserträge. Demgegenüber nehmen auf der Aufwandseite insbesondere die Abschreibungen als Folge der sehr hohen Investitionstätigkeit markant zu.

5 Informationen zu den wichtigsten Positionen

Budget und Finanzplan orientieren sich an den Vorgaben der Finanzstrategie 2012–2020 (Vorlage Nr. 2026.1–13708).

5.1 Personalaufwand

Personalaufwand in Mio. Franken	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Gemäss Regierungsrat	-305.4	-311.1	-320.4	-332.4	-344.2
Abweichung zum Vorjahr		-5.7	-9.3	-12.0	-11.8
Abweichung zum Vorjahr in %		1.9%	3.0%	3.8%	3.6%
Vorgabe Finanzstrategie		2.1%	2.7%	3.6%	3.6%

Im **Budget 2013** ist Folgendes zu beachten:

Personalaufwand	**Mio. Fr.**
Budget 2012	305.4
nicht beanspruchte Teuerung	-2.6
Wegfall des Zusatzbeitrages (§ 35 Pensionskassengesetz *)	-1.0
bereinigte Ausgangsbasis Budget 2012	301.8
rechnerisch erlaubtes Budget 2013 (Steigerung von 2.1%)	308.1
beantragtes Budget 2013	311.1
Überschreitung der strategischen Vorgabe	**3.0**

*) gemäss § 35 des Pensionskassengesetzes vom 31. August 2006 (BGS 154.31) waren die Zusatzbeiträge zur Finanzierung der Besitzstandsgarantie für Altersleistungen bis Ende 2012 befristet. Deshalb fallen die Zusatzbeiträge von 1.0% zulasten der Arbeitgebenden im Budget 2013 weg.

Der Kantonsrat hat folgende neuen Aufgaben beschlossen, die zu einem zusätzlichen Personalaufwand von insgesamt 4.6 Mio. Franken führen:

Vom Kantonsrat beschlossene neue Aufgaben	Mio. Fr.	Personal-stellen
Sozialamt (Vorlage 2073 Integrationsgesetz)	0.2	1.50
Kinder- und Erwachsenenschutz (Vorlage 2036)	3.8	26.10
Pädagogische Hochschule Zug (Vorlage 2152)	0.1	0.60
Zupo (Vorlage 2065 Polycom und 1984 KRB Sicherheit)	0.5	3.50
Sozialstelle (Vorlage 1951 Sozialstellenpool; GS 30, 575)	0.1	1.00
Total	**4.6**	**32.70**

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Im **Budget 2013** liegt die Steigerung des gesamten Personalaufwandes somit unter der strategischen Vorgabe, wenn die vom Kantonsrat beschlossenen neuen Aufgaben berücksichtigt werden.
Im Jahr 2013 sind folgende Effekte zu beachten:

- Verschiedene Mutations- und Effizienzgewinne führen zu tieferen Personalkosten (z.B. rund 2.0 Mio. Franken bei der Kantonsschule);
- im Jahr 2012 lassen sich aussergewöhnlich viele Mitarbeitende vorzeitig pensionieren, um von der Übergangsbestimmung in § 32 Abs. 2 des Pensionskassengesetzes vom 31. August 2006 (BGS 154.31) zu profitieren, die eine geringere Ermässigung des Umwandlungssatzes ermöglicht und Ende 2012 ausläuft. Das hat zur Folge, dass im Jahr 2013 jüngere Mitarbeitende angestellt werden, die in der Regel tiefer eingereiht sind.

Im **Planjahr 2014** wird die strategische Vorgabe leicht übertroffen, da bereits neue Stellen eingerechnet sind, die für die Umsetzung der anstehenden Grossprojekte benötigt werden. Die Wachstumsraten der **Planjahre 2015 und 2016** liegen dann wieder innerhalb der jeweiligen Vorgaben, jedoch ausgehend vom höheren Niveau des Jahres 2014. Eventuell wieder anfallende Zusatzbeiträge im Zusammenhang mit der Revision des Pensionskassengesetzes sind noch nicht eingerechnet.

5.2 Dienstleistungen Dritter und Honorare

Für die drei Kontengruppen

- 313 Dienstleistungen Dritter und Honorare
- 314 Baulicher Unterhalt für Grundstücke im Verwaltungsvermögen
- 315 Unterhalt Immobilien

sollte sich die Wachstumsrate im Rahmen der prognostizierten Teuerung bewegen, wobei direkt zusammenhängende Erträge berücksichtigt werden können.

Dienstleistungen Dritter und Honorare in Mio. Franken	Budget 2012	Budget 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Gemäss Regierungsrat	-67.7	-70.2	-71.4	-71.8	-72.5
Abweichung zum Vorjahr		-2.5	-1.2	-0.4	-0.7
Abweichung zum Vorjahr in %		3.7%	1.7%	0.5%	0.9%
Vorgabe Finanzstrategie		-0.4%	0.6%	1.5%	1.5%

Für das **Budget 2013** kann die Vorgabe nicht eingehalten werden. Die Abweichung beträgt 2.5 Mio. Franken. Davon können folgende Steigerungen abgerechnet werden:

Fr. 0.6 Mio.	Sozialamt im Asylbereich: Rückerstattung des Bundes
Fr. 0.8 Mio.	Kindes- und Erwachsenenschutz: Neue Aufgabe (Vorlage 2036)
Fr. 0.2 Mio.	Kantonssteuerertrag: Einzugsprovision für Quellensteuern
Fr. 0.1 Mio.	Amt für Migration: Gebührenertrag Ausländerausweise
Fr. 1.7 Mio.	Total

Die verbleibende Überschreitung der Vorgabe von 0.8 Mio. Franken hängt mit vielen verschiedenen Steigerungen und Reduktionen zusammen. Es zeigt sich jedoch, dass in erster Linie die Aufwendungen für den Informatik-Fachsupport und für Wartungsverträge neuer Informatik-Anwendungen zunehmen. Diese Aufwände haben einen direkten Zusammenhang mit den grossen Informatikprojekten wie iZug, Gever, Neue Einwohnerkontrolle, EDUC+ oder eGovernment, welche zulasten der Investitionsrechnung realisiert werden oder bereits in Betrieb sind. Erfahrungswerte zeigen, dass in der Laufenden Rechnung pro investierten Franken Folgekosten von 20 Rappen anfallen. Zusätzlich werden die Informatikprojekte mit 40% jährlich degressiv abgeschrieben.

Im **Planjahr 2014** zeichnet sich nochmals eine Überschreitung ab, die im nächsten Budgetprozess besonders beachtet werden muss. Die Steigerungsraten in den **Planjahren 2015 und 2016** deuten darauf hin, dass dann das Wachstum wieder unter der Vorgabe liegen wird.

5.3 Leistungsvereinbarungen

Leistungsvereinbarungen in Mio. Franken	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Gemäss Regierungsrat	-184.0	-188.5	-191.7	-195.9	-201.6
Abweichung zum Vorjahr		-4.5	-3.2	-4.2	-5.7
Abweichung zum Vorjahr in %		2.5%	1.7%	2.2%	2.9%
Vorgabe Finanzstrategie		1.5%	2.1%	3.1%	3.1%

Im **Budget 2013** beträgt die Steigerung gegenüber dem Vorjahr 4.5 Mio. Franken und liegt um 1.8 Mio. Franken über der strategischen Vorgabe.

Dafür sind folgende Bereiche verantwortlich:
- Die neue Spitalfinanzierung hat im Budget 2012 bereits zu einer Aufwandsteigerung geführt. Die Erhöhung des Kostenteilers zu Lasten des Kantons von 47% auf 49% führt zu einem Mehraufwand von 3.4 Mio. Franken.
- Beim Amt für Wirtschaft und Arbeit beträgt der Mehraufwand für den Verein für Arbeitsmarktmassnahmen 0.4 Mio. Franken, die vom Bund zurückerstattet werden.

Speziell zu beachten sind die Leistungsvereinbarungen für das Behindertenwesen des Sozialamtes. Im Zusammenhang mit der Veränderung der Verordnung über die Kosten für Tagestaxen bei den Ergänzungsleistungen vom 6. Dezember 2011 (BGS 841.712) ergeben sich Reduktionen im Umfang von rund 2.0 Mio. Franken, die neu in der Kostenstelle 2040 Sozialversicherungen anfallen. Da die zusätzlichen Aufwendungen im Sozialamt rund 1.3 Mio. Franken ausmachen, beträgt der budgetierte Minderaufwand für Leistungsvereinbarungen im Behindertenwesen rund 0.7 Mio. Franken.

In den **Planjahren 2014–2016** zeichnet sich wieder ein leicht unterdurchschnittliches Wachstum ab, jedoch ausgehend vom hohen Niveau des Jahres 2013. Der Kostenteiler zu Lasten des Kantons im Zusammenhang mit der neuen Spitalfinanzierung erhöht sich im Jahr 2014 auf 51% und im Jahr 2015 auf 53%.

5.4 Ausgleichszahlungen an andere Kantone

Ausgleichszahlungen in Mio. Franken	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Ressourcenausgleich	-260.6	-274.9	-277.6	-287.2	-299.9
Härteausgleich	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6	-1.6
Total gemäss Regierungsrat	**-262.2**	**-276.5**	**-279.3**	**-288.9**	**-301.6**
Abweichung zum Vorjahr		-14.3	-2.8	-9.6	-12.7
Abweichung zum Vorjahr in %		5.5%	1.0%	3.4%	4.4%
Anteil der Gemeinden	33.5	39.3	38.7	38.1	39.4

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Im **Budget 2013** entspricht der eingestellte Betrag den Berechnungen des Eidgenössischen Finanzdepartementes vom 22. Juni 2012.
In den **Planjahren** stützen wir uns auf die Prognosen der BAK Basel vom Juli 2012.
Der Anteil der Gemeinden richtet sich nach den Vorgaben im Gesetz über den direkten Finanzausgleich vom 30. August 2007 (BGS 621.1).

5.5 Fiskalertrag (Kontengruppe 40)

Fiskalertrag in Mio. Franken	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Abw. in Mio.**	**Abw. in %**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Einkommenssteuern	346.8	333.5	-13.3	-3.8%	350.5	364.5	392.5
Vermögenssteuern	73.0	81.0	8.0	11.0%	83.0	84.0	88.0
Quellensteuern	32.0	35.5	3.5	10.9%	36.6	37.8	38.9
Total direkte Steuern natürliche Personen	**451.8**	**450.0**	**-1.8**	**-0.4%**	**470.1**	**486.3**	**519.4**
Gewinnsteuern	194.0	184.5	-9.5	-4.9%	186.5	188.5	196.5
Kapitalsteuern	19.5	20.4	0.9	4.6%	21.3	22.3	23.3
Total direkte Steuern juristische Personen	**213.5**	**204.9**	**-8.6**	**-4.0%**	**207.8**	**210.8**	**219.8**
Übrige direkte Steuern (Nachsteuern und Steuerstrafen)	1.4	2.0	0.6	42.9%	2.0	2.0	2.0
Total direkte Steuern	**666.7**	**656.9**	**-9.8**	**-1.5%**	**679.9**	**699.1**	**741.2**
Besitz- und Aufwandsteuern (Verkehrsabgaben)	28.1	28.4	0.3	1.1%	28.7	29.0	29.4
Total Fiskalertrag	**694.8**	**685.3**	**-9.5**	**-1.4%**	**708.6**	**728.1**	**770.6**

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Im **Budget 2013** ist zu beachten, dass bei den direkten Steuern der natürlichen Personen in den Jahren 2011 und 2012 substanzielle positive Einmaleffekte zu verzeichnen waren, die im Jahr 2013 grösstenteils wegfallen. Zu berücksichtigen sind ab 2013 ferner Mindereinnahmen infolge der Steuergesetzrevision 2012 und wegen des nunmehr jährlichen Ausgleichs der kalten Progression. Bei den natürlichen Personen wird gegenüber dem Vorjahresbudget mit einem Minderertrag von 1.8 Mio. Franken gerechnet.
Bei den direkten Steuern der juristischen Personen sind ab 2013 die tieferen Gewinnsteuersätze infolge der Steuergesetzrevision 2012 zu berücksichtigen und führen zu einem Minderertrag von 8.6 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahresbudget.

In den **Planjahren** wird bei den Steuererträgen infolge des allgemeinen Bevölkerungswachstums und der zunehmenden Anzahl von Unternehmen von einem generellen Wachstum von etwa 3 bis 8% pro Jahr (je nach Steuerart) ausgegangen. In den Planjahren 2014 und 2015 wird die Steuergesetzrevision 2012 noch zu Mindererträgen führen, insbesondere durch die Senkung des Gewinnsteuersatzes in drei zeitlich gestaffelten Schritten.

5.6 Kantonsanteil an Erträgen des Bundes

Anteil an Erträgen des Bundes in Mio. Franken	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Anteil an Direkter Bundessteuer	262.5	238.5	250.5	264.0	277.0
Anteil an Verrechnungssteuer	5.8	6.5	6.7	6.8	7.0
Anteil an EU-Zinsbesteuerung	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Total gemäss Regierungsrat	**268.5**	**245.2**	**257.4**	**271.0**	**284.2**
Abweichung zum Vorjahr		-23.3	12.2	13.6	13.2
Abweichung zum Vorjahr in %		-8.7%	5.0%	5.3%	4.9%

Im **Budget 2013** werden sich die substanziellen Einmaleffekte des Vorjahres bei der Direkten Bundessteuer nicht mehr im gleichen Umfang auswirken. Dies erklärt den relativ markanten Rückgang der Erträge von minus 23.3 Mio. Franken.

In den **Planjahren** wird je nach Steuerart von einem erwarteten Wachstum von rund 4 bis 8% pro Jahr ausgegangen. Zusätzlich wurden Ausfälle oder Mehreinnahmen infolge von Steuergesetzrevisionen berücksichtigt.

5.7 Investitionen, Abschreibungen und Selbstfinanzierungsgrad

Nettoinvestitionen in Mio. Franken	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Gemäss Regierungsrat	-94.0	-109.0	-103.5	-102.5	-143.5
Abweichung zum Vorjahr		-15.0	5.5	1.0	-41.0
Abweichung zum Vorjahr in %		16.0%	-5.0%	-1.0%	40.0%

Die einzelnen Grossprojekte sind in Tabelle 8 aufgelistet.

Die sehr hohe Investitionstätigkeit führt zu folgenden hohen Abschreibungen des Verwaltungsvermögens (VV):

Abschreibungen VV in Mio. Franken	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Sachanlagen	-38.7	-42.6	-41.8	-40.5	-38.0
Spezialfinanzierung Strassenbau	-25.6	-25.5	-33.9	-48.9	-108.7
Total gemäss Regierungsrat	**-64.3**	**-68.1**	**-75.7**	**-89.4**	**-146.7**
Abweichung zum Vorjahr		-3.8	-7.6	-13.7	-57.3
Abweichung zum Vorjahr in %		5.9%	11.2%	18.1%	64.1%

Gemäss Finanzstrategie soll der langfristige Selbstfinanzierungsgrad bei durchschnittlich 100% liegen. Über die letzten fünf Jahre betrachtet kann im **Budget 2013** diese Zielgrösse erreicht werden, wie folgende Tabelle zeigt:

Selbstfinanzierungsgrad in %	**Rechnung 2009**	**Rechnung 2010**	**Rechnung 2011**	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Mehrjahresbetrachtung	215.3%	110.1%	159.2%	85.2%	13.2%	26.7%	32.2%	37.4%
Mittelwert über die letzten fünf Jahre					116.6%	78.9%	63.3%	38.9%

5.8 Planbilanz

In Tabelle 11 finden sich die Planbilanzen mit den absoluten Zahlen. Die prozentualen Veränderungen in der Struktur präsentieren sich wie folgt:

Planbilanz	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Finanzvermögen	74%	72%	70%	69%	68%
Verwaltungsvermögen	26%	28%	30%	31%	32%
Total Aktiven	**100%**	**100%**	**100%**	**100%**	**100%**
Fremdkapital	37%	37%	40%	41%	44%
Eigenkapital	63%	63%	60%	59%	56%
Total Passiven	**100%**	**100%**	**100%**	**100%**	**100%**

Das Finanzvermögen nimmt im Verhältnis zum Verwaltungsvermögen ab. Hier wirken sich insbesondere die hohen Investitionen aus, die einerseits das Verwaltungsvermögen vergrössern und andererseits – wegen der kleiner werdenden Selbstfinanzierungsgrade – zu einer Reduktion des Finanzvermögens führen.
Auf der Passivseite nimmt der Anteil des Eigenkapitals ab, was auf die Aufwandüberschüsse zurückzuführen ist.
Die ausgewiesenen Verhältnisse sowohl bei den Aktiven als auch bei den Passiven zeigen nach wie vor eine solide Bilanzstruktur.

6 Vergleich mit dem Finanzhaushaltsmodell der BAK Basel

Die BAK Basel hat das Finanzhaushaltsmodell per Juli 2012 aktualisiert. Ein Vergleich mit unseren Budget- und Finanzplanzahlen zeigt folgendes Bild:

Vergleich mit FHHM BAK Basel in Mio. Franken	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
Aufwand gemäss Regierungsrat	-1365.9	-1432.8	-1442.9	-1499.8	-1600.8
Aufwand gemäss BAK Basel	-1360.0	-1430.0	-1454.2	-1514.6	-1567.1
Differenz beim Aufwand	**5.9**	**2.8**	**-11.3**	**-14.8**	**33.7**
Ertrag gemäss Regierungsrat	1362.1	1406.9	1381.3	1444.0	1567.7
Ertrag gemäss BAK Basel	1312.5	1346.4	1376.0	1467.4	1548.6
Differenz beim Ertrag	**-49.6**	**-60.5**	**-5.3**	**23.4**	**-19.1**
Ergebnis gemäss Regierungsrat	-3.8	-25.9	-61.6	-55.9	-33.1
Ergebnis gemäss BAK Basel	-47.5	-83.6	-78.2	-47.2	-18.5
Differenz beim Ergebnis	**-43.7**	**-57.7**	**-16.6**	**8.7**	**14.6**

Die Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Wegen des Übergangs von HRM1 auf HRM2 musste das Modell auf dem Budgetjahr 2012 neu aufgesetzt werden, damit die Strukturbrüche in der Vergangenheit nicht zu einer Verzerrung der Prognosen führen. Aus diesem Grund gibt es im Budgetjahr 2013 sehr wenige Differenzen zwischen dem Modell und unseren Zahlen. Insbesondere entsprechen die Fiskalerträge des Jahres 2013 genau unseren Budgetwerten und erlauben keine Aussagen. Ab dem Planjahr 2014 sind Vergleiche mit den Prognosewerten der BAK Basel wieder aussagekräftig.

Der Bericht der BAK Basel zum Update Juli 2012 findet sich im Internet unter www.zug.ch – Behörden – Finanzdirektion – Finanzplanung (Direktlink)

In folgenden Positionen treten die grössten Abweichungen zu unserer Finanzplanung auf:
- In den Planjahren 2015 und 2016 rechnen wir mit tieferen direkten Steuern der natürlichen und juristischen Personen;
- In allen Planjahren rechnen wir mit tieferem Personalaufwand;
- Im Planjahr 2016 rechnen wir mit höheren Abschreibungen (vor allem Strassenbau) und dementsprechend höheren Entnahmen aus der Spezialfinanzierung Strassenbau;
- Im Budget 2013 hat die BAK Basel die ausserordentliche Auflösung der Steuerertragsreserve nicht berücksichtigt.

In den Jahren 2013 und 2014 ist die BAK-Prognose insgesamt negativer als unsere Planung; in den Jahren 2015 und 2016 ist sie positiver. Dies stützt unsere Aussage, wonach die geplanten Aufwandüberschüsse der nächsten Jahre auf eine vorübergehende, konjunkturelle Entwicklung hindeuten und nicht auf ein strukturelles Problem im Finanzhaushalt des Kantons Zug. Über den gesamten Planungszeitraum 2012–2020 zeigt das Finanzhaushaltsmodell ein ausgeglichenes Resultat.

7 Tabellen

Ab Budget 2012 gilt der neue Kontenrahmen gemäss HRM2. Früher publizierte Zahlen sind deshalb nicht direkt vergleichbar.

Bilanz				Laufende Rechnung				Investitionsrechnung			
1	**Aktiven**	**2**	**Passiven**	**3**	**Aufwand**	**4**	**Ertrag**	**5**	**Investitions-Ausgaben**	**6**	**Investitions-Einnahmen**
10	Finanzvermögen	20	Fremdkapital	30	Personalaufwand	40	Fiskalertrag	50	Sachanlagen	60	Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen
14	Verwaltuns-vermögen	29	Eigenkapital	31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	41	Regalien und Konzessionen	51	Investitionen auf Rechnung Dritter	61	Rückerstattungen
				32	Rüstungsaufwand (nur Bund)	42	Entgelte	52	Immaterielle Anlagen	62	Abgang immaterielle Anlagen
				33	Abschreibungen Verwaltungs-vermögen	43	Verschiedene Erträge			63	Investitions-beiträge für eigene Rechnung
				34	Finanzaufwand	44	Finanzertrag	54	Darlehen	64	Rückzahlung von Darlehen
				35	Einlagen in Spezial-finanzierungen	45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	55	Beteiligungen und Grundkapitalien	65	Übertragung von Beteiligungen
				36	Transferaufwand	46	Transferertrag	56	Eigene Investitions-beiträge	66	Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge
				37	Durchlaufende Beiträge	47	Durchlaufende Beiträge	57	Durchlaufende Investitionsbeiträge	67	Durchlaufende Investitionsbeiträge
				38	Ausserordentlicher Aufwand	48	Ausserordentlicher Ertrag	58	Ausserordentliche Investitionen	68	Ausserordentliche Investitions-einnahmen
				39	Interne Verrech-nungen	49	Interne Verrech-nungen	59	Übertrag an Bilanz	69	Übertrag an Bilanz

Die nachfolgenden Tabellen 1–11 geben eine umfassende Übersicht über die wichtigsten Entwicklungen im Finanzhaushalt des Kantons. Die Kommentare beziehen sich jeweils auf die Veränderungen zwischen den Budgets 2013 und 2012, wobei die Abweichungen (Abw.) sowohl in Franken als auch in Prozenten angegeben sind.

Tabelle 1: Laufende Rechnung – Überblick

in Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-1’297.2	-1’365.9	-1’432.8	-66.9	4.9	-1’442.9	-1’499.8	-1’600.8
Total Ertrag	1’382.0	1’362.1	1’406.9	44.8	3.3	1’381.3	1’444.0	1’567.7
Ertrags-/Aufwandüberschuss	**84.8**	**-3.8**	**-25.9**	**-22.1**	**582.2**	**-61.6**	**-55.9**	**-33.1**

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2012 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 24. November 2011 folgende Änderungen beschlossen:

Budget 2012	Aufwand	Ertrag	Saldo
Antrag des Regierungsrates	**-1’366.1**	**1’362.1**	**-4.0**
Änderungen durch KR	0.2	0.0	0.2
Durch KR beschlossenes Budget	**-1’365.9**	**1’362.1**	**-3.8**

Tabelle 2: Laufende Rechnung – Gestufter Erfolgsausweis

	Laufende Rechnung in Mio. Franken	**Rechnung 2011**	**Budget 2012**	**Budget 2013**	**Abw. in Mio.**	**Abw. in %**	**Plan 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**
30	Personalaufwand	-298.0	-305.4	-311.1	-5.7	1.9	-320.4	-332.4	-344.2
31	Sach- und übriger Betriebsaufwand	-116.7	-112.7	-115.9	-3.2	2.9	-117.3	-117.6	-118.5
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-54.0	-64.3	-68.1	-3.8	6.0	-75.7	-89.4	-146.7
35	Einlagen in Spezialfinanzierungen	-13.9	-8.2	-8.5	-0.4	4.4	-1.5	-0.3	-0.4
36	Transferaufwand	-717.3	-776.0	-824.3	-48.3	6.2	-825.1	-852.1	-880.2
37	Durchlaufende Beiträge	-77.4	-79.0	-79.5	-0.5	0.7	-84.7	-89.4	-91.2
39	Interne Verrechnungen	-4.3	-5.0	-4.1	0.9	-17.3	-5.2	-5.2	-5.9
	Total betrieblicher Aufwand	**-1'281.6**	**-1'350.6**	**-1'411.7**	**-61.1**	**4.5**	**-1'429.9**	**-1'486.5**	**-1'587.2**
40	Fiskalertrag	706.7	694.8	685.3	-9.5	-1.4	708.6	728.1	770.6
41	Regalien und Konzessionen	26.0	11.8	11.6	-0.2	-1.7	11.6	11.5	11.5
42	Entgelte	65.3	65.5	65.6	0.1	0.2	65.6	65.7	66.0
43	Verschiedene Erträge	5.6	6.5	6.4	-0.1	-1.2	6.7	7.0	7.1
45	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	0.0	13.1	71.8
46	Transferertrag	431.4	444.4	451.7	7.3	1.6	452.7	469.2	486.9
47	Durchlaufende Beiträge	77.4	79.0	79.5	0.5	0.7	84.7	89.4	91.2
49	Interne Verrechnungen	4.3	5.0	4.1	-0.9	-17.3	5.2	5.2	5.9
	Total betrieblicher Ertrag	**1'316.7**	**1'306.9**	**1'304.2**	**-2.7**	**-0.2**	**1'335.1**	**1'389.2**	**1'511.0**
	Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit	**35.1**	**-43.7**	**-107.5**	**-63.8**	**146.2**	**-94.8**	**-97.3**	**-76.2**
34	Finanzaufwand	-11.1	-11.7	-12.2	-0.4	3.6	-12.6	-12.9	-13.2
44	Finanzertrag	61.4	51.4	46.2	-5.1	-10.0	46.1	54.8	56.7
	Ergebnis aus Finanzierung	**50.2**	**39.6**	**34.1**	**-5.5**	**-14.0**	**33.6**	**41.9**	**43.6**
	Operatives Ergebnis	**85.3**	**-4.0**	**-73.4**	**-69.4**	**1724.4**	**-61.2**	**-55.4**	**-32.7**
38	Ausserordentlicher Aufwand	-4.4	-3.6	-8.9	-5.4	150.0	-0.4	-0.4	-0.4
48	Ausserordentlicher Ertrag	3.9	3.8	56.4	52.6	1385.7	0.0	0.0	0.0
	Ausserodentliches Ergebnis	**-0.5**	**0.2**	**47.5**	**47.2**	**21175.9**	**-0.4**	**-0.4**	**-0.4**
	Ertrags-/Aufwandüberschuss	**84.8**	**-3.8**	**-25.9**	**-22.1**	**582.2**	**-61.6**	**-55.9**	**-33.1**

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 3: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Aufwandes

in Mio. Franken	Budget 2012	in % vom Total	Budget 2013	in % vom Total
Personalaufwand	-305.4	22.4%	-311.1	21.7%
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-112.7	8.3%	-115.9	8.1%
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64.3	4.7%	-68.1	4.8%
Finanzaufwand	-11.7	0.9%	-12.2	0.8%
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-8.2	0.6%	-8.5	0.6%
Transferaufwand	-776.0	56.8%	-824.3	57.5%
Durchlaufende Beiträge	-79.0	5.8%	-79.5	5.6%
Ausserordentlicher Aufwand	-3.6	0.3%	-8.9	0.6%
Interne Verrechnungen	-5.0	0.4%	-4.1	0.3%
Total Aufwand	**-1'365.9**	**100.0%**	**-1'432.8**	**100.0%**

Tabelle 4: Laufende Rechnung – Aufwand nach Artengliederung mit Kommentar

in Mio. Franken	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Personalaufwand	-305.4	-311.1	-5.7	1.9	Siehe Kapitel «Personalaufwand»
Sach- und übriger Betriebsaufwand	-112.7	-115.9	-3.2	2.9	Zunahmen: Dienstleistungen und Honorare 1.7 Mio. Franken, Unterhalt Mobilien 0.6 Mio. Franken, Mieten und Benützungsgebühren 0.6 Mio. Franken
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-64.3	-68.1	-3.8	6.0	Zunahmen: Hochbauten 1.0 Mio. Franken, Mobilien (Polycom) 3.9 Mio. Franken, Abnahme: Strassen/Verkehrswege 0.9 Mio. Franken
Finanzaufwand	-11.7	-12.2	-0.4	3.6	Zunahme: Zinsvergütungen und Skonto Steuern 0.7 Mio. Franken
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-8.2	-8.5	-0.4	4.4	Zunahmen: Spezialfinanzierung Strassenbau 0.2 Mio. Franken, Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung 0.2 Mio. Franken
Transferaufwand	-776.0	-824.3	-48.3	6.2	Zunahmen: Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 14.3 Mio. Franken, Innerkantonaler Finanzausgleich an Gemeinden 18.9 Mio. Franken, Beiträge Ergänzungsleistungen AHV und IV 4.8 Mio. Franken, Beiträge an Spitäler 3.4 Mio. Franken
Durchlaufende Beiträge	-79.0	-79.5	-0.5	0.7	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Aufwand	-3.6	-8.9	-5.4	150.0	Zunahme: Zusätzliche Abschreibungen 5.2 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	-5.0	-4.1	0.9	-17.3	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Ertrag Interne Verrechnungen)

Tabelle 5: Laufende Rechnung – Prozentuale Aufteilung des Ertrages

in Mio. Franken	Budget 2012	in % vom Total	Budget 2013	in % vom Total
Fiskalertrag	694.8	51.0%	685.3	48.7%
Regalien und Konzessionen	11.8	0.9%	11.6	0.8%
Entgelte	65.5	4.8%	65.6	4.7%
Verschiedene Erträge	6.5	0.5%	6.4	0.5%
Finanzertrag	51.4	3.8%	46.2	3.3%
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0%	0.0	0.0%
Transferertrag	444.4	32.6%	451.7	32.1%
Durchlaufende Beiträge	79.0	5.8%	79.5	5.7%
Ausserordentlicher Ertrag	3.8	0.3%	56.4	4.0%
Interne Verrechnungen	5.0	0.4%	4.1	0.3%
Total Ertrag	**1'362.1**	**100.0%**	**1'406.9**	**100.0%**

Tabelle 6: Laufende Rechnung – Ertrag nach Artengliederung mit Kommentar

in Mio. Franken	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Wichtigste Abweichungen/Kommentar
Fiskalertrag	694.8	685.3	-9.5	-1.4	Zunahme: Übrige direkte Steuern 0.6 Mio. Franken (Nachsteuern und Steuerstrafen), Abnahmen: Direkte Steuern natürliche Personen 1.8 Mio. Franken, Direkte Steuern juristische Personen 8.6 Mio. Franken
Regalien und Konzessionen	11.8	11.6	-0.2	-1.7	Abnahme: Konzessionen 0.2 Mio. Franken
Entgelte	65.5	65.6	0.1	0.2	Zunahmen: Rückerstattungen Dritter 0.9 Mio. Franken Abnahme: Schul- und Kursgelder 0.5 Mio. Franken
Verschiedene Erträge	6.5	6.4	-0.1	-1.2	Keine Abweichungen
Finanzertrag	51.4	46.2	-5.1	-10.0	Abnahmen: Zinsertrag 3.8 Mio. Franken, Liegenschaftenertrag VV 1.0 Mio. Franken
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	-0.0	0.0	Keine Entnahme geplant
Transferertrag	444.4	451.7	7.3	1.6	Zunahmen: Ressourcenausgleich Anteil Gemeinden 5.8 Mio. Franken, Innerkantonaler Finanzausgleich an Gemeinden 18.9 Mio. Franken, Beiträge Bund 4.0 Mio. Franken, Abnahme: Anteil an Direkter Bundessteuer 24.0 Mio. Franken
Durchlaufende Beiträge	79.0	79.5	0.5	0.7	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Durchlaufende Beiträge)
Ausserordentlicher Ertrag	3.8	56.4	52.6	1'385.7	Zunahme: Auflösung Steuerausgleichsreserve 47.5 Mio. Franken, Entnahme aus Reserve öffentlicher Verkehr 5.2 Mio. Franken
Interne Verrechnungen	5.0	4.1	-0.9	-17.3	Diese Position ist erfolgsneutral (siehe Aufwand Interne Verrechnungen)

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 7: Investitionsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Investitionsausgaben	-132.3	-113.6	-128.4	-14.8	13.0	-124.6	-115.8	-159.6
Investitionseinnahmen	26.0	19.6	19.4	-0.3	-1.3	21.1	13.3	16.1
Nettoinvestitionen	**-106.4**	**-94.0**	**-109.0**	**-15.0**	**16.0**	**-103.5**	**-102.5**	**-143.5**

Pro memoria: Gegenüber dem gedruckten Budget 2012 (Antrag des Regierungsrates) hat der Kantonsrat am 24. November 2011 keine Änderungen beschlossen:

Budget 2012	**Ausgaben**	**Einnahmen**	**Netto**
Antrag des Regierungsrates	**-113.6**	**19.6**	**-94.0**
Änderungen durch KR	0.0	0.0	0.0
Durch KR beschlossenes Budget	**-113.6**	**19.6**	**-94.0**

Tabelle 8: Wesentlichste Investitionsprojekte in den Jahren 2013 – 2016

in Mio. Franken		
Budget 2013		**Betrag**
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-25.5
Kantonsschule Zug	Provisorien und Turnhalle	-13.0
Zuger Polizei	Polycom, Ersatz Funksystem	-11.8
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-8.6
VZ3/ZVB Hauptstützpunkt	Planungskredit Fokus	-7.0
Alle übrigen Projekte		-43.1
Total Nettoinvestitionen		**-109.0**

in Mio. Franken		
Plan 2014		**Betrag**
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-33.9
VZ3/ZVB Hauptstützpunkt	Planungskredit Fokus	-14.0
Kantonsschule Zug	Provisorien und Turnhalle	-9.7
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-8.4
KGM Menzingen	Provisorien	-8.0
Alle übrigen Projekte		-29.5
Total Nettoinvestitionen		**-103.5**

in Mio. Franken		
Plan 2015		**Betrag**
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-48.9
VZ3/ZVB Hauptstützpunkt	Planungskredit Fokus	-11.0
Amt für Verbraucherschutz, Steinhausen	Bauausführung	-8.0
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-6.4
Busbevorzugung	Bauausführung	-2.8
Alle übrigen Projekte		-25.3
Total Nettoinvestitionen		**-102.5**

in Mio. Franken		
Plan 2016		**Betrag**
Strassenbau	Spezialfinanzierung	-108.7
Amt für Verbraucherschutz, Steinhausen	Bauausführung	-7.0
Radwegbauten	Bauausführung	-5.9
Informatik	Projekte in der gesamten Verwaltung	-5.1
Reussdamm	Reusshalde – Sinserbrücke	-3.5
Alle übrigen Projekte		-13.3
Total Nettoinvestitionen		**-143.5**

Tabelle 9: Finanzrechnung

in Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-1'297.2	-1'365.9	-1'432.8	-66.9	4.9	-1'442.9	-1'499.8	-1'600.8
Total Ertrag	1'382.0	1'362.1	1'406.9	44.8	3.3	1'381.3	1'444.0	1'567.7
Ertrags-/Aufwandüberschuss	**84.8**	**-3.8**	**-25.9**	**-22.1**	**582.2**	**-61.6**	**-55.9**	**-33.1**
Zuzüglich Abschreibungen	-73.9	-79.3	-87.8	-8.5	10.7	-87.3	-101.1	-157.7
Veränderung Spezialfinanzierungen	-13.9	-8.1	-8.5	-0.4	4.9	-1.5	12.7	71.4
Veränderung Reserven	3.3	3.6	56.0	52.4	1'476.0	-0.4	-0.4	-0.4
Finanzierungsbeitrag	**169.4**	**80.0**	**14.4**	**-65.7**	**-82.0**	**27.6**	**33.0**	**53.6**
Abzüglich Nettoinvestitionen	-106.4	-94.0	-109.0	-15.0	16.0	-103.5	-102.5	-143.5
Finanzierungsüberschuss/ Finanzierungsfehlbetrag	**63.0**	**-13.9**	**-94.6**	**-80.7**	**579.4**	**-75.9**	**-69.5**	**-89.9**

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Tabelle 10: Abschreibungen, Spezialfinanzierungen und Reserven

in Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Übersicht Abschreibungen und Wertberichtigungen (Verwaltungsvermögen)								
Ordentliche Abschreibungen Sachanlagen	-41.5	-38.7	-42.6	-4.0	10.3	-41.8	-40.5	-38.0
Ordentliche Abschreibungen Investitionsbeiträge	-9.2	-11.6	-11.1	0.5	-4.6	-11.6	-11.7	-10.9
Abschreibungen Spezialfinanzierung Strassenbau	-19.4	-25.6	-25.5	0.1	-0.6	-33.9	-48.9	-108.7
Wertberichtigungen Darlehen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertberichtigungen Beteiligungen	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	-63.6	-0.0	-0.0	-0.0
Zusätzliche Abschreibungen auf Sachanlagen	-3.0	-3.3	-8.5	-5.2	156.1	0.0	0.0	0.0
Zusätzliche Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Zusätzliche Abschreibungen auf Darlehen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Zusätzliche Abschreibungen auf Beteiligungen	-0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Abschreibungen und Wertberichtigungen	**-73.9**	**-79.3**	**-87.8**	**-8.5**	**10.7**	**-87.3**	**-101.1**	**-157.7**
Spezialfinanzierungen im Eigenkapital								
Einlagen in Spezialfinanzierungen	-13.9	-8.2	-8.5	-0.4	4.4	-1.5	-0.3	-0.4
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	0.0	0.0	0.0	-0.0	-100.0	0.0	13.1	71.8
Veränderung Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	**-13.9**	**-8.1**	**-8.5**	**-0.4**	**4.9**	**-1.5**	**12.7**	**71.4**
Reserven								
Einlagen in Reserven	-0.6	-0.2	-0.4	-0.2	65.9	-0.4	-0.4	-0.4
Entnahmen aus Reserven	3.9	3.8	56.4	52.6	1'385.7	0.0	0.0	0.0
Veränderung Reserven	**3.3**	**3.6**	**56.0**	**52.4**	**1'476.0**	**-0.4**	**-0.4**	**-0.4**

Tabelle 11: Planbilanz

in Mio. Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Mio.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Aktiven								
Finanzvermögen	1’403.5	1’401.1	1’313.6	-87.5	-6.2	1’239.1	1’174.4	1’090.8
Verwaltungsvermögen	433.9	488.1	509.3	21.3	4.4	525.5	526.9	512.7
Total Aktiven	**1’837.5**	**1’889.2**	**1’823.0**	**-66.2**	**-3.5**	**1’764.6**	**1’701.3**	**1’603.5**
Passiven								
Fremdkapital	**-641.0**	**-692.0**	**-699.1**	**-7.2**	**1.0**	**-700.5**	**-705.3**	**-711.6**
Eigenkapital	**-1’196.5**	**-1’197.2**	**-1’123.9**	**73.4**	**-6.1**	**-1’064.1**	**-996.0**	**-891.9**
Spezialfinanzierungen im EK	-188.4	-196.6	-205.1	-8.5	4.3	-206.6	-193.9	-122.5
Reserven	-498.0	-494.4	-438.4	56.0	-11.3	-438.9	-439.3	-439.8
Freies Eigenkapital	-510.0	-506.2	-480.3	25.9	-5.1	-418.7	-362.8	-329.7
Total Passiven	**-1’837.5**	**-1’889.2**	**-1’823.0**	**66.2**	**-3.5**	**-1’764.6**	**-1’701.3**	**-1’603.5**

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Detailinformationen

Kennzahlen

Laufende Rechnung
- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung (3-stufig)

Investitionsrechnung
- Total pro Direktion
- Saldo pro Amt
- Artengliederung (3-stufig)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Selbstfinanzierungsgrad						
Selbstfinanzierung x 100 / Nettoinvestition	159.2%	85.2%	13.2%	26.7%	32.2%	37.4%

Richtwerte:
100% = anzustrebende Zielgrösse, > 100% = Zunahme der liquiden Mittel, < 100% = Abnahme der liquiden Mittel

Aussage:
Anteil der Nettoinvestitionen, die der Kanton Zug aus den im Berichtsjahr erarbeiteten liquiden Mitteln finanzieren kann.

Selbstfinanzierungsanteil						
Selbstfinanzierung x 100 / Laufender Ertrag 40 + 41 + 42 + 43 + 46	14.6%	6.5%	1.2%	2.2%	2.6%	4.0%

Richtwerte:
> 20% = gut, 10-20% = mittel, < 10% = schlecht

Aussage:
Anteil des Ertrages, welcher der Kanton Zug zur Finanzierung der Investitionen aufwenden kann.

Investitionsanteil						
Bruttoinvestitionen (50 + 51 + 52 + 54 + 55 + 56) x 100 / Konsolidierter Gesamtaufwand 3 - (33 + 35 + 37 + 38 + 39) + (50 + 51 + 52 + 54 + 55 + 56)	10.7%	8.4%	9.0%	8.7%	7.9%	10.4%

Richtwerte:
< 7.5% = schwache Investitionstätigkeit, > 7.5% = mittlere bis starke Investitionstätigkeit

Aussage:
Zeigt die Aktivität im Bereich der Investitionen.

Zinsbelastungsanteil						
Zinsaufwand 340 - Zinsertrag 440 x 100 / Laufender Ertrag 40 + 41 + 42 + 43 + 46	0.0%	-0.9%	-0.6%	-0.6%	-1.2%	-1.3%

Richtwerte:
bis 4% = gut, 4-9% = genügend, > 10% = schlecht

Aussage:
Anteil des «verfügbaren Einkommens», welcher durch den Nettozinsaufwand gebunden ist. Je tiefer der Wert, desto grösser der Handlungsspielraum.

Kapitaldienstanteil						
(Nettozinsaufwand (340 - 440) + ordentliche Abschreibungen (330 + 332)) x 100 / Laufender Ertrag 40 + 41 + 42 + 43 + 46	4.4%	4.3%	5.0%	5.5%	5.7%	9.6%

Richtwerte:
bis 5% = geringe Belastung, 5-15% = tragbare Belastung, > 15% = hohe Belastung

Aussage:
Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Wie stark der laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (=Kapitaldienst) belastet ist.
Ein hoher Anteil weist auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hin.

Detailinformationen
Laufende Rechnung
Total pro Direktion

Nr..	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
10	**Gesetzgebende Behörden**								
	Aufwand	-1'311'191.44	-1'023'500	-1'104'800	-81'300	7.9	-1'142'300	-1'153'000	-1'184'900
	Ertrag								
	Saldo	-1'311'191.44	-1'023'500	-1'104'800	-81'300	7.9	-1'142'300	-1'153'000	-1'184'900
11	**Allgemeine Verwaltung**								
	Aufwand	-13'556'494.99	-14'023'050	-14'619'750	-596'700	4.3	-14'686'250	-14'763'250	-15'096'150
	Ertrag	3'050'027.60	3'073'200	2'782'600	-290'600	-9.5	2'784'500	2'654'600	2'654'800
	Saldo	-10'506'467.39	-10'949'850	-11'837'150	-887'300	8.1	-11'901'750	-12'108'650	-12'441'350
15	**Direktion des Innern**								
	Aufwand	-78'603'888.70	-85'553'474	-93'031'140	-7'477'666	8.7	-96'414'600	-98'550'500	-101'819'400
	Ertrag	19'974'644.67	20'975'300	22'924'000	1'948'700	9.3	23'477'800	23'454'800	23'412'800
	Saldo	-58'629'244.03	-64'578'174	-70'107'140	-5'528'966	8.6	-72'936'800	-75'095'700	-78'406'600
17	**Direktion für Bildung und Kultur**								
	Aufwand	-216'653'200.92	-225'187'175	-222'866'630	2'320'545		-225'702'510	-230'323'400	-234'334'850
	Ertrag	16'979'555.19	17'618'800	16'725'600	-893'200	-5.1	17'002'300	17'494'800	17'946'800
	Saldo	-199'673'645.73	-207'568'375	-206'141'030	1'427'345	-0.7	-208'700'210	-212'828'600	-216'388'050
20	**Volkswirtschafts-direktion**								
	Aufwand	-215'963'771.59	-219'575'790	-229'197'260	-9'621'470	4.4	-237'740'480	-246'349'654	-250'365'345
	Ertrag	96'229'018.68	94'239'550	97'145'535	2'905'985	3.1	101'181'120	104'874'970	105'401'320
	Saldo	-119'734'752.91	-125'336'240	-132'051'725	-6'715'485	5.4	-136'559'360	-141'474'684	-144'964'025
30	**Baudirektion**								
	Aufwand	-105'598'000.82	-109'437'770	-110'593'063	-1'155'293	1.1	-114'622'100	-130'436'830	-191'961'800
	Ertrag	48'573'040.25	48'824'626	53'900'967	5'076'341	10.4	55'573'450	69'631'280	129'752'400
	Saldo	-57'024'960.57	-60'613'144	-56'692'096	3'921'048	-6.5	-59'048'650	-60'805'550	-62'209'400
35	**Sicherheitsdirektion**								
	Aufwand	-72'326'612.86	-75'451'800	-77'622'000	-2'170'200	2.9	-79'581'800	-81'794'900	-83'897'300
	Ertrag	20'128'557.97	19'978'300	20'576'880	598'580	3.0	20'782'700	20'778'580	20'818'600
	Saldo	-52'198'054.89	-55'473'500	-57'045'120	-1'571'620	2.8	-58'799'100	-61'016'320	-63'078'700
40	**Gesundheitsdirektion**								
	Aufwand	-141'760'661.85	-162'639'700	-167'278'750	-4'639'050	2.9	-171'021'700	-180'812'300	-191'019'500
	Ertrag	44'685'060.06	44'003'200	38'248'500	-5'754'700	-13.1	39'119'100	40'374'600	41'626'000
	Saldo	-97'075'601.79	-118'636'500	-129'030'250	-10'393'750	8.8	-131'902'600	-140'437'700	-149'393'500
50	**Finanzdirektion**								
	Aufwand	-424'685'174.38	-446'137'724	-488'209'200	-42'071'476	9.4	-473'130'300	-485'968'700	-500'580'400
	Ertrag	1'124'115'181.80	1'105'500'907	1'146'150'345	40'649'438	3.7	1'112'935'077	1'156'288'011	1'217'673'413
	Saldo	699'430'007.42	659'363'183	657'941'145	-1'422'038	-0.2	639'804'777	670'319'311	717'093'013
61	**Richterliche Behörden**								
	Aufwand	-26'714'689.87	-26'874'950	-28'258'040	-1'383'090	5.1	-28'861'090	-29'686'790	-30'542'090
	Ertrag	8'224'913.31	7'891'700	8'407'800	516'100	6.5	8'407'800	8'407'800	8'407'800
	Saldo	-18'489'776.56	-18'983'250	-19'850'240	-866'990	4.6	-20'453'290	-21'278'990	-22'134'290
	Total Kanton								
	Aufwand	**-1'297'173'687.42**	**-1'365'904'933**	**-1'432'780'633**	**-66'875'700**	**4.9**	**-1'442'903'130**	**-1'499'839'324**	**-1'600'801'735**
	Ertrag	**1'381'959'999.53**	**1'362'105'583**	**1'406'862'227**	**44'756'644**	**3.3**	**1'381'263'847**	**1'443'959'441**	**1'567'693'933**
	Saldo	**84'786'312.11**	**-3'799'350**	**-25'918'406**	**-22'119'057**	**582.2**	**-61'639'283**	**-55'879'883**	**-33'107'802**

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1000	Kantonsrat	-1'311'191.44	-1'023'500	-1'104'800	-81'300	7.9%	-1'142'300	-1'153'000	-1'184'900
10	**Gesetzgebende Behörden**	**-1'311'191.44**	**-1'023'500**	**-1'104'800**	**-81'300**	**7.9%**	**-1'142'300**	**-1'153'000**	**-1'184'900**
1100	Regierungsrat	-3'621'345.70	-3'512'350	-3'528'100	-15'750	0.4%	-3'408'000	-3'508'700	-3'619'000
1120	Staatskanzlei	-6'164'672.88	-6'626'950	-7'473'400	-846'450	12.8%	-7'670'300	-7'751'300	-7'947'600
1128	Ombudsstelle	-313'035.91	-358'000	-382'650	-24'650	6.9%	-360'050	-371'250	-382'850
1129	Datenschutz	-407'412.90	-452'550	-453'000	-450	0.1%	-463'400	-477'400	-491'900
11	**Allgemeine Verwaltung**	**-10'506'467.39**	**-10'949'850**	**-11'837'150**	**-887'300**	**8.1%**	**-11'901'750**	**-12'108'650**	**-12'441'350**
1500	Direktionssekretariat	-2'715'892.31	-2'801'900	-3'084'500	-282'600	10.1%	-3'153'500	-3'246'800	-3'361'100
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-861'727.42	-625'114	-1'098'500	-473'386	75.7%	-1'392'300	-1'369'800	-1'593'900
1530	Amt für Wald und Wild	-3'879'578.20	-4'860'100	-4'793'200	66'900	-1.4%	-4'827'600	-4'940'900	-5'050'100
1550	Sozialamt	-44'889'630.93	-47'768'100	-48'662'840	-894'740	1.9%	-50'964'600	-52'651'800	-55'270'600
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz		-1'449'300	-5'466'800	-4'017'500	277.2%	-5'559'300	-5'723'100	-5'892'800
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	-6'282'415.17	-7'073'660	-7'001'300	72'360	-1.0%	-7'039'500	-7'163'300	-7'238'100
15	**Direktion des Innern**	**-58'629'244.03**	**-64'578'174**	**-70'107'140**	**-5'528'966**	**8.6%**	**-72'936'800**	**-75'095'700**	**-78'406'600**
1700	Direktionssekretariat	-36'414'973.27	-40'127'100	-37'333'000	2'794'100	-7.0%	-30'877'200	-31'180'200	-31'405'300
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-782'415.05	-899'150	-4'326'450	-3'427'300	381.2%	-8'713'850	-9'452'050	-9'475'450
1733	Kantonsschule Zug	-38'547'726.50	-41'209'900	-38'698'930	2'510'970	-6.1%	-39'720'360	-41'029'050	-42'385'050
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	-7'764'775.91	-7'902'500	-7'859'200	43'300	-0.5%	-7'952'500	-8'229'500	-8'546'800
1736	Fachmittelschule	-4'119'090.33	-4'720'850	-4'944'200	-223'350	4.7%	-5'096'300	-5'277'100	-5'467'300
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-101'745'593.04	-102'085'625	-102'327'300	-241'675	0.2%	-103'425'150	-104'564'850	-105'820'100
1777	Amt für Berufsberatung	-1'941'616.53	-2'007'800	-2'020'900	-13'100	0.7%	-4'269'000	-4'342'600	-4'416'800
1780	Amt für Sport	-1'350'675.90	-1'400'250	-1'418'750	-18'500	1.3%	-1'428'550	-1'481'350	-1'538'250
1790	Amt für Kultur	-7'006'779.20	-7'215'200	-7'212'300	2'900	-0.0%	-7'217'300	-7'271'900	-7'333'000
17	**Direktion für Bildung und Kultur**	**-199'673'645.73**	**-207'568'375**	**-206'141'030**	**1'427'345**	**-0.7%**	**-208'700'210**	**-212'828'600**	**-216'388'050**
2000	Direktionssekretariat	-1'210'717.10	-1'747'000	-1'859'850	-112'850	6.5%	-1'821'800	-1'864'800	-1'906'700
2011	Amt für Berufsbildung	-17'919'306.40	-19'254'600	-17'954'400	1'300'200	-6.8%	-18'771'600	-20'057'900	-20'827'900
2012	Amt für Brückenangebote	-4'893'288.95	-4'938'030	-4'897'800	40'230	-0.8%	-5'029'350	-5'209'050	-5'394'450
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-17'683'894.03	-18'905'950	-19'977'880	-1'071'930	5.7%	-20'574'080	-21'441'234	-22'339'995
2015	Landw. Bildungs- und Beratungszentrum	-1'886'462.08	-2'074'550	-1'986'150	88'400	-4.3%	-2'049'360	-2'120'270	-2'197'430
2018	Berufsschule für Gesundheit- und Krankenpflege	-806'444.05							
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum	-12'220'717.13	-12'274'360	-12'302'500	-28'140	0.2%	-12'248'200	-12'725'200	-13'286'000
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	-3'803'179.19	-4'773'200	-4'796'535	-23'335	0.5%	-5'305'500	-5'407'600	-5'513'500
2031	Arbeitslosenkasse	-1'201'891.81	-1'312'600	-1'348'500	-35'900	2.7%	-1'312'300	-1'420'200	-1'431'700
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-28'627'858.32	-28'970'900	-30'243'320	-1'272'420	4.4%	-30'874'540	-30'525'340	-30'772'470
2040	Sozialversicherungen	-26'912'413.75	-28'970'000	-33'370'000	-4'400'000	15.2%	-34'420'000	-36'300'000	-36'850'000
2050	Landwirtschaftsamt	-2'728'255.40	-2'682'600	-3'066'900	-384'300	14.3%	-3'795'300	-3'835'100	-3'776'500
2065	Amt für Wohnungswesen	-1'861'234.78	-2'060'200	-2'201'590	-141'390	6.9%	-2'310'690	-2'456'990	-2'483'990
2070	Handelsregisteramt	2'887'603.80	3'501'420	2'905'030	-596'390	-17.0%	2'925'270	2'932'930	2'936'320
2071	Konkursamt	-866'693.72	-873'670	-951'330	-77'660	8.9%	-971'910	-1'043'930	-1'119'710
20	**Volkswirtschaftsdirektion**	**-119'734'752.91**	**-125'336'240**	**-132'051'725**	**-6'715'485**	**5.4%**	**-136'559'360**	**-141'474'684**	**-144'964'025**
3000	Direktionssekretariat	-2'329'996.55	-2'454'100	-2'508'700	-54'600	2.2%	-2'565'750	-2'643'650	-2'724'200
3020	Tiefbauamt	-3'168'075.45	-3'785'000	-3'422'300	362'700	-9.6%	-4'349'400	-4'643'200	-4'865'100
3023	Strassenunterhalt	-12'421'169.45	-13'492'900	-13'657'800	-164'900	1.2%	-13'739'900	-14'023'000	-14'181'800
3050	Amt für Umweltschutz	-4'696'773.42	-3'811'000	-3'918'300	-107'300	2.8%	-4'009'800	-4'117'300	-4'193'700
3060	Hochbauamt	-29'306'911.84	-32'048'844	-27'587'296	4'461'548	-13.9%	-28'837'900	-29'579'300	-30'341'600
3080	Amt für Raumplanung	-5'102'033.86	-5'021'300	-5'597'700	-576'400	11.5%	-5'545'900	-5'799'100	-5'903'000
30	**Baudirektion**	**-57'024'960.57**	**-60'613'144**	**-56'692'096**	**3'921'048**	**-6.5%**	**-59'048'650**	**-60'805'550**	**-62'209'400**
3500	Direktionssekretariat	-2'229'412.36	-2'255'100	-2'417'700	-162'600	7.2%	-2'427'400	-2'433'200	-2'493'900
3515	Schätzungskommission	-116'795.05	-166'450		166'450				
3540	Amt für Zivilschutz und Militär	-2'157'017.15	-2'403'000	-2'362'600	40'400	-1.7%	-2'444'900	-2'519'700	-2'608'600
3541	Stabsstelle Notorganisation	-46'462.63	-130'400	-186'700	-56'300	43.2%	-552'100	-192'800	-193'500
3581	Strassenverkehrsamt	1'961'665.16	1'918'150	2'424'580	506'430	26.4%	2'397'700	2'204'080	2'003'500
3587	Amt für Feuerschutz	-259'314.60	-205'500	-183'400	22'100	-10.8%	-183'400	-183'400	-183'400
3590	Zuger Polizei	-41'382'482.22	-44'736'000	-45'091'000	-355'000	0.8%	-46'307'800	-48'438'400	-49'965'600
3592	Amt für Migration	-1'441'664.47	-1'627'600	-1'618'400	9'200	-0.6%	-1'626'900	-1'691'500	-1'764'800
3595	Strafanstalt	-2'500'600.40	-2'354'150	-2'532'950	-178'800	7.6%	-2'580'150	-2'665'150	-2'753'350
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst	-4'025'971.17	-3'513'450	-5'076'950	-1'563'500	44.5%	-5'074'150	-5'096'250	-5'119'050
35	**Sicherheitsdirektion**	**-52'198'054.89**	**-55'473'500**	**-57'045'120**	**-1'571'620**	**2.8%**	**-58'799'100**	**-61'016'320**	**-63'078'700**

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
4000	Direktionssekretariat	-22'990'403.85	-24'350'000	-25'248'750	-898'750	3.7%	-26'212'850	-27'411'350	-28'707'650
4005	Amt für Verbraucherschutz	-2'553'997.99	-2'725'800	-2'812'300	-86'500	3.2%	-2'882'650	-2'982'750	-3'085'550
4021	Rettungsdienst	-1'701'356.54	-2'185'800	-2'125'400	60'400	-2.8%	-2'238'400	-2'384'900	-2'540'700
4030	Spitäler	-63'782'592.27	-82'607'000	-92'097'000	-9'490'000	11.5%	-93'647'000	-100'395'000	-107'483'000
4055	Gesundheitsamt	-2'946'107.06	-3'105'800	-3'061'300	44'500	-1.4%	-3'039'200	-3'118'400	-3'196'800
4060	Medizinalamt	-1'744'556.20	-2'044'000	-2'074'100	-30'100	1.5%	-2'113'500	-2'183'400	-2'221'200
4070	Ambulante Psychiatrische Dienste	-1'356'587.88	-1'618'100	-1'611'400	6'700	-0.4%	-1'769'000	-1'961'900	-2'158'600
40	**Gesundheitsdirektion**	**-97'075'601.79**	**-118'636'500**	**-129'030'250**	**-10'393'750**	**8.8%**	**-131'902'600**	**-140'437'700**	**-149'393'500**
5000	Direktionssekretariat	-1'795'287.17	-2'110'100	-1'987'900	122'200	-5.8%	-2'032'700	-2'105'700	-2'171'000
5001	Finanzkontrolle	-563'013.70	-672'000	-673'900	-1'900	0.3%	-647'800	-670'900	-695'100
5010	Personalamt	-1'389'509.49	-1'418'300	-1'292'900	125'400	-8.8%	-1'322'300	-1'362'500	-1'404'100
5011	Allgemeiner Personalaufwand	-12'615'556.88	-5'286'500	-5'426'600	-140'100	2.7%	-5'540'400	-5'743'100	-5'871'700
5020	Finanzverwaltung	-1'434'091.60	-1'709'000	-1'676'500	32'500	-1.9%	-1'729'400	-1'787'900	-1'848'400
5022	Allgemeiner Finanzbereich	28'721'185.89	1'121'883	41'895'545	40'773'662	3634.4%	-6'549'323	3'008'811	7'359'913
5029	Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich	-203'135'709.00	-228'686'000	-237'188'000	-8'502'000	3.7%	-240'573'000	-250'788'000	-262'149'000
5050	Amt für Informatik und Organisation	-7'873'874.08	-8'549'400	-9'332'000	-782'600	9.2%	-9'493'900	-9'768'400	-10'035'500
5060	Steuerverwaltung	-14'469'353.39	-15'632'400	-15'207'600	424'800	-2.7%	-15'876'400	-16'451'000	-17'030'100
5065	Kantonssteuern	664'974'243.49	653'830'000	643'660'000	-10'170'000	-1.6%	666'180'000	684'980'000	726'720'000
5068	Bundessteuern	249'010'973.35	268'475'000	245'171'000	-23'304'000	-8.7%	257'390'000	271'008'000	284'218'000
50	**Finanzdirektion**	**699'430'007.42**	**659'363'183**	**657'941'145**	**-1'422'038**	**-0.2%**	**639'804'777**	**670'319'311**	**717'093'013**
6101	Kantonsgericht: Verwaltung	-5'038'738.43	-5'376'900	-5'215'700	161'200	-3.0%	-5'353'600	-5'542'900	-5'738'600
6102	Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen	2'057'964.79	2'219'500	2'497'500	278'000	12.5%	2'497'500	2'497'500	2'497'500
6106	Strafgericht: Verwaltung	-1'846'077.20	-1'886'200	-1'940'400	-54'200	2.9%	-1'991'800	-2'062'200	-2'135'300
6107	Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen	-762'771.20	-359'000	-559'000	-200'000	55.7%	-559'000	-559'000	-559'000
6111	Obergericht: Verwaltung	-4'482'480.40	-4'878'900	-4'964'340	-85'440	1.8%	-5'091'940	-5'266'240	-5'447'040
6112	Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen	240'004.55	294'000	289'000	-5'000	-1.7%	289'000	289'000	289'000
6113	Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen	-209'133.70	-222'000	-239'000	-17'000	7.7%	-239'000	-239'000	-239'000
6114	Obergericht: Beschwerdeabteilung	87'999.56	77'000	72'000	-5'000	-6.5%	72'000	72'000	72'000
6141	Staatsanwaltschaft: Verwaltung	-7'367'536.64	-7'739'900	-8'136'900	-397'000	5.1%	-8'351'500	-8'645'400	-8'949'800
6142	Staatsanwaltschaft: Rechtspflege	1'319'872.19	1'500'000	1'155'000	-345'000	-23.0%	1'155'000	1'155'000	1'155'000
6181	Verwaltungsgericht: Verwaltung	-2'561'180.83	-2'622'850	-2'578'000	44'850	-1.7%	-2'643'250	-2'732'250	-2'824'450
6182	Verwaltungsgericht: Rechtspflege	72'300.75	12'000	37'000	25'000	208.3%	37'000	37'000	37'000
6183	Schätzungskommission			-267'400	-267'400		-273'700	-282'500	-291'600
61	**Richterliche Behörden**	**-18'489'776.56**	**-18'983'250**	**-19'850'240**	**-866'990**	**4.6%**	**-20'453'290**	**-21'278'990**	**-22'134'290**
	Total Kanton	**84'786'312.11**	**-3'799'350**	**-25'918'406**	**-22'119'057**	**582.2%**	**-61'639'283**	**-55'879'883**	**-33'107'802**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-8'656'400	-8'741'700	-85'300	1.0	-8'977'400	-9'300'700	-9'635'700
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-168'484'300	-175'759'400	-7'275'100	4.3	-181'208'600	-188'274'900	-195'167'400
302	Löhne Lehrpersonal		-70'220'100	-68'871'500	1'348'600	-1.9	-70'731'400	-73'277'600	-75'915'400
304	Zulagen		-3'350'900	-3'368'100	-17'200	0.5	-3'460'500	-3'586'500	-3'717'200
305	Arbeitgeberbeiträge		-49'041'500	-48'522'400	519'100	-1.1	-50'110'010	-52'001'300	-53'879'200
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal		-991'000	-991'000			-991'000	-991'000	-991'000
309	Übriger Personalaufwand		-4'672'890	-4'876'310	-203'420	4.4	-4'886'300	-4'959'160	-4'941'100
30	**Personalaufwand**		**-305'417'090**	**-311'130'410**	**-5'713'320**	**1.9**	**-320'365'210**	**-332'391'160**	**-344'247'000**
310	Material- und Warenaufwand		-12'125'300	-12'330'720	-205'420	1.7	-11'973'840	-11'991'750	-12'073'970
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-8'237'375	-7'718'710	518'665	-6.3	-8'205'560	-7'474'720	-7'330'970
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV		-3'783'830	-3'895'140	-111'310	2.9	-3'956'800	-4'009'000	-4'068'700
313	Dienstleistungen und Honorare		-34'428'601	-36'156'592	-1'727'991	5.0	-36'378'220	-36'676'420	-36'922'450
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV		-22'959'600	-23'138'150	-178'550	0.8	-24'017'900	-24'034'200	-24'280'000
315	Unterhalt Mobilien		-10'321'410	-10'922'190	-600'780	5.8	-11'037'440	-11'095'508	-11'266'585
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-9'731'140	-10'325'069	-593'929	6.1	-10'251'600	-10'784'050	-10'905'850
317	Spesenentschädigungen		-2'314'100	-2'445'600	-131'500	5.7	-2'529'860	-2'536'920	-2'555'130
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-4'515'000	-4'548'000	-33'000	0.7	-4'558'100	-4'568'400	-4'578'700
319	Übriger Betriebsaufwand		-4'284'100	-4'460'900	-176'800	4.1	-4'422'600	-4'465'566	-4'480'780
31	**Sach- und übriger Betriebsaufwand**		**-112'700'456**	**-115'941'071**	**-3'240'615**	**2.9**	**-117'331'920**	**-117'636'534**	**-118'463'135**
330	Abschreibungen Sachanlagen VV		-64'301'000	-68'133'000	-3'832'000	6.0	-75'739'000	-89'408'000	-146'739'000
33	**Abschreibungen Verwaltungsvermögen**		**-64'301'000**	**-68'133'000**	**-3'832'000**	**6.0**	**-75'739'000**	**-89'408'000**	**-146'739'000**
340	Zinsaufwand		-40'000	-42'000	-2'000	5.0	-42'000	-42'000	-42'000
343	Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen		-1'627'380	-1'372'715	254'665	-15.6	-1'400'100	-1'427'900	-1'456'500
349	Verschiedener Finanzaufwand		-10'070'000	-10'740'000	-670'000	6.7	-11'120'000	-11'420'000	-11'680'000
34	**Finanzaufwand FV**		**-11'737'380**	**-12'154'715**	**-417'335**	**3.6**	**-12'562'100**	**-12'889'900**	**-13'178'500**
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital		-8'170'500	-8'528'787	-358'287	4.4	-1'504'373	-347'989	-404'087
35	**Einlagen Spezialfinanzierungen**		**-8'170'500**	**-8'528'787**	**-358'287**	**4.4**	**-1'504'373**	**-347'989**	**-404'087**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
361	Entschädigungen an Gemeinwesen		-6'933'200	-8'508'200	-1'575'000	22.7	-8'606'100	-8'557'300	-8'557'500
362	Finanz- und Lastenausgleich		-333'559'624	-366'781'000	-33'221'376	10.0	-358'060'000	-370'271'000	-385'665'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-423'890'400	-437'906'940	-14'016'540	3.3	-446'879'750	-461'582'650	-475'068'200
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV		-11'000	-4'000	7'000	-63.6	-4'000	-3'000	-3'000
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge		-11'631'000	-11'096'000	535'000	-4.6	-11'550'000	-11'718'000	-10'949'000
36	**Transferaufwand**		**-776'025'224**	**-824'296'140**	**-48'270'916**	**6.2**	**-825'099'850**	**-852'131'950**	**-880'242'700**
370	Durchlaufende Beiträge		-79'002'800	-79'549'800	-547'000	0.7	-84'672'800	-89'412'300	-91'164'800
37	**Durchlaufende Beiträge**		**-79'002'800**	**-79'549'800**	**-547'000**	**0.7**	**-84'672'800**	**-89'412'300**	**-91'164'800**
383	Zusätzliche Abschreibungen		-3'330'000	-8'529'000	-5'199'000	156.1			
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'297'173'687.42							
389	Einlagen in das Eigenkapital		-242'900	-402'900	-160'000	65.9	-425'900	-442'300	-436'100
38	**Ausserordentlicher Aufwand**	**-1'297'173'687.42**	**-3'572'900**	**-8'931'900**	**-5'359'000**	**150.0**	**-425'900**	**-442'300**	**-436'100**
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen		-1'174'000	-1'186'480	-12'480	1.1	-1'199'000	-1'211'480	-1'224'000
392	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten		-32'500	-32'500			-32'500	-32'500	-32'500
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/ Finanzaufwand		-2'855'083	-2'028'830	826'253	-28.9	-3'153'477	-3'165'211	-3'940'913
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen		-566'000	-507'000	59'000	-10.4	-457'000	-410'000	-369'000
399	Übrige Interne Verrechnungen		-350'000	-360'000	-10'000	2.9	-360'000	-360'000	-360'000
39	**Interne Verrechnungen**		**-4'977'583**	**-4'114'810**	**862'773**	**-17.3**	**-5'201'977**	**-5'179'191**	**-5'926'413**
3	**Aufwand**	**-1'297'173'687.42**	**-1'365'904'933**	**-1'432'780'633**	**-66'875'700**	**4.9**	**-1'442'903'130**	**-1'499'839'324**	**-1'600'801'735**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
400	Direkte Steuern natürliche Personen		451’800’000	450’000’000	-1’800’000	-0.4	470’100’000	486’300’000	519’400’000
401	Direkte Steuern juristische Personen		213’500’000	204’900’000	-8’600’000	-4.0	207’800’000	210’800’000	219’800’000
402	Übrige direkte Steuern		1’400’000	2’000’000	600’000	42.9	2’000’000	2’000’000	2’000’000
403	Besitz- und Aufwandsteuern		28’100’000	28’412’000	312’000	1.1	28’725’000	29’037’000	29’350’000
40	**Fiskalertrag**		**694’800’000**	**685’312’000**	**-9’488’000**	**-1.4**	**708’625’000**	**728’137’000**	**770’550’000**
410	Regalien		304’600	290’900	-13’700	-4.5	292’000	292’000	292’000
411	Schweiz. Nationalbank		9’467’000	9’471’000	4’000		9’471’000	9’471’000	9’471’000
412	Konzessionen		1’932’400	1’742’400	-190’000	-9.8	1’742’400	1’712’400	1’712’400
413	Ertragsanteile Lotterien, Sport-Toto, Wetten		53’000	53’000			53’000	53’000	53’000
41	**Regalien und Konzessionen**		**11’757’000**	**11’557’300**	**-199’700**	**-1.7**	**11’558’400**	**11’528’400**	**11’528’400**
420	Ersatzabgaben		1’135’000	1’035’000	-100’000	-8.8	1’035’000	1’035’000	1’035’000
421	Gebühren für Amtshandlungen		29’037’300	29’224’500	187’200	0.6	29’295’700	29’332’400	29’464’400
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder		842’500	820’000	-22’500	-2.7	825’650	831’300	836’950
423	Schul- und Kursgelder		6’688’000	6’161’800	-526’200	-7.9	6’156’200	6’164’000	6’176’800
424	Benützungsgebühren und Dienstleitungen		8’225’600	8’127’600	-98’000	-1.2	8’173’500	8’126’500	8’136’400
425	Erlös aus Verkäufen		2’904’000	2’783’600	-120’400	-4.1	2’802’150	2’803’800	2’806’550
426	Rückerstattungen		8’180’800	9’042’100	861’300	10.5	8’847’300	8’953’300	9’059’300
427	Bussen		6’885’000	6’881’000	-4’000	-0.1	6’901’000	6’901’000	6’901’000
429	Übrige Entgelte		1’595’200	1’549’600	-45’600	-2.9	1’569’750	1’570’200	1’570’550
42	**Entgelte**		**65’493’400**	**65’625’200**	**131’800**	**0.2**	**65’606’250**	**65’717’500**	**65’986’950**
430	Verschiedene betriebliche Erträge		45’000	45’000			45’000	45’000	45’000
431	Aktivierung Eigenleistungen		6’391’000	6’318’000	-73’000	-1.1	6’690’000	6’904’000	7’046’000
432	Bestandesveränderungen		-3’000	-2’000	1’000	-33.3	2’000	-2’000	2’000
439	Übriger Ertrag		20’000	14’000	-6’000	-30.0	10’000	10’000	10’000
43	**Verschiedene Erträge**		**6’453’000**	**6’375’000**	**-78’000**	**-1.2**	**6’747’000**	**6’957’000**	**7’103’000**
440	Zinsertrag		11’417’800	7’643’400	-3’774’400	-33.1	7’348’400	15’818’400	17’583’400
442	Beteiligungsertrag FV		726’000	713’000	-13’000	-1.8	713’000	713’000	713’000
443	Liegenschaftenertrag FV		1’439’000	1’097’110	-341’890	-23.8	1’119’100	1’141’500	1’164’300
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV		28’666’800	28’626’715	-40’085	-0.1	28’627’000	28’627’000	28’627’000
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen			6’000	6’000	100.0	6’000	6’000	6’000
447	Liegenschaftenertrag VV		8’546’448	7’592’042	-954’406	-11.2	7’738’400	7’888’600	8’040’800
448	Erträge von gemieteten Liegenschaften		581’766	568’300	-13’466	-2.3	579’600	591’200	603’000
44	**Finanzertrag**		**51’377’814**	**46’246’567**	**-5’131’247**	**-10.0**	**46’131’500**	**54’785’700**	**56’737’500**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
451	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im EK		42'412		-42'412	-100.0		13'070'949	71'818'738
45	**Entnahmen aus Spezialfinanzierungen**		**42'412**		**-42'412**	**-100.0**		**13'070'949**	**71'818'738**
460	Ertragsanteile		278'523'900	255'616'315	-22'907'585	-8.2	267'907'550	281'907'131	295'257'862
461	Entschädigungen von Gemeinwesen		14'530'100	15'512'700	982'600	6.8	15'792'700	15'743'600	15'843'600
462	Finanz- und Lastenausgleich		104'873'624	129'593'000	24'719'376	23.6	117'487'000	119'483'000	123'516'000
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		46'322'950	50'807'170	4'484'220	9.7	51'375'670	51'873'670	52'090'670
469	Verschiedener Transferertrag		155'000	154'000	-1'000	-0.6	158'000	164'000	170'000
46	**Transferertrag**		**444'405'574**	**451'683'185**	**7'277'611**	**1.6**	**452'720'920**	**469'171'401**	**486'878'132**
470	Durchlaufende Beiträge		79'002'800	79'549'800	547'000	0.7	84'672'800	89'412'300	91'164'800
47	**Durchlaufende Beiträge**		**79'002'800**	**79'549'800**	**547'000**	**0.7**	**84'672'800**	**89'412'300**	**91'164'800**
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	1'381'959'999.53							
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		3'796'000	56'398'365	52'602'365	1'385.7			
48	**Ausserordentlicher Ertrag**	**1'381'959'999.53**	**3'796'000**	**56'398'365**	**52'602'365**	**1'385.7**			
491	Interne Verrechnungen Dienstleistungen		1'174'000	1'186'480	12'480	1.1	1'199'000	1'211'480	1'224'000
492	Interne Verr. Pacht, Mieten, Benützungskosten		32'500	32'500			32'500	32'500	32'500
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/ Finanzaufwand		2'855'083	2'028'830	-826'253	-28.9	3'153'477	3'165'211	3'940'913
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen		566'000	507'000	-59'000	-10.4	457'000	410'000	369'000
499	Übrige Interne Verrechnungen		350'000	360'000	10'000	2.9	360'000	360'000	360'000
49	**Interne Verrechnungen**		**4'977'583**	**4'114'810**	**-862'773**	**-17.3**	**5'201'977**	**5'179'191**	**5'926'413**
4	**Ertrag**	**1'381'959'999.53**	**1'362'105'583**	**1'406'862'227**	**44'756'644**	**3.3**	**1'381'263'847**	**1'443'959'441**	**1'567'693'933**

Detailinformationen
Investitionsrechnung
Total pro Direktion

Nr.	Bezeichung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
10	**Gesetzgebende Behörden**								
	Ausgaben			-200'000	-200'000	100.0			
	Einnahmen								
	Saldo			-200'000	-200'000	100.0			
11	**Allgemeine Verwaltung**								
	Ausgaben	-816'115.05	-955'000	-250'000	705'000	-73.8			
	Einnahmen								
	Saldo	-816'115.05	-955'000	-250'000	705'000	-73.8			
15	**Direktion des Innern**								
	Ausgaben	-9'799'366.07	-4'494'500	-4'873'000	-378'500	8.4	-4'755'000	-4'170'000	-1'540'000
	Einnahmen	209'872.65	767'000	1'317'500	550'500	71.8	617'500	477'500	477'500
	Saldo	-9'589'493.42	-3'727'500	-3'555'500	172'000	-4.6	-4'137'500	-3'692'500	-1'062'500
17	**Direktion für Bildung und Kultur**								
	Ausgaben	-1'478'210.70	-2'354'000	-1'477'000	877'000	-37.3	-250'000	-250'000	-250'000
	Einnahmen	445'757.05	350'000	400'000	50'000	14.3	400'000	400'000	400'000
	Saldo	-1'032'453.65	-2'004'000	-1'077'000	927'000	-46.3	150'000	150'000	150'000
20	**Volkswirtschafts-direktion**								
	Ausgaben	-8'000'939.60	-16'615'200	-12'141'000	4'474'200	-26.9	-12'385'000	-11'170'000	-6'390'000
	Einnahmen	1'000'000.00	5'867'000	4'800'000	-1'067'000	-18.2	4'195'000	3'722'000	3'540'000
	Saldo	-7'000'939.60	-10'748'200	-7'341'000	3'407'200	-31.7	-8'190'000	-7'448'000	-2'850'000
30	**Baudirektion**								
	Ausgaben	-77'414'259.62	-75'709'000	-87'968'000	-12'259'000	16.2	-94'157'000	-92'194'000	-145'536'000
	Einnahmen	24'291'131.95	12'353'000	12'133'000	-220'000	-1.8	10'440'000	8'700'000	11'700'000
	Saldo	-53'123'127.67	-63'356'000	-75'835'000	-12'479'000	19.7	-83'717'000	-83'494'000	-133'836'000
35	**Sicherheitsdirektion**								
	Ausgaben	-1'254'828.20	-5'067'000	-14'719'200	-9'652'200	190.5	-4'328'000	-1'700'000	-180'000
	Einnahmen	30'000.00		705'000	705'000	100.0	3'596'000		
	Saldo	-1'224'828.20	-5'067'000	-14'014'200	-8'947'200	176.6	-732'000	-1'700'000	-180'000
40	**Gesundheitsdirektion**								
	Ausgaben	-4'278'478.47	-980'000	-1'149'600	-169'600	17.3	-620'000	-520'000	-590'000
	Einnahmen			5'000	5'000	100.0	5'000	5'000	5'000
	Saldo	-4'278'478.47	-980'000	-1'144'600	-164'600	16.8	-615'000	-515'000	-585'000
50	**Finanzdirektion**								
	Ausgaben	-29'283'355.88	-7'420'000	-5'597'000	1'823'000	-24.6	-6'250'000	-5'800'000	-5'100'000
	Einnahmen		280'000		-280'000	-100.0			
	Saldo	-29'283'355.88	-7'140'000	-5'597'000	1'543'000	-21.6	-6'250'000	-5'800'000	-5'100'000
61	**Richterliche Behörden**								
	Ausgaben	-16'362.00							
	Einnahmen								
	Saldo	-16'362.00							
	Total Kanton								
	Ausgaben	**-132'341'915.59**	**-113'594'700**	**-128'374'800**	**-14'780'100**	**13.0**	**-122'745'000**	**-115'804'000**	**-159'586'000**
	Einnahmen	**25'976'761.65**	**19'617'000**	**19'360'500**	**-256'500**	**-1.3**	**19'253'500**	**13'304'500**	**16'122'500**
	Saldo	**-106'365'153.94**	**-93'977'700**	**-109'014'300**	**-15'036'600**	**16.0**	**-103'491'500**	**-102'499'500**	**-143'463'500**

Detailinformationen
Investitionsrechnung
Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
1000	Kantonsrat			-200'000	-200'000				
10	**Gesetzgebende Behörden**			**-200'000**	**-200'000**				
1120	Staatskanzlei	-816'115.05	-955'000	-250'000	705'000	-73.8%			
11	**Allgemeine Verwaltung**	**-816'115.05**	**-955'000**	**-250'000**	**705'000**	**-73.8%**			
1500	Direktionssekretariat	-383'276.70	-390'000	238'000	628'000	-161.0%	140'000		
1515	Grundbuch- und Vermessungsamt	-56'998.33	-250'000	-130'000	120'000	-48.0%	-640'000	-630'000	
1530	Amt für Wald und Wild	-1'232'821.70	-1'237'500	-1'583'500	-346'000	28.0%	-1'117'500	-1'062'500	-1'062'500
1550	Sozialamt	-7'916'396.69	-1'600'000	-2'020'000	-420'000	26.3%	-2'500'000	-2'000'000	
1552	Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz		-150'000		150'000				
1580	Amt für Denkmalpflege und Archäologie		-100'000	-60'000	40'000	-40.0%	-20'000		
15	**Direktion des Innern**	**-9'589'493.42**	**-3'727'500**	**-3'555'500**	**172'000**	**-4.6%**	**-4'137'500**	**-3'692'500**	**-1'062'500**
1700	Direktionssekretariat	280'757.05		200'000	200'000				
1730	Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule	-88'952.70		-500'000	-500'000				
1733	Kantonsschule Zug	-268'227.05	-312'000	-727'000	-415'000	133.0%	-50'000	-50'000	-50'000
1734	Kantonales Gymnasium Menzingen	-48'963.10	-70'000	-50'000	20'000	-28.6%			
1736	Fachmittelschule		-172'000		172'000				
1740	Amt für gemeindliche Schulen	-848'315.85	-1'205'000		1'205'000				
1777	Amt für Berufsberatung						200'000	200'000	200'000
1780	Amt für Sport	-58'752.00							
1790	Amt für Kultur		-245'000		245'000				
17	**Direktion für Bildung und Kultur**	**-1'032'453.65**	**-2'004'000**	**-1'077'000**	**927'000**	**-46.3%**	**150'000**	**150'000**	**150'000**
2000	Direktionssekretariat			-500'000	-500'000		-1'000'000		
2011	Amt für Berufsbildung	-5'000'000.00							
2013	Gewerblich-industrielles Bildungszentrum	-190'160.15	-130'000	-767'000	-637'000	490.0%	-140'000		
2019	Kaufmännisches Bildungszentrum			-78'000	-78'000				
2030	Amt für Wirtschaft und Arbeit	1'000'000.00							
2035	Amt für öffentlichen Verkehr	-2'708'350.65	-7'848'000	-2'950'000	4'898'000	-62.4%	-4'950'000	-5'248'000	-1'000'000
2050	Landwirtschaftsamt	-102'428.80	-1'370'200	-1'546'000	-175'800	12.8%	-400'000	-500'000	-150'000
2065	Amt für Wohnungswesen		-1'400'000	-1'500'000	-100'000	7.1%	-1'700'000	-1'700'000	-1'700'000
20	**Volkswirtschaftsdirektion**	**-7'000'939.60**	**-10'748'200**	**-7'341'000**	**3'407'200**	**-31.7%**	**-8'190'000**	**-7'448'000**	**-2'850'000**
3000	Direktionssekretariat	-980'566.90	-1'600'000	-1'350'000	250'000	-15.6%	-1'350'000	-1'350'000	-1'350'000
3020	Tiefbauamt	-4'588'069.60	-12'870'000	-11'400'000	1'470'000	-11.4%	-12'550'000	-10'100'000	-14'050'000
3023	Strassenunterhalt	-167'263.50					-300'000	-300'000	-400'000
3030	Strassenbau Spezialfinanzierung	-8'562'180.91							
3031	Kantonsstrassen	-9'183'728.33	-25'631'000	-25'478'000	153'000	-0.6%	-33'940'000	-48'944'000	-108'736'000
3032	Nationalstrassen	-1'663'503.60		-10'000	-10'000				
3050	Amt für Umweltschutz	-865'264.90	-900'000	-915'000	-15'000	1.7%	-300'000	-300'000	-300'000
3060	Hochbauamt	-27'046'925.66	-21'958'000	-36'225'000	-14'267'000	65.0%	-35'257'000	-22'500'000	-9'000'000
3061	Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung	-8'210.67	-330'000	-330'000		0.0%			
3080	Amt für Raumplanung	-57'413.60	-67'000	-127'000	-60'000	89.6%	-20'000		
30	**Baudirektion**	**-53'123'127.67**	**-63'356'000**	**-75'835'000**	**-12'479'000**	**19.7%**	**-83'717'000**	**-83'494'000**	**-133'836'000**
3500	Direktionssekretariat	-192'947.55							
3541	Stabsstelle Notorganisation		-150'000		150'000				
3581	Strassenverkehrsamt	-56'449.54	-290'000	-80'000	210'000	-72.4%			
3587	Amt für Feuerschutz			-109'200	-109'200				
3590	Zuger Polizei	-975'431.11	-4'577'000	-13'825'000	-9'248'000	202.1%	-732'000	-1'700'000	-180'000
3597	Vollzugs- und Bewährungsdienst		-50'000		50'000				
35	**Sicherheitsdirektion**	**-1'224'828.20**	**-5'067'000**	**-14'014'200**	**-8'947'200**	**176.6%**	**-732'000**	**-1'700'000**	**-180'000**
4000	Direktionssekretariat			-70'000	-70'000				
4005	Amt für Verbraucherschutz	-130'624.32	-280'000	-145'000	135'000	-48.2%	-240'000	-140'000	-210'000
4021	Rettungsdienst	-151'713.55	-370'000	-375'000	-5'000	1.4%	-375'000	-375'000	-375'000
4030	Spitäler	-3'996'140.60	-330'000	-554'600	-224'600	68.1%			
40	**Gesundheitsdirektion**	**-4'278'478.47**	**-980'000**	**-1'144'600**	**-164'600**	**16.8%**	**-615'000**	**-515'000**	**-585'000**

Detailinformationen
Investitionsrechnung
Saldo pro Amt

Nr.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
5000	Direktionssekretariat	-73'332.00	-250'000	-50'000	200'000	-80.0%			
5010	Personalamt	-388'417.50	-200'000	-200'000		0.0%			
5020	Finanzverwaltung	-43'565.55	-282'000	-195'000	87'000	-30.9%			
5022	Allgemeiner Finanzbereich	-26'768'137.55							
5050	Amt für Informatik und Organisation	-1'634'903.41	-4'928'000	-3'292'000	1'636'000	-33.2%	-4'550'000	-4'400'000	-4'000'000
5060	Steuerverwaltung	-374'999.87	-1'480'000	-1'860'000	-380'000	25.7%	-1'700'000	-1'400'000	-1'100'000
50	**Finanzdirektion**	**-29'283'355.88**	**-7'140'000**	**-5'597'000**	**1'543'000**	**-21.6%**	**-6'250'000**	**-5'800'000**	**-5'100'000**
6111	Obergericht: Verwaltung	-16'362.00							
61	**Richterliche Behörden**	**-16'362.00**							
	Total Kanton	**-106'365'153.94**	**-93'977'700**	**-109'014'300**	**-15'036'600**	**16.0%**	**-103'491'500**	**-102'499'500**	**-143'463'500**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
501	Strassen/Verkehrswege		-43'751'000	-44'158'000	-407'000	0.9	-50'560'000	-61'224'000	-124'966'000
502	Wasserbau		-3'420'000	-2'510'000	910'000	-26.6	-5'550'000	-5'950'000	-8'150'000
503	Übriger Tiefbau		-2'000'000	-1'800'000	200'000	-10.0			
504	Hochbauten		-22'288'000	-36'705'000	-14'417'000	64.7	-37'082'000	-22'500'000	-9'000'000
505	Waldungen		-30'000	-30'000			-30'000	-30'000	-30'000
506	Mobilien		-15'884'500	-24'733'200	-8'848'700	55.7	-13'473'000	-9'000'000	-6'320'000
50	**Sachanlagen**		**-87'373'500**	**-109'936'200**	**-22'562'700**	**25.8**	**-106'695'000**	**-98'704'000**	**-148'466'000**
511	Strassen auf Rechnung Dritter		-1'800'000		1'800'000	-100.0			
51	**Investitionen auf Rechnung Dritter**		**-1'800'000**		**1'800'000**	**-100.0**			
542	Darlehen Gemeinden und Gemeindezweck-verbände		-800'000	-900'000	-100'000	12.5	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
545	Darlehen private Unternehmungen		-600'000	-3'350'000	-2'750'000	458.3	-3'150'000	-3'150'000	-3'250'000
547	Darlehen private Haushalte		-350'000	-200'000	150'000	-42.9	-200'000	-200'000	-200'000
54	**Darlehen**		**-1'750'000**	**-4'450'000**	**-2'700'000**	**154.3**	**-4'350'000**	**-4'350'000**	**-4'450'000**
562	Investitionsbeiträge Gemeinden/ -zweckverbände		-2'814'000	-975'000	1'839'000	-65.4	-850'000	-850'000	-850'000
564	Investitionsbeiträge öffentliche Unterneh-mungen		-11'640'000	-3'100'000	8'540'000	-73.4	-4'700'000	-4'820'000	-1'000'000
565	Investitionsbeiträge private Unternehmungen		-2'093'200	-2'293'600	-200'400	9.6	-780'000	-780'000	-530'000
566	Investitionsbeiträge priv. Org. ohne Erwerbszweck		-1'600'000	-2'020'000	-420'000	26.3	-2'500'000	-2'000'000	
567	Investitionsbeiträge private Haushalte		-2'100'000	-1'500'000	600'000	-28.6	-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000
56	**Eigene Investi-tionsbeiträge**		**-20'247'200**	**-9'888'600**	**10'358'600**	**-51.2**	**-10'330'000**	**-9'950'000**	**-3'880'000**
570	Bund		-199'000	-200'000	-1'000	0.5			
572	Gemeinden und Gemein-dezweckverbände		-400'000	-500'000	-100'000	25.0	-400'000	-400'000	-400'000
575	Private Unternehmungen		-1'825'000	-1'700'000	125'000	-6.8	-1'095'000	-700'000	-690'000
577	Private Haushalte			-1'700'000	-1'700'000	100.0	-1'700'000	-1'700'000	-1'700'000
57	**Durchlaufende Investitionsbeiträge**		**-2'424'000**	**-4'100'000**	**-1'676'000**	**69.1**	**-3'195'000**	**-2'800'000**	**-2'790'000**
588	Datenübernahme Umstellung HRM2	-158'318'677.24							
58	**Ausserordentliche Investitionen**	**-158'318'677.24**							
5	**Investitionsausgaben**	**-158'318'677.24**	**-113'594'700**	**-128'374'800**	**-14'780'100**	**13.0**	**-124'570'000**	**-115'804'000**	**-159'586'000**

Kto.	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in Fr.	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
606	Übertragung Mobilien			5'000	5'000	100.0	5'000	5'000	5'000
60	**Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen**			**5'000**	**5'000**	**100.0**	**5'000**	**5'000**	**5'000**
611	Rückerstattungen Strassen		1'800'000		-1'800'000	-100.0			
61	**Rückerstattungen**		**1'800'000**		**-1'800'000**	**-100.0**			
630	Investitionsbeiträge Bund		7'533'000	8'742'500	1'209'500	16.1	11'273'500	7'099'500	9'977'500
632	Investitionsbeiträge Gemeinden/ -zweckverbände		2'263'000	3'093'000	830'000	36.7	3'415'000	350'000	100'000
634	Investitionsbeiträge öffentliche Unternehmungen		3'797'000		-3'797'000	-100.0			
635	Investitionsbeiträge private Unternehmungen		1'450'000	270'000	-1'180'000	-81.4	40'000		
63	**Investitionsbeiträge für eigene Rechnung**		**15'043'000**	**12'105'500**	**-2'937'500**	**-19.5**	**14'728'500**	**7'449'500**	**10'077'500**
645	Darlehen private Unternehmungen			2'750'000	2'750'000	100.0	2'750'000	2'650'000	2'850'000
647	Darlehen private Haushalte		350'000	400'000	50'000	14.3	400'000	400'000	400'000
64	**Rückzahlung von Darlehen**		**350'000**	**3'150'000**	**2'800'000**	**800.0**	**3'150'000**	**3'050'000**	**3'250'000**
670	Bund		2'225'000	3'900'000	1'675'000	75.3	3'195'000	2'800'000	2'790'000
675	Private Unternehmungen		199'000	200'000	1'000	0.5			
67	**Durchlaufende Investitionsbeiträge**		**2'424'000**	**4'100'000**	**1'676'000**	**69.1**	**3'195'000**	**2'800'000**	**2'790'000**
688	Datenübernahme Umstellung HRM2	158'318'677.24							
68	**Ausserordentliche Investitionseinnahmen**	**158'318'677.24**							
6	**Investitionseinnahmen**	**158'318'677.24**	**19'617'000**	**19'360'500**	**-256'500**	**-1.3**	**21'078'500**	**13'304'500**	**16'122'500**

Institutionelle Gliederung

Leistungsauftrag (sofern vorhanden)
Laufende Rechnung
Investitionsrechnung

Institutionelle Gliederung
Gesetzgebende Behörden
1000 – Kantonsrat

Leistungsauftrag
Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-725'000	-750'000	3.4	-770'200	-797'900	-826'700
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-15'000	-21'500	43.3	-22'100	-22'900	-23'700
305	Arbeitgeberbeiträge		-46'700	-61'600	31.9	-63'300	-65'500	-67'800
311	Nicht aktivierbare Anlagen					-30'000	-10'000	-10'000
313	Dienstleistungen und Honorare		-50'000	-50'000		-50'000	-50'000	-50'000
315	Unterhalt Mobilien			-30'000	100.0	-10'000	-10'000	-10'000
317	Spesenentschädigungen		-5'000	-5'000		-5'000	-5'000	-5'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-129'300	-134'200	3.8	-139'200	-139'200	-139'200
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-52'500	-52'500		-52'500	-52'500	-52'500
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'311'191.44						
	Total Aufwand	**-1'311'191.44**	**-1'023'500**	**-1'104'800**	**7.9**	**-1'142'300**	**-1'153'000**	**-1'184'900**
	Saldo	**-1'311'191.44**	**-1'023'500**	**-1'104'800**	**7.9**	**-1'142'300**	**-1'153'000**	**-1'184'900**

Kommentar Budget
Mehraufwand Revision Geschäftsordnung Kantonsrat
Kosten für den Unterhalt der Mobilgeräte 30'000 Franken.

Kommentar Finanzplan
Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1000.0001	Infrastruktur KR							
	Ausgaben			-200'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben			**-200'000**				
	Einnahmen							
	Saldo			**-200'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Anschaffung Mobilgeräte

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
1100 – Regierungsrat

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-2'027'400	-2'009'400	-0.9	-2'063'600	-2'137'900	-2'214'900
305	Arbeitgeberbeiträge		-657'200	-713'100	8.5	-732'400	-758'800	-786'100
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal		-91'000	-91'000		-91'000	-91'000	-91'000
313	Dienstleistungen und Honorare		-30'000	-30'000		-30'000	-30'000	-30'000
317	Spesenentschädigungen		-217'800	-223'000	2.4	-230'000	-230'000	-235'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-138'350	-140'600	1.6	-141'000	-141'000	-142'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-400'000	-400'000		-200'000	-200'000	-200'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-3'704'343.70						
	Total Aufwand	**-3'704'343.70**	**-3'561'750**	**-3'607'100**	**1.3**	**-3'488'000**	**-3'588'700**	**-3'699'000**
426	Rückerstattungen		49'400	79'000	59.9	80'000	80'000	80'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	82'998.00						
	Total Ertrag	**82'998.00**	**49'400**	**79'000**	**59.9**	**80'000**	**80'000**	**80'000**
	Saldo	**-3'621'345.70**	**-3'512'350**	**-3'528'100**	**0.4**	**-3'408'000**	**-3'508'700**	**-3'619'000**

Kommentar Budget
Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

Kommentar Finanzplan
Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
1120 – Staatskanzlei

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle von Kantonsrat, Büro des Kantonsrates und Regierungsrat. Sie koordiniert und unterstützt die Verwaltung in Rechts- und Verfahrensfragen. Sie ist zuständig für die operative Durchführung von Abstimmungen und Wahlen. Sie hat die operative Verantwortung für die Telefonie-Vermittlung und betreibt das Ausweisbüro. Das Staatsarchiv ist zuständig für die authentische Überlieferung und fachgerechte Langzeitarchivierung von administrativ, wirtschaftlich, historisch, sozial oder kulturell relevanten Unterlagen. Es gewährleistet die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns und bietet die Grundlagen für die geschichtliche Aufarbeitung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Unterstützung Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte
- Koordination und Unterstützung der Verwaltung in formellen und rechtlichen Fragen
- Durchführung von Abstimmungen und Wahlen

Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung
- Ausstellen von Pässen und Identitätskarten
- Vermitteln von Telefonanrufenden in die gewünschten Amtsstellen

Leistungsgruppe 3: Staatsarchiv
- Archivierung und Erschliessung von Dossiers (Überlieferungsbildung) und historische Bewusstseinsbildung
- Betrieb eines Geschäftsverwaltungssystems

Leistungsgruppe 4: Übrige Aufgaben
- Betreiben des Internetauftrittes www.zug.ch
- Ausstellen von Beglaubigungen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 22. Juni 2001 über die Ausweise für Schweizer Angehörige (Ausweisgesetz, AwG; SR 143.1)
- Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (WAG) vom 28. September 2006 (BGS 131.1)
- Archivgesetz vom 29. Januar 2004 (BGS 152.4)
- Datenschutzgesetz vom 28. September 2000 (BGS 157.1)
- Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 (BGS 153.53)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Kantonsrates vom 1. Dezember 1932 (BGS 141.1)
- Verordnung über die Aktenführung vom 20. März 2012 (BGS 152.42)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Unterstützung Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
1	Hohe juristische und formale Qualität der Vorlagen an den KR	Kantonsrat, Medien	Keine für Dritte relevanten Fehler	Keine für Dritte relevanten Fehler	Gleich
2	Hohe juristische und formale Qualität der Regierungsratsbeschlüsse	Adressaten der Regierungsratsbeschlüsse	Keine für Dritte relevanten Fehler	Keine für Dritte relevanten Fehler	Gleich
3	Koordination und Unterstützung der Direktionen in Gesetzestechnik, formellen und Rechtsfragen, insbesondere bei KR- und RR-Geschäften	Direktionen	Keine Reklamation	Keine Reklamation	Gleich
4	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter, KdK, ZRK usw.	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
5	Fehlerfreie Durchführung von Abstimmungen und Wahlen	Einwohnerinnen und Einwohner	Keine rechtlichen, technischen, juristischen, logistischen und kommunikativen Fehler	Keine rechtlichen, technischen, juristischen, logistischen und kommunikativen Fehler	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Ausweisbüro und Telefonie-Vermittlung				
6	Effizientes Ausstellen von Ausweisen	Einwohnerinnen und Einwohner	Pro Antrag max. 80 Min.	Pro Antrag max. 80 Min.	Gleich
7	Schnelles und korrektes Vermitteln von Gesprächen	Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner	Mind. 2 Systemmessungen, Ø Vermittlungsdauer 30 Sek.	Mind. 2 Systemmessungen, Ø Vermittlungsdauer 30 Sek.	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Staatsarchiv				
8	Übernahme und Erschliessung archivwürdiger Unterlagen der Verwaltung	Amtsstellen	Ablieferung an Archiv innerhalb 6 Wochen ab Anbietung Amt. Es werden mindestens gleich viele Laufmeter auf Stufe Amt erschlossen wie abgeliefert werden	Ablieferung an Archiv innerhalb 6 Wochen ab Anbietung Amt. Es werden mindestens gleichviele Laufmeter auf Stufe Amt erschlossen wie abgeliefert (mind. 200 Laufmeter).	Gleich
A	GEVER-Einführung verwaltungsweit	Amtsstellen	Alle 35 bisherigen Konsul-Mandanten migriert auf GEVER und bei 50% der neuen Mandanten GEVER eingeführt	Ein standardisierter Ausbreitungsprozess für die Einführung von GEVER (bei Stellen ohne Geschäftsverwaltung) ist erfolgreich erprobt und etabliert. Bei mindestens 15 ausbreitungsbereiten Stellen ist GEVER per Ende 2013 eingeführt. Bei allen nicht ausbreitungsbereiten Stellen ist der Einführungstermin vereinbart.	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Übrige Aufgaben				
9	Hohe Verfügbarkeit von www.zug.ch	Internetnutzende	Systemverfügbarkeit mind. 99%	Systemverfügbarkeit mind. 99%	Gleich
10	Schnelles Ausstellen von Apostillen und Überbeglaubigungen	Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner	1 Apostille max. 15 Min., Grossaufträge innert 24h, Stichproben/Kundenbefragung	1 Apostille max. 15 Min., Grossaufträge innert 24h, Stichproben/Kundenbefragung	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
KR-/RR-Vorlagen	Stück		400/1'100	400/1'100	gleich
KR-Sitzungen	Halbtage		24	24	gleich
Wahlen/Abstimmungen	Stück		2/4	2/4	gleich

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Ausweisanträge	Stück		13'000	13'000	gleich
Bewertete Akten (Archiv)	Laufmeter		350	mind. 200	gleich
Apostillen/Beglaubigungen	Stück		18'000	18'000	gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-9'131'702.48**	**-9'650'750**	**-10'177'000**	**5.5**	**-10'374'800**	**-10'325'900**	**-10'522'400**
Total Ertrag	**2'967'029.60**	**3'023'800**	**2'703'600**	**-10.6**	**2'704'500**	**2'574'600**	**2'574'800**
Saldo	**-6'164'672.88**	**-6'626'950**	**-7'473'400**	**12.8**	**-7'670'300**	**-7'751'300**	**-7'947'600**

Kommentar Budget
Zusätzlicher Fachsupport für das Geschäftverwaltungsprogramm
Ausbau der Kommunikationsstelle des Regierungsrates
Mindereinahmen beim Amtsblatt und den Frankaturen.

Kommentar Finanzplan
Sinkende Gebühreneinnahmen beim Ausweiswesen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
AL1120.0004	Aufsicht-Scanner							
	Ausgaben		-130'000					
	Einnahmen							
IT1120.0002	Ausbreitung elektronische Geschäftsverwaltung							
	Ausgaben	-816'115.05	-825'000	-250'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-816'115.05**	**-955'000**	**-250'000**				
	Einnahmen							
	Saldo	**-816'115.05**	**-955'000**	**-250'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
1128 – Ombudsstelle

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-253'400	-254'400	0.4	-261'200	-270'600	-280'400
305	Arbeitgeberbeiträge		-50'300	-48'100	-4.4	-49'500	-51'300	-53'100
309	Übriger Personalaufwand		-4'900	-4'950	1.0	-4'950	-4'950	-4'950
310	Material- und Warenaufwand		-25'000	-17'100	-31.6	-17'100	-17'100	-17'100
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-800	-30'800	3750.0			
313	Dienstleistungen und Honorare		-12'000	-12'000		-12'000	-12'000	-12'000
315	Unterhalt Mobilien		-6'000	-10'000	66.7	-10'000	-10'000	-10'000
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-1'500	-1'800	20.0	-1'800	-1'800	-1'800
317	Spesenentschädigungen		-1'800	-1'800		-1'800	-1'800	-1'800
319	Übriger Betriebsaufwand		-2'300	-1'700	-26.1	-1'700	-1'700	-1'700
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-313'035.91						
	Total Aufwand	**-313'035.91**	**-358'000**	**-382'650**	**6.9**	**-360'050**	**-371'250**	**-382'850**
	Saldo	**-313'035.91**	**-358'000**	**-382'650**	**6.9**	**-360'050**	**-371'250**	**-382'850**

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Allgemeine Verwaltung
1129 – Datenschutz

Leistungsauftrag
Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-311'000	-318'000	2.3	-326'600	-338'400	-350'500
305	Arbeitgeberbeiträge		-62'700	-61'200	-2.4	-63'000	-65'200	-67'600
309	Übriger Personalaufwand		-4'850	-5'100	5.2	-5'100	-5'100	-5'100
310	Material- und Warenaufwand		-17'700	-17'900	1.1	-17'900	-17'900	-17'900
313	Dienstleistungen und Honorare		-49'000	-37'200	-24.1	-37'200	-37'200	-37'200
315	Unterhalt Mobilien		-800	-8'600	975.0	-8'600	-8'600	-8'600
317	Spesenentschädigungen		-1'500	-1'500		-1'500	-1'500	-1'500
319	Übriger Betriebsaufwand		-5'000	-3'500	-30.0	-3'500	-3'500	-3'500
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-407'412.90						
	Total Aufwand	**-407'412.90**	**-452'550**	**-453'000**	**0.1**	**-463'400**	**-477'400**	**-491'900**
	Saldo	**-407'412.90**	**-452'550**	**-453'000**	**0.1**	**-463'400**	**-477'400**	**-491'900**

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabs-, Planungs- und Koordinationsstelle der Direktion des Innern. Das Direktionssekretariat unterstützt die Vorsteherin der Direktion des Innern und berät sie fachlich. Im Weiteren nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und berät Amtsstellen, Einwohner-, Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden sowie Private in juristischen Fragen. Ihm obliegen namentlich die allgemeine Gemeinde- und Wahlaufsicht, das Zivilstands- und Bürgerrechtswesen, die Registerharmonisierung und die Volkszählung sowie das Grundbuch- und Notariatsinspektorat.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte
- Instruktion Beschwerden und Rechtsschriften
- Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen und Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Erarbeitung der DI-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat
- Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen
- Erarbeitung von Verfügungen und Verträgen

Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst
- Auskunftserteilung an Verwaltungsstellen, Gemeinden und Private insbesondere zu Fragen des Bürgerrechts, Gemeinderechts, Sachenrechts sowie des Wahl- und Abstimmungsrechts
- Gemeindeaufsicht
- Wahlaufsicht
- Rechtliche Unterstützung der Direktionsämter insbesondere beim Erlass von Verfügungen und bei Verträgen, Leistungs-, Subventions- und Programmvereinbarungen

Leistungsgruppe 3: Registerharmonisierung/Volkszählung
- Koordinations- und Ansprechstelle Volkszählung
- Fachanwendung Einwohnerkontrollregister

Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling
- Rechnungsführung
- Erstellen der Jahresrechnung für die schweizerische Bauernhausforschung

Leistungsgruppe 5: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst
- Koordination Infostar
- Leitung und Koordination Einbürgerungsverfahren (Bund – Kanton – Gemeinden)
- Bearbeitung Gesuche um Erteilung kantonales Bürgerrecht
- Schulung und Beratung Bürgergemeinden und Zivilstandsämter
- Inspektion Zivilstandsämter
- Prüfung Zivilstandsurkunden
- Führung Sonderzivilstandsamt
- Bearbeitung Gesuche um Namensänderung

Leistungsgruppe 6: Grundbuch- und Notariatsinspektorat
- Inspektion gemeindliche Urkundspersonen und des Grundbuch- und Vermessungsamtes
- Schulungen
- Prüfung Verfügungen im Bereich BewG und BGBB und allfällige Einreichung Beschwerden
- Beratung von Gemeinden und Privatpersonen in Grundbuchfragen

Leistungsgruppe 7: Stabsdienstleistungen
- Direktionsinterne und -externe Kommunikation
- Bewirtschaftung Internetseite der Direktion

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen
- Bundesgesetz vom 29. September 1952 über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (Bürgerrechtsgesetz, BüG, SR 141.0) und dazugehörende Verordnung
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
- Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004 (ZStV, SR 211.112.2)
- Bundesgesetz vom 21. Dezember 2007 über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (BG-KKE, SR 211.222.32)
- Bundesgesetz vom 16. Dezember 1983 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG, 211.412.41)
- Verordnung vom 1. Oktober 1984 über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewV, SR 211.412.411)
- Pfandbriefgesetz vom 25. Juni 1930 (PfG, SR 211.423) und dazugehörende Verordnung
- Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291)
- Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (Registerharmonisierungsgesetz, RHG, SR 431.02) und dazu gehörende Verordnung
- Bundesgesetz vom 22. Juni 2007 über die eidgenössische Volkszählung (Volkszählungsgesetz, SR 431.112) und dazugehörende Verordnung
- Gesetz betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und Kantonsbürgerrechts (kantonales Bürgerrechtsgesetz, kant. BÜG) vom 3. September 1992 (BGS 121.3) und dazugehörende Verordnung
- Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen (Wahl- und Abstimmungsgesetz, WAG) vom 28. September 2006 (BGS 131.1) und dazugehörende Verordnung
- Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz) vom 4. September 1980 (BGS 171.1)
- Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug (EG ZGB) vom 17. August 1911 (BGS 211.1)

Leistungsauftrag

- Vollzugsverordnung über das Zivilstandswesen (Kantonale Zivilstandsverordnung) vom 28. April 1981 (BGS 212.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken im Ausland vom 26. November 1987 (BGS 215.11)
- Gesetz über die öffentliche Beurkundung und die Beglaubigung in Zivilsachen vom 3. Juni 1946 (BGS 223.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Harmonisierung der Einwohnerregister und anderer amtlicher Personenregister (EG RHG) vom 30. Oktober 2008 (BGS 251.1) und dazugehörende Verordnung
- Gesetz über die Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz) vom 26. April 1980 (BGS 423.11)
- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz, BGS 611.1) vom 31. August 2006
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz) vom 17. Dezember 1998 (BGS 931.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014–16
	Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Hohe Qualität der Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
2	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen Verwaltungsgericht, Bundesgericht	80% innert vier Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	80% innert vier Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	Gleich
3	Fristgerechte Erstellung der Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
4	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Kantonsrat	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
A	Erarbeitung Revision EG ZGB (Kindes- und Erwachsenenschutzrecht)	Regierungsrat, Kantonsrat, Gemeinden, Bevölkerung	KR-Beschluss liegt vor	«Fällt weg», da umgesetzt	
B	Revision des Wahl- und Abstimmungsgesetzes	Regierungsrat, Kantonsrat, Gemeinden, Stimmberechtigte	Zur Beratung im KR	KR-Beschluss liegt vor	Abgeschlossen
L42	Erarbeitung Revision Gemeindegesetz	Regierungsrat, Kantonsrat, Gemeinden, Bevölkerung	KR-Beschluss liegt vor	«Fällt weg», da abgeschlossen	
	Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
5	Kompetente Auskunftserteilung zu Fragen des Gemeinderechts und des Wahl- und Abstimmungsrechts	Verwaltungsstellen, Gemeinden und Private	Einfache Anfragen innert 48 Stunden, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet	Einfache Anfragen innert 48 Stunden, komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist beantwortet	Gleich
6	Aufsicht bei Abstimmungen	Gemeinden, Staatskanzlei	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Gemeinderesultate innert 30 Minuten nach Prüfungsabschluss	Mitteilung des Ergebnisses der Prüfung der Gemeinderesultate innert 30 Minuten nach Prüfungsabschluss	Gleich
L42	Projekt «Engere Zusammenarbeit mit Gemeinden»	Andere Direktionen, Gemeinden	Weiterbildung für Gemeinden ist festgelegt	«Fällt weg», da Meilenstein erreicht	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014–16
	Leistungsgruppe 3: Registerharmonisierung/Volkszählung				
7	Lieferung Volkszählungsdaten an Bundesamt für Statistik	Bundesamt für Statistik	100% innert Frist (vierteljährlich)	100% innert Frist (vierteljährlich)	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling				
8	Erstellung Jahresrechnung der schweizerischen Bauernhausforschung	Schweizerische Bauernhausforschung	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
9	Fachgerechte formelle Prüfung Jahresrechnungen und Budgets der Gemeinden	Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	Mitteilung Prüfungsergebnis innert 60 Tagen ab Einreichung Unterlagen	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Zivilstands- und Bürgerrechtsdienst				
10	Fachgerechte Inspektion der Zivilstandsämter (alle zwei Jahre)	Zivilstandsämter	Inspektion aller Zivilstandsämter durchgeführt	Inspektion aller Zivilstandsämter durchgeführt	Gleich
11	Beförderliche und fachgerechte Instruktion der Einbürgerungsgesuche	Gesuchstellende, Regierungsrat, Gemeinden, Verwaltungsgericht, Bundesgericht	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang Kostenvorschuss	Anträge an RR innert 60 Tage ab Eingang aller notwendigen Unterlagen und Kostenvorschuss	Gleich
12	Weiterbildung Behördenmitglieder Bürgergemeinden	Bürgerrätinnen und -räte, Bürgerschreiberinnen und -schreiber	Workshop Mitglieder Bürgergemeinden durchgeführt	Workshop Mitglieder Bürgergemeinden durchgeführt	Gleich
13	Fachgerechte und beförderliche Bearbeitung der Gesuche um Namensänderung	Gesuchstellende, Zivilstandsämter	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	Entscheide innert 60 Tagen nach Abschluss Sachverhaltsabklärung	Gleich
	Leistungsgruppe 6: Grundbuch- und Notariatsinspektorat				
14	Inspektion gemeindliche Urkundspersonen und des Grundbuch- und Vermessungsamtes (alle drei Jahre)	Gemeinden	Inspektion in allen elf Gemeinden durchgeführt	Inspektion in allen elf Gemeinden durchgeführt	Nur alle drei Jahre
15	Weiterbildung Delegation gemeindlicher Urkundspersonen	Urkundspersonen	Workshop durchgeführt	Workshop durchgeführt	Gleich
	Leistungsgruppe 7: Stabsdienstleistungen				
16	Aktive Information über aktuelle Themen aus der Direktion des Innern	Medien, Öffentlichkeit	Laufende und umgehende Mitteilungen an Medien. Gleichentags Aufschaltung Medienmitteilungen auf Internetseite	Laufende und umgehende Mitteilungen an Medien. Gleichentags Aufschaltung Medienmitteilungen auf Internetseite	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Zielsetzung 11 wurde präzisiert. Der Entscheid über Einbürgerungsgesuche kann erst gefällt werden, wenn alle notwendigen Unterlagen der Gesuchstellenden vorliegen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Beschwerden	Beschwerde-entscheide		35–40	20–30	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	RRA zu parla-mentarischen Vorstössen		8-12	8–12	Gleich
Rechnungswesen	Jahresrech-nungen und Budgets Gemeinden		66	66	Gleich
Bürgerrechtserteilung	Einbürgerungs-gesuche		350–400	350–400	Gleich
Namensänderungen	Namensände-rungsgesuche		60–70	80–90	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Mit einer Revision des Zivilgesetzbuches ändert der Bund per 1. Januar 2013 das Namensrecht. Die Hürden für eine Namensänderung werden dabei gesenkt, weshalb mit einer Zunahme der Namensänderungsgesuche um mindestens 20 pro Jahr zu rechnen ist. Demgegenüber entfallen aufgrund der Revision des EG ZGB bei den Beschwerden diejenigen aus dem Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (in den vergangenen vier Jahren jeweils 14-18 Beschwerden).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-3'265'464.36**	**-3'302'400**	**-3'613'500**	**9.4**	**-3'732'500**	**-3'848'800**	**-3'963'100**
Total Ertrag	**549'572.05**	**500'500**	**529'000**	**5.7**	**579'000**	**602'000**	**602'000**
Saldo	**-2'715'892.31**	**-2'801'900**	**-3'084'500**	**10.1**	**-3'153'500**	**-3'246'800**	**-3'361'100**

Kommentar Budget
Die Aufwanderhöhung ist im Wesentlichen auf eine Stelle für Informatikkoordinator/in zurückzuführen. Demgegenüber wurden bei den Stellen für JuristInnen 20% abgebaut (Begründung vgl. Kommentar zu Plangrössen).
Eine Aufwanderhöhung beim Sachaufwand ergibt sich auch auf Grund der Änderung des Namensrechts, das auf Bundesebene ein Release des Infostars notwendig macht, wobei die Kosten von den Kantonen zu tragen sind.

Kommentar Finanzplan
Keine wesentlichen Änderungen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DI1500.0021	Konkordat Zentralschw. BVG- und Stiftungsaufsicht							
	Ausgaben							
	Einnahmen	96'500.00						
IT1500.0001	Neue Einwohnerkontrolle							
	Ausgaben	-306'599.10	-250'000	-350'000				
	Einnahmen			588'000		140'000		
IT1500.0002	Strategieplanung Objektdaten							
	Ausgaben	-40'556.85						
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1500.0003	Anpassen der statistischen Auswertungen							
	Ausgaben	-39'182.80						
	Einnahmen							
IT1500.0004	Betriebsumgebung für neue Fachanwendungen							
	Ausgaben	-93'437.95						
	Einnahmen							
IT1500.0005	eGov-Plattform – Aktualisierung Java							
	Ausgaben		-50'000					
	Einnahmen							
IT1500.0006	Neue Version Assentis-Server							
	Ausgaben		-90'000					
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-479'776.70**	**-390'000**	**-350'000**				
	Einnahmen	**96'500.00**		**588'000**		**140'000**		
	Saldo	**-383'276.70**	**-390'000**	**238'000**		**140'000**		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Die Investitionen IT 1500.0001, neue Einwohnerkontrolle, betreffen Anpassungen und Weiterentwicklungen der Einwohnerkontrolle ISOV EK V5.
Bei den höheren Einnahmen IT 1500.0001, neue Einwohnerkontrolle, handelt es sich um Rückzahlungen der Gemeinden für die vom Kanton 2012 getätigten Investitionen.
Die Gemeinden übernehmen für die neue Einwohnerkontrolle ISOV EK V5 gemäss § 2 Abs. 2 EG RHG 40% der Investitionen, der Kanton 60%.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt führt das Grundbuch als öffentliches Register, in welchem die Grundstücke, deren Eigentümerinnen und Eigentümer und dinglichen Rechte verwaltet werden. Es leitet die amtliche Vermessung, welche die Grundlagen des Privateigentums erhebt und zur Verfügung stellt. Schliesslich koordiniert es die Geodaten des Kantons Zug und stellt die öffentlich zugänglichen Daten im GIS Zug (Geo-Informationssystem) und im Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen den Interessierten zur Verfügung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Betreuen des Vermessungswerks

- Aufbereiten der Geoinformationsgrundlagen (Referenzdaten, Basisplan der amtlichen Vermessung)
- Vermessungswerk nach den Vorgaben des Bundes periodisch nachführen und weiterentwickeln
- Aufsicht über Leistungsvereinbarungen und Verifikation der Arbeiten der laufenden Nachführung
- Baukontrollmessungen im Auftrag der Gemeinden Zug und Menzingen sowie Sondervermessungen für kantonale Stellen und Dritte

Leistungsgruppe 2: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs

- Anschaffen und Betreuen der Fachapplikation (EDV-Grundbuch) samt Anschlussprogrammen
- Schaffen von Rechtssicherheit beim Vollzug von Grundbuchanmeldungen
- Bereinigung alter Rechte im Hinblick auf Einführung des eidgenössischen Grundbuchs
- Auskünfte aus dem Grundbuch
- Abgabe von Grundbuchauszügen
- Vorprüfen von Grundbuchgeschäften

Leistungsgruppe 3: Beurkundung und Beglaubigung

- Schuldbriefe beurkunden
- Beglaubigungen von Grundbuchbelegen

Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug

- Anschaffen und Betreuen der Fachapplikationen für Vermessungswerk und GIS Zug, samt Schnittstellen
- Koordination der Geobasisdaten im GIS Zug
- GIS-Dienstleistungen im Auftrag kantonaler und kommunaler Verwaltungsstellen (Projektbegleitung, Beratung, Koordination)
- Bereitstellen der Geodaten als Darstellungsdienst (ZugMap.ch) im GIS Zug
- Bereitstellen der Geodaten in Form von Geodiensten
- Abgabe von Geodaten in ausgedruckter und digitaler Form (Organisation, technische Einrichtung)
- Umsetzen und Koordinieren der Geoinformationsgesetzgebung des Bundes und des Kantons, unter Einbezug der Gemeinden, allenfalls Dritter

Leistungsgruppe 5: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)

- Information über wichtige Ereignisse, Neuerungen und Praxis des GVA
- Weiterbildung Dritter (Urkundspersonen, GIS-Beteiligte, weitere Fachpersonen)
- Mitwirkung in Fachverbänden (z.B. KKVA, KKGeo, ALK GI)

Leistungsgruppe 6: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)

- Aufbau eines Katasters mit den gesetzlich vorgesehenen Themen im Bereich der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen
- Betreiben und Führen des ÖREB-Katasters

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB) vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
- Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG) vom 3. Oktober 2003 (SR 221.301)
- Bundesgesetz über Geoinformation (Geoinformationsgesetz, GeoIG) vom 5. Oktober 2007 (SR 510.62)
- Verordnung über Geoinformation (Geoinformationsverordnung, GeoIV) vom 26. Mai 2008 (SR 510.620)
- Verordnung über die amtliche Vermessung (VAV) vom 18. November 1992 (SR 211.432.2)
- Verordnung über die geografischen Namen (GeoNV) vom 21. Mai 2008 (SR 510.625)
- Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) vom 2. September 2009 (SR 510.622.4)
- Grundbuchverordnung (GBV) vom 23. September 2011 (SR 211.432.1)
- Gesetz betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 26. November 1987 (BGS 215.11)
- Gesetz über den Gebührentarif im Grundbuchwesen (Grundbuchgebührentarif) vom 27. September 2007 (BGS 215.35)
- Verordnung über die amtliche Vermessung vom 1. März 2005 (BGS 215.31)
- Verordnung über die Gebühren für den Bezug von Auszügen und Auswertungen der Amtlichen Vermessung (Gebührentarif des Vermessungsamtes) vom 11. Juli 1995 (BGS 215.315)

1.4 Kommentar Grundlagen

Aufnahme eines Leistungsziels betreffend Betrieb ÖREB-Kataster (als Folge des Aufbaus; erstes Ziel der Leistungsgruppe 6).
Zu Ziffer 1.3: Im 2013 sind kantonales GeoIG-ZG und GeoIV-ZG voraussichtlich in Kraft.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Betreuen des Vermessungswerks				
1	Geoinformationsgrundlagen sind aktuell	Bauherren, GIS-Fachleute, Gemeinden, Öffentlichkeit	Zeitraum der Aktualisierung	Zeitraum der Aktualisierung	Gleich
2	Jährliche Leistungsvereinbarung Amtliche Vermessung mit Bund erfüllt	Kanton, Gemeinden, Bund, Öffentlichkeit	Erfüllungsgrad 100%	Erfüllungsgrad 100%	Gleich
3	Materielle Richtigkeit der Vermessungsarbeiten kontrollieren	Grundstückeigentümer, Öffentlichkeit	> 6 Kontrollprüfungen	> 6 Kontrollprüfungen	Gleich
4	Baukontrolle und Sondervermessungen sind termintreu erfüllt	Gemeinden und Bauherren, Verwaltungsstellen des Kantons	Innerhalb vereinbarter Frist	Innerhalb vereinbarter Frist	Sinkend
	Leistungsgruppe 2: Betreuen des Grundbuchs und Sicherstellen des Grundstückverkehrs				
5	Die Prüfung einer Grundbuchanmeldung erfolgt fehlerfrei und rechtmässig	EigentümerInnen, dinglich Berechtigte, mögliche RechtserwerberInnen	Innerhalb der Frist	Innert 30 Tagen nach dem Tagebucheintrag (Ausnahme: Geschäfte mit laufendem BewG-Verfahren)	Gleich
6	Auskünfte werden zeitgerecht, kundenorientiert und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen erteilt	EigentümerInnen, dinglich Berechtigte, mögliche RechtserwerberInnen, Urkundspersonen	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert zwei Tagen seit Eingang	Auskünfte oder Hinweise auf umfassenden Abklärungsbedarf erfolgen innert zwei Tagen seit Eingang	Gleich
7	Grundbuchauszüge sind kundengerecht, rasch und unter Beachtung der rechtlichen Grundlagen zugestellt	EigentümerInnen, dinglich Berechtigte, mögliche RechtserwerberInnen, Urkundspersonen	Grundbuchauszüge sind innert zwei Tagen nach Bestellung zugestellt	Grundbuchauszüge sind innert zwei Tagen nach Bestellung zugestellt	Gleich
8	Vorprüfungen von Grundbuchgeschäften sind zeitgerecht an die Hand genommen und führen zu korrekten Anmeldungen	EigentümerInnen, dinglich Berechtigte, mögliche RechtserwerberInnen, Urkundspersonen	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen. Keine Abweisung nicht veränderter vorgeprüfter Grundbuchgeschäfte	Kontakt zur Bestellerin bzw. zum Besteller innert 5 Tagen. Keine Abweisung nicht veränderter vorgeprüfter Grundbuchgeschäfte	Gleich
A	Ein weiteres Bereinigungslos ist abgeschlossen	EigentümerInnen, dinglich Berechtigte in unbereinigten Gemeinden	Im ISOV-Grundbuch ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben	Im EDV-Grundbuch ist die Führungsart «eidgenössisch» und der Status «bereinigt» eingeschrieben	
B	Rechtmässige und fehlerfreie Umarbeitung von Papierschuldbriefen in Registerschuldbriefe	Banken, SchuldnerInnen, dinglich Berechtigte	Innerhalb der Frist	Durchschnittlich innert 45 Tagen nach Anmeldung	
C	Evaluation, Beschaffung und Integration neue EDV-Grundbuch-Lösung	EigentümerInnen, dinglich Berechtigte, mögliche RechtserwerberInnen		Evaluation und Beschaffungsentscheid sind erfolgt, Fachkonzept und Implementierung sind in Arbeit	Evaluation und Entscheid bis Ende 2013, Integration bis Ende 2015
	Leistungsgruppe 3: Beurkundung und Beglaubigung				
9	Schnelle und flexible Beurkundung von Pfandrechtsgeschäften	Kreditinstitute, GrundeigentümerInnen	Die öffentliche Beurkundung ist innert 5 Tagen vollzogen (Vorprüfungszeit: 5 Tage)	Die öffentliche Beurkundung ist innert 5 Tagen vollzogen (Vorprüfungszeit: 5 Tage)	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 4: Geo-Informationssystem Zug				
10	Geodatenaktualisierung erfolgt automatisierter	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen	Aktualisierung läuft terminiert über Nacht	Aktualisierung läuft terminiert	Gleich
11	Geodienste (WMS/WFS/ embedded ZugMap) werden ausgebaut	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen, Werke, Planer, Öffentlichkeit sowie Anbindung zur nationalen Geodateninfrastruktur	Anzahl Nutzende erhöht	Nutzungsintensität erhöht	Gleich
12	Erarbeiten und Ergänzen der Datenmodelle nach kantonalem Recht	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltung, Dritte	Konzept für Erarbeitung und Ergänzung liegt vor	Grundkonzept für Erarbeitung und Ergänzung liegt vor	Gleich
D	ZUGIS (Spezialwerkzeuge) ist auf die neue Softwareplattform migriert	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen	Migration erfolgt	Migration zu 75% erfolgt	Migration vollständig bis Mitte 2014
E	Personal zur Umsetzung des GeoIG und GeoIG-ZG ist vorbereitet	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltungen	Fachperson (Geomatikingenieurin bzw. Geomatikingenieur) ist angestellt und geschult	«Fällt weg», da einmaliger Vorgang	
	Leistungsgruppe 5: Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Zusammenarbeit (nach aussen und nach innen)				
13	Regelmässige Information mit aktuellem Inhalt	Mitarbeitende, Öffentlichkeit, Urkundspersonen	3 Newsletter, 1 Urkundspersonentagung, regelmässige GIS-Tagung	3 Newsletter, 1 Urkundspersonentagung, regelmässige GIS-Tagung	Gleich
14	Weiterbildung soll die Amtstätigkeit vereinfachen	Dritte, Urkundspersonen	Je eine Weiterbildungsveranstaltung zu Fragen des Grundbuchs und zu Fragen des GIS Zug ist durchgeführt	Je eine Weiterbildungsveranstaltung zu Fragen des Grundbuchs und zu Fragen des GIS Zug ist durchgeführt	Gleich
15	Aktive Interessenvertretung in Fachverbänden	Mitarbeitende	Eine Interessenvertretung. Intern abgesprochene Interessen sind eingebracht	Eine Interessenvertretung. Intern abgesprochene Interessen sind eingebracht	Gleich
F	Der Datenaustausch von Objektdaten ist koordiniert	Fachstellen der kantonalen, kommunalen Verwaltungen und Dritte		Eindeutige Schlüsselsysteme für relevante Objektdaten liegen vor	Alle Schlüsselsysteme bis Ende 2014
	Leistungsgruppe 6: Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster)				
16	Unterstützen der Fachstellen des Kantons und der Gemeinden bei der Erstellung der Daten- und der Darstellungsmodelle für Geobasisdaten	Kantonale und kommunale Verwaltungsstellen	Unterstützung ist fristgerecht erfolgt	Unterstützung ist fristgerecht erfolgt	Gleich
G	Vorbereiten Aufbau des ÖREB-Katasters	Fachstellen der kantonalen und kommunalen Verwaltung	Einführungskonzept ist erstellt	Vorbereitungsarbeiten für Einführung des ÖREB-Katasters sind abgeschlossen	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Leistungsgruppe 2, Nr. C: Beschaffung und Einsatz einer Standardlösung zur elektronischen Grundbuchführung, welche die gesetzlichen Vorgaben per 1. Januar 2014 erfüllt.
Leistungsgruppe 5, Nr. F: Koordination Objektdatenbewirtschaftung (Phase 1) im Auftrag der Informatikkonferenz Kanton – Gemeinden befristet bis Ende 2015.
Leistungsgruppe 6, Nr. G: Einführung eines ÖREB-Katasters gemäss Bundesgesetzgebung.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Anzahl Grundbuchanmeldungen	Anzahl		13'000	10'000	Gleich
Verwaltete Grundstücke	Anzahl		77'500	77'500	Gleich
Ausdrucke aus ZUGIS	Anzahl		22'000	23'000	Steigend
Ausdrucke aus ZugMap.ch	Anzahl Karten-ausschnitte		19'500	23'000	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Anzahl Grundbuchanmeldungen: Die Umwandlung in Registerschuldbriefe findet noch nicht im erwarteten Umfang statt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-5'130'704.37**	**-6'363'614**	**-6'243'000**	**-1.9**	**-6'547'300**	**-6'454'800**	**-6'628'900**
Total Ertrag	**4'268'976.95**	**5'738'500**	**5'144'500**	**-10.4**	**5'155'000**	**5'085'000**	**5'035'000**
Saldo	**-861'727.42**	**-625'114**	**-1'098'500**	**75.7**	**-1'392'300**	**-1'369'800**	**-1'593'900**

Kommentar Budget
Die Umwandlung in Registerschuldbriefe findet nicht im erwarteten Umfang statt, weshalb sich die Einnahmen von Grundbuchgebühren reduzieren und die Ausgaben für Hilfskräfte um die Hälfte zurückgehen.

Kommentar Finanzplan
Keine wesentlichen Änderungen zu erwarten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1515.0091	ISOV-Grundbuch							
	Ausgaben	-34'545.13						
	Einnahmen							
IT1515.0092	Betriebsumgebung für neue Fachanwendungen							
	Ausgaben	-22'453.20						
	Einnahmen							
IT1515.0093	Gesetzesänd. Immob.Sachrecht (ZGB) + Grundbuchvero							
	Ausgaben		-200'000					
	Einnahmen							
IT1515.0094	Strategie Objektdaten							
	Ausgaben		-50'000	-30'000		-40'000	-30'000	
	Einnahmen							
IT1515.0095	EDV-Grundbuch							
	Ausgaben			-100'000		-600'000	-600'000	
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Budgetkredite							
Ausgaben	-56'998.33	-250'000	-130'000		-640'000	-630'000	
Einnahmen							
Saldo	-56'998.33	-250'000	-130'000		-640'000	-630'000	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Neue EDV-Grundbuch-Lösung.
Für den automatisierten Austausch von Objektdaten sind, je nach dem wie die Verhandlungen mit den Kantonen und der Firma IBM ausfallen, die bestehenden Systeme vorzubereiten und elektronische Schnittstellen aufzubauen.

Kommentar Finanzplan
Für den automatisierten Austausch von Objektdaten sind, je nach dem wie die Verhandlungen mit den Kantonen und der Firma IBM ausfallen, die bestehenden Systeme vorzubereiten und elektronische Schnittstellen aufzubauen.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Wald und Wild ist zuständig für den Schutz der Zuger Wälder, der Gewässer- und Wildlebensräume sowie die nachhaltige Nutzung von Holz-, Fisch- und Wildbeständen. Neben dem forst-, fischerei- und jagdwirtschaftlichen Management gehören die Beratung, Schulung und Aufsicht sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu den Kernaufgaben.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Wald
- Übergeordnete Wald- und Naturgefahrenplanung
- Erhaltung und Förderung der Waldfunktionen
- Bewirtschaftung und Pflege von staatlichen Wäldern und Ufergehölzen
- Erarbeitung von Projekten

Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd
- Fischereiliches und wildbiologisches Schutz- und Nutzungsmanagement
- Betrieb der Fischbrutanlage Walchwil (Fischereikonkordat Zugersee)
- Betrieb des Seereinigungs- und Uferschutzdienstes
- Patentausgabe und Verpachtungen
- Erarbeitung von Projekten

Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung
- Erarbeitung von Verfügungen und Erlassentwürfen
- Verfassen von Stellungnahmen, Mitberichten und Gutachten
- Mitarbeit in Kommissionen, Projektgruppen oder Ausschüssen

Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information
- Beratung und Arbeiten für Dritte
- Planung und Durchführung von Aufsichts- und Kontrollaufgaben
- Aus- und Weiterbildung Dritter
- Betreiben eines Pikettdienstes
- Informationstätigkeit

Leistungsgruppe 5: Diverse
- Führen des Sekretariats der Natur- und Landschaftsschutzkommission
- Mitarbeit in der Notorganisation (Kantonaler Führungsstab)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über den Wald (Waldgesetz, WaG, SR 921.0) vom 4. Oktober 1991
- Verordnung über den Wald (Waldverordnung, WaV, SR 921.01) vom 30. November 1992
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG, SR 451) vom 1. Juli 1966
- Bundesgesetz über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG, SR 700) vom 22. Juni 1979
- Bundesgesetz über die Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG, SR 814.20) vom 24. Januar 1991
- Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, JSG, SR 922.0) vom 20. Juni 1986
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF, SR 923.0) vom 21. Juni 1991
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB, SR 210) vom 10. Dezember 1907, Art. 699
- Konkordat über die Fischerei im Zugersee vom 20. November 1969 (BGS 933.11)
- Ausführungsbestimmungen zum Konkordat über die Fischerei im Zugersee vom 23. Mai 1996 (BGS 933.111)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Wald (EG Waldgesetz, BGS 931.1) vom 17. Dezember 1998
- Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz (BGS 432.1) vom 1. Juli 1993
- Planungs- und Baugesetz (PBG, BGS 721.11) vom 26. November 1998
- Gewässergesetz (GewG, BGS 731.1) vom 25. November 1999
- Gesetz über die Jagd und den Schutz wildlebender Säugetiere und Vögel (Jagdgesetz, BGS 932.1) vom 25. Oktober 1990
- Gesetz über die Fischerei im Kanton Zug (BGS 933.21) vom 26. Januar 1995
- Kantonaler Richtplan 2004

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Qualitativer und quantitativer Erhalt der Lebensräume und der Artenvielfalt ihrer Lebensgemeinschaften	Öffentlichkeit	Stichprobenartiges Monitoring ausgewählter Wild- und Fischarten und ihrer Bestände	Vergleich der Rehwild- und Feldhasen-Bestände in definierten Zählgebieten mit den Bestandesmittelwerten.	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Wald				
2	Waldbauliche Beratung und Holzanzeichnung durch KFA-FörsterInnen	Waldeigentumsberechtigte Privatwald	22’000 m³ Holz gezeichnet	22’000 m³ Holz gezeichnet	Gleich
3	Pflege von Schutzwald sicherstellen	Öffentlichkeit	140 ha Schutzwald gepflegt	140 ha Schutzwald gepflegt	Gleich
4	Ausführung von Jungwaldpflege sicherstellen	Öffentlichkeit	110 ha Jungwald gepflegt	110 ha Jungwald gepflegt	Gleich
5	Sicherstellung der nachhaltigen Holznutzung	Öffentlichkeit	50’000 bis 80’000 m³ Holznutzung	50’000 bis 80’000 m³ Holznutzung	Gleich
6	Waldnaturschutzgebiete und besondere Lebensräume aufwerten	Öffentlichkeit	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Altholzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft 105 ha aufgewertet	Aufwertung von Auerwildlebensräumen, Waldrändern, Uferbestockungen, Altholzinseln, lichten Wäldern. Gesamthaft 115 ha aufgewertet	Steigend
7	Pflege von kantonalen Ufergehölzen	Öffentlichkeit	6.1 km Uferlänge gepflegt	6.1 km Uferlänge gepflegt	Gleich
8	Fortführung des Wald-Wild-Monitoring	Waldeigentumsberechtigte, Öffentlichkeit	Situationsbericht bis 30. Juni 2012 an Direktionsvorsteherin	Situationsbericht bis 30. Juni 2013 an Direktionsvorsteherin	Gleich
A	Verfassen von Waldwirtschaftsplänen	Waldeigentumsberechtigte	1 Waldwirtschaftsplan bis 31. Dezember 2012 erstellt	Weitere zwei Waldwirtschaftspläne bis 31. Dezember 2013 erstellt	Steigend
B	Beurteilung der Bäche 3. Priorität im Zuständigkeitsbereich des Amtes	Öffentlichkeit	100% bis 31. Oktober 2012 beurteilt	«Fällt weg»	
C	Erarbeitung Waldnaturschutz-Detailprojekte	Öffentlichkeit und Waldeigentumsberechtigte		Bis 30. November 2013 zwei neue Waldnaturschutz-Detailprojekte bis zur Unterschriftsreife erstellt. Meilenstein: Erstes Projekt bis 31.8.2013	
	Leistungsgruppe 2: Fischerei und Jagd				
9	Erhalt der Lokalform Zuger Rötel durch künstliche Erbrütung und Besatzmassnahmen	Öffentlichkeit	250’000 Vorsömmerlings-Besatzäquivalente	250’000 Vorsömmerlings-Besatzäquivalente	Steigend
10	Seeforelle Besatzmaterial für alle Zuflüsse Zuger- und Aegerisee gewinnen	Öffentlichkeit	Bruterfolg 95% der eingelegten Eier	Bruterfolg 95% der eingelegten Eier. Sicherstellung der Seeforellenrekrutierung in der Oberen Lorze im Zeitraum der Gewässerbeeinträchtigung durch den Hangrutsch Herrenmatt, Allenwinden.	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
11	Verkauf Ufer-Angelpatente Zugersee	Angelfischerinnen und -fischer, Tourismus	400 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente	400 verkaufte Ufer-Angelfischereipatente	Gleich
12	Maximalaufwand der Fischereiaufsicht für das Fischereikonkordat Zugersee	Konkordatskantone	Aufwand unter 1'130 h	Aufwand unter 1'100 h	Sinkend
13	Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung der Wildbestände durch die Jagd	Jägerschaft, Öffentlichkeit	Mindestens 400 Rehe, sofern Reduktion durch Frühjahrsbestand gerechtfertigt	Jagdliche Nutzung mind. 400 Rehe oder mind. 35% des Frühjahrsbestandes	Gleich
14	Verkauf Niederwildjagdpatente	Öffentlichkeit	221 verkaufte Patente	225 verkaufte Patente	Gleich
15	Schilf- und Uferschutzintervention	Öffentlichkeit	Reaktionszeit unter 24 h für Beginn Schwemmholzbergung nach Ereignis (Vorbehalt: Befahrbarkeit See verantwortbar)	Reaktionszeit unter 24 h für Beginn Schwemmholzbergung nach Ereignis (Vorbehalt: Befahrbarkeit See verantwortbar)	Gleich
D	eGov-Projekt Fischfangstatistik	Patentnehmerinnen und -nehmer	Verkauf Kurzzeitpatente via Internet > 25%	100% der Patentnehmenden werden beim Patenterhalt über die Online-Eingabemöglichkeit der Statistik informiert. Medienmitteilung versandt bis 30.4.2013	
	Leistungsgruppe 3: Entscheide und Entscheidvorbereitung				
16	Stellungnahmen zu direktionsinternen Vernehmlassungen	Direktionsvorsteherin, Generalsekretariat	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
17	Ausarbeitung von Verwaltungsentwürfen, Vorbereiten von Erlassen	Direktionsvorsteherin	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
18	Direktionsübergreifende Stellungnahmen	Andere kantonale Fachstellen, vorab ARP Koordinationsstelle	100% innert Frist	100% innert Frist oder zeitgerechter Antrag für Fristverlängerung	Gleich
19	Erlass von Amts-Bewilligungen und Verfügungen	Diverse öffentliche und private Gesuchsteller	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	Keine gutgeheissenen Einsprachen aus formalen Gründen	Gleich
E	Informationen an Bauabteilungen der Gemeinden und Korporationen betr. Verfahren und Inhalt von fischereirechtlichen Bewilligungen	Korporationen, Bauabteilungen der Gemeinden	Bis Ende Oktober 2012 Informationsunterlagen versandt	«Fällt weg»	
F	Zusammenstellung, Analyse und Massnahmenplanung der kritischen Geschäftsprozesse	Amt, Direktion und Verwaltung		Bis 31. Oktober 2013 Bericht erstellt. Meilenstein: interner Workshop abgehalten bis 30.6.2013	
	Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen und Information				
20	Planung und Durchführung der Aufsichts- und Kontrollaufgaben während der Jagd	Öffentlichkeit	Mind. 1 Kontrollgang der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagdtag 2012 und 300 h Jagdaufsicht 2012	Mind. 1 Kontrollgang der Wildhut pro Hirsch- und Rehwildjagdtag 2013 und insgesamt mind. 300 h Jagdaufsicht 2013	Gleich
21	Kontrolle von Bauten und Anlagen im Wald durch Forstdienst	Öffentlichkeit	Forstdienst entdeckt und meldet Amtsleitung nicht bewilligte Bauten und Anlagen spätestens 6 Monate nach Erstellung	Forstdienst entdeckt nicht bewilligte Bauten und Anlagen im Wald spätestens 6 Monate nach Erstellung und meldet dies binnen 3 Wochen nach Entdeckung der Amtsleitung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
22	Einsatzbereitschaft bei Wildunfällen	Öffentlichkeit	Bei 95% der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert max. 15 Min. nach Aufgebot unterwegs zum Zielort (Journalführung)	Bei 95% der Aufgebote ist der/die Mitarbeitende innert max. 15 Min. nach Erhalt Aufgebot zum Zielort unterwegs (Journalführung)	Gleich
23	Aus- und Weiterbildung des Zuger Forstpersonals	Waldeigentumsberechtigte, Öffentlichkeit	50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden durch Zuger Forstdienst	50 Vorbereitungs-, Kurs- oder Instruktionsstunden durch Zuger Forstdienst	Gleich
24	Ausbildung und Prüfung angehender Jägerinnen und Jäger	Angehende Jägerinnen und Jäger, Patentjägerverein	3 Kursangebote und Durchführung aller Prüfungen je Ausbildungsjahr	3 Kursangebote und Durchführung aller Prüfungen je Ausbildungsjahr	Gleich
25	Information und Ausbildung von Schülerinnen und Schülern über die Zusammenhänge in den Bereichen Wald, Wild und Wasser	Schulen, Schülerinnen und Schüler, Öffentlichkeit	60 Führungen durch FörsterInnen, WildhüterInnen oder FischereiaufseherInnen	60 Führungen, Exkursionen und/oder Vorträgen durch FörsterInnen, WildhüterInnen oder FischereiaufseherInnen	Gleich
G	Ausdehnung und Anwendung Feedback-Karten im ganzen Amt	Kundinnen und Kunden von Dienstleistungen	Systematische Verwendung der Geschäftsantwortkarten inkl. Dokumentation bis Ende Oktober 2012	«Fällt weg»	
H	Organisation und Durchführung Forum-Wild-Veranstaltung zum Thema Fledermäuse im Wald	Öffentlichkeit		Veranstaltung durchgeführt bis 31. Oktober 2013	
I	Tag der offenen Tür Brutanlage Walchwil	Öffentlichkeit		Veranstaltung durchgeführt bis 30. Juni 2013	
	Leistungsgruppe 5: Diverse				
26	Führen des Sekretariat der Natur- und Landschaftsschutzkommission	Baudirektion	Erarbeiten von 95% Stellungnahmen innert Wochenfrist unterschriftsbereit zuhanden des Kommissionspräsidenten	Erarbeiten von 95% der unterschriftsfertigen Stellungnahmen innert Wochenfrist zuhanden des Kommissionspräsidenten/der Kommissionspräsidentin	Gleich
27	Mitarbeit in der Notorganisation (Kantonaler Führungsstab)	Sicherheitsdirektion, Öffentlichkeit	Teilnahme an 80% der Rapporte, Übungen und Veranstaltungen im Rahmen der Notorganisation	Teilnahme an 80% der vom SC KFS bezeichneten Veranstaltungen (Rapporte, Übungen, Weiterbildungen, Konferenzen usw.)	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Auftrag zur Erarbeitung von Entwürfen von DI-Verfügungen	Anzahl		40	20	Gleich
Beurteilung von Waldabstandsunterschreitungen zuhanden der Koordinationsstelle oder für Bauanfragen Dritter	Anzahl		45	45	Gleich

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Beitragsgesuche von Waldeigentumsberechtigten (Jungwaldpflege, Schutzwaldpflege, Waldnaturschutzeingriffe usw.) prüfen und bewilligen	Anzahl		310	310	Gleich
Holz zeichnen durch KFA-Förster für Waldeigentumsberechtigte	m^3		22'000	22'000	Gleich
Bauanfragen/Vorprüfungen im Bereich Gewässer für Koordinationsstelle oder Bauherrschaften	Anzahl		50	50	Gleich
Abnahme und Streifen der Laichtiere aus der Netzfischerei	Stunden		110	110	Gleich
Bergung von Fall- und Unfallwild bei Wildunfällen sowie Wildunfallbescheinigung	Stunden		800	800	Gleich
Beratung Wildschadenprävention für Land- und Forstwirtschaft	Stunden		180	180	Gleich
Baustellen- und Notabfischungen bei Eingriffen in die Gewässer	Stunden		110	120	Steigend
Einsatz Seereinigungsboot zugunsten Freibäder Zugersee, Bootsstationierungsanlagen und Schilf- und Uferschutz	Stunden		75	75	Gleich
Fliessgewässer-Unterhalt zur Gefahrenabwehr und -prävention	Laufmeter		800	800	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Die Reduktion der Anzahl DI-Verfügungen, auf Antrag des AFW, ergibt sich aus der Kompetenzdelegation der fischereirechtlichen Bewilligungen an das AFW.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-6'025'966.65**	**-6'208'900**	**-6'116'800**	**-1.5**	**-6'156'800**	**-6'266'100**	**-6'379'300**
Total Ertrag	**2'146'388.45**	**1'348'800**	**1'323'600**	**-1.9**	**1'329'200**	**1'325'200**	**1'329'200**
Saldo	**-3'879'578.20**	**-4'860'100**	**-4'793'200**	**-1.4**	**-4'827'600**	**-4'940'900**	**-5'050'100**

Kommentar Budget
Der Personalaufwand ist leicht höher. Der Sachaufwand im Bereich der «Dienstleistungen Dritter» ist hingegen geringer. Begründet wird dies durch weniger aufwändige Hochwasserschutzprojekte für das Jahr 2013. Insgesamt bleibt der Ertrag praktisch unverändert, während der Gesamtaufwand gegenüber dem Vorjahr abnimmt. Der Aufwandüberschuss wird geringer.

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DI1530.0001	Anschaffung Fahrzeuge, Maschinen, Einrichtungen							
	Ausgaben		-18'500			-55'000		
	Einnahmen							
DI1530.0002	Neu- und Ausbau von Gewässerschutzbauten im Wald							
	Ausgaben	-453'297.25	-890'000	-1'670'000		-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
	Einnahmen		200'000	152'000		100'000	100'000	100'000

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DI1530.0031	Erwerb von Waldungen							
	Ausgaben		-30'000	-30'000		-30'000	-30'000	-30'000
	Einnahmen							
DI1530.0033	Neu-/Ausbau/Erneuerung Erschliessung.+Schutzbauten							
	Ausgaben	-104'139.90	-100'000	-80'000		-80'000	-80'000	-80'000
	Einnahmen	19'622.65						
DI1530.0034	Sanierung Strasse Innerblack – Hintermangeli							
	Ausgaben	-74'005.95						
	Einnahmen							
DI1530.0061	Beitr. an Gden f. forstl. Erschliess.+Schutzbauten							
	Ausgaben	-714'751.25	-674'000	-240'000		-350'000	-350'000	-350'000
	Einnahmen							
DI1530.0062	Beitr. an Priv f. forstl. Erschliess.+Schutzbauten							
	Ausgaben		-93'000	-93'000		-80'000	-80'000	-80'000
	Einnahmen							
DI1530.0063	Bundesbeitrag Programmvereinbarung SchutzbautenWaG							
	Ausgaben							
	Einnahmen	93'750.00	368'000	377'500		377'500	377'500	377'500
DI1530.0064	Durchlauf. Investitionsbeiträge für/an Waldeigent.							
	Ausgaben		-199'000	-200'000				
	Einnahmen		199'000	200'000				
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-1'346'194.35**	**-2'004'500**	**-2'313'000**		**-1'595'000**	**-1'540'000**	**-1'540'000**
	Einnahmen	**113'372.65**	**767'000**	**729'500**		**477'500**	**477'500**	**477'500**
	Saldo	**-1'232'821.70**	**-1'237'500**	**-1'583'500**		**-1'117'500**	**-1'062'500**	**-1'062'500**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Sozialamt entwickelt Lösungen für soziale Brennpunkte und unterstützt mit seinen Dienstleistungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Zuger Bevölkerung. Es ist zuständig für die Planung, Steuerung und Aufsicht sowie die Information und Koordination wichtiger sozial- und gesellschaftspolitischer Massnahmen, insbesondere in den Bereichen soziale Einrichtungen, Asyl, Sozialhilfe, Integration, Kind, Jugend, Familie und Alter.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl

- Unterbringung, Betreuung, Beratung und finanzielle Unterstützung der Asylsuchenden, Flüchtlinge und von Personen aus dem Nothilfebereich
- Akquisition und Unterhalt von Unterkünften
- Reporting und Abrechnung gegenüber Bund

Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen

- Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit sozialen Organisationen
- Betriebsbewilligung, Anerkennung und Ausübung der Aufsicht über soziale Einrichtungen
- Individuelle Kostenübernahmegarantien in ausserkantonalen sozialen Einrichtungen
- Führen der kantonalen IVSE-Verbindungsstelle
- Beurteilung und Finanzierung von Investitionsprojekten sozialer Einrichtungen
- Bedarfsanalyse und Angebotsplanung der IVSE-B-Einrichtungen

Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte

- Prüfung und Bearbeitung von Beitragsgesuchen im Bereich Jugendförderung
- Prüfung und Bearbeitung von Beitragsgesuchen im Bereich Integration
- Prüfung und Bearbeitung von Lotteriefondsgesuchen im Sozialbereich

Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte

- Erarbeitung Regierungsratsanträge/Kantonsratsanträge
- Erarbeitung Rechtsgrundlagen
- Verfassen von Mitberichten und Vernehmlassungen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen

Leistungsgruppe 5: Information, Koordination und Vernetzung

- Koordination, Beratung und Empfehlungen betreffend Sozialhilfe und familienergänzende Betreuung (FEB)
- Bedarfsplanung und Information über Angebote betreffend familienergänzende Betreuung (FEB)
- Kompetenzzentrum und Ansprechstelle Integration
- Bereitstellung von Informationsplattformen im Internet

Leistungsgruppe 6: Übrige Aufgaben

- Projekte und Grundlagen
- Ausübung der Oberaufsicht Kinderbetreuung (FEB)
- Sekretariat bzw. Einsitz kantonale Kommissionen
- Sekretariat ZGSDK
- Geltendmachung von Unterstützungsleistungen gegenüber Bund, Kantonen und Gemeinden
- Administration und Führung Empfang Neugasse 2

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG) vom 16. Dezember 2005 (SR 142.20)
- Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) vom 24. Oktober 2007 (SR 142.205)
- Asylgesetz (AsylG) vom 26. Juni 1998 (SR 142.31)
- Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (Asylverordnung 2, AsylV 2) vom 11. August 1999 (SR 142.312)
- Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) vom 13. Dezember 2002 (SR 151.3)
- Verordnung über die Aufnahme von Kindern zur Pflege und zur Adoption (PAVO) vom 19. Oktober 1977 (SR 211.222.338)
- Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) vom 6. Oktober 2006 (SR 831.26)
- Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz, ZUG) vom 24. Juni 1977 (SR 851.1)
- Verordnung über die Kommission für Integrationsfragen und gegen Rassismus vom 8. August 2000 (BGS 122.72)
- Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsgesetz) vom 29. September 2005 (BGS 213.4)
- Verordnung zum Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (Kinderbetreuungsverordnung) vom 14. November 2006 (BGS 213.42)
- Gesetz über die Sozialhilfe im Kanton Zug (Sozialhilfegesetz) vom 16. Dezember 1982 (BGS 861.4)
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz (Sozialhilfeverordnung) vom 20. Dezember 1983 (BGS 861.41)
- Verordnung betreffend Sozialhilfe für Personen aus dem Asylbereich vom 27. Januar 2009 (BGS 861.42)
- Gesetz über soziale Einrichtungen (SEG) vom 26. August 2010 (BGS 861.5)

- Verordnung zum Gesetz über soziale Einrichtungen (SEV) vom 16. November 2010 (BGS 861.512)
- Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE vom 13. Dezember 2002 (BGS 861.52)

1.4 Kommentar Grundlagen

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung von Leistungsauftrag und Budget 2013 sind zwei Gesetzesvorlagen im Kantonsrat hängig, die Auswirkungen auf den Leistungsauftrag haben können: die Teilrevision des Kinderbetreuungsgesetzes und die Vorlage zur Schaffung eines Integrationsgesetzes.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Soziale Dienste Asyl				
1	Regelmässige Beratungen	Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich (ohne Nothilfe)	Anzahl Beratungsgespräche/ Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 70%	Anzahl Beratungsgespräche/ Monat im Verhältnis zur Zielgruppe: 70%	Gleich
2	Durchführung von Integrationsmassnahmen	Vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge zwischen 18 und 55 Jahren	Vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge mit einer Integrationsmassnahme: 80%	Anzahl Leistungsempfangende mit einer beruflichen Integrationsmassnahme: 40% Anzahl Leistungsempfangende mit einer sprachlichen Integrationsmassnahme: 50%	Gleich
3	Ersatz wegfallender Asyl- und Nothilfeunterkünfte	Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich	100% genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung	100% genügend Unterkunftsplätze gemäss Fallzahlenentwicklung	Gleich
4	Korrekte Reportings und Abrechnungen gegenüber dem Bund	Bundesamt für Migration BFM Bundesamt für Statistik BFS	100% innert Frist gemäss Vorgaben BFM und BFS	100% innert Frist gemäss Vorgaben BFM und BFS	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Steuerung und Finanzierung von sozialen Organisationen				
5	Kontinuierliches und systematisches Kontraktmanagement (Überprüfung Angebot, Qualität und Finanzen, Auszahlungen, Anpassungen der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen)	Soziale Einrichtungen und ihre Adressat/innen Beratungs- und Fachstellen und ihre Adressat/innen	Anzahl Controllinggespräche: 17 Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 5	Anzahl Controllinggespräche: 17 Anzahl Neuverhandlungen von Vereinbarungen: 10	Gleich Sinkend
6	Regelmässige Überprüfung der Bewilligungs- und Anerkennungsvoraussetzungen	Soziale Einrichtungen und ihre Adressat/innen	Anzahl Überprüfungen: 10	Anzahl Überprüfungen: 13	Gleich
A	Bauprojekt Maihof Schlussabrechnung liegt vor	Soziale Einrichtungen	Schlussabrechnung erstellt	«Fällt weg», Schlussabrechnung genehmigt	
B	Bedarfsplanung 2014 – 2016	Einrichtungen IVSE-B		Genehmigung RRB bis Mitte 2013	
	Leistungsgruppe 3: Beiträge an soziale Projekte				
7	Fachgerechte und fristgemässe Behandlung und Zahlungsabwicklung von Beitragsgesuchen	Gemeinden, Private Organisationen, Verbände, Jugendgruppen, Bildungseinrichtungen, Migrationsorganisationen	95% innert 2 Monaten (ab publiziertem Eingangstermin bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf)	95% innert 2 Monaten (ab publiziertem Eingangstermin bzw. ab Eingang bis Fertigstellung Entscheidentwurf)	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 4: Regierungs- und Kantonsrats-Geschäfte				
8	Fristgerechtes Verfassen von Mitberichten und Stellungnahmen und Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Direktion	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Information, Koordination und Vernetzung				
9	Aktuelle Kinderbetreuungsbroschüre und Kinderbetreuungswebseite mit integriertem Reporting zum Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen im Kanton Zug	Gemeinden, Firmen, Fachstellen, Privatpersonen	Broschüre: aktualisiert und versandt im Mai, erstes Reporting abgeschlossen und mit den Gemeinden evaluiert	Broschüre: aktualisiert und versandt im Mai, Reporting durchgeführt	Gleich
10	Fördergelder des Bundes durch Kompetenzzentrum Integration eingeholt und Zielvorgaben des Bundes in den zentralen Leistungsbereichen erreicht	Bund, Kanton, Gemeinden, private Organisationen, Migrationsorganisationen, Bevölkerung	Gelder eingeholt: 100% Mindestzielvorgaben des Bundes erfüllt	Gelder eingeholt: 100% Mindestzielvorgaben des Bundes erfüllt	Ab 2014 im Rahmen von KIP (Kant. Integrationsprogramm)
C	Entwicklung und Umsetzung des Sprach- und Bildungsangebots und innerkantonale Koordination	Gemeinden, private Organisationen, Bildungseinrichtungen	Zielvorgaben gemäss Programmvereinbarung mit Bund sind zu 80% umgesetzt. Gelder eingeholt: 80%	Zielvorgaben gemäss Programmvereinbarung mit Bund sind zu 80% umgesetzt. Gelder eingeholt: 80%	Ab 2014 im Rahmen von KIP (Kant. Integrationsprogramm)
D	Planung von Massnahmen und Umsetzung des kantonalen Integrationsprogramms (KIP)	Regierungsrat und Bund	Finanzgesuch und Konzept innert Frist eingereicht an Bund	Unterzeichnung der Programmvereinbarung mit dem Bund	Umsetzung
E	Kinderbetreuungsindex 2013 (Update von 2009)	Gemeinden, Öffentlichkeit		Veröffentlichung bis Oktober	
	Leistungsgruppe 6: Übrige Aufgaben				
11	Fach- und fristgerechte Durchführung von Adoptionsverfahren	Ehepaare und Kinder	Prozessvorgaben eingehalten	«Fällt weg», Aufgabe geht an Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (1552)	
12	Durchführung, Vor- und Nachbearbeitung von kantonalen Kommissionssitzungen	Sozialkommission, Integrationskommission, Fachkommission Projekt Jugendförderung, Verwaltungskommission, Alimenten-Inkassostelle	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 9 Jährliche Sitzungsgeldabrechnung	Anzahl Einladungen, Sitzungen und Protokolle: 7 Jährliche Sitzungsgeldabrechnung	Gleich
13	Fristgerechte Prüfung und Bearbeitung der Unterstützungsanzeigen	Gemeinden, Kantone, Bund	100% innerhalb gesetzlicher Vorgabe ZUG/Sozialhilfegesetz	100% innerhalb gesetzlicher Vorgabe ZUG/Sozialhilfegesetz	Gleich
F	Projekt «Aufsicht und Qualitätssicherung in der familienergänzenden Kinderbetreuung»	Einwohnergemeinden	Konzept durch Direktion bewilligt und Umsetzung gestartet	«Fällt weg»	
G	Pilotprojekt «Frühe Förderung in Kitas»	Kinderbetreuungseinrichtungen, Kinder in Kitas, Eltern, Wirtschaft und Gewerbe	Finanzierungsbeschluss RR und Start der 1. Projektphase	Durchführung 1. Projektphase, Planung 2. Projektphase	Durchführung 2. Projektphase

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
H	Umsetzung Postulat Ergänzungsleistungen für Einkommensschwache	Regierungsrat, Kantonsrat	Ergebnis Prüfung verschiedener Varianten liegt vor	Antrag an Kantonsrat	Offen
L23	Koordination und Umsetzung der Massnahmen zur Familienpolitik der DI	Regierungsrat, Direktionen, Familien	Zwischenbericht an RR gemäss Aussprachepapier	Entscheid RR über Fortsetzung/Weiterentwicklung des Massnahmenplans	Offen
L23	Entwicklung Altersleitbild	Regierungsrat, Gemeinden, private Organisationen	Vorgehensplan erarbeitet, Umsetzung eingeleitet	«Fällt weg», Altersparagraf vom Kantonsrat abgelehnt	Umsetzung
L34	Konzept frühkindliche Förderung für benachteiligte Familien	Regierungsrat, Familien		Konzept durch RR verabschiedet, Start der Umsetzung bis Oktober	Fortführung Umsetzung

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
RR-Anträge (KSA)	Anzahl		60	50	Gleich
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl		20	20	Gleich
Lotteriefondsgesuche	Anzahl		40	40	Gleich
Beitragsgesuche Jugendförderung	Anzahl		25	30	Steigend
Beitragsgesuche Integration	Anzahl		40	50	Steigend
Asyl, zu betreuende Personen:	Anzahl		755	900	Steigend
– Asylsuchende N			240	290	Steigend
– Nothilfe			80	70	Gleich
– Vorläufig Aufgenommene F			140	160	Gleich
– Vorläufig Aufgenommene F7+			125	140	Steigend
– Anerkannte Flüchtlinge B			120	170	Steigend
– Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge F			50	60	Steigend
– Aufenthaltsstatus C			5	10	Gleich
Asyl, unterzubringende Personen:	Anzahl		755	900	
– Durchgangsstation			90	90	Gleich
– Dezentrale Unterkunft			420	530	Steigend
– Nothilfe-Unterkunft			35	30	Gleich
– Private Unterkunft			195	230	Steigend
– Andere Unterbringung			15	20	Gleich
Soziale Einrichtungen, Platzangebot:	Anzahl Plätze				
– Wohnen			38	38	Steigend
– Wohnen mit Beschäftigung			170	170	Steigend
– Wohnen mit geschütztem Arbeitsplatz			65	65	Steigend
– Geschützte Arbeitsplätze			227	228	Steigend
– Beschäftigung			35	35	Gleich
Kostenübernahmegarantien (KÜG)	Anzahl behandelte Gesuche		240	350	Gleich
Durch KÜG finanzierte Platzierungen	Anzahl Betreute Total			198	Leicht steigend

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
– davon ausserkantonal	Anzahl Betreute			172	
– davon innerkantonal	Anzahl Betreute			26	
Unterstützung: Zuger Bürgerinnen und Bürger mit Wohnsitz in anderen Kantonen	Anzahl Dossier		75	75	Schwankend
Unterstützung: Bürgerinnen und Bürger anderer Kantone mit Wohnsitz im Kanton Zug	Anzahl Dossier		95	95	Schwankend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
- Aufgrund der aktuellen Entwicklung im Asylbereich wird mit einem weiteren Anstieg der Bestandeszahlen um 50 Personen gerechnet.
- Bei der Zahl der Kostenübernahmegarantien KÜG für Personen in sozialen Einrichtungen wird eine markante Zunahme angenommen. Verschiedene Kantone sind dazu übergegangen, für Personen, die in derselben Einrichtung sowohl die Angebote Wohnen also auch Beschäftigung oder Arbeit in Anspruch nehmen, zwei separate KÜG einzureichen. Bei der Zahl der Platzierungen in sozialen Einrichtungen wird mit einer leichten Zunahme gerechnet.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-57'585'914.35**	**-61'114'100**	**-63'917'840**	**4.6**	**-66'711'600**	**-68'426'800**	**-71'049'600**
Total Ertrag	**12'696'283.42**	**13'346'000**	**15'255'000**	**14.3**	**15'747'000**	**15'775'000**	**15'779'000**
Saldo	**-44'889'630.93**	**-47'768'100**	**-48'662'840**	**1.9**	**-50'964'600**	**-52'651'800**	**-55'270'600**

Kommentar Budget
- Die Erhöhung der Ergänzungsleistungen für Aufenthalte in Behindertenwohnheimen gemäss Änderung der Verordnung über die Kosten für Tagestaxen bei den Ergänzungsleistungen vom 6. Dezember 2011 (BGS 841.712, Inkrafttreten am 1.1.2013) entlastet das Budget des Sozialamts um insgesamt 3'500'000 Franken. Um diesen Betrag erhöht sich das Budget der Volkswirtschaftsdirektion.
- Der Aufwand für Leistungs- und Subventionsvereinbarungen reduziert sich um rund 200'000 Franken. Dieser Rückgang ist auf die Erhöhung der Ergänzungsleistungen für Aufenthalte in Behindertenwohnheimen zurückzuführen (Einsparungen von rund 2'700'000 Franken). Dem stehen Mehrkosten von rund 1'900'000 Franken bei den Institutionen für erwachsene Menschen mit Behinderung, rund 200'000 Franken bei den Beratungsstellen sowie rund 400'000 Franken aufgrund von tieferen Hilflosenentschädigungen der IV gegenüber. Viele Vereinbarungen sind mehrjährig abgeschlossen und die Kostenentwicklung bewegt sich innerhalb der beim Abschluss gültigen Vorgaben betreffend Beiträge mit Zweckbindung. Die Leistungsvereinbarungen mit den Institutionen für erwachsene Menschen mit Behinderung beinhalten hingegen auch Platzerweiterungen gemäss der regierungsrätlichen Bedarfsplanung.
- Der Aufwand für individuelle Kostenübernahmegarantien steigt um rund 600'000 Franken. Es ist eine Entlastung von rund 800'000 Franken aufgrund der höheren Ergänzungsleistungen eingerechnet. Die Erfahrungswerte 2011 und ein neues Abrechnungssystem in einigen Kantonen bedingen jedoch Mehrkosten von geschätzten 1'400'000 Franken.
- Der Mehraufwand bei der Sozialhilfe beträgt 120'000 Franken, was den Mehrkosten im Jahr 2011 entspricht.
- Der Aufwandüberschuss im Bereich soziale Dienste Asyl erhöht sich um rund 300'000 Franken aufgrund von 50 zusätzlich geplanten Betreuungsplätzen in Folge der steigenden Asylgesuchszahlen und eines höheren Bedürfnisses an Betreuung (24 Stunden) in der Bevölkerung.
- Es wurden 400'000 Franken von der Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB 28. Januar 2003).

Kommentar Finanzplan
- Bei den Leistungs- und Subventionsvereinbarungen sind die Kostenentwicklungen gemäss den Vorgaben des Regierungsrates eingerechnet. Wir gehen davon aus, dass zusätzliche Plätze bei den Institutionen für erwachsene Menschen mit Behinderung geplant werden müssen (ab 2014 + zirka 800'000 Franken und ab 2016 + zirka 1'000'000 Franken).
- Im Bereich Integration steigen die Aufwendungen ab 2014 um rund 400'000 Franken aufgrund der intensivierten Integrationsförderung des Bundes, welche auch eine Erhöhung der kantonalen Mittel bedingt.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DI1550.0024	Wohn- u. Werkheim Schmetterling							
	Ausgaben			-500'000		-1'500'000	-2'000'000	
	Einnahmen							
DI1550.0027	ZUWEBE: Umbau Werkstätte Bösch							
	Ausgaben		-1'300'000	-1'300'000		-1'000'000		
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DI1550.0032	Stiftung Phönix: Kauf und Umbau Tageszentrum							
	Ausgaben		-300'000	-220'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben		**-1'600'000**	**-2'020'000**		**-2'500'000**	**-2'000'000**	
	Einnahmen							
	Saldo		**-1'600'000**	**-2'020'000**		**-2'500'000**	**-2'000'000**	

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DI1550.0001	ZUWEBE Baar: Anbau und Sanierung Gebäude							
	Ausgaben	-2'971'396.69						
	Einnahmen							
DI1550.0022	Stiftung Maihof: Ausbau und Sanierungen							
	Ausgaben	-4'945'000.00						
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-7'916'396.69**						
	Einnahmen							
	Saldo	**-7'916'396.69**						

Kommentar Budget
DI1550.0024 Wohn- und Werkheim Schmetterling: Erweiterung durch Umbau der angrenzenden Liegenschaft
DI1550.0027 Umbau Werkstätte Bösch: Umbau und Sanierung Werkstätte Bösch

Kommentar Finanzplan
DI1550.0024 Wohn- und Werkheim Schmetterling: Erweiterung durch Umbau der angrenzenden Liegenschaft
DI1550.0027 Umbau Werkstätte Bösch: Umbau und Sanierung Werkstätte Bösch

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz, die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, die sie unterstützenden Dienste, das Revisorat und das Mandatsführungszentrum sind die kantonale Fachstelle des zivilen Kindes- und Erwachsenenschutzes.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Inbetriebnahme des Amtes
- Aufnahme des Betriebs und Bearbeitung der vormundschaftlichen Geschäfte
- Zusätzliche Schulung der Behördenmitglieder und der Mitarbeitenden

Leistungsgruppe 2: Meldestelle für Gefährdungsmeldungen, Verfahrensleitung, Anordnung von Massnahmen
- Entgegennahme von Gefährdungsmeldungen
- Einleitung, Überwachung und Sicherstellung der erforderlichen Abklärungen
- Erteilen von Abklärungsaufträgen an Dritte
- Beurteilung des Gefährdungspotenzials und allenfalls Anordnung von superprovisorischen Massnahmen
- Anordnung von geeigneten massgeschneiderten Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen, inkl. fürsorgerische Unterbringung
- Wahrung der Parteirechte, Anhörung, Akteneinsicht usw.
- Beurteilung unentgeltlicher Rechtspflege

Leistungsgruppe 3: Instruktion, Begleitung und Aufsicht sämtlicher Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (Berufsbeistandspersonen des Amtes und von Fachstellen, Privatpersonen)
- Akquisition und Motivation der persönlich und fachlich geeigneten Privatpersonen
- Instruktion und Begleitung der Mandatsträger/innen
- Bedarfsorientierte Weiterbildungen für private Mandatsträger/innen und Berufsbeistände/innen
- Austausch mit Ämtern, Schulen und Fachstellen

Leistungsgruppe 4: Aufgaben nach Errichtung der Massnahme
- Mitwirkung bei der Erstellung von Vermögensinventaren und bei der Anlage und Verwaltung von Vermögen
- Informations- und Mitwirkungspflichten gegenüber Amtsstellen, Gerichten und Dritten
- Anpassen der massgeschneiderten Massnahmen und Aufgaben entsprechend den Bedürfnissen der betreuten Personen
- Weitergehende Instruktion, Weisungen und Anordnungen erteilen für die Mandatsführung
- Mitwirkungsgeschäfte abwickeln

Leistungsgruppe 5: Aufsicht und Beschwerden
- Geschäftskontrolle
- Datenbearbeitung, Verzeichnis der Massnahmen
- Statistik
- Controlling, Berichtsprüfung, Rechnungsprüfung
- Aufsichtsrechtliche Interventionen
- Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatstragende
- Vernehmlassungen zu Beschwerden gegen KESB-Entscheide

Leistungsgruppe 6: nicht mandatsgebundene Aufgaben, Kinderbelange im Eheschutz, Aufgaben bei der eigenen Vorsorge
- gemäss ZGB und EG ZGB insbesondere Unterhaltsregelung, Zuteilung gemeinsames Sorgerecht, Regelung persönlicher Verkehr, Prüfen von Vorsorgeaufträgen und Patientenverfügung, Beschwerde gegen bewegungseinschränkende Massnahmen usw.

Leistungsgruppe 7: Kompetenzzentrumsfunktionen
- Vernetzung mit den kommunalen Sozialdiensten und Fachstellen sowie den Schulen
- Vernehmlassungen zu Handen des Regierungsrates im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes
- Beratung von Privaten und Amtsstellen
- Kommunikation und Information über neue Zuständigkeit und neues Erwachsenenschutzrecht
- Vernetzung mit Bildungs- und Forschungsinstituten im Bereich KES
- Interkantonale Vernetzung im Bereich KES

Leistungsgruppe 8: Inbetriebnahme des Mandatszentrums
- Aufnahme des Betriebs und Bearbeitung der Mandate
- Fortlaufende Schulung der Mitarbeitenden betreffend neuem KESR
- Übernahme der Mandate von weiteren Gemeinden
- Fachliche Begleitung der privaten Mandatsträger/innen im Auftrag der KESB

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210) insbesondere Änderung vom 19. Dezember 2008
- Gesetz über die Einführung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches für den Kanton Zug vom 17. August 1911 (BGS 211.1), Änderung vom 26. Januar 2012, Kantonsratsvorlage Nr. 2036.7 Laufnummer 13731 und Ausführungsverordnungen
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz, GesG) vom 30. Oktober 2008 (BGS 821.1)
- Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz) vom 1. April 1976 (BGS 162.1)
- Weisungen zur Dossierübertragung an die kommunalen Vormundschaftsbehörden

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Inbetriebnahme des Amtes				
A	Inbetriebnahme des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz	Regierungsrat, Kantonsrat, Direktionsvorsteherin, Bewerbende, Gemeinden, MandatsträgerInnen	Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ist im ersten Quartal 2012 bestellt, die Hälfte der Mitarbeitenden sind Mitte 2012, die übrigen Ende 2012 angestellt	Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde erledigt ihre Aufträge gemäss dem neuen Kindes- u. Erwachsenenschutzrecht (KESR), insbesondere ZGB, EG ZGB, VRG, ZPO, VBVV, GesG, PAVO	
B	Aus- und Weiterbildung der Behördenmitglieder und der Mitarbeitenden	Behördenmitglieder, Mitarbeitende	Die Behördenmitglieder haben die Grundausbildung der KOKES zum neuen Erwachsenenschutzrecht abgeschlossen	«Fällt weg», da 2012 erfolgt	
C	Aufbau Bibliothek (Fachdatenbank)	Behörde, Mitarbeitende	Fachbibliothek ist aufgebaut	Die Fachbibliothek umfasst die wichtigen Neuerscheinungen, wird laufend aufgebaut und der Zugang zur Onlinedatenbank ist bewirtschaftet	
D	Daten und Dossier der Einwohner- und Bürgergemeinden sind vom Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz übernommen	Einwohner- und Bürgergemeinden	Datenübernahme von den Gemeinden ist abgeschlossen. Dossiers sind übergeben. 100% bis Ende 2012	«Fällt weg», da 2012 umgesetzt	
E	Die Überführung der bestehenden Massnahmen ins KESR ist gewährleistet	Klientinnen und Klienten		Ein Drittel der bestehenden Massnahmen sind überführt	2/3 der laufenden Massnahmen
	Leistungsgruppe 2: Meldestelle für Gefährdungsmeldungen, Verfahrensleitung, Anordnung von Massnahmen				
1	Meldestelle für Gefährdungsmeldungen ist innert nützlicher Frist erreichbar	Gefährdete Personen, Fachstellen, Polizei		Die Gefährdungsmeldungen sind rechtzeitig und ordnungsgemäss entgegengenommen und geprüft	Gleich
2	Die erforderlichen Abklärungen sind eingeleitet	Behördemitglieder, Fachstellen, Fachpersonen		Die Abklärungen sind entsprechend den Aufträgen der Kindes- u. Erwachsenenschutzbehörde (KESB) sichergestellt und überwacht	Gleich
3	Verfahrensleitung wird wahrgenommen	Behördenmitglieder		Die Verfahren werden unter Wahrung der Parteirechte rechtlich korrekt durchgeführt	Gleich
4	Die Qualitätssicherung ist gewährleistet	Alle Mitarbeitenden		Die festgelegten Standards und Abläufe sind eingehalten	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Instruktion, Begleitung und Aufsicht sämtlicher Mandatsträgerinnen und Mandatsträger (Berufsbeistandspersonen des Amtes und von Fachstellen, Privatpersonen)				
5	Die privaten Mandatsträger/innen (PriMas) sind rekrutiert und abgeklärt betreffend fachlicher und persönlicher Eignung	Private Mandatsträger/innen		Die Öffentlichkeit wird über die Arbeit von PriMas informiert. Die privaten Mandatsträger/innen sind über ihre Aufgaben informiert und wissen, ob sie dafür geeignet sind	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
6	Die Berufsbeistandspersonen erfüllen ihren Auftrag engagiert und qualitativ hochstehend	Berufsbeistände/innen		Ihre Arbeit ist sorgfältig geprüft. Regelmässige Informationsveranstaltungen sind erfolgt. Eine regionale Zuständigkeit der Berufsbeistände/innen ist geprüft	Gleich
7	Die Zusammenarbeit mit den Fachstellen ist gewährleistet	Behördenmitglieder, Behördensekretariat, Fachstellen, Berufsbeistände/innen		Ein regelmässiger Austausch/Vernetzung mit den Fachstellen ist erfolgt	Gleich
8	Die Qualitätssicherung ist gewährleistet	Behördenmitglieder, Behördensekretariat		Die festgelegten Standards und Abläufe im Umgang mit den Mandatsträger/innen und Fachstellen sind eingehalten	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Aufgaben nach Errichtung der Massnahme				
9	Die notwendigen Schritte zur Abwicklung der Mitwirkungsgeschäfte sind eingeleitet	Revisorat, Mandatsträger/innen, Klienten/innen		Die Anträge der Mitwirkungsgeschäfte sind innert nützlicher Frist bearbeitet und die notwendigen Entscheidungen gefällt	Gleich
10	Gegenüber Dritten, Gerichten und Amtsstellen ist die Informations- sowie die Mitwirkungspflicht gewahrt	Gerichte, Amtsstellen, Fachstellen und weitere Personen		Alle Anfragen sind rechtmässig und innert nützlicher Frist beantwortet	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Aufsicht und Beschwerden				
11	Fälle gemäss Art. 419 ZGB sind geprüft und beantwortet	Legitimierte Personen		Die Fälle sind fachgerecht und gesetzeskonform geklärt	Gleich
12	Die Aufsicht ist gewährleistet	Klienten/innen, Mandatsträger/innen, Behördensekretariat (Revisorat)		Die Vermögensverwahrung ist korrekt getätigt. Die Geschäftskontrolle ist durchgeführt. Die Daten sind bearbeitet und das Verzeichnis der Massnahmen erstellt. Die Statistik ist laufend nachgeführt. Berichts- und Rechnungsprüfung sind erfolgt	Gleich
	Leistungsgruppe 6: nicht mandatsgebundene Aufgaben, Kinderbelange im Eheschutz, Aufgaben bei der eigenen Vorsorge				
13	Die relevanten Gesetzesbestimmungen (insbesondere Neuerungen) sind bekannt und sind inhaltlich, formal und fachlich korrekt angewendet	KESB, Mandatsträger/innen		Die daraus resultierenden Aufgaben unter Wahrung der Interdisziplinarität sind wahrgenommen und in der Praxis adaptiert	Gleich
	Leistungsgruppe 7: Kompetenzzentrumsfunktionen				
14	Die KESB ist mit den Gemeinden, Sozialdiensten und anderen Ämtern wie auch Fachstellen und sozialen Institutionen gut vernetzt	KESB, Sozialdienste, Fachstellen, Schulen, usw.		Ein gegenseitiger regelmässiger Informationsaustausch ist erfolgt	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 8: Inbetriebnahme des Mandatszentrums				
15	Die Berufsbeistände/innen arbeiten nach einheitlichen und überprüfbaren fachlichen Kriterien Die Qualitätssicherung ist gewährleistet	Mitarbeitende		Die Qualitätsstandards sind definiert und überprüft. Die Arbeitsabläufe zur Sicherstellung einer einheitlichen Anwendung sind definiert	Gleich
16	Die privaten Mandatsträger/innen sind geschult und in ihrer Arbeit unterstützt	Private Mandatsträger/innen		Die PriMas erhalten eine Einführung in ihre Arbeit und werden laufend fachlich unterstützt	Gleich
F	Das Mandatszentrum hat seinen Betrieb aufgenommen	Mitarbeitende		Die Mitarbeitenden führen die ihnen zugewiesenen Mandate entsprechend dem Auftrag und den festgelegten Standards	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Laufende Massnahmen	Fall		1'050	1141	Steigend
Neu angeordnete Massnahmen	Fall		260-270	316	Steigend
Umwandlung der bestehenden Beirat- und Beistandschaften in das neue Massnahmensystem	Fall			1/3 der laufenen Massnahmen: 375	2/3 der laufenden Massnahmen
Anzahl durch das Mandatszentrum geführte Mandate	Mandat			550	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Die Zahlen für das Budget 2013 basieren auf der KOKES-Statistik 2011.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand		-1'449'300	-6'016'800	315.2	-6'109'300	-6'273'100	-6'442'800
Total Ertrag			550'000	100.0	550'000	550'000	550'000
Saldo		-1'449'300	-5'466'800	277.2	-5'559'300	-5'723'100	-5'892'800

Kommentar Budget
Die Berechnungsgrundlage für die Mandate, die dem Bericht und Antrag des Regierungsrates zur Revision des EG ZGB vom 5. April 2011 zugrunde lag, beruhte auf Erhebungen bei den Einwohner- und Bürgergemeinden im Jahr 2008. Dazumal ging man von 400 Mandaten aus und errechnete 5 Stellen für die Mandatsführung und 4 Stellen für die Sachbearbeitung.
Die jüngste Erhebung im Juli 2012 ergab eine Anzahl von 550 Mandaten für das kantonale Mandatszentrum. Gemäss Praxisanleitung der Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) ist eine Fallzahl von 60 bis maximal 80 pro 100%-Stelle Mandatsträger/in anzustreben. Berücksichtigt man, dass zu den Fallführungen zusätzlich die Betreuung der privaten Mandatsträger/innen kommt (300 Personen mit rund 400 Fällen), ist von durchschnittlich 70 Fällen pro Mandatsträger/in auszugehen. Dies ergibt einen Personalbedarf von 7.85 Vollzeitstellen für die Mandatsführung. Zudem braucht es gemäss Empfehlungen der KOKES 80% Sachbearbeitung pro 100% Mandatsführung, mithin 6.25 Stellen für die Sachbearbeitung.

Kommentar Finanzplan
Gemäss Konferenz der Kantone für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) ist mit einem Anstieg der Fälle zu rechnen, was wiederum zu erhöhtem Personalbedarf führen kann.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1552.0001	Kostenberücksichtigung Fallführungs-Software							
	Ausgaben		-150'000					
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben		**-150'000**					
	Einnahmen							
	Saldo		**-150'000**					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Denkmalpflege und Archäologie ist verantwortlich für den Erhalt, die Pflege, die Dokumentation und die Erforschung des archäologischen und bauhistorischen Erbes des Kantons Zug.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung

- Stellungnahmen bei Bauermittlungs- und Baugesuchen, bei Orts- und Bebauungsplanungen sowie geplanten baulichen Veränderungen hinsichtlich Ortsbildschutzzone, Inventarobjekt und Schutzobjekt sowie deren Umgebung, Weilerzone, Inventar schützenswerte Ortsbilder Schweiz ISOS
- Beraten von Gemeinden bei Bauvorhaben in den Ortsbildschutzzonen und Mitarbeit bei Planungen und Wettbewerben
- Fachliche Begleitung von Eigentümerschaften bei Umbauten, Sanierungen und Renovierungen

Leistungsgruppe 2: Archäologische Untersuchungen und Auswertung

- Stellungnahmen bei Bauermittlungs- und Baugesuchen sowie geplanten baulichen Veränderungen hinsichtlich archäologischer Fundstätten
- Durchführen von archäologischen Rettungsgrabungen und -bauuntersuchungen sowie Prospektionen (Erkunden und Aufsuchen von Fundstellen), Aushubüberwachungen und Kurzdokumentationen
- Bergen von Fundmaterial und Proben
- Aufarbeitung und Bereitstellung der Felddokumentationen zur Archivreife und archäologische Auswertung

Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)

- Einleitung des Verfahrens für die Unterschutzstellung (Beurteilung Schutzwürdigkeit, Vornahme Augenscheine, Vorbereitung zuhanden kantonale Denkmalkommission)
- Führen des Verzeichnisses der geschützten Denkmäler
- Vorbereitung der Zusicherungsbeschlüsse, Berechnung und Auszahlung der Beitragsgesuche gemäss Zusicherungsbeschluss
- Organisation Sitzungen der kantonalen Denkmalkommission (Einladung, Durchführung, Protokoll)

Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung

- Führen des Inventars der schützenswerten Denkmäler
- Führen der denkmalpflegerischen Objekt-Datenbank, des Kulturgüterschutzinventars (KGS), des Kunstdenkmälerinventars und der archäologischen Fundstellendatenbank
- Vorsorgliche Konservierung und Inventarisierung der archäologischen Funde
- Erfassung historischer Baubestand

Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit

- Information, Vorträge und Führungen über die Tätigkeiten von Denkmalpflege und Archäologie
- Erstellen von Publikationen
- Auskünfte an Interessierte, Medienschaffende und Fachkolleginnen und Fachkollegen
- Kulturgüterschutzmassnahmen in Zusammenarbeit mit Kulturgüterschutz-Organisation und Feuerwehren

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Übereinkommen zum Schutz des baugeschichtlichen Erbes in Europa vom 3. Oktober 1985 («Granada-Konvention», in Kraft getreten für die Schweiz am 1. Juli 1996, SR 0.440.4)
- Europäische Übereinkommen zum Schutz des archäologischen Erbes (revidierte Fassung) vom 16. Januar 1992 («Malta-Konvention», für die Schweiz in Kraft getreten am 28. September 1996, SR 0.440.5)
- Bundesgesetz über den Schutz der Kulturgüter bei bewaffneten Konflikten vom 6. Oktober 1966 (SR 520.3)
- Schweizerisches Inventar der Kulturgüter von nationaler Bedeutung. Kulturgüterschutzverzeichnis gemäss Haager Abkommen vom 14. Mai 1954 für den Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten. Ausgabe 2009 (am 27. November 2009 vom Bundesrat genehmigt)
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (SR 451)
- ISOS – Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (für den Kanton Zug in Kraft getreten am 1. 6. 2000)
- Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer (Kulturgütertransfergesetz, KGTG) vom 20. Juni 2003 (SR 444.1)
- Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz) vom 26. April 1990 (BGS 423.11)
- Kantonaler Richtplan 2004

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Denkmalpflegerische Bau- und Planungsbegleitung				
1	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme abgeben	Amt für Raumplanung (ARP), Gemeinden	100% innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	100% innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	Steigend
2	Fachkundige Beratung von Bauherrschaften, Planenden und Behörden	Bauherrschaften, ARP, Gemeinden	100% innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	100% innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	Steigend
3	Einholen externer Berichte und Nutzungsstudien	Bauherrschaften, ARP, Gemeinden, Denkmalkommission	100% Auftragserteilung innert Monatsfrist	100% Auftragserteilung innert Monatsfrist	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Archäologische Untersuchungen und Auswertung				
4	Fach- und zeitgerechte Stellungnahme zu Bauvorhaben und Planungen abgeben	ARP, Gemeinden	100% innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	100% innert Frist oder Kontaktnahme vor Ablauf Frist	Steigend
5	Kleine bis mittelgrosse Objekte sach- und situationsgerecht dokumentieren und Funde sicherstellen	Öffentlichkeit, Kantonales Museum für Urgeschichte (KMUZ)	80% innerhalb mit Bauherrschaft vereinbartem Termin	80% innerhalb mit Bauherrschaft vereinbartem Termin	Gleich
6	Komplette Aufarbeitung der Dokumentation zur Archivreife innert 24 Monaten	Öffentlichkeit, KMUZ	80% der Objekte	80% der Objekte	Gleich
A	Wissenschaftliche Auswertungen durchführen (Projektmanagement): – Pfahlbauten Cham-Alpenblick – Historische Holzbauten – Malereien Baar, Leihgasse 39/41 – Hünenberg, Burg – Zug, Oberaltstadt 3, Töpferei	Öffentlichkeit, KMUZ, Eigentümerschaften, Gemeinden	– Römische Mühle: Abschluss Gesamtauswertung per 31. Dezember – Pfahlbauten: 75% Funde gereinigt und erfasst, 50% Dendro-Analyse, 20% Befund per 31. Dezember – Holzbauten: 50% Auswertung per 31. Dezember – Malereien: 50% Auswertung per 31. Dezember	– Pfahlbauten: Keramikaufnahme und Vorstudie Datierung abgeschlossen – Holzbauten: Auswertung abgeschlossen – Malereien: Auswertung abgeschlossen – Hünenberg Burg: Auswertungskonzept erstellt – Zug, Töpferei: Auswertung abgeschlossen	Gemäss Projektplänen
	Leistungsgruppe 3: Unterschutzstellung (Schutz und Beiträge)				
7	Sitzungen kantonale Denkmalkommission	Eigentümerschaft, Gemeinden, kantonale Denkmalkommission	Einladung 10 Tage vor Sitzung verschickt (mit Traktandenliste und Protokoll der letzten Sitzung)	«Fällt weg». Wird nicht mehr als wesentliche Zielsetzung im Leistungsauftrag aufgeführt	
8	KundInnen- und objektgerechte Behandlung der Unterschutzstellungs- und Beitragsgesuche	Eigentümerschaft, Gemeinden, kantonale Denkmalkommission	80% der neuen Gesuche werden an der nächsten Sitzung der Denkmalkommission behandelt, vorausgesetzt Gesuche treffen drei Wochen vor Sitzung ein	80% der neuen Gesuche werden an der nächsten Sitzung der Denkmalkommission behandelt, vorausgesetzt Gesuche treffen drei Wochen vor Sitzung ein	Gleich
9	Fundierte Vorlagen für die Beurteilung der Schutzwürdigkeit erstellen	Eigentümerschaft, Gemeinden, kantonale Denkmalkommission	80% im Sitzungsrhythmus der Denkmalkommission	80% im Sitzungsrhythmus der Denkmalkommission	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 4: Dokumentation, Inventare und Konservierung				
10	Aktualisierung des Verzeichnisses der geschützten Baudenkmäler und des Inventars der schützenswerten Baudenkmäler	Öffentlichkeit, Eigentümerschaften, Gemeinden, Kanton	Vierteljährlich auf Internet	Vierteljährlich auf Internet	Gleich
11	Führen der denkmalpflegerischen Objekt-Datenbank und der archäologischen Fundstellendatenbank	Öffentlichkeit, Eigentümerschaften, Gemeinden, Kanton	Vierteljährlich auf Internet	Vierteljährlich auf Internet	Gleich
12	Erstellen der Kulturgüterschutz-Sicherstellungs-Dokumentation für Einsatzpläne Feuerwehr	Zivilschutz-Organisation, Feuerwehr, Polizei	80% gemäss Planung	80% gemäss Planung	Gleich
13	Erfassen Neueingänge archäologischer Funde und Einleitung vorsorglicher Konservierungsmassnahmen innert 24 Monaten	KMUZ, Öffentlichkeit	90% innert Frist	90% innert Frist	Gleich
B	Bestandesaufnahme historischer Bauten/Revision des Inventars der schützenswerten Denkmäler	Öffentlichkeit, Eigentümerschaften, Gemeinden, Kanton	Projektplan auf Basis Pilotgemeinde liegt vor. Gemeinde Neuheim abgeschlossen. 80% der Objekte in Gemeinde Zug erfasst	Gemeinde Zug: Detailaufnahme abgeschlossen. Zwei neue Gemeinden begonnen.	Drei Gemeinden pro Jahr
	Leistungsgruppe 5: Berichterstattung, Öffentlichkeitsarbeit und Zusammenarbeit				
14	Wissenschaftliche Berichterstattung Jahrbuch Archäologie Schweiz per 15. Januar und Tugium per 31. Mai	Öffentlichkeit, Fachwelt	Innert Frist	Innert Frist	Gleich
15	Vorträge, Führungen, Öffentlichkeitsanlässe	Öffentlichkeit	10 Anlässe	10 Anlässe	Gleich
16	Europäischer Denkmaltag	Öffentlichkeit		Denkmaltag durchgeführt	Jährlich wiederkehrend
C	Monographie Archäologie Geschichte Stadt Zug	Öffentlichkeit, Fachwelt	Redaktion abgeschlossen per 31. Dezember	Bd. 1 gedruckt. Bd. 2 Redaktion abgeschlossen	Druck 2014
D	Monographie Kirche St. Oswald Zug	Öffentlichkeit, Fachwelt	Auftragserteilung für Druckvorstufe erteilt per 31. Dezember	Redaktion und Druck abgeschlossen	Projekt beendet
E	Historische Holzbauten, 2 Bände	Öffentlichkeit, Fachwelt		Manuskripte an Redaktion übergeben.	Druck 2014
F	Prähistorische Siedlungsgruben Zug Rothuswiese	Öffentlichkeit, Fachwelt		Artikel gedruckt	Projekt abgeschlossen
G	GV Archäologie Schweiz und Zeitschrift-Sondernummer «Kanton Zug»	Öffentlichkeit		GV durchgeführt. Sondernummer «Kanton Zug» Zeitschrift gedruckt	Projekt abgeschlossen

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Unterschutzstellungen	Anzahl		8	8	Gleich
Denkmalpflege: Aufnahme ins Inventar	Anzahl		80	100	Gleich
Denkmalpflege: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl		360	370	Gleich
Denkmalpflege: Stellungnahmen in Bezug auf ISOS (BGer Entscheid Rüti)	Anzahl		120	120	Gleich
Augenscheinprotokolle Denkmalkommission	Anzahl		6	10	Gleich
Archäologie: Stellungnahmen an kantonale und kommunale Behörden	Anzahl		40	50	Steigend
Archäologie Feldarbeit I: Ausgrabung, Bauuntersuchung	Anzahl		18	18	Gleich
Archäologie Feldarbeit II: Sondierung, Feldbegehung, Aushubüberwachung, Umbaubegleitung, Kurzdokumentation	Anzahl		48	48	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-6'595'838.97**	**-7'115'160**	**-7'123'200**	**0.1**	**-7'157'100**	**-7'280'900**	**-7'355'700**
Total Ertrag	**313'423.80**	**41'500**	**121'900**	**193.7**	**117'600**	**117'600**	**117'600**
Saldo	**-6'282'415.17**	**-7'073'660**	**-7'001'300**	**-1.0**	**-7'039'500**	**-7'163'300**	**-7'238'100**

Kommentar Budget
Der Aufwand für archäologische Rettungsgrabungen und zweckgebundene Beiträge an die Restaurierung geschützter Denkmäler sind schwer prognostizierbar. Das Budget kann nicht alle Unwägbarkeiten abdecken.

Kommentar Finanzplan
Es ist mit jährlichen Schwankungen zu rechnen (siehe Kommentar Budget). In der langfristigen Tendenz darf von stabilen Budgetwerten ausgegangen werden.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1580.0001	Ersatz für Fachanwendung SPATZ							
	Ausgaben		-100'000	-60'000		-20'000		
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben		**-100'000**	**-60'000**		**-20'000**		
	Einnahmen							
	Saldo		**-100'000**	**-60'000**		**-20'000**		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat (DS) ist die juristische, betriebswirtschaftliche und kommunikatorische Stabsstelle für den Bildungsdirektor, die Ämter der Direktion für Bildung und Kultur (DBK) und der kantonalen Schulen. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das DS Kantons- und Regierungsratsvorlagen der DBK und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit Auswirkungen auf den Aufgabenbereich der DBK. Im Weiteren gehört die Stipendienstelle zum DS DBK.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte
- Bearbeitung und Qualitätssicherung der DBK-Sachgeschäfte der DBK-Ämter und kantonalen Schulen
- Verfassen von Stellungnahmen zuhanden kantonaler Stellen
- Verfassen von Stellungnahmen an externe Dritte (wie Vernehmlassungen, Anhörungen)
- Erarbeitung Rechtserlasse
- Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
- Prüfung von Anträgen anderer Direktionen insbesondere mit Auswirkungen auf den Zuständigkeitsbereich der DBK

Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung
- Erarbeiten und Qualitätssicherung von DBK-Verfügungen
- Ernennung der Kommission für Weiterbildung, der Übertrittskommission, der Maturitätskommission, der Prüfungskommissionen der Wirtschafts- und der Fachmittelschule
- Genehmigung der Schul- und Disziplinarordnungen der gemeindlichen Schulen
- Kenntnisnahme von Berichterstattungen Dritter

Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst
- Erarbeitung Rechtserlasse
- Beschwerdewesen (inkl. Vernehmlassungen, Beschwerdeverfahren Verwaltungsgericht)
- Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommissionen kantonaler Schulen
- Beratungen der DBK-Ämter, der kantonalen Schulen und gemeindlicher Rektorate

Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission
- Vor- und Nachbereitung sowie Administration der Sitzungen und Geschäfte des Bildungsrates
- Mitgliedschaft Bildungskommission

Leistungsgruppe 5: Beitragswesen
- Erarbeitung von Entscheiden betreffend Stipendien und Darlehen
- Erarbeitung von Entscheiden betreffend Beiträge des Fonds für wohltätige, gemeinnützige und kulturelle Zwecke (Lotteriefonds)
- Gewährung von Beiträgen an Privatschulen im Kanton Zug
- Gewährung von Beiträgen an Hochschulen, Fachhoch- und Fachschulen
- Gewährung von Beiträgen an Institutionen für Unterrichtswesen
- Auskunftserteilung an gesuchstellende Personen, Schulen und Institutionen

Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen
- Personal- und Rechnungswesen, Kommunikation, IT, Sicherheit
- Administration Verfahren von Kostenübernahmen (kieferorthopädische Behandlungen)
- Mitwirkung in Projekten und Arbeitsgruppen
- Einsitz und innerkantonale Koordination regionaler, kantonaler und eidgenössischer Arbeitsgruppen, Kommissionen und Konferenzen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Gesetz über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz) vom 21. Oktober 1976 (BGS 412.31)
- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Gesetz über Ausbildungsbeiträge vom 3. Mai 1984 (BGS 416.21)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)
- Konkordat über die Schulkoordination vom 29. Oktober 1970 (BGS 411.1)
- Interkantonale Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 (BGS 411.5)
- Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ-Konkordat) vom 15. Dezember 2000 (BGS 414.361)
- Interkantonale Fachhochschulvereinbarung ab 2005 vom 12. Juni 2003 (BGS 414.302)
- Interkantonale Vereinbarung über die Hochschule für Heilpädagogik Zürich vom 21. September 1999 (BGS 414.362)
- Regionales Schulabkommen Zentralschweiz vom 30. April 1993
- Interkantonale Vereinbarung für Schulen mit spezifisch-strukturierten Angeboten für Hochbegabte vom 20. Februar 2003

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
1	Hohe Qualität der Anträge der DBK an RR	Regierungsrat	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	Gleich
2	Fristgerechte Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Mitberichten	Regierungsrat, Direktionen, Bundesdepartemente, Direktorenkonferenzen	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
3	Fristgerechte Bearbeitung parlamentarischer Vorstössen	Kantonsrat	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
4	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit Auswirkungen auf Zuständigkeitsbereich DBK	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter, Direktorenkonferenzen usw.	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Vollzug Gesetzgebung				
5	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Verfügungen	Antragstellende und Betroffene	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
6	Fach- und fristgerechte Prüfung sowie Genehmigung der Schul- und Disziplinar-Ordnungen der gemeindlichen Schulen	Schulkommissionen der Zuger Gemeinden	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Gerichte	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet, Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 4 Monaten. Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 5 Arbeitstagen eingeleitet, Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten. Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Verfahrensdauer sinkend
8	Fach- und fristgerechte Erarbeitung von Entwürfen für Einspracheentscheide der Prüfungskommission kantonaler Schulen	Prüfungskommission	100% innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	100% innert 30 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
A	Teilrevision Schulgesetz	Bildungsrat, Regierungsrat, Kantonsrat	1. Lesung Regierungsrat	Überweisung an Kantonsrat	Abgeschlossen
B	PH-Gesetz	Regierungsrat, Kantonsrat	1.+2. Lesung Regierungsrat, Bildungskommission, Stawiko	Beschluss Kantonsrat	Abgeschlossen
C	Fachgerechte Vorbereitung der Volksabstimmungen betreffend Schulnoten (Abstimmungsbüchlein)	Regierungsrat, Stimmberechtigte Kanton Zug	1.+2. Lesung Regierungsrat, 1. Quartal 2012 Abstimmung	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 4: Geschäftsführung Bildungsrat und ständige parlamentarische Kommission				
9	Reibungslose Vor- und Nachbereitung der Sitzungen	Bildungsrat, Bildungskommission	Einladungen 10 Tage vor Sitzung, Protokollentwurf und Berichte 7 Arbeitstage nach Sitzung	Einladungen 10 Tage vor Sitzung, Protokollentwurf und Berichte 7 Arbeitstage nach Sitzung	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 5: Beitragswesen				
10	Fristgerechte Erarbeitung von Entscheiden für Stipendien und Darlehensgewährung	Gesuchstellende	100% innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	100% innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Überführung ins Amt für Berufsberatung
11	Fristgerechte Bearbeitung von Beitragsgesuchen (Lotteriefonds)	Private, öffentlich-rechtliche Organisationen, Regierungsrat	100% innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	100% innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen	Gleich
12	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Beiträgen	Gemeinden, Schulen, Institutionen des Unterrichtswesens	100% innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	100% innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	Gleich
13	Einsitz in kantonalen, regionalen, deutschschweizerischen und eidgenössischen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Konferenzen	DKSZ (der BKZ), KDS (der EDK), D-KDS (der D-EDK)	90%-ige Sitzungsteilnahme	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen				
14	Fach- und fristgerechte Unterstützung Bildungsdirektor	Bildungsdirektor	100% innert angeordneter oder vereinbarter Frist	100% innert angeordneter oder vereinbarter Frist	Gleich
15	Fachgerechte Auskunftserteilung der gemeindlichen Rektorate zu Fragen des Schulrechts	Gemeindliche Schulrektorate	Mündlich 100% innert 2 Arbeitstagen, schriftlich innert 10 Arbeitstagen	Mündlich 100% innert 2 Arbeitstagen, schriftlich innert 10 Arbeitstagen	Gleich
16	Unterstützung der DBK-Ämter betreffend Kommunikation, IT, Sicherheit, Personelles	DBK-Ämter, Mitarbeitende, Medien/Öffentlichkeit	100% innert vereinbarter Frist	100% innert vereinbarter Frist	Gleich
17	Einsitz in kantonalen, regionalen, deutschschweizerischen und eidgenössischen Arbeitsgruppen, Kommissionen und Konferenzen	DSKZ (BKZ), KDS (EDK), D-KDS (D-EDK)	90%-ige Sitzungsteilnahme	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Stipendien/Studiendarlehen	Gesuche		630	630	Entfällt
PHZ Zentralschweiz	Studierende		230	230	Entfällt
Hoch-/Fachhochschulen	Studierende		1'220	1'510	Steigend
Zugerische Privatschulen	Schüler-/innen		977	1'100	Steigend
Beschwerdewesen	Einsprachen und Beschwerden			12	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Die Stipendienstelle wird per 1. Januar 2014 ins Amt für Berufsberatung überführt.
Die Studierenden der PHZ Zentralschweiz werden per 1. August 2013 ins Amt für Mittelschulen und pädagogische Hochschule infolge Kantonalisierung der PHZ Zug überführt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-36'805'486.97**	**-40'537'100**	**-37'731'000**	**-6.9**	**-30'917'200**	**-31'220'200**	**-31'445'300**
Total Ertrag	**390'513.70**	**410'000**	**398'000**	**-2.9**	**40'000**	**40'000**	**40'000**
Saldo	**-36'414'973.27**	**-40'127'100**	**-37'333'000**	**-7.0**	**-30'877'200**	**-31'180'200**	**-31'405'300**

Kommentar Budget
Aufwandminderung aufgrund der Kantonalisierung der PHZ Zug: Verbuchung der Aufwendungen bis 31. Juli 2013. Ab 1. August 2013 wird die PH Zug als administrativ dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule zugeordnete öffentlich-rechtliche Anstalt geführt (Verbuchung Kantonsbeitrag in Kst. 1730).

Kommentar Finanzplan
Aufwand für Pädagogische Hochschule Zug ab 1. Januar 2014 vollumfänglich budgetwirksam.
Aufwandminderung aufgrund der Überführung der Stipendienstelle ins Amt für Berufsberatung per 1. Januar 2014 (Kst. 1777).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DB1700.0004	Auszahlung Studiendarlehen							
	Ausgaben	-149'000.00	-350'000	-200'000				
	Einnahmen							
DB1700.0005	Rückzahlung Studiendarlehen							
	Ausgaben	-16'000.00						
	Einnahmen	445'757.05	350'000	400'000				
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-165'000.00**	**-350'000**	**-200'000**				
	Einnahmen	**445'757.05**	**350'000**	**400'000**				
	Saldo	**280'757.05**		**200'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Per 1. Januar 2014 Überführung der Stipendienstelle ins Amt für Berufsberatung (Kst 1777).

Institutionelle Gliederung
Direktion für Bildung und Kultur
1730 – Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Mittelschulen ist zuständig für die übergeordnete Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen sowie für deren Qualitätsaufsicht. Zudem leitet es den Bereich der Allgemeinen Weiterbildung, koordiniert die Aufgaben zwischen der Pädagogischen Hochschule Zug und der kantonalen Verwaltung und ist zuständig für die Aufsicht der Maturitätsprüfungen an den anerkannten gymnasialen Privatschulen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen

- Sicherstellung einer hohen Ausbildungsqualität
- Steuerung des Mitteleinsatzes
- Angebotsentwicklung
- Leitung von Prüfungs- und Maturitätskommission
- Leitung Geschäftsleitung Amt für Mittelschulen
- Mitwirkung in Schulkommission
- Mitwirkung in SMAK Schweizerische Mittelschulämterkonferenz)

Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung

- Förderung von Qualität und Stellenwert der Allgemeinen Weiterbildung (Erwachsenenbildung)
- Unterstützung von Projekten und Antragstellung für Vergabe von Jahresbeiträgen an gemeinnützige Anbieter
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen allen Anbietern
- Leitung der Kommission Allgemeine Weiterbildung

Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug

- Koordination der Aufgaben zwischen der Pädagogischen Hochschule Zug und der kantonalen Verwaltung
- Ausübung der Aufsicht über die PH Zug (ab 1.8.2013)

Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen

- Überprüfung der Qualität der Abschlussprüfungen
- Leitung der Maturitätskommission

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ-Konkordat) vom 15. Dezember 2000 (BGS 414.361)
- Verordnung über die Kantonsschule vom 4. Dezember 2007 (414.111)
- Verordnung über das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.112)
- Verordnung über die Fachmittelschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.19)
- Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und an den anerkannten privaten Gymnasien vom 2. Mai 2008 (BGS 414.14)
- Reglement über die Abschlussprüfungen an der Wirtschaftsmittelschule der Kantonsschule Zug vom 2. Mai 2008 (BGS 414.151)
- Reglement über die Abschlussprüfungen an der Fachmittelschule vom 18. Juli 2008 (BGS 414.191)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Führung, Koordination und Weiterentwicklung der kantonalen Mittelschulen				
1	Ausbildungsqualität sicherstellen	Schülerinnen und Schüler	100% eingehalten	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualifikation der Lehrpersonen bei Neuanstellungen sind zu 100% eingehalten	Gleich
				Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind zu 100% eingehalten	Gleich
				Die Erfolgsquote bei den Abschlussprüfungen liegt bei mindestens 95%	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
2	Kantonale und eidgenössische Vorgaben zur Qualität der Lehrpläne sind eingehalten	Schülerinnen und Schüler	100% eingehalten	«Fällt weg»	
3	Qualität der Abschlussprüfungen sicherstellen	Schülerinnen und Schüler	Prüfungskommission erstellt Bericht Erfolgsquote Abschlussprüfungen > 95%	«Fällt weg»	
4	Wirtschaftlicher Einsatz der finanziellen Mittel	Steuerzahlerinnen und Steuerzahler	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22	Klassengrösse: Richtzahl 18, Höchstzahl 22	Gleich
5	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung «Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung für die Sekundarstufe II»	Schülerinnen und Schüler	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt. Überprüfung im Rahmen der MAGs mit Rektor/innen. Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II	Alle Standards zu Element 8 sowie Jahresziele erfüllt Überprüfung im Rahmen der MAGs mit Rektor/innen Netzwerktreffen QE Sekundarstufe II	Gleich
6	Adäquate Information über das Mittelschulangebot im Kanton Zug (Broschüren der Schulen, DVD, Broschüre zur Aufnahmeprüfung, Inserate)	Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen	Versand der Informationsmaterialien der Zuger Mittelschulen	Gleich
A	Kantonale Schulraumplanung Mittelschulen	Schülerinnen und Schüler		1. Hälfte 2013: Planungsarbeiten vorauss. Mitte 2013: Stao-Entscheid kant. Mittelschulen durch KR 2. Hälfte 2013: Planungs-/Realisierungsarbeiten	Gemäss Projektplanung Baudirektion
	Leistungsgruppe 2: Leitung Allgemeine Weiterbildung				
7	Transparente und ausgewogene Vergabe von Unterstützungsbeiträgen gemäss Verordnung und Richtlinien der Kommission Allgemeine Weiterbildung	Organisationen im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung	Vorgaben zu 100% eingehalten	Vorgaben zu 100% eingehalten	Gleich
8	Förderung der Koordination und der Zusammenarbeit in der Weiterbildung	Organisationen im Bereich der Allgemeinen Weiterbildung	Organisation von 2 Netzwerktreffen. Programm zur Elternbildung im Kanton	Organisation von 2 Netzwerktreffen Programm zur Elternbildung im Kanton	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Pädagogische Hochschule Zug				
9	Aufsicht/Controlling (ab 1. August 2013)	Studentinnen und Studenten		Standards zum Qualitätsmanagement-Konzept erfüllt	Gleich
B	Neuausrichtung der PHZ aufgrund Auflösung des Konkordats per 1. August 2013	PH Zug, Studentinnen und Studenten	1. Hälfte 2012: externe Vernehmlassung PH Gesetz. 2. Hälfte 2012: Bildungskommission/Stawiko	1. Quartal 2013: Beratung PH-Gesetz in Kantonsrat Abschluss der Projektarbeiten per 31.7.2013 Start PH Zug als eigenständige öffentl.-rechtl. Anstalt per 1.8.2013	Abgeschlossen

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 4: Private Mittelschulen				
10	Qualität der Abschlussprüfungen sicherstellen	Schülerinnen und Schüler	Maturitätskommission erstellt Bericht	Maturitätskommission erstellt Bericht zu definierten Beobachtungspunkten	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Gewährte Unterstützungsbeiträge Allgemeine Weiterbildung	Franken		315'000	315'000	315'000
Klassen kantonale Mittelschulen	Anzahl		107	108	110
Schüler/innen in kantonalen Mittelschulen	Anzahl		2'084	2'050	2'090

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-794'331.60**	**-914'150**	**-4'341'450**	**374.9**	**-8'728'850**	**-9'467'050**	**-9'490'450**
Total Ertrag	**11'916.55**	**15'000**	**15'000**		**15'000**	**15'000**	**15'000**
Saldo	**-782'415.05**	**-899'150**	**-4'326'450**	**381.2**	**-8'713'850**	**-9'452'050**	**-9'475'450**

Kommentar Budget
Aufwandsteigerung aufgrund der Kantonalisierung der PHZ Zug: Ab 1. August 2013 wird die PH Zug als administrativ dem Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule zugeordnete öffentlich-rechtliche Anstalt geführt (Verbuchung des Kantonsbeitrag August bis Dezember 2013 in Kst. 1730).

Kommentar Finanzplan
Per 1. August 2014 werden die Mitarbeitenden der PH nach dem Zuger Personalrecht eingereiht: Aus diesem Wechsel vom Luzerner auf das Zuger Lohnsystem resultiert ab 1. August 2014 ein erhöhter Personalaufwand.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1730.0001	Ablösung BIBDIA							
	Ausgaben	-88'952.70						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-88'952.70**						
	Einnahmen							
	Saldo	**-88'952.70**						

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DB1730.0001	Übernahme betriebliche Infrastruktur PH Zug							
	Ausgaben			-500'000				
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben			**-500'000**				
	Einnahmen							
	Saldo			**-500'000**				

Kommentar Budget
KRB für DB1730.0001 ist noch ausstehend.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Direktion für Bildung und Kultur
1733 – Kantonsschule Zug

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Kantonsschule Zug (KSZ) führt ein 6-jähriges Gymnasium und eine Wirtschaftsmittelschule. Das Bildungsziel des 6-jährigen Gymnasiums ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität. Mit der Wirtschaftsmittelschule (WMS) bietet die KSZ eine praxisorientierte Ausbildung in den Wirtschafts- und Sprachfächern an, verbunden mit einer erweiterten Allgemeinbildung. Bildungsziel ist die Vorbereitung auf eine Fachhochschule (Studierfähigkeit) und die Praxis (Arbeitsmarktfähigkeit).

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Unterricht

- Langzeitgymnasium (Schwerpunktfächer Bildnerisches Gestalten, Biologie/Chemie, Englisch, Französisch, Italienisch, Latein, Musik, Physik/Anwendungen der Mathematik, Spanisch, Wirtschaft/Recht)
- Zweisprachige Matura Deutsch/Englisch
- Wirtschaftsmittelschule

Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung

- Umsetzung Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) Sekundarstufe II und Jahresziele

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten

- Mediothek
- Mensa
- Hausdienst
- Sekretariat
- Informatik

Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

- Information über Angebot und Entwicklung der Kantonsschule Zug

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über die Kantonsschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.111)
- Promotionsordnung für die Kantonsschule Zug vom 1. Februar 1999 (BGS 414.13)
- Promotionsordnung für das Gymnasium der Kantonsschule Zug vom 10. Juni 2009 (BGS 414.130.1)
- Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und an den anerkannten privaten Gymnasien vom 2. Mai 2008 (BGS 414.14)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schülerinnen und Schüler	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 1 + 2 des QE erfüllt	Gleich
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Schülerinnen und Schüler	Angestrebter Zielwert: > 80% bewerten Schulklima als gut	Angestrebter Zielwert: > 80% bewerten Schulklima als gut	Gleich
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahlerinnen und Steuerzahler	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Gleich
L11a	Ausbau Kantonsschule Zug	Schülerinnen und Schüler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	Start Projektwettbewerb Start Bauprojektierung	Planung KSZ 2020 Planung Provisorien	2014 Bezug Provisorien (Dauer Provisorien: zurzeit offen)

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schülerinnen und Schüler	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6 und 7 des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6 und 7 des QE erfüllt	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Schülerinnen und Schüler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	Anzahl Ausleihen/ausleihbarer Bestand: 1.8. Wöchentliche Öffnungszeiten (Std.): 45. Besucherfrequenz/Jahr: 92'000	Anzahl Ausleihen/Benutzer: 25 Wöchentliche Öffnungszeiten (Std.): 45 Besucherfrequenz/Jahr: 92'000	Gleich
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	Schülerinnen und Schüler	> 80% bewerten Dienstleistungen als gut	> 80% bewerten Dienstleistungen als gut	Gleich
A	Installation und Einführung von RFID in der Mediothek	Schülerinnen und Schüler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter		Sämtliche Medien werden mit einem RFID Tag ausgerüstet, eine vollständige Inventur wird gemacht und die Mediothek für die Selbstausleihe vorbereitet.	
	Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation				
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen. Jährlich aktualisierte Informationsmaterialien. Laufende Aktualisierung der Homepage	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden, Schnuppertagen, Elternnachmittagen. Jährlich aktualisierte Informationsmaterialien. Laufende Aktualisierung der Homepage	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 - 16
Klassenzahl	Anzahl		min. 86.0, max. 87.25	min. 84, max. 86	Gleich
Anzahl Schüler/innen	Anzahl		min. 1'660, max. 1'694	min. 1'600, max. 1'640	Gleich
Anzahl Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl		171.93	162.12	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-39'248'115.84	-41'925'400	-39'403'430	-6.0	-40'360'860	-41'669'550	-43'025'550
Total Ertrag	700'389.34	715'500	704'500	-1.5	640'500	640'500	640'500
Saldo	-38'547'726.50	-41'209'900	-38'698'930	-6.1	-39'720'360	-41'029'050	-42'385'050

Kommentar Budget
Tiefere Lohnkosten des unterrichtenden Personals im Umfang von zirka 2 Mio. Franken durch Verlagerung des Übertrittskurses ans Kantonale Gymnasium Menzingen sowie Zusammenlegung von Klassen.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DB1733.0003	Kantonsschule Luegeten: Sonderanschaffungen							
	Ausgaben	-150'593.45	-250'000	-200'000		-50'000	-50'000	-50'000
	Einnahmen							
DB1733.0004	Ersatz analoges Funknetz (Telefonie)							
	Ausgaben	-22'863.60						
	Einnahmen							
IT1733.0002	Redundanter Backbone Switch							
	Ausgaben	-94'770.00						
	Einnahmen							
IT1733.0003	Firewall							
	Ausgaben		-62'000					
	Einnahmen							
IT1733.0007	Aktualisierung Infrastruktur Clients							
	Ausgaben			-187'000				
	Einnahmen							
IT1733.0008	Erneuerung Netzwerk-verkabelung Trakt 6 + 7							
	Ausgaben			-50'000				
	Einnahmen							
IT1733.0009	Aktualisierung zentrale Infrastruktur							
	Ausgaben			-165'000				
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1733.0010	Selbstverbuchungsservice Bibliothek							
	Ausgaben			-125'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-268'227.05**	**-312'000**	**-727'000**		**-50'000**	**-50'000**	**-50'000**
	Einnahmen							
	Saldo	**-268'227.05**	**-312'000**	**-727'000**		**-50'000**	**-50'000**	**-50'000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Die Sonderanschaffungen (DB1733.0003) umfassen Ersatz Schulmobiliar für die Trakte 3, 5, 8 und 9. Dazu ergeben sich Aufwendungen im Zusammenhang mit den neuen Schulleitungsstrukturen (Prorektorate) (Verschiebung von IT-Vorbereitungsarbeitsplätzen der Lehrpersonen ins grosse Lehrerzimmer; Anpassung des bestehenden Mobiliars; Möblierung/Ausstattung Arbeitsplätze Prorektorate) sowie durch die teilweise Ersetzung/Ergänzung des Mobiliars in den öffentlichen Zonen.

Kommentar Finanzplan
Ersatz Schulmobiliar in den Trakten 2 und 5

Institutionelle Gliederung
Direktion für Bildung und Kultur
1734 – Kantonales Gymnasium Menzingen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Kantonale Gymnasium kgm ist ein vierjähriges, an die 2. oder 3. Sekundarklasse anschliessendes Gymnasium mit musisch-neusprachlichem Profil. Das Bildungsziel des kgm ist die gesamtschweizerisch anerkannte Maturität.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Unterricht

- Kurzzeitgymnasium (Schwerpunktfächer Bildnerisches Gestalten, Biologie und Chemie, Musik, Englisch, Physik und Anwendungen der Mathematik, Spanisch oder Wirtschaft und Recht)
- Zweisprachiger Lehrgang Deutsch/Englisch

Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung

- Umsetzung Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) Sekundarstufe II und Jahresziele

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten

- Mediothek
- Mensa
- Hausdienst
- Sekretariat
- Informatik

Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation

- Information über Angebot und Entwicklung des Kantonalen Gymnasiums Menzingen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.112)
- Promotionsordnung für das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 26. Juni 2002 (BGS 414.131)
- Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und an den anerkannten privaten Gymnasien vom 2. Mai 2008 (BGS 414.14)
- Weitergeltung bisherigen Rechts: Reglement über die Maturitätsprüfungen an den kantonalen und privaten Gymnasien vom 17. März und 21. August 1997 (BGS 414.141)
- Disziplinarordnung für das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 24. September 2007 (BGS 414.161

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schülerinnen und Schüler	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt	Gleich
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Schülerinnen und Schüler	Angestrebter Zielwert: > 80% bewerten Schulklima als gut	Angestrebter Zielwert: > 80% bewerten Schulklima als gut	Gleich
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahlerinnen und Steuerzahler	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse sowie Durchschnittszahlen Schwerpunkt- und Ergänzungsfächer eingehalten	Gleich
A	Erweiterung des Bildungsangebots (neue Schwerpunktfächer, Einführung eines Langzeitgymnasiums)	Schülerinnen und Schüler	Einführung der neuen Schwerpunktfächer Physik/Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht per Schuljahr 2012/13	Erstmalige Umsetzung der neuen Schwerpunktfächer Physik/Anwendungen der Mathematik, Biologie/Chemie, Wirtschaft und Recht	Einführung des Langzeitgymnasiums frühestens 2014

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
L11b	Planung und Koordination Neubau kgm	Schülerinnen und Schüler	Abschluss Bauprojekt und Objektkredit: Frühjahr 2012	Abschluss Provisorienplanung	Realisierung Provisorien
	Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schülerinnen und Schüler	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6 und 7 des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6 und 7 des QE erfüllt	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Mediothek	Schülerinnen und Schüler	Anzahl Ausleihen/ausleihbarer Bestand: 1.5 Wöchentliche Öffnungszeit (Std.): 31	Anzahl Ausleihen/ausleihbarer Bestand: 1.5 Wöchentliche Öffnungszeit (Std.): 31	Gleich
6	Hohe Zufriedenheit bezüglich weiteren Dienstleistungen (Mensa, Hausdienst, Sekretariat, Informatik)	Schülerinnen und Schüler	> 80% bewerten Dienstleistungen als gut	> 80% bewerten Dienstleistungen als gut	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation				
7	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Eltern- und Orientierungsabende sowie Schnuppertage und -halbtage durchgeführt, Informationsmaterialien aktualisiert, Laufende Aktualisierung der Homepage	Jährliche Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie Besuchs- und Schnuppertagen, Jährliche aktualisierte Informationsmaterialien, Laufende Aktualisierung der Homepage	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Klassenzahl	Anzahl		11	11	Steigend
Schüler/innen	Anzahl		220	220	Steigend
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl		25.60	25.42	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Die geplante Einführung des Langzeitgymnasiums (plus 2 Klassen pro Jahrgang) führt zu mehr Schülerinnen und Schülern und damit zu mehr Lehrpersonen am kgm.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-7'899'277.61	-8'045'900	-7'953'600	-1.1	-8'062'500	-8'339'500	-8'658'800
Total Ertrag	134'501.70	143'400	94'400	-34.2	110'000	110'000	112'000
Saldo	-7'764'775.91	-7'902'500	-7'859'200	-0.5	-7'952'500	-8'229'500	-8'546'800

Kommentar Budget
- RRB Leistungsorganisation vom 10.4.12 führt zu Erhöhung des Schulleitungspools per SJ 13/14
- Bei Moratorium für Bauprojekte: Mietkosten von rund CHF 800'000 bleiben und Mietzinseinnahmen von Dritten gehen weiterhin an das Institut Menzingen
- Die Abschaffung des Übergangskurses an der Kantonsschule Zug führt zu einer zusätzlichen Klasse am kgm. Damit werden die in den letzten Jahren rückläufigen Schüler/innen-Zahlen am kgm stabilisiert.

Kommentar Finanzplan
- Im Finanzplanhorizont ist der Neu-/Ausbau am kgm unsicher
- Mietkosten bleiben bis zum evtl. Kauf bestehen
- Es werden gemäss Hochbauamt (HBA) keine Kosten für Neu- und Umbau generell, keine für Kauf von Mobilien, Apparaten/Geräte/Maschinen usw. sowie für Provisorien während Bauzeit und Mehraufwand Hausdienst eingerechnet

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1734.0095	Erneuerung der Informatikanlage							
	Ausgaben	-48'963.10	-70'000	-50'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-48'963.10**	**-70'000**	**-50'000**				
	Einnahmen							
	Saldo	**-48'963.10**	**-70'000**	**-50'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Direktion für Bildung und Kultur
1736 – Fachmittelschule Zug

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Fachmittelschule schliesst an die 3. Sekundarklasse an und bereitet die Lernenden für eine Berufsausbildung an Höheren Fachschulen, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen vor. Sie bietet vertiefte Allgemeinbildung und eine Spezialisierung in einem berufsvorbereitenden Schwerpunkt der Profile Gesundheit, Pädagogik und Soziale Arbeit. Das Bildungsziel nach drei Jahren ist der gesamtschweizerisch anerkannte Fachmittelschulausweis, nach vier Jahren das gesamtschweizerisch anerkannte Fachmaturitätszeugnis.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Unterricht
- Fachmittelschule
- Fachmaturitätslehrgänge Gesundheit, Pädagogik, Soziale Arbeit

Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung
- Umsetzung Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung (QE) Sekundarstufe II und Jahresziele

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten
- Mediothek
- Sekretariat
- Informatik

Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation
- Information über Angebot und Entwicklung der Fachmittelschule Zug

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über die Fachmittelschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.19)
- Reglement über die Abschlussprüfungen an der Fachmittelschule vom 18. Juli 2008 (BGS 414.191)
- Promotionsordnung für die Fachmittelschule vom 16. März 2005 (BGS 414.192)
- Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen vom 12. Juni 2003 (BGS 414.22)
- Disziplinarordnung für die Fachmittelschule Zug vom 26. September 2007 (BGS 414.26)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Unterricht				
1	Hohe Ausbildungsqualität sicherstellen durch Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schülerinnen und Schüler	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 1, 2, 7 des QE erfüllt	Gleich
2	Lernförderliches Schulklima sicherstellen	Schülerinnen und Schüler	Angestrebter Zielwert: > 80% bewerten Schulklima als gut	Angestrebter Zielwert: > 80% bewerten Schulklima als gut	Gleich
3	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahlerinnen und Steuerzahler	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten	Pools Schulleitung, Freistellung Lehrpersonen und Freikurse eingehalten	Gleich
L11c	Schulraumplanung Mittelschulen	Schülerinnen und Schüler	Abschluss Bauprojekt und Objektkredit: Frühjahr 2012	Abschluss Standortbestimmung 2013	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Qualitätsentwicklung				
4	Kontinuierliche Qualitätsentwicklung und Umsetzung der Vorgaben gemäss Rahmenkonzept QE	Schülerinnen und Schüler	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6 und 7 des QE erfüllt	Alle Standards zu den Elementen 3, 4, 5, 6 und 7 des QE erfüllt	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen gegenüber Dritten				
5	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich Menge und Qualität der angebotenen Dienstleistungen	Schülerinnen und Schüler	> 80% bewerten Dienstleistungen als gut	> 80% bewerten Dienstleistungen als gut	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Externe Kommunikation				
6	Die Adressatengruppen werden adäquat über Angebot und Entwicklung der Schule informiert	Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen der gemeindlichen Schulen	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen. Aktualisierte Informationsmaterialien. Laufende Aktualisierung der Homepage	Durchführung von Eltern- und Orientierungsabenden sowie von Schnuppertagen. Aktualisierte Informationsmaterialien. Laufende Aktualisierung der Homepage	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Klassenzahl	Anzahl		10	11	Gleich
Schüler/innen	Anzahl		170	199	Steigend
Lehrpersonen (Vollzeitstellen)	Anzahl		24.04	24.13	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-4'614'874.38	-5'324'750	-5'404'000	1.5	-5'557'100	-5'737'900	-5'928'100
Total Ertrag	495'784.05	603'900	459'800	-23.9	460'800	460'800	460'800
Saldo	-4'119'090.33	-4'720'850	-4'944'200	4.7	-5'096'300	-5'277'100	-5'467'300

Kommentar Budget
Höhere Kosten aufgrund des externen Informatiksupports ab August 2012 sowie aufgrund der neu zu schaffenden Stelle eines Verwalters/einer Verwalterin ab voraussichtlich 01.01.2013

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1736.0095	Teil-Ersatz Computer Schulen Athene							
	Ausgaben		-172'000					
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben		**-172'000**					
	Einnahmen							
	Saldo		**-172'000**					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt fördert die Entwicklung und Koordination im Schulwesen, plant und koordiniert die Qualitätsentwicklung im Rahmen der obligatorischen Schulzeit, führt die kantonalen Schulentwicklungsprojekte, ist zuständig für die externe Evaluation der Schulen, unterstützt und berät die gemeindlichen Schulen, beschliesst die Lehrmittel und stellt diese bereit, kann befristete Lehrbewilligungen erteilen und prüft die Umsetzung der Schulgesetzgebung. Es bietet schulpsychologische Abklärung und Beratung für Schülerinnen und Schüler sowie für Lernende auf der Sekundarstufe II an. Es führt eine Dokumentations-/Verleihstelle für schulische Medien und koordiniert die Erhebungen der Bildungsstatistik für die obligatorische Schulzeit.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung

- Sicherstellung einer professionellen, auf die Verhältnisse des Kantons Zug abgestimmten kantonalen Schulentwicklung
- Initiierung, Koordination und Steuerung der kantonalen Schulentwicklung in den drei Kernbereichen Beurteilen und Fördern, Fachbereiche und Strukturen für gute Schulen
- Bereitstellung und Koordination der Strukturen für die Qualitätsentwicklung der gemeindlichen Schulen

Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht

- Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sowie kantonaler Vorgaben, insbesondere der Gleichwertigkeit der Angebote der einzelnen Schulen sowie der Lehrberechtigungen der Lehrpersonen
- Beratung von Privatschulen betreffend Zulassung
- Beratung von Eltern ausserkantonaler oder ausländischer Kinder betreffend Schuleintritt
- Beratung von Schulleitungen betreffend Schulorganisation und Schulgesetzgebung
- Leitung des Übertrittsverfahrens von der 6. Primarklasse in eine Schulart der Sekundarstufe I

Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst

- Abklärung, Beratung und Begleitung von Schülerinnen und Schülern im Bereich der obligatorischen Schulzeit
- Abklärung, Beratung und Begleitung von Lernenden auf der Sekundarstufe II
- Antragstellung bei laufbahnbestimmenden, bzw. verstärkten Massnahmen und periodische Überprüfung der Massnahmen

Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation

- Durchführung einer systematischen Qualitätsprüfung an den privaten und öffentlich-rechtlichen Schulen
- Generierung von fundiertem Steuerungswissen für die Schulleitungen der privaten und öffentlich-rechtlichen Schulen und den Bildungsrat
- Unterstützung der privaten und öffentlich-rechtlichen Schulen im Prozess der Qualitätsbeurteilung und -entwicklung
- und der Rechenschaftslegung gegenüber der operativen und strategischen Führung der Schule sowie dem Bildungsrat

Leistungsgruppe 5: Lehrmittelzentrale und didaktisches Zentrum

- Sicherstellung des Einkaufs der Lehrmittel und der termingerechten Auslieferung an die öffentlich-rechtlichen Schulen
- Erwerb und Aufbereitung von schulischen Medien
- Ausleihe von schulischen Medien an Lehrpersonen und Studierende der Pädagogischen Hochschulen

Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik

- Entscheide über Mitfinanzierung bzw. Finanzierung von verstärkten Massnahmen (Sonderschulung)
- Erarbeiten und Bewirtschaften von Leistungsvereinbarungen mit den Sonderschulen
- Umsetzung des Konzepts Sonderpädagogik

Leistungsgruppe 7: Beitragswesen

- Gewährung von Beiträgen an gemeindliche Schulen und Musikschulen im Kanton Zug

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992 (BGS 412.111)
- Verordnung betreffend Pauschalbeiträge an die Besoldungen des gemeindlichen Lehrpersonals und an die Privatschulen vom 25. November 2008
- Reglement betreffend das Übertrittsverfahren vom 17. Dezember 1991 (BGS 412.114)
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren (Reglement Bildungszentren) vom 19. Dezember 2007 (BGS 413.12)

1.4 Kommentar Grundlagen

Seit 1. Januar 2012 ist die ehemalige Gruppe Sonderpädagogik eine eigenständige Abteilung.
Die Leistungsgruppe 7 wurde vom Sekretariat Direktion für Bildung und Kultur DBKS zum Amt für gemeindliche Schulen AgS verschoben.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Schulentwicklung				
1	Bei der Partizipation nehmen die Fachgruppen ihre Aufgaben gemäss Aufgabenbeschreibung wahr und werden im Sinne von Qualitätssicherung begleitet	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen		Die Fachgruppen erfüllen die in der Jahresplanung formulierten Ziele	Gleich
A	Nachqualifikationen: Support für die Nachqualifikation der Lehrpersonen in den Bereichen Ethik und Religion (E&R) sowie Französisch gewährleisten	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Termingerechte Information an die Lehrpersonen und Rektorate vor Kursbeginn, externe Evaluation E & R	«Fällt weg»	
B	Beurteilen und Fördern: Die Verankerungselemente zur Umsetzung von Beurteilen und Fördern (B&F) an den gemeindlichen Schulen sind erarbeitet und stehen zur Verfügung	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Eltern, Behörden	Handbuch liegt vor und dient als Grundlage für vertiefende Weiterbildungsangebote	«Fällt weg»	
C	Die Sekundarstufe I ist attraktiv und leistungsstark strukturiert, damit die Schülerinnen und Schüler optimal gefördert und angemessen auf die Sekundarstufe II vorbereitet sind	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Eltern, Behörden	Vernehmlassungsbericht liegt vor, Vereinbarungen mit Pilotschulen liegen vor	Die Vorarbeiten zur Umsetzung des Pilots Neugestaltung 9. Schuljahr sind fertiggestellt. Die strategischen Entscheide sind gefällt. Gesetzliche Anpassungen sind initiiert	Pilot-Schulen starten im Schuljahr 2014/15 mit der Umsetzung
D	Partizipation: Die Reorganisation der Partizipation ist abgeschlossen. Die neuen Strukturen sind vereinfacht und entsprechen dem Bedürfnis der Lehrpersonen, der Gemeinden und des Kantons	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden	Strukturen der Partizipation sind den gesetzlichen Vorgaben angepasst und ermöglichen gezielt Wissen aufzubauen sowie den Austausch zu unterstützen	«Fällt weg»	
E	Im Sinne der Weiterentwicklung des Arbeitsplatzes Schule sind die Flexibilisierung der Arbeitszeit und die Anpassung der Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen und Schulleitungen geprüft und entsprechend umgesetzt	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden		Expertise mit Lehrpersonen und Schulleitungsbefragung sowie Arbeitszeiterhebung bei allen Lehrpersonen-Berufsgruppen liegen vor	Die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen-Gruppen werden geprüft und neue flexible Arbeitszeitmodelle erarbeitet
F	Aufgrund der angenommenen Noteninitiative vom März 2011 werden ab Schuljahr 2013/14 ab der 2. Primarklasse Noten erteilt	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden		Die gesetzlichen Grundlagen und die Zeugnisformulare sind bis Ende Schuljahr 2012/13 angepasst	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
G	Der Lehrplan 21 dient als Lehrplan der Deutschschweiz über die ganze obligatorische Schulzeit und legt fest, was die Schülerinnen und Schüler wissen und können müssen	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden		Rückmeldungen der kantonalen Fachgruppen sind für die Entwicklung berücksichtigt, Bedürfnisse des Kantons Zug integriert, Weiterbildungsangebote für kompetenzorientiertem Unterricht initiiert und Informationsveranstaltungen sind durchgeführt	Die Freigabe des Lehrplans 21 für die Kantone erfolgt. Die Einführung obliegt dem Entscheid der einzelnen Kantone
H	Die gemeindlichen Schulen werden bei der Umsetzung des Rahmenkonzepts «Gute Schulen – Qualitätsmanagement an den gemeindlichen Schulen» unterstützt und begleitet	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Behörden		Weiterbildungen für Schulleitungen, Unterrichtsteamleitungen und Fachgruppenleitungen sind angeboten	Projektabschluss bis Ende Schuljahr 2013/14
	Leistungsgruppe 2: Schulaufsicht				
2	Schulaufsicht hält sich bei der Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen an definierte Grundsätze	Gemeindliche Schulen, Privatschulen, Lehrpersonen	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100% eingehalten	Grundsätze der Schulaufsicht zu 100% eingehalten	Gleich
3	Beratungen definierter Personenkreise erfolgen zielorientiert und schnell	Privatschulen, Schulleitungen, Eltern	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule innerhalb von 6 Wochen, erste Kontaktaufnahme innert Wochenfrist	Bereinigung und Vervollständigung der Unterlagen bei Gesuchen um Anerkennung als Privatschule innerhalb von 6 Wochen, erste Kontaktaufnahme innert Wochenfrist	Steigend
4	Schulaufsicht leitet das Übertrittsverfahren transparent und begleitet die Lehrpersonen unterstützend. Die Entscheide der Übertrittskommission erfahren eine hohe Akzeptanz	Gemeindliche Schulen, Kantonsschule, Eltern, Lehrpersonen	Lehrpersonen werden schriftlich über die nötigen Schritte orientiert, neuen Lehrpersonen wird ein Weiterbildungskurs angeboten, keine gutgeheissenen Beschwerden wegen Verfahrensmängeln	Lehrpersonen werden schriftlich über die nötigen Schritte orientiert, neuen Lehrpersonen wird ein Weiterbildungskurs angeboten, keine gutgeheissenen Beschwerden wegen Verfahrensmängeln	Gleich
I	Die Aufgaben, Abläufe, Zuständigkeiten, Kompetenzen der Schulaufsicht werden konsequent umgesetzt bzw. wahrgenommen	Bildungsdirektor, Gemeindliche Schulen, Privatschulen	Abläufe bei 100% der Stichproben eingehalten	«Fällt weg»	
J	Das Übertrittsverfahren von der Sekundarschule in die angrenzenden Maturitätsschulen ist dem Übertrittsverfahren der Primarstufe angepasst worden	Gemeindliche Schulen (Sekundarschulen), Maturitätsschulen, Eltern und Schülerinnen und Schüler		Das neue Verfahren ist entwickelt und wird vernehmlasst. Die Vernehmlassung ist ausgewertet. Die neuen gesetzlichen Grundlagen liegen dem Bildungsrat zum Beschluss vor. Unterstützende Instrumente (Elterninformationsbroschüre usw.) liegen vor	Das Projekt ist abgeschlossen, die gesetzlichen Grundlagen per Schuljahr 2013/14 in Kraft

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
K	Das Promotionsreglement ist den Entwicklungen (Notenintiative, Übertrittsverfahren) angepasst und überarbeitet	Gemeindliche Schulen, Bildungsrat		Die 5 Teilprojekte sind koordiniert und konsolidiert. Das überarbeitete Promotionsreglement wird vernehmlasst. Die Vernehmlassung wird ausgewertet. Die gesetzlichen Änderungen werden dem Bildungsrat vorgelegt	Projekt abgeschlossen. Promotionsreglement auf Schuljahr 2013/14 in Kraft. Information, rechtliche Beratung der Schulen nötig
	Leistungsgruppe 3: Schulpsychologischer Dienst				
5	Hoher Anteil der direkten Beratungsarbeit mit den Ratsuchenden	Schülerinnen und Schüler, Lernenden, Beteiligte	78% der geleisteten Arbeitszeit	78% der geleisteten Arbeitszeit	Gleich
6	Die Anmeldungen so rasch als möglich bearbeitet	Schülerinnen und Schüler, Lernenden, Beteiligte	1. Kontaktnahme innerhalb von 3 Wochen	1. Kontaktnahme innerhalb von 3 Wochen	Gleich
7	Anträge für laufbahnbestimmende und verstärkte Massnahmen sind termingerecht gestellt	Rektor, Rektorin, Abteilung Sonderpädagogik	Versand der Anträge bis Ende Juni	Versand der Anträge bis Ende Juni	Gleich
L	Das Pflichtenheft für den Fachbereich Sekundarstufe II ist erstellt	Zuständige Person der Sekundarstufe II, Beteiligte	Das Papier ist bis Ende Februar fertig gestellt	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 4: Externe Schulevaluation				
8	Kritische Überprüfung zentraler Elemente, Verfahren, Methoden und Instrumente des abteilungsinternen Qualitätsmanagements	Gemeindliche Schulen, Lehrpersonen, Schulleitungen, Privatschulen, Bildungsrat	QM der Abteilung Externe Schulevaluation wird laufend optimiert und angepasst	Interne und externe Validierung; Zufriedenheit Schulen > 90 %	Gleich
9	Evaluation gemeindlicher Schulen	Schulleitungen, Lehrpersonen, Bildungsrat	Grobkonzept liegt vor	Verfahren für den 2. Durchgang (inkl. Führungsebene) ist erstellt. Pilotprojekt mit Schule für 2014 vereinbart	Gleich
M	Evaluation von Sonderschulen und von Privatschulen	Schulleitungen, Lehrpersonen, Sonderschulen, Bildungsrat	Detailliertes Konzept der Evaluation von Sonderschulen und der Sonderschulung liegt vor	Verfahren Evaluation Privatschulen bzw. Sonderschulen sind entwickelt	Steigend
	Leistungsgruppe 5: Lehrmittelzentrale und didaktisches Zentrum				
10	Lehrmittel werden rechtzeitig an die Gemeinden geliefert	Gemeindliche Schulen	Lehrmittelverzeichnis Kindergarten ist im Verzeichnis Primarschule vollständig integriert. Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar	Lehrmittel sind zu Schuljahresbeginn in den Schulen verfügbar	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
11	Lehrmittel werden kostengünstig beschafft.	Gemeindliche Schulen	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler maximal Fr. 120.–	Lehrmittelkosten pro Schülerin und Schüler maximal Fr. 120.–	Gleich
12	Aktueller und vielfältiger Bestand von Unterrichtsmedien ist im Online-Katalog such- und bestellbar	Kantonale und gemeindliche Lehrpersonen, PHZ-Studierende	Weitere Anpassungen im Online-Katalog	Bestandespflege: mindestens 2'000 ältere Medien ausscheiden und durch neue, aktuelle ersetzen	Gleich
13	Gute Auslastung und hohe Zufriedenheit bezüglich der Ausleihe sowie Beratung und Einführung der Benutzerinnen und Benutzer	Kantonale und gemeindliche Lehrpersonen, PHZ-Studierende	Mindestens 31'000 Ausleihen	Mindestens 31'000 Ausleihen	Gleich
	Leistungsgruppe 6: Sonderpädagogik				
14	Fristgerechte Abwicklung der standardisierten Prozesse	Rektorinnen und Rektoren (Sonderschulung) Erziehungsberechtigte (Frühbereich)	Finanzierungsentscheide: 80% innert 2 Wochen nach Eingang, 20% innert Monatsfrist. Jahresabrechnung Sonderschulen: 1 Monat nach Eingang	Das Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept	Gleich
15	Die Erarbeitung der Leistungsvereinbarungen 2012 – 14 und eines Controllingkonzepts erfolgen frist- und ordnungsgemäss	Sonderschulen (inkl. Heilpädagogischen Dienst) mit Leistungsvereinbarung	Das Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept	Das Controlling erfolgt gemäss Controllingkonzept	Gleich
16	Anerkennung der Sonderschulen als Privatschulen und Aufsicht	Sonderschulleitende und -Trägerschaften sowie Sonderschulheimleitenden und deren Trägerschaft		Alle Sonderschulen und Sonderschulheime sind anerkannt (§ 35 Schulgesetz)	Anerkennungsprozess abgeschlossen, Aufsicht wahrnehmen, Anerkennungen anpassen
N	Erarbeitung der Richtlinien Integrative Sonderschulung (IS) für alle Behinderungen	Gemeindliche Schulen, Sonderschulen, Behörden, Schulpsychologische Dienst	Die Richtlinien IS werden umgesetzt	Umsetzung der Richtlinien	Evaluation und Massnahmen, Projekt abschliessen
O	Richtlinien «Besondere Förderung» implementieren	Gemeindliche Schulen, Rektorate, Schulleitungen		Umsetzung der Richtlinien	Evaluation und Massnahmen, Projekt abschliessen
	Leistungsgruppe 7: Beitragswesen				
17	Fristgerechte und rechtskonforme Gewährung von Normpauschalen und Jahreswochenstunden-Pauschalen	Gemeinden		100% innert Frist oder innert 20 Arbeitstagen nach Vorliegen der Rechnung	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Schüler/innen obligatorische Schulzeit	Anzahl		10'850	11'000	Gleich
Lehrmittel und Unterrichtshilfen für gemeindliche Schulen	Anzahl		680	810	Gleich
Anteil Sonderschulung (integrierte bzw. separiert)	Quote		3.10%	2.85%	Gleich
Fälle am Schulpsychologischen Dienst	Anzahl		745	900	Leicht steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Anteil Sonderschulung:
Im Bereich der Sprachbehinderung zeigt sich eine deutliche Abnahme der sonderpädagogischen Massnahmen. Diese bewirkt eine tiefere Sonderschulquote auch für das Jahr 2013.
Zunahme Fälle am Schulpsychologischen Dienst:
Seit der neuen Zuständigkeit (Fachstelle für alle Sonderschulungen sowie neuer Beratungsbereich Sekundarstufe II) steigt die Anzahl der Fälle (Schuljahr 2010/11: 533, Schuljahr 2011/12: 745, Sekundarstufe II: Maximum von 50 Fällen erreicht) in einem Mass, welche durch die Pensenerweiterung 2011 nicht mehr aufgefangen werden kann.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-116'404'484.59**	**-117'233'625**	**-116'753'200**	**-0.4**	**-118'149'150**	**-119'775'850**	**-121'481'100**
Total Ertrag	**14'658'891.55**	**15'148'000**	**14'425'900**	**-4.8**	**14'724'000**	**15'211'000**	**15'661'000**
Saldo	**-101'745'593.04**	**-102'085'625**	**-102'327'300**	**0.2**	**-103'425'150**	**-104'564'850**	**-105'820'100**

Kommentar Budget
Aufwand: Die Kosten für die Dienstleistungen Dritter fallen voraussichtlich geringer aus als im Vorjahr. Ansonsten sind keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr zu erwarten.
Ertrag: Der Ertrag vermindert sich aufgrund der tieferen Rückzahlungen der Gemeinden für sonderpädagogische Massnahmen (tieferer Anteil Sonderschulung).

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DB1740.0001	Invest.beitrag an Gde für Schulneu- und Umbauten							
	Ausgaben	-823'455.85	-1'205'000					
	Einnahmen							
IT1740.0001	LehrerOffice – Datenbanklösung							
	Ausgaben	-24'860.00						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-848'315.85**	**-1'205'000**					
	Einnahmen							
	Saldo	**-848'315.85**	**-1'205'000**					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Direktion für Bildung und Kultur
1777 – Amt für Berufsberatung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsberatung bietet Information und Beratung bei Fragen der Berufs-, Studien- und Laufbahnwahl an. In Zusammenarbeit mit den Schulen und Lehrpersonen unterstützt es die Berufs-, Laufbahn- und Studienwahlvorbereitung. Es wirkt aktiv mit in verschiedenen Gremien und Projekten, die in einem engen Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten stehen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufswahl-, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung

- Unterstützung der Berufswahl in der Oberstufe (OS) der Volksschule
- Unterstützung von Jugendlichen ohne Anschlusslösung
- Unterstützung der Studienwahl im Gymnasium und an den Mittelschulen
- Unterstützung der Laufbahnplanung in den Berufsfachschulen

Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen

- Bereitstellung und Vermittlung von aktuellen Informationen zu Berufs-, Studien- und Laufbahnfragen
- Produktion von kantonalen, regionalen und nationalen Informationsmitteln

Leistungsgruppe 3: Studien- und Laufbahnberatung

- Individuelle Beratung von Jugendlichen und Erwachsenen
- Beratung von Erwerbslosen im Auftrag der RAV (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum) Beratenden
- Individuelle Unterstützung von Personen bei Formen der Nachholbildung

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG) vom 13. Dezember 2002 (SR 412.10)
- Verordnung über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV) vom 19. November 2003 (SR 412.101)
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung) vom 30. August 2001 (BGS 413.11)
- Gesetz über die Kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung zum Schulgesetz vom 7. Juli 1992 (BGS 412.111)
- Verordnung über die Kantonsschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.111)
- Verordnung über das Kantonale Gymnasium Menzingen vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.112)
- Verordnung über das Schulische-Brücken-Angebot vom 4. Dezember 2007
- Verordnung über die Fachmittelschule vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.19)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Die Angebote des Amts für Berufsberatung ist bei allen Zielgruppen bekannt	Jugendliche und Erwachsene in beruflichen Entscheidungssituationen	3-5 Vorschläge aus der Masterarbeit (Marketing und PR-Konzept BIZ Zug) sind umgesetzt	Einsatz von Social Media für das BIZ Zug ist geprüft und Konzept für das weitere Vorgehen erstellt	Gleich
2	Das Amt für Berufsberatung vernetzt sich auf kantonaler, regionaler und gesamtschweizerischer Ebene	Organisationen der Verwaltung, der Bildung und der Arbeitswelt	8% der zeitlichen Ressourcen	8% der zeitlichen Ressourcen	Gleich
3	Kontinuierliche Evaluation der Angebote und Produkte	Kundinnen und Kunden des BIZ (Berufsberatungs- und Informationszentrum) Zug	Angebote der Infothek sind analysiert, Optimierungen umgesetzt	Dienstleistungen der Administration sind bei internen und externen Kunden evaluiert und Verbesserungen umgesetzt	Zyklisch weitere Angebote evaluieren

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
A	Integration der Stipendienstelle ins Amt für Berufsberatung per 1.1.2014	Mitarbeitende Stipendienstelle, BIZ Zug Team Stipendienberechtigte Kanton Zug		Raum und Infrastruktur vorbereitet, neue Mitarbeitende Stipendienstelle selektioniert und eingearbeitet, Integration in die bestehenden Team- und Sitzungsgefässe vollzogen, Archive gezügelt Leistungen der Stipendienstelle werden während der Übergangszeit auftragsgemäss erbracht	Aufwand 2014 am höchsten, dann abnehmend aufgrund zunehmender Erfahrung
	Leistungsgruppe 1: Berufswahl-, Studienwahl und Laufbahnvorbereitung				
4	Flächendeckende, fachgerechte Information über Berufs- und Schulwahlprozess und berufliche Möglichkeiten	Jugendliche der 2. Oberstufe und deren Eltern	Für alle SchülerInnen werden Klassenbesuche im BIZ Zug, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten. Alle SchülerInnen der 2. OS erhalten und nutzen den Berufswahlordner	Für alle SchülerInnen werden Klassenbesuche im BIZ Zug, für alle Eltern Berufswahlveranstaltungen angeboten. Alle SchülerInnen der 2. OS erhalten und nutzen den Berufswahlordner	Gleich
5	Jugendliche ohne Anschlusslösung werden zahlenmässig erfasst und intensiv begleitet	Jugendliche der 3. Oberstufe	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut. Statistik fristgerecht weitergeleitet	Alle Abschlussklassen erfasst und betreut. Statistik fristgerecht weitergeleitet	Gleich
6	Gefährdete Jugendliche werden bei der beruflichen Integration unterstützt	Jugendliche mit komplexer Problematik	Mitwirkung beim Case Management Berufsbildung	«Fällt weg»	
7	Mittelschülerinnen und Mittelschüler befähigen, ihre weitere Ausbildung an den Hochschulen zu planen	Lernende an Gymnasien	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen ein Jahr vor der Matura durchgeführt	2-teilige Workshops zur Studienwahlvorbereitung in allen Klassen ein Jahr vor der Matura durchgeführt	Gleich
8	Berufslernende befähigen, ihre weitere berufliche Laufbahn zu planen	Lernende des GIBZ und KBZ in der zweiten Hälfte der Ausbildung	25 Workshops haben stattgefunden und sind evaluiert	18 Workshops haben im GIBZ stattgefunden und sind evaluiert. Für das KBZ sind angepasste Formen für die Laufbahnseminare entwickelt und angewandt.	Steigend
9	Lehrpersonen erhalten umfassenden Support bei der Berufswahlvorbereitung	Lehrpersonen der Volksschuloberstufe und des Brückenangebotes	4 Ausgaben von «Berufswahl aktuell». 2 Weiterbildungsveranstaltungen. Organisation «Rent a Stift»	4 Ausgaben von «Berufswahl aktuell». 2 Weiterbildungsveranstaltungen. Organisation «Rent a Stift»	Gleich
B	Maturandenbefragung	Gymnasien	Realisierung der Maturandenbefragung gemäss Zenralschweizer Lösung	«Fällt weg»	
L18	Aktion: Geschlechtsspezifische Stereotype in Berufen oder Studienrichtungen hinterfragen und aufbrechen	Jugendliche und ihre Eltern, Lehrfirmen	Logo erarbeitet, Flyer verteilt, im Internet publiziert. Die Zuger Medien berichten mindestens zweimal über diese Kampagne	Kampagne läuft, Pilot durchgeführt, mindestens 40 Klassen haben am Theater teilgenommen	2014 läuft Kampagne weiter, 2015 Abschluss und Evaluation

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 2: Information zu Berufen, Studien, Aus- und Weiterbildungen				
10	Die Infothek bietet aktuelle und relevante Informationsangebote an	Jugendliche und Erwachsene	Informationsmittel sind auf dem neusten Stand. Eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	Informationsmittel sind auf dem neusten Stand. Eingehende Informationen innert 2 Wochen verarbeitet	Gleich
11	Kantonale und regionale, vom BIZ Zug produzierte Informationsmittel werden regelmässig aktualisiert	Jugendliche 2. OS, Jugendliche auf Lehrstellensuche und Erwachsene	Berufwahlordner jährlich aktualisiert Der Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert Neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	Berufwahlordner jährlich aktualisiert Der Lehrstellennachweis wird täglich aktualisiert Neue Angebote für Erwachsene sind innerhalb von 2 Wochen in der Weiterbildungsdatenbank (WAB) aktualisiert	Gleich Aufwand sinkend, durch Selbstmutation der Betriebe Gleich
12	Jugendliche erhalten Einblick in die Lehrberufe und Bildungsangebote im Kanton Zug	Jugendliche in der ersten Berufswahl	Das BIZ Zug organisiert/koordiniert 120 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	Das BIZ Zug organisiert/koordiniert 120 berufs- und schulkundliche Veranstaltungen	Gleich
13	Das BIZ Zug gestaltet die Zukunft neuer Informationsmedien aktiv mit	Berufs- und Laufbahnberatende und ihre Kunden	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel. Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	Übernahme Fachredaktionen schweizerischer Informationsmittel. Beteiligung an der Weiterentwicklung der nationalen elektronischen Dokumentation (e-Doc)	Steigend, falls Finanzen durch EDK gesprochen
C	Anpassung der Infothek an veränderte Bildungslandschaft und Kundenbedürfnisse	Besucherinnen und Besucher der Infothek des BIZ Zug		Erweiterung der Dokumentation um alle FH Studiengänge abgeschlossen Neugestaltung der Ordner nach Sek II, Tertiär A und Tertiär B ermöglicht den Kunden einen einfacheren Zugang zu den Informationen	Abschluss 2013
	Leistungsgruppe 3: Studien- und Laufbahnberatung				
14	Zeitgerechte, zielorientierte Beratung anbieten, die genutzt wird	Jugendliche bei der ersten Berufswahl, Berufslernende bei der Laufbahnplanung, Mittelschülerinnen und -schüler bei der Studienwahl, Erwachsene	Termine innert 2–4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche. 1’800 Einzelberatungen	Termine innert 2–4 Wochen, Notfälle innerhalb 1 Woche. 1950 Einzelberatungen	Gleich
15	Erwerbslose Ratsuchende werden in ihrer Laufbahnplanung unterstützt, RAV-Berater erhalten fachkundigen Support	Erwerbslose, Beratende des RAV	Das Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt. Kurse für RAV-Beratende finden statt	Das Beratungsangebot im Auftrag des RAV wird genutzt Mindestens 2 Kurse für RAV-Beratende finden statt	Konjunkturabhängig Gleich
16	Das Eingangsportal vermittelt interessierten Erwachsenen aktuelle Informationen zur Erlangung eines Bildungsabschlusses auf Sekundarstufe 2	Personen ohne Abschluss Sek 2	Das Eingangsportal für die Validierung von Bildungsleistungen steht bereit und wird genutzt	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Ziel 6 entfällt, da CM beim Bildungsnetz integriert, Berufsberatung nur am Rande beteiligt.
Ziel 16 aus LA entfernt, da Zielgruppe nur sehr klein (zirka 20 von 1900 Beratungen), Aufgabe bleibt weiterhin bestehen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
2. Oberstufe	Klassen	54	55	55	Gleich
3. Oberstufe	SchülerInnen	884	860	860	Gleich
Jugendliche ohne Anschlusslösung	Jugendliche	22	Im April zirka 100	Im April zirka 100	Gleich
Brückenangebote	Lernende	190	160	160	Gleich
Laufbahnseminare an Berufsfachschulen	Abschluss-klassen	10	25	25	Steigend
Gymnasien	Klassen	17	15	15	Gleich
Besuchende Infothek	Anzahl	8’200	6’000	8’000	Gleich
Einzelberatungen	Anzahl	1’904	1’800	1’950	Gleich
RAV Beratungen	Anzahl	156	120	150	Konjunkturabhängig
Gemeldete Lehrstellen	Anzahl	1’200	1’200	1’200	Gleich
WAB Weiterbildungsangebote	Anzahl	980	980	900	Sinkend
Berufs-, Studien- und Laufbahnordner	Anzahl	260	260	300	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-2’038’602.53**	**-2’088’800**	**-2’118’900**	**1.4**	**-4’718’000**	**-4’791’600**	**-4’865’800**
Total Ertrag	**96’986.00**	**81’000**	**98’000**	**21.0**	**449’000**	**449’000**	**449’000**
Saldo	**-1’941’616.53**	**-2’007’800**	**-2’020’900**	**0.7**	**-4’269’000**	**-4’342’600**	**-4’416’800**

Kommentar Budget
Kein

Kommentar Finanzplan
Ab 2014 Integration Stipendienstelle in das Amt für Berufsberatung

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DB1777.0001	Auszahlung Studiendarlehen							
	Ausgaben					-200'000	-200'000	-200'000
	Einnahmen							
DB1777.0002	Rückzahlung Studiendarlehen							
	Ausgaben							
	Einnahmen					400'000	400'000	400'000
Total Budgetkredite								
	Ausgaben					**-200'000**	**-200'000**	**-200'000**
	Einnahmen					**400'000**	**400'000**	**400'000**
	Saldo					**200'000**	**200'000**	**200'000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Direktion für Bildung und Kultur
1780 – Amt für Sport

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Sport fördert ein bedarfsgerechtes Sportangebot. Es unterstützt die Zuger Bevölkerung, insbesondere Zuger Sportvereine, Schulen und Institutionen durch Information, Beratung, finanzielle Beiträge sowie Aus- und Weiterbildung von Sportleitenden und Lehrpersonen. Zudem initiiert und organisiert das Amt in Koordination mit Privaten, Verbänden, Vereinen und Gemeinden Breitensportangebote und führt polysportive Jugendsportlager durch.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)

- Administration und Durchführung der J+S und J+S-Kids Kaderbildung
- Administration und Betreuung aller J+S Angebote der Sportvereine und Schulen
- Administration und Durchführung von J+S Jugendlagern
- Aufbau und Betreuung der neuen Bundesaufträge J+S-Kids und J+S Erwachsenensport ESA

Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport

- Information, Beratung und Unterstützung beim Aufbau von Sport- und Bewegungsförderangeboten
- Organisation Kantonaler Schülermeisterschaften
- Förderung und Durchführung von Sport am Mittag (SaM)
- Beratung und Unterstützung der Zuger Nachwuchs- und Leistungssportler-/innen

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Information, Kommunikation
- Erarbeitung Vernehmlassungen, Mitberichte, Stellungnahmen und sportrelevante Gesetzgebungen
- Mitwirkung in Kommissionen, Konferenzen, Arbeitsgruppen
- Koordination der ausserschulischen Vergabe kantonaler Sportstätten
- Bewirtschaftung J+S Sportmaterial
- Administration und Bewirtschaftung Sport-Toto-Fonds

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport vom 17. März 1972 (SR 415.0)
- Sportgesetz vom 29. August 2002 (BGS 417.1)
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11)
- Sport-Toto-Verordnung vom 4. Oktober 2005 (BGS 417.16)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)
- Regierungsratsbeschluss betreffend Beiträge an die ungedeckten Kosten der beruflichen Ausbildung von Nachwuchssportlerinnen und -sportlern vom 21. Dezember 2004 (BGS 417.13)
- Regierungsratsbeschluss: Jahresbeitrag an den Verein VINTO Zug vom 4. Juli 2008
- Regierungsratsbeschluss: Jahresbeitrag an den Sportverein Zug94 vom 18. November 2009
- Regierungsratsbeschluss: Jahresbeitrag an den Innerschweizer Handballverband (IHV) vom 12. Mai 2010
- Regierungsratsbeschluss: Jahresbeitrag an Swiss Central Basket (SCB) vom 15. September 2010

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Änderungen zu 2012

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Sicherstellen einer höchstmöglichen Kundenzufriedenheit bei Administration und Dienstleistungen des AfS	Zuger Bevölkerung, Zuger Schulen, Zuger Vereine	QM entwickeln für mindestens 80% der AfS Angebote, Zufriedenheit der Kursteilnehmenden > 80%	Regelmässiges Überprüfen mittels Kundenfeedback. Kritikpunkte werden aufgenommen, um eine Zufriedenheit über 80% zu erreichen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Jugend und Sport (J+S)				
2	Organisation der J+S Kaderbildung gewährleisten	Schweizer Bevölkerung, Schweizer Sportvereine	Zuger Bedürfnisse klären, Angebote straffen, regionale Zusammenarbeit intensivieren	Umsetzen der Zuger Bedürfnisse, Leitung Kursplanung Z-CH	Gleich
3	Proaktive Betreuung der J+S Angebote der Vereine und Schulen mittels Beratungsgesprächen	Zuger Sportvereine, Zuger Schulen, Jugendorganisationen	Kundenzufriedenheit mittels Umfrage klären. Anzahl Angebote + TN analog erreichte Werte von 2011	Mittels Angeboten werden > 10'000 Kinder und Jugendliche bewegt	Gleich
4	Durchführung des polysportiven Lagers in Tenero stetig weiter entwickeln	11- bis 16-jährige Zuger Jugendliche	Analog erreichte Werte von 2011 ohne Aufwandsteigerung	Mittels Umfrage Angebot optimieren	Gleich
5	Auf- und Ausbau der J+S-Kidskurse intensivieren, Qualitätssicherung aller J+S Kidsangebote sicherstellen	5- bis 10-jährige Zuger Kinder, Volksschulen, Sportvereine, Jugendorganisationen	1 Kaderkurs organisiert, mindestens 50% aller Vereine betreut	3 Kaderkurse organisieren, mindestens 10 Kursbesuche vor Ort	Steigend
6	Angebote und Vorgaben des J+S Erwachsenensports ESA des BASPO bekannt machen	Zuger Bevölkerung, Zuger Sportvereine, Pro Senectute	Mit Partnerorganisationen Aufgaben und Zusammenarbeit definieren	Zusammenarbeit mit 2 Institutionen prüfen und umsetzen	Steigend
	Leistungsgruppe 2: Breiten-, Schul-, Firmen- und Leistungssport				
7	Durchführung der Kantonalen Schülermeisterschaften an Zuger Sportvereine übergeben	Zuger Schulen, Zuger Schülerinnen und Schüler bis 9. Schuljahr	Konstante Teilnehmerzahl, reduziertes Arbeitsvolumen für AfS	Konstante Teilnehmerzahl, Treffen mit Schulsportverantwortlichen der Gemeinden institutionalisieren	Gleich
8	Nachhaltige Unterstützung der Zuger Nachwuchssportler/ Nachwuchssportlerinnen sichern (NWS)	Zuger Nachwuchssportler, Nachwuchssportlerinnen inkl. deren Umfeld	90% aller Zuger NWS mit Swiss Olympic Talent Cards regional, national, international sind kontaktiert und beraten	90% aller Zuger NWS mit Swiss Olympic Talent Cards regional, national, international sind kontaktiert und beraten	Gleich
9	Organisation und Administration des Firmensports «Sport am Mittag» weiterführen	Primär Mitarbeitende der Verwaltung von Kanton und Stadt, zusätzlich externe Firmen	Zusätzliche Abendkurse in anderen Sportarten, über 400 Teilnehmende, 8 externe Firmen	Über 400 Teilnehmende, acht externe Partnerfirmen und 20 Sportangebote	Gleich
A	Aufbau lokales Bewegungs- und Sportnetz (LBS)	Zuger Bevölkerung, Sportvereine, Gemeindebehörden und Schulleitungen	Mindestens 2 Gemeinden beginnen aktiv mit dem Aufbau eines LBS gemäss Vorgaben des BASPO	Zusätzliche 2 Gemeinden beginnen aktiv mit dem Aufbau eines LBS gemäss Vorgaben des BASPO	Steigend
B	Erarbeitung einer Nachfolgeregelung für Kunst & Sport-Klasse Cham auf Sek.-Stufe II	Nachwuchstalente in Sport und Kultur ab 10. Schuljahr	Zusammenarbeit mit Partnern klären, Entwurf eines Konzepts	Erfolgreiche Umsetzung des Konzepts	Abgeschlossen
C	Initiierung eines regelmässigen, polysportiven Angebotes für 5- bis 6-jährige Zuger Kinder	5- bis 6-jährige Zuger Kinder		In mindestens 2 Zuger Gemeinden wird mit den lokalen Sportvereinen zusammen ein polysportives Ergänzungstraining koordiniert	Steigend
D	Ehrung von erfolgreichen Zuger Sportler/innen	Erfolgreiche Zuger Sportler/innen an Schweizer-, Europa- und Weltmeisterschaften sowie an Olympischen Spielen oder ähnlichen Anlässen		RRB vom 18.09.2001 gemäss Auftrag des Bildungsdirektors anpassen	Abgeschlossen

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen				
E	Entwicklung eines Online-Formulares für Sport-Toto-Jahresbeiträge	Sportvereine und Sportverbände	Zeitsparende Online-Formulare erstellen, Information der Vereine auf Homepage vereinfachen	«Fällt weg»	
F	Aufgaben der neuen Sportkommission konkretisieren	Regierungsrat, Amt für Sport, Sportkommission	Pflichtenhefte, Geschäftsordnung. evtl. Verordnung erstellen	Definierte Aufgaben der Sportkommission umsetzen	Gleich
G	Sport-Toto-Verordnung (BGS 417.16) überarbeiten	Sportvereine und Sportverbände des Kantons Zug Sportbetriebsorientierte Trägerschaften des Kantons Zug		Vernehmlassung durchgeführt; Verabschiedung durch DBK/RR	Abgeschlossen
L32	Der gegenseitige Gebührenverzicht für die Nutzung von Sportinfrastrukturen von Stadt und Kanton Zug ist sichergestellt	Kantonale Schulen, Amt für Sport, Stadtzuger Sportvereine	Gebührenreglemente der kantonalen Schulen sind vereinheitlicht, Gebührenbefreiung zwischen Stadt und Kanton Zug ist vereinbart	Benutzungsreglemente der kantonalen Schulen sind vereinheitlicht	Abgeschlossen
L32	Der Kanton stellt seine Sportanlagen allen privaten, gemeinnützigen sportbetriebsorientierten Trägerschaften mit Sitz im Kanton Zug kostenlos zur Verfügung	Kantonale Schulen, Amt für Sport, Sportvereine der 11 Gemeinden	Anpassung der gesetzlichen Grundlagen prüfen, Erstellung der nötigen gesetzlichen Grundlagen (RRB oder KRB)	Anpassung der gesetzlichen Grundlage (RRB) Vereinbarung Kanton Zug mit mindestens 2 weiteren Zuger Gemeinden	Steigend

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Ausgebildete Sportleiter	Personen		1'000	1'000	Gleich
Betreute J+S Angebote	Kurse/10- bis 20-jährige Jugendliche		800/11'500	800/11'500	Gleich
Betreute J+S-Kids Kurse	Kurse/5- bis 10-jährige Kinder		60/800	80/900	Steigend
Firmensport am Mittag	Angebote pro Woche/ Personen		20/450	20/450	Gleich
Lokales Bewegungs- und Sportnetz	Zuger Gemeinden		2	2	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Änderungen zum Vorjahr

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-1'757'215.75	-1'812'250	-1'861'750	2.7	-1'901'550	-1'959'850	-2'016'750
Total Ertrag	406'539.85	412'000	443'000	7.5	473'000	478'500	478'500
Saldo	-1'350'675.90	-1'400'250	-1'418'750	1.3	-1'428'550	-1'481'350	-1'538'250

Kommentar Budget
- Zusätzlich 30'000 Franken Personalkosten budgetiert zum Aufbau des neuen Bundesauftrages J+S Kindersport (Ziel Nr. 5). Dies v.a. in der J+S Kaderausbildung für die zukünftige Leitung von J+S Kursen mit 5- bis 10-Jährigen.

Kommentar Finanzplan
Ausschliesslich teuerungsbedingte Zunahme

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT1780.0001	Onlinereservationssystem Sportinfrastruktur							
	Ausgaben	-58'752.00						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-58'752.00**						
	Einnahmen							
	Saldo	**-58'752.00**						

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Investitionsprojekte vorgesehen

Kommentar Finanzplan
Keine Investitionsprojekte vorgesehen

Institutionelle Gliederung
Direktion für Bildung und Kultur
1790 – Amt für Kultur

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Kultur fördert das freie Kulturschaffen und die Vielfalt des kulturellen Lebens im Kanton Zug. Es führt zudem das Kantonale Museum für Urgeschichte(n) (KMUZ).

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Kulturförderung

- Geschäftsstelle der kantonalen Kulturkommission
- Abwicklung Beitragsgesuche für kulturelle Projekte und Veranstaltungen
- Abwicklung Wettbewerb Förderbeiträge und Zuger Werkjahr
- Belegung und Unterhalt Ateliers für Kulturschaffende in New York und Berlin
- Ausrichtung Auszeichnungen
- Bewirtschaftung kantonale Kunstsammlungen

Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen

- Künstlerische Verantwortung Kunst am Bau bei Bauvorhaben des Kantons
- Interkantonale und nationale Konferenzen und Arbeitsgruppen
- Kulturförderung: Kontaktpflege und Vernetzung kommunal, kantonal, national
- Erhalt und Schaffung von Infrastruktur für Kultur
- Information und Beratung Kulturschaffender

Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen

- Erarbeitung und Controlling von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen mit Kulturinstitutionen
- Vollzug Kulturlastenausgleich

Leistungsgruppe 4: Kantonales Museum für Urgeschichte(n)

- Sammlung, Aufbewahrung, Inventarisation und Ausstellung von ur- und frühgeschichtlichen Bodenfunden
- Durchführung Sonderausstellungen
- Vermittlung Ausstellungsinhalte, speziell für Schulklassen
- Restaurierungswerkstatt
- Wissenschaftliche Projekte und Publikationen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die Förderung des kulturellen Lebens vom 25. März 1965 (BGS 421.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt zur Vereinbarung über die Interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen vom 27. März 2008 (BGS 421.3)
- Gesetz über Denkmalpflege, Archäologie und Kulturgüterschutz (Denkmalschutzgesetz) vom 26. April 1990 (BGS 423.11)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)
- Satzungen der Stiftung «Museum in der Burg Zug» vom 11. März 1976 (BGS 423.311)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung an der Stadt- und Kantonsbibliothek vom 3. Mai 1984 (BGS 424.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Verdichtete Darstellung im Vergleich zu Leistungsauftrag 2012

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Kulturförderung				
1	Rasche Abwicklung von Beitragsgesuchen	Kulturschaffende	Bestätigung über Erhalt innerhalb einer Woche	Bestätigung über Erhalt innerhalb einer Woche	Gleich
2	Termingerechte Abwicklung des Wettbewerbs Förderbeiträge und der Zuger Werkjahre/Ausrichtung des Zuger Anerkennungspreises	Kulturschaffende	Ausschreibung im Frühling, Jurierungen im Sommer, Regierungsratsbeschluss und Preisübergabefeier im Herbst	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Gleich
3	Wirtschaftliche Belegung und termingerechte Abwicklung der Ateliers	Kulturschaffende/Kanton	Ausschreibung im Sommer, Mitteilung Beschluss im Dezember	Termine der Jahresplanung werden eingehalten	Gleich
4	Wirtschaftlichkeit Atelierunterhalt	Kanton	Buchführung monatlich, ein Kontrollaufenthalt	Fällt weg (integriert in Zielsetzung Nr. 3)	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
5	Kunstsammlungen laufend mit neuen Ankäufen ergänzen	Kulturschaffende	Besuche Ausstellungen Zuger Kulturschaffende	Ankäufe im Rahmen des Jahresbudgets tätigen	Gleich
6	Kunstsammlungen der Verwaltung/Öffentlichkeit zugänglich machen	Mitarbeitende Kanton, Fachstellen, Öffentlichkeit	Mindestens zwei Leihtermine	Mindestens zwei Leihtermine/ Evaluation einer öffentlichen Ausstellung über die Ankäufe der letzten 10/20 Jahre.	Steigend
7	Regelmässige Ausrichtung Zuger Anerkennungspreis	Kulturschaffende	Evaluation einer Ausrichtung	«Fällt weg»	
A	Richtlinien der visarte zu Kunst am Bau werden eingehalten	Bevölkerung, Kulturschaffende	Mitwirkung bei der Planung Kunst am Bau. Kantonales Gymnasium Menzingen und Theilerareal (WMS/FMS und Theilerhaus)	Mitwirkung bei der Planung Kunst am Bau. Theilerhaus sowie Amt für Verbraucherschutz (Neubau Steinhausen)	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Arbeitsgruppen, Vernetzung, Dienstleistungen				
8	Abgeltung des Kulturlastenausgleichs ZH/LU/SZ/UR/AG	Kanton	Kulturspezifisches Controlling der Berechnung für die Abgeltungsperiode 2013–15	Sicherstellen der korrekten Abwicklung	Gleich
B	Ausbau Filmförderung im Zentralschweizer Verband	Filmschaffende/BKZ/KBKZ		Anpassung der Vergaberichtlinien	Steigend
C	Neukonzeption der Kulturvermittlung an Schulen	Schüler/Lehrer/Schulbehörden/Kulturschaffende		Entwicklung und Aufbau des Projektes/Start 2013/2014	Steigend
L22	Kulturwerkstatt Theilerhaus	Kulturschaffende	Umsetzung Nutzungskonzept: Start Konzipierung Betriebskonzept und Organisationsstruktur, Begleitung der Arbeiten auf baulicher Ebene	Umsetzung Nutzungskonzept: Konkretisierung des Betriebskonzeptes und der Organisationsstruktur, Begleitung der Arbeiten auf baulicher Ebene	Steigend
L10	Neubau Kunsthaus Zug	Kunsthaus Zug	Mitwirkung Projektgruppe und Jury: Teilnahme an den Sitzungen	Mitwirkung während Projektierungsphase: Teilnahme an den Sitzungen/Jury	Steigend
	Leistungsgruppe 3: Kulturinstitutionen				
9	Professionelle Bewirtschaftung der Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Burg Zug/BBK	Neuverhandlung Leistungsvereinbarung ab Frühjahr 2012. Controlling	Jährliches Controlling. BBK Neuverhandlung Leistungsvereinbarung ab Frühjahr 2013.	Gleich
D	Umbau Burg Zug	Bevölkerung	Begleitung Umbau auf inhaltlicher und strategischer Ebene	Abschluss	
E	Zwischennutzung Shedhalle	Bevölkerung	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)	Begleitung Betrieb (Organisation, Programm, Atelierbetreuung, Zahlungen)	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Kantonales Museum für Urgeschichte(n)				
10	Regelmässige Durchführung Sonderausstellung/Planung Umbau/Projekt «KMUZ unterwegs» während der Schliessung	Bevölkerung	Eröffnung Sonderausstellung 2012	Eine Sonderausstellung jährlich/Umbau/Projekt «KMUZ unterwegs» während der Schliessung	Gleich
F	Grabung Cham/Hagendorn	Bevölkerung	Abschluss Manuskript	Veröffentlichung Publikation	
G	Neues Konzept KMUZ ab 2015	Bevölkerung	Mitwirkung in Projektgruppe Neubau WMS/FMS. Koordination Museumsplaner	Koordination Museumsplaner/ Planung Wiedereröffnung	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Verdichtete Darstellung im Vergleich zu Leistungsauftrag 2012

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Beitragsgesuche	Anzahl		200	200	Gleich
Bauvorhaben des Kantons	Anzahl		2	2	Gleich
Preise und Auszeichnungen	Anzahl		1	1	Sporadisch
Bewerbungen Förderbeiträge	Anzahl		30	30	Gleich
Besucher KMUZ	Anzahl		10'000	10'000	Sinkend
Anmeldungen Schulklassen KMUZ	Anzahl		230	230	Sinkend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Workshops des KMUZ für Schulklassen und Publikum können während der Schliessung in reduziertem Umfang weitergeführt werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-7'090'811.65**	**-7'305'200**	**-7'299'300**	**-0.1**	**-7'307'300**	**-7'361'900**	**-7'423'000**
Total Ertrag	**84'032.45**	**90'000**	**87'000**	**-3.3**	**90'000**	**90'000**	**90'000**
Saldo	**-7'006'779.20**	**-7'215'200**	**-7'212'300**		**-7'217'300**	**-7'271'900**	**-7'333'000**

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DB1790.0004	Beitrag Mobiliar Dauerausstellung Burg Zug							

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
DB1790.0003	Beitrag Umbau Stadt- und Kantonsbibliothek							
	Ausgaben		-245'000					
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben		**-245'000**					
	Einnahmen							
	Saldo		**-245'000**					

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Volkswirtschaftsdirektion und deren Ämter in den Bereichen Rechtsdienst, Personalwesen, Finanzen, Kommunikation, Informatik und Infrastruktur. Das Direktionssekretariat unterstützt den Volkswirtschaftsdirektor administrativ und berät ihn fachlich. Das Direktionssekretariat arbeitet mit Unternehmen zusammen, die staatliche Aufgaben wahrnehmen und betreut amtsübergreifende Aufgaben.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen

- Stabsfunktion für die Bereiche Personalwesen, Finanzen, Kommunikation, Informatik und Infrastruktur
- Administrative Unterstützung und fachliche Beratung des Volkswirtschaftsdirektors

Leistungsgruppe 2: Sachgeschäfte der Direktion

- Erarbeitung von Anträgen und Verfügungen zu Sachgeschäften der Direktion
- Erarbeitung von Rechtserlassen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Verfassen von Stellungnahmen an externe Dritte sowie kantonsinterne Ansprechpartner

Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst

- Erarbeitung von Beschwerdeentscheiden
- Aushandlung und Controlling von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen
- Vergabe Zuger Innovationspreis

Leistungsgruppe 4: Vollzug Gesetzgebung

- Vollzug Lex Koller
- Vollzug Konsumkreditgesetz
- Beitragsausrichtung im Tourismusbereich
- Durchführung Schlichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht

Leistungsgruppe 5: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen

- Schaffung von Grundlagen für Entscheide bei regionalen und nationalen Trägerschaften
- Einsitz in Arbeitsgruppen und Kommissionen
- Vertretung des Kantons bei Partnern und Organisationen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 16. Dezember 1983 (BewG; SR 211.412.41)
- Bundesgesetz über den Konsumkredit vom 23. März 2001 (KKG; SR 221.214.1)
- Verordnung zum Konsumkreditgesetz vom 6. November 2002 (VKKG; SR 221.214.11)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland vom 26. November 1987 (BGS 215.11)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Vergabe von Innovationspreisen im Wirtschaftsbereich vom 23. März 2000 (BGS 913.1)
- Tourismusgesetz vom 27. März 2003 (BGS 944.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an das Verkehrshaus der Schweiz vom 27. Januar 2011 (BGS 423.51)
- § 41 des Gesetzes über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege vom 26. August 2010 (GOG; BGS 161.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung an Interreg IV vom 28. Februar 2008 (GS 29, 679)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beitritt des Kantons Zug zum Verein Metropolitanraum Zürich vom 28. Mai 2009 (BGS 916.33)
- Regierungsratsbeschluss betreffend Bezeichnung der Volkswirtschaftsdirektion als zuständige Direktion für Aussenbeziehungen (RRB vom 11. März 2003)
- Verfügung über die Delegation der Befugnis für verfahrensleitende Verfügungen der Volkswirtschaftsdirektion in Verwaltungs- und Beschwerdeverfahren vom 16. September 2005 (BGS 153.732)
- Verfügung über die Delegation von Entscheidbefugnissen der Volkswirtschaftsdirektion an das Direktionssekretariat vom 27. Januar 2010 (BGS 153.734)
- Verfügung über die Regelung der Zuständigkeit betreffend individuelle Personalgeschäft bei der Volkswirtschaftsdirektion vom 2. Dezember 2011 (BGS 153.735)

1.4 Kommentar Grundlagen

KRB betr. Beteiligung an Interreg IV ist befristet bis 2013

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Stabsdienstleistungen				
1	Wahrnehmung der Drehscheibenfunktion zwischen Ämtern und Drittpartnern	Direktionsvorsteher, Amtsleiter, Drittpartner	90% positive Rückmeldungen	90% positive Rückmeldungen im Rahmen der Semestergespräche	Gleich
2	Aufbereitung der notwendigen Unterlagen und Kennzahlen im Finanzbereich	Direktionsvorsteher, Finanzdirektion, Regierungsrat	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
3	Gewährleistung des Informationsflusses in der internen und externen Kommunikation	Mitarbeitende, Amtsleiter, Direktionen, externe Partner, Öffentlichkeit	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte, 4 direktionsübergreifende Treffen, mindestens 30 Medienmitteilungen/-konferenzen	12 Gesamt- und Bereichskonferenzen sowie Wochenrapporte, > 4 direktionsübergreifende Treffen, > 30 Medienmitteilungen/-konferenzen	Gleich
4	Administrative Unterstützung und fachliche Beratung des Volkswirtschaftsdirektors	Direktionsvorsteher	Korrespondenz innert 24 Stunden, Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitag Mittag	Korrespondenz innert 1 Arbeitstag, Durchsicht aller RR-Anträge bis Freitag Mittag	Gleich
A	Unterstützung des Direktionsvorstehers in seiner Funktion als Landammann	Direktionsvorsteher	Fehlerfreie Führung der Traktandenliste für alle RR-Sitzungen, fehlerfreie Terminkoordination mit aktualisiertem Wochenprogramm für Reden und Publikationen	«Fällt weg»	
B	Durchführung Charta Berufschance	Besucherinnen und Besucher, Öffentlichkeit	30 neue Unterzeichnende der Charta	30 neue Unterzeichnende der Charta	
C	Gastauftritt an der OLMA	Besucherinnen und Besucher, Öffentlichkeit	Fristgerechte Präsentation, mehrheitlich positives Feedback von Messeleitung und Medien	«Fällt weg»	
D	Pilotamt für Optimierung Kreditorenprozess	Projektleitung, Regierungsrat	Eingehende Tests mit ausgewählter Lösung, fundierte Berichterstattung	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 2: Sachgeschäfte der Direktion				
5	Anträge der Direktion	Regierungsrat, Kantonsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
6	Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Regierungsrat, Kantonsrat	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
7	Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	Externe Dritte, kantonsinterne Ansprechpartner/innen	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
8	Verfügungen der Direktion	Ämter, Dritte	Innert 14 Tagen nach Vorliegen aller Unterlagen	Innert 14 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Unterlagen	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
9	Erarbeitung Beschwerdeentscheide	Beschwerdeführende	Innert 3 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	Innert 3 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
10	Abschluss von Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Unternehmen mit Auftrag des Kantons oder mit Dienstleistungen zu Gunsten des Kantons	Bis Ende November	Verbindliche Aushandlung bis Ende November	Gleich
11	Vergabe Zuger Innovationspreis	Bewerbende	Mindestens 10 Bewerbungen	10 Bewerbungen	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Vollzug Gesetzgebung				
12	Überprüfungen Lex Koller	Antragstellende	Innert 7 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Steigend
13	Bewilligungen Konsumkredit	Antragstellende	Innert 7 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	Innert 7 Arbeitstagen nach Vorliegen aller Dokumente	Sinkend
14	Führen Sekretariat landwirtschaftliche Pacht	Pächter, Verpächter, Gerichte	Vermittlungsquote > 50%	Vermittlungsquote > 50%	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Institutionelle Beziehungen und Vertretungen				
15	Schaffung von Entscheidgrundlagen zur Wahrnehmung der Interessen des Kantons nach aussen	Kanton, Konferenzen, Organisationen, Arbeitsgruppen, Gemeinden	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80% der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums, Sitzungsteilnahmequote: 80%	Antragstellung sowie Zustimmung zu 80% der Anträge des Kantons innerhalb des jeweiligen Gremiums, Sitzungsteilnahmequote: 80%	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Anträge der Direktion	Anzahl		100	100	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		12	10	Gleich
Vernehmlassungen, Anhörungen, Mitberichte	Anzahl		115	100	Gleich
Verfügungen der Direktion	Anzahl		100	100	Gleich
Beschwerdeentscheide der Direktion	Anzahl		10	5	Gleich
Instruktionsverfahren Beschwerde an RR	Anzahl		2	2	Gleich
Überprüfungen Lex Koller	Anzahl		35	120	Steigend
Gesuche Konsumkredit	Anzahl		4	3	Gleich
Schlichtungsverhandlungen landwirtschaftliche Pacht	Anzahl		5	4	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Eine Praxisänderung beim Grundbuch- und Vermessungsamt führt zu einer starken Zunahme der Verfügungen der Bewilligungsbehörde (Lex Koller).

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-1'263'046.30	-1'761'000	-1'911'850	8.6	-1'873'800	-1'917'800	-1'959'700
Total Ertrag	52'329.20	14'000	52'000	271.4	52'000	53'000	53'000
Saldo	-1'210'717.10	-1'747'000	-1'859'850	6.5	-1'821'800	-1'864'800	-1'906'700

Kommentar Budget
Wegen der starken Zunahme der Lex-Koller-Überprüfungen (vgl. Einfluss-/Plangrössen) wird eine zusätzliche juristische Mitarbeiterin/Mitarbeiter eingestellt.

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT2000.0001	Ablösung EDUC+							
	Ausgaben			-500'000		-1'000'000		
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben			-500'000		-1'000'000		
	Einnahmen							
	Saldo			-500'000		-1'000'000		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Berufsbildung ist zuständig für alle Berufsbildungsfragen mit dem Auftrag, in der beruflichen Grundbildung ein qualitativ und quantitativ gutes Angebot zu fördern und die Angebote der höheren Berufsbildung sowie der beruflichen Weiterbildung zu koordinieren und zu beaufsichtigen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Bildungsbewilligungen und Lehrvertragsgenehmigungen
- Beratung und Begleitung der Lehrvertragsparteien
- Sicherstellung der Koordination an den drei Lernorten (Lehrbetriebe, Berufsfachschulen und überbetriebliche Kurse)
- Koordination, Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren
- Durchführung des Aufnahmeverfahrens an die lehrbegleitenden Berufsmaturitätsschulen
- Förderung, Koordination und Durchführung der Bildung von Berufsbildnerinnen und Berufsbildnern
- Vollzug der Schulgeldvereinbarungen in der beruflichen Grundbildung

Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Aufsicht über die Angebote im Bereich der Höheren Fachschulen (HF)
- Sicherstellung des Zugangs zu den Angeboten der höheren Berufsbildung (höhere Fachschulen, Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen) für alle interessierten Zugerinnen und Zuger
- Vollzug der Schulgeldvereinbarungen in der höheren Berufsbildung und beruflichen Weiterbildung

Leistungsgruppe 3: Berufsbildungsentwicklung und Steuerung

- Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und Lehrstellen-Marketing
- Kooperation mit Bund, Kantonen, Berufsverbänden und Dritten
- Innovationen und Projekte
- Aushandlung und Controlling von Vereinbarungen mit Dritten
- Mitwirkung Rechtssetzung: Vernehmlassungen, Mitberichte, Anhörungen, Stellungnahmen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 1. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10)
- Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV, SR 412.101)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung; BGS 413.11)
- Ausführungsbestimmungen 1 zum Einführungsgesetz Berufsbildung vom 30. Mai 2008 (BGS 413.111)
- Ausführungsbestimmungen 2 zum Einführungsgesetz Berufsbildung (Regelung des Qualifikationsverfahrens) vom 30. Mai 2008 (BGS 413.112)
- Ausführungsbestimmungen 3 zum Einführungsgesetz Berufsbildung (Prüfungs- und Promotionsreglement für die Berufsmaturität am Gewerblich-industriellen Bildungszentrum und am Kaufmännischen Bildungszentrum) vom 21. November 2005 (BGS 413.113)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beteiligung des Kantons am Weiterbildungsinstitut für Energie- und Rohstoff-Rückgewinnung Zug (WERZ) vom 28. Januar 2010 (BGS 413.18)
- Regierungsratsbeschluss betr. Ratifizierung der neuen Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV) vom 26. September 2006
- Regierungsratsbeschluss betr. Interkantonale Fachschulvereinbarung FSV: Beitragsberechtigte Schularten und Lehrgänge/Änderung der Vollziehungsverordnung zum Schulgesetz vom 15. Mai 2007
- Regierungsratsbeschluss betr. Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für Schulen mit spezifisch-strukturierten Angeboten für Hochbegabte vom 3. Juni 2008
- Regierungsratsbeschluss betr. Beitritt des Kantons Zug zum Regionalen Schulabkommen Zentralschweiz vom 13.09.2011

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
1	Fristgerechte Bearbeitung Bildungsbewilligungsgesuche	Gesuchstellende	95% < 30 Tage	95% < 30 Tage	Gleich
2	Sicherstellung der Ausbildungsqualität	Lehrbetriebe, Lernende	100	Besuch von 100 Lehrbetrieben	Steigend
3	Fristgerechte Eröffnung Prüfungsresultate	Lernende, Lehrbetriebe	Innerhalb von zwei Arbeitstagen nach vollständigem Erhalt der Ergebnisse	Innerhalb von zwei Arbeitstagen nach vollständigem Erhalt der Ergebnisse	Gleich
4	Sicherstellung Kursangebot für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner	Berufsbildnerinnen und Berufsbildner	12	Durchführung von 12 Kursen	Gleich
A	Definitive BBT-Anerkennung (Bundesamt für Berufsbildung und Technologie) Validierungsverfahren	Lernende	Anerkennung per 31.12.	«Fällt weg»	
B	Sicherstellung Lernortkooperation	Lernende, Lehrbetriebe		80% der Qualitätssicherungsgruppen sind gebildet	Steigend
	Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
5	Fristgerechte Überprüfung Zugangsberechtigung	Studierende, Schulen	95% innert Frist	95% innert Frist	Gleich
6	Qualitätssicherung HF-Bildungsgänge	HF-Schulen	Systemevaluation (Prüfung Pilot-Schule)	Prüfung mindestens einer Schule	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Berufsbildungsentwicklung und Steuerung				
7	Kooperation mit Akteuren der Berufsbildung	Bund, Kantone, Berufsverbände, Dritte	Wahrnehmung 80% der Einladungen (Engagementliste)	Wahrnehmung 80% der Einladungen (Engagementliste)	Gleich
8	Gewährleistung externe Kommunikation	Interessierte und involvierte Berufsbildung	6 e-Bulletins, 10 Informationsanlässe	5 e-Bulletins, 8 Informationsanlässe	Gleich
C	Umsetzung Berufsreformen	Lernende, Lehrbetriebe, Berufsverbände	Start reformierte Bildungen per August	Start reformierte Bildungen per August	Sinkend
D	Berufsbildungsmarketing Attest und way-up plus	Lernende, Lehrbetriebe	6% der Lehrverträge im Bereich Attest, 10 neue way-up-Lehrverträge	8% der Lehrverträge im Bereich Attest, 10 neue way-up-Lehrverträge	Steigend

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Lernende in der Grundbildung	Anzahl		3’550	3’550	Gleich
Studierende in der Weiterbildung	Anzahl		1’100	1’200	Steigend
Lehrbetriebe	Anzahl		1’370	1’380	Gleich

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Berufe im Kanton Zug	Anzahl		180	186	Gleich
Lehrvertragsauflösungen	Anzahl		280	280	Schwankend
Qualifikationsverfahren	Anzahl		1'800	1'800	Gleich
Einsichtnahmen bei der Lehrabschlussprüfung	Anzahl		50	50	Gleich
Prüfungsexperten/innen	Anzahl		800	850	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Studierende in der Weiterbildung: Die Zahl der Studierenden im Bereich der Höheren Berufsbildung steigt weiter an.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-28'535'517.40**	**-29'716'100**	**-29'913'900**	**0.7**	**-30'945'100**	**-32'451'400**	**-33'441'400**
Total Ertrag	**10'616'211.00**	**10'461'500**	**11'959'500**	**14.3**	**12'173'500**	**12'393'500**	**12'613'500**
Saldo	**-17'919'306.40**	**-19'254'600**	**-17'954'400**	**-6.8**	**-18'771'600**	**-20'057'900**	**-20'827'900**

Kommentar Budget
- Die Beiträge an die Überbetrieblichen Kurse steigen um 200'000 Franken. Grund dafür sind höhere Pauschalen sowie neu angebotene Berufe (vor allem im Attestbereich).
- Der Anstieg der Studierendenzahl im Bereich der Höheren Berufsbildung führt zu Mehrkosten von 400'000 Franken.
- Der Beitrag an die Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) fällt um 500'000 Franken tiefer aus. Gründe dafür sind nach den Berechnungen der FHZ: Höhere Standortvorteilskosten beim Kanton Luzern, Sparmassnahmen und Kostenmanagement, höhere Bundesbeiträge sowie mehr Studierende aus nicht Zentralschweizer Kantonen.
- Der Bund erreicht bereits im Jahr 2013 die angestrebte Höhe von 25% bei der Finanzierung der öffentlichen Hand im Bereich der Berufsbildung. Die Beiträge steigen im Vergleich zum vorjährigen Budget um 1,5 Mio. Franken.

Kommentar Finanzplan
- Im Planzeitraum wird mit einem Anstieg der Studierendenzahl im Bereich der Höheren Berufsbildung wie auch bei der Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ) gerechnet.
- Am IFZ, einer Teilschule der FHZ, ist ein neuer Masterstudiengang «International Financial Management» in Planung. Dadurch erhöhen sich ab 2015 die Kosten für den Kanton Zug (Standortvorteilskosten).
- Die Bundessubventionen steigen künftig nur noch im Rahmen der Teuerung, ausser die Zahl der Lernenden in der Beruflichen Grundbildung würde sich erhöhen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
VD2011.0002	Darlehen International School of Zug and Luzern							
	Ausgaben	-5'000'000.00						
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-5'000'000.00**						
	Einnahmen							
	Saldo	**-5'000'000.00**						

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Brückenangebote stellt sicher, dass Jugendliche, welche nach der obligatorischen Schule keinen direkten Anschluss haben, in einem der drei Brückenangebote in ihren Übergangs-, Handlungs- und berufsrelevanten Schlüsselkompetenzen gefördert und zu einer nachhaltigen Lösung geführt werden.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Schulisches-Brücken-Angebot (SBA)

- Gezielte Vorbereitung für den erfolgreichen Einstieg von Jugendlichen in eine berufliche Grundbildung oder in eine allgemeinbildende Schule
- Individuelle und bedarfsorientierte Förderung von Fachkompetenzen im Rahmen einer Vollzeitschule
- Coaching für den Berufsfindungsprozess und Unterstützung im individualisierten Unterricht

Leistungsgruppe 2: Kombiniertes-Brücken-Angebot (KBA)

- Zielgerichtete Vorbereitung auf den erfolgreichen Einstieg von Jugendlichen in eine berufliche Grundbildung (durch Kombination Arbeiten in einem Praktikumsbetrieb und Unterricht)
- Coaching für den Berufsfindungsprozess; Unterstützung im individualisierten Unterricht und im Praktikum
- Angebot eines Übergangscoachings nach Abschluss des KBA-Jahres
- Aktive Beziehungspflege bei den Praxisbetrieben

Leistungsgruppe 3: Integrations-Brücken-Angebot (IBA)

- Vermittlung von notwendigen Deutsch-Kenntnissen für zugereiste fremdsprachige Jugendliche im Rahmen einer Vollzeitschule
- Befähigung der Jugendlichen, sich so rasch wie möglich beruflich, sozial und kulturell zu integrieren und einen ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechenden Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden
- Angebot eines Übergangscoachings nach Abschluss des IBA-Jahres

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2005 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10, Art. 12)
- Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV, SR 412.101, Art. 7)
- Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG, SR 142.20, Art. 53)
- Verordnung vom 24. Oktober 2007 über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA, SR 142.205)
- Empfehlungen zur Koordination der Brückenangebote vom 25. Februar 2005
- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11)
- Verordnung über das Schulische Brückenangebot vom 4. Dezember 2007 (BGS 414.18)
- Verordnung über das Integrations-Brücken-Angebot vom 3. Juni 2008 (BGS 414.184)
- Reglement über die Aufnahme in die Brückenangebote vom 23. April 2010 (BGS 414.185)
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren vom 19. Dezember 2007 (Reglement Bildungszentren, BGS 413.12)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Umsetzung Rahmenkonzept des Kantons zur Qualitätsentwicklung Sek II	Lernende	Zwei weitere Q-Elemente sind eingeführt	Zwei weitere Q-Elemente sind eingeführt (insgesamt sechs von acht).	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
2	Vernetzung und Mitwirkung in kantonalen und interkantonalen Arbeits- und Projektgruppen	Geschäftsleitung, Lehrpersonen	Sitzungsteilnahmequote 80%	Sitzungsteilnahmequote 80%	Gleich
A	Überprüfung der Angebote auf Grund der Bedürfnisse des Zielpublikums	Lernende	Analysebericht liegt bis Mitte Jahr vor	«Fällt weg»	
B	Einführung neues Arbeitszeitmodell	Lehrpersonen	Bericht an RR liegt im Januar vor, definitiver Entscheid auf Schuljahr 2012/13	«Fällt weg»	
C	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der der Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird.	Lernende		Neuer Lehrplan kommt in Versuchsphase	
L11d	Lösung der Platz- und Standortprobleme des IBA und KBA	Lernende, Lehrpersonen	Start Bauvorhaben (gemäss KRB)	Die weitere Detailplanung nach dem politischen Entscheid ist erfolgt	
	Leistungsgruppe 1: Schulisches-Brücken-Angebot (SBA)				
3	Jugendliche in Fach- und Schlüsselkompetenzen fördern	Lernende	> 90% erreichen Anschlusslösung, > 70% kommen in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule	> 90% erreichen Anschlusslösung, > 70% kommen in berufliche Grundbildung oder allgemeinbildende Schule	Gleich
D	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der der Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird	Lernende	Neuer Lehrplan liegt vor	«Fällt weg»	
E	Standardisierung Coaching sicherstellen	Lernende		Beratungskonzept liegt vor	
	Leistungsgruppe 2: Kombiniertes-Brücken-Angebot (KBA)				
4	Jugendliche in Schlüsselkompetenzen fördern	Lernende	> 80% erreichen Anschlusslösung	> 80% erreichen Anschlusslösung	Gleich
5	Kontakt- und Imagepflege zu Praktikumsstellen	Lernende, Praktikumsbetriebe	Pro Lernenden finden mindestens zwei Besuche im Betrieb statt	Pro Lernenden finden mindestens zwei Besuche im Betrieb statt	Gleich
F	Umsetzung Zentralschweizer Rahmenlehrplan, der der Heterogenität der Lernenden und den Bildungszielen gerecht wird	Lernende	Neuer Lehrplan liegt vor	«Fällt weg»	
G	Bereitstellen der Infrastruktur auf der Basis des Betriebskonzeptes der gestalteten Lernumgebung	Lernende, Lehrpersonen	Räume sind bezogen	«Fällt weg»	
H	Gezielte Förderung der Selbstkompetenzen	Lernende		Eine Materialsammlung für die Arbeit liegt vor	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 3: Integrations-Brücken-Angebot (IBA)				
6	Jugendlichen die deutsche Sprache beibringen und sie in die hiesige Kultur integrieren	Lernende	> 70% erreichen Anschluss-lösung	> 70% erreichen Anschluss-lösung	Gleich
I	Überarbeitung der Zeugnisse in Zusammenhang mit dem Schulentwicklung-Projekt Beurteilen und Fördern	Lernende	Neues Zeugnis ist ausgearbeitet	Neuer Beurteilungszyklus ist umgesetzt	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Lernende SBA	Anzahl	74	75	75	Gleich
Lernende KBA	Anzahl	58	60	60	Gleich
Lernende IBA	Anzahl	62	55	70	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-5’291’992.65**	**-5’283’030**	**-5’212’400**	**-1.3**	**-5’343’950**	**-5’523’650**	**-5’709’050**
Total Ertrag	**398’703.70**	**345’000**	**314’600**	**-8.8**	**314’600**	**314’600**	**314’600**
Saldo	**-4’893’288.95**	**-4’938’030**	**-4’897’800**	**-0.8**	**-5’029’350**	**-5’209’050**	**-5’394’450**

Kommentar Budget
Eine Reduktion der Lohnkosten inkl. Sozialabgaben um rund 120’000 Franken wird aufgrund jüngerer Lehrpersonen mit tieferer Einreihung erwartet. Der Sachaufwand erhöht sich um 50’000 Franken infolge neu externer Wartungskosten für den IT-Betrieb. Da der Kanton Schwyz neu ebenfalls ein Integrations-Brücken-Angebot führt, wird eine Reduktion des Schulgeldertrages von 30’000 Franken budgetiert.

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das GIBZ ist ein Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in gewerblichen und industriellen Berufen, Allgemeinbildung, Berufsmaturität (BM) und für Sport. Ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und Höhere Fachschule für Technik und Gestaltung (HFTG) sowie die Ergänzende Bildung im Rahmen der Validierung von Bildungsleistungen für Spätnachfragende.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Schulische Grundbildung für 27 gewerbliche und industrielle Berufe
- Berufsmaturitätsausbildung in 27 Berufen
- Lernförderangebote
- Individuelles Coaching für Berufslernende (Lernbegleitung)
- Bereitstellung schul- und fachspezifische IT-Infrastruktur
- Durchführung der Qualifikationsverfahren
- Bewirtschaftung Mediathek und Digithek

Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Vorbereitungskurse für eidgenössische Berufs- und höhere Fachprüfungen
- Höhere Fachschule: Lehrgänge in Technik und Gestaltung
- Bildungsmodule im Rahmen der höheren Berufsbildung für ausgewählte Berufe
- Module der Ergänzenden Bildung, Validierung von Bildungsleistungen

Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen

- Dienstleistungen im Bereich Computer- und Internetbasiertes Unterrichten, Bilanzieren und Evaluieren auf der eigenen Bildungsplattform «Knowledge Factory»
- Durchführung von Berufsbildungsprojekten für Dritte

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10)
- Bundesgesetz vom 17. März 1972 über die Förderung von Turnen und Sport (SR 415.0)
- Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV, SR 412.101)
- Verordnung vom 24. Juni 2009 (Stand am 1. August 2009) über die eidgenössische Berufsmaturität (SR 412.103.1)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung, BGS 413.11)
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren vom 19. Dezember 2007 (Reglement Bildungszentren, BGS 413.12)
- Empfehlung der Schweiz. Berufsbildungsämter-Konferenz SBBK vom 21. November 2003: Die zweite Sprache in der Berufsbildung
- SBBK-Empfehlung zur Validierung von Bildungsleistungen; Richtlinien der Kantone vom 21. August 2007 und Empfehlung für die interkantonale Abgeltung der Validierung von Bildungsleistungen (Anhang zu den Richtlinien für die Kantone vom 21. August 2007)
- SBBK-Grundsätze zur Revision der Interkantonalen Vereinbarungen im Berufsbildungsbereich vom 6. Mai 2004
- Rahmenlehrplan für den allgemeinbildenden Unterricht des Bundesamts für Berufsbildung und Technologie (BBT) vom 27. April 2006
- Bildungsverordnungen der dem GIBZ zugewiesenen Grundbildungen Legiferierungen gemäss Masterplan des BBT (www.bbt.admin.ch/bvz/grundbildung/index.html?lang=de)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Bildungsverordnungen, welche jeweils vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBG) in Kraft gesetzt werden, werden im Rhythmus von drei Jahren den aktuellen wirtschaftlichen Gegebenheiten angepasst. Diese Reformprozesse beeinflussen in zunehmendem Masse die quantitative Dimension der zu vermittelnden schulischen Inhalte, was entsprechende finanzielle Auswirkungen hat, vom GIBZ aber nicht beeinflusst werden kann.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Die Schnittstellen-Aufgaben: praktische Grundbildung, überbetriebliche Kursaktivitäten, höhere Berufsbildung, Dienstleistungen im Sinne der vereinbarten Lernortkooperation pro-aktiv pflegen	Berufslernende, Lehrbetriebe, Akteure der Berufsbildung	Abstimmung der Grundbildungsprozesse mit den Verbundpartnern, vollständige Umsetzung der Lernortkooperation	Umsetzung der Kriterien der Lernortkooperation im Kanton Zug vom 2. März 2011	Steigend
2	Qualitätsevaluationen im Rahmen des 360-Grad-Feedbacks durchführen, auswerten und Entwicklungsbedarfe aufzeigen	Berufslernende, Lehrbetriebe, Lehrpersonen Berufsbildner/-innen	= 80%-ige Zufriedenheit bei den relevanten Anspruchsgruppen	= 80%-ige Zufriedenheit bei den relevanten Anspruchsgruppen	Gleich
A	Aufbau und Betrieb einer webbasierten Digithek für den Unterricht	Berufslernende, Lehrpersonen	Einrichtung Plattform auf der Basis der Knowledge-Factory	«Fällt weg»	
B	Raumnotstand am GIBZ durch umfassende Analysen und tragfähige Optimierungsmassnahmen minimieren	Berufslernende, Lehrpersonen, Fachstellen, ÜK-Bereiche		Ausreichende Unterrichts- und Vorbereitungszimmer für die neuen Klassenzüge bereitstellen	
C	Umfassendes Konzept für die Anpassung der Signaletik umsetzen	Besuchende, Berufslernende, Lehrpersonen und Experten		Korrekte Aussen- und Innenanschriften nach den Vorgaben des Kantons	
D	Die Vernetzung der Bildungsprozesse durch Installation eines flächendeckenden Wireless sicherstellen	Berufslernende, Lehrpersonen und Experten		Störungsfreie Positionierung der notwendigen Wireless Adapter	
E	Die administativen Prozesse durch ein systematisches, multifunktionales Personal-, Lernenden- und Studierendenausweis durch die Installation eines elektronischen Zahlungssystems (Legic-Karte) optimieren	Berufslernende und Lehrpersonen		Flächendeckend für die Bereiche Mediathek, Mensa, Parkanlage, Kopierwesen und Verpflegungsautomaten	
	Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
3	Pflichtunterricht in Berufskunde, Allgemeinbildung und Sport im gewerblichen, industriellen und gesundheitsspezifischen Sektor nach den einschlägigen Berufsstandards sicherstellen	Berufslernende	Umsetzung der Schullehrpläne von 26 Lehrberufen	Umsetzung der Schullehrpläne von 27 Lehrberufen	Gleich
4	Pflichtunterricht für die bisherigen Studiengänge «technische Berufsmatura» sowie für den neuen Studiengang «Gesundheit&Soziales» nach eidg. Richtlinien sicherstellen	Berufslernende	Umsetzung der Schullehrpläne nach eidg. Richtlinien	Umsetzung der Schullehrpläne Realisierung der Dokumentation für das eidg. Anerkennungsverfahren für den neuen Studiengang «Gesundheit& Soziales»	Steigend
5	Neu gestaltete Bildungsverordnungen nach den Standards der Verbundpartner der Berufsbildung für die schulischen Prozesse aufarbeiten	Berufslernende in den verschiedenen Lehrberufen	5 neu gestaltete Lehrberufe, vollständige Aktualisierung der Bildungspläne in fachlicher und zeitlicher Hinsicht	2 neu gestaltete Lehrberufe, vollständige Aktualisierung der Bildungspläne in fachlicher und zeitlicher Hinsicht	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
6	Qualifikationsverfahren in der Allgemeinbildung, Berufsmatura und für Informatiker/innen nach den einschlägigen Standards durchführen	Berufslernende, Lehrpersonen	Erfüllungsgrad: 100%. Aktuelle, validierte und chancengleiche Qualifikationsverfahren	Erfüllungsgrad: 100%. Aktuelle, validierte und chancengleiche Qualifikationsverfahren	Gleich
7	Notwendige IT-Infrastruktur für den Pflichtunterricht gemäss kantonalem IT-Konzept bereitstellen	Berufslernende der Grundbildung, Teilnehmende der Höheren Berufsbildung	100% Verfügbarkeit, Umsetzung des kantonalen IT-Konzepts, Sicherstellung des First- und Second Level Supports	90% Verfügbarkeit, Sicherstellung des First- und Second Level Supports	Steigend
8	Angebot der Lernförderung und Lernbegleitung gemäss GIBZ-Konzept sicherstellen	Lernschwache und lernstarke Berufslernende	0.5% Stütz- und Freikurse	0.5% der total gehaltenen Lektionen in der Grundbildung für Stütz- und Freikurse sowie Coachings	Gleich
9	Angebot der Mediation sicherstellen	Berufslernende	55 Beratungsgespräche pro Semester	Zeitnahe, umgehende Betreuung der Notfälle	Gleich
10	Relevante Informationsmittel für die Aus- und Weiterbildung in der Mediathek und Digithek bereitstellen	Berufslernende, Lehrpersonen, Teilnehmende von Weiterbildungskursen	Ausreichendes und aktuell gehaltenes Angebot	Ausreichendes und aktuell gehaltenes Angebot	Gleich
F	PR-Massnahmen für die Berufsbildung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen umsetzen	Schülerinnen/Schüler, Lehrpersonen der Sek I	Entwicklung und Realisierung von berufsbezogenen Erlebnisboxen	Wirkungsvolle Sensibilisierungsmassnahmen für die Oberstufenklassen Sek I im Kanton Zug	
G	Mobilitätskultur gemäss GIBZ-Konzept im Rahmen des EU-Förderprogramm «Leonardo da Vinci» pflegen	Berufslernende, Lehrpersonen	Entwicklung eines Austauschprogramms, verbunden mit dem Aufbau eines Netzwerks in Europa	Feinabstimmung des Austauschprogramms, verbunden mit dem weiteren Aufbau eines Netzwerks in Europa	
H	Bedarfsnachweis für den Einbezug von persönlichen Notebooks/Laptops in den Unterrichtsprozessen abklären	Berufslernende		Angebot für die Nutzung der persönlichen Notebooks/Laptops anstelle der standardgemäss zur Verfügung gestellten IT-Ressourcen	
L20	Vollzeit-BM-Studiengang in Gesundheit und Soziales für ausgelernte Berufsleute entwickeln und umsetzen	Absolventinnen/Absolventen in den Bereichen Gesundheit, Hauswirtschaft und Küche	Absolventinnen/Absolventen in den Bereichen Gesundheit, Hauswirtschaft und Küche	Vollständige Grundlagen für das eidg. Anerkennungsverfahren	
	Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
11	Berufsbegleitende, modulare Weiterbildungskurse nach den einschlägigen Branchenstandards durchführen	Teilnehmerinnen/Teilnehmer der Berufsfelder Automobil, Zahntechnik, Coiffure und Pädagogik	Total Teilnehmerlektionen: 28’800	Total Teilnehmerlektionen: 48’000	Steigend
12	Lehrgänge im Rahmen der Höheren Fachschule (HF) Technik und Gestaltung nach einschlägigen Standards durchführen	Berufsangehörige aus dem Berufsfeld Innenausbau	Umsetzung der Massnahmen gemäss kantonaler Weiterbildungsstrategie, Absolvierende finden eine entsprechende Arbeitsstelle auf HF-Niveau, 2 Vollzeit-HF-Klassenzüge, Total Teilnehmerlektionen: 30’000	Umsetzung der Massnahmen gemäss kantonaler Weiterbildungsstrategie, Absolvierende finden eine entsprechende Arbeitsstelle auf HF-Niveau, 2 Vollzeit-HF-Klassenzüge, Total Teilnehmerlektionen: 36’000	Gleich
13	Berufsbegleitende Kurse im Rahmen der berufsorientierten Weiterbildung und der ergänzenden Bildung für Spätnachfragende im Gesundheits- und Gastrobereich nach einschlägigen Standards durchführen	Berufsangehörige aus den Berufsfeldern Innenausbau und Design, Informatik, Pädagogik, Gesundheit und Soziales	Total Teilnehmerlektionen: 12’200	Total Teilnehmerlektionen: 128’000	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
14	Kompetenzbilanzierungen und Expertisen im Rahmen der ergänzende Bildung im Gesundheitswesen nach einschlägigen Standards durchführen	Kandidatinnen/Kandidaten der ergänzenden Bildung für Fachpersonen Gesundheit	Umsetzung der Massnahmen nach der Strategie der Zentralschweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz, Total Teilnehmerlektionen: 90'000	Umsetzung der Massnahmen nach der Strategie der Zentralschweizerischen Berufsbildungsämterkonferenz, Total Teilnehmerlektionen für die Dossiererstellung und Expertise: 4'800	Steigend
15	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben einhalten	Teilnehmende der Höheren Berufsbildung, berufsorientierten Weiterbildung und der ergänzenden Bildung	100% Erfüllung des Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mindestens 85% (Deckungsbeitrag 1)	100% Erfüllung des Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mindestens 85% (Deckungsbeitrag 1)	Gleich
I	Die Prozesse «Validieren von Bildungsleistungen» in Verbindung mit der «Ergänzenden Bildung» gemäss Richtlinien des Bundes, der Kantone und den Organisationen der Arbeitswelt sicherstellen	Personen, welche einen Grundbildungsabschluss nachholen möchten	Verfahren gemäss Richtlinien des Bundes, der Kantone und den Organisationen der Arbeitswelt umsetzen, 120 Kompetenzen-Bilanzierungen	Umsetzung gemäss Richtlinien der SBBK	
	Leistungsgruppe 3: Bildungsdienstleistungen				
16	Kommunikationsplattform «Knowledge Factory» für verschiedene Bildungsprojekte in den Bereichen Hybridunterricht, Kompetenzbilanzierungen, Qualitätsevaluationen und integrierende Bildungsmassnahmen einsetzen	Berufslernende Akteure der Berufsbildung	825 Einsatzstunden der Knowledge Factory, 120 verrechenbare Arbeitsstunden, 14 verrechenbare Vermietungen der Knowledge Factory	825 Einsatzstunden der Knowledge Factory, 120 verrechenbare Arbeitsstunden, 14 verrechenbare Vermietungen der Knowledge Factory	Gleich
17	Entwicklungsprojekte rund um die Berufsbildung durchführen	Externe Akteure	250 verrechenbare Stunden	250 verrechenbare Stunden	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Grundbildung	Klassen		136	138	Gleich
	Lernende		1'800	1'840	Gleich
	Lektionen		119'100	67'000	Gleich
Berufsmatura	Klassen		26	34	Steigend
	Lernende		390	450	Steigend
	Lektionen		30'800	22'000	Steigend
IT-Infrastruktur	PC-Stationen		640	640	Steigend
	User		2'550	2'800	Steigend
	Softwarepakete		100	100	Gleich
Mediathek und Digithek	Ausleihen		21'200	21'200	Gleich
	Artikel		20'000	20'000	Gleich

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Weiterbildungskurse Höhere Berufsbildung	Module		23	45	Gleich
	Teilnehmende		450	820	Gleich
	Lektionen		1'420	3'400	Gleich
HF-Vollzeit-Studium	Klassen		2	2	Gleich
	Studierende		30	30	Gleich
	Lektionen		2'400	2'600	Gleich
Berufsorientierte Weiterbildung	Kurseinheiten		25	115	Steigend
	Teilnehmende		420	2'250	Steigend
	Lektionen		770	9'200	Steigend
Individuelle Kompetenzbilanzierungen	Module		20	25	Steigend
	Berufslernende		140	300	Steigend
	Lektionen		1'800	400	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Die teilweisen Abweichungen gegenüber dem Budget 2012 sind dadurch zu begründen, dass bei den Werten im Budget 2012 einerseits die Aktivitäten der überbetrieblichen Kurse am GIBZ mitberechnet und anderseits die Ausbildungsbereiche teilweise statistisch neu interpretiert wurden. Diese sind nun im Budet 2013 nicht mehr eingerechnet, weil der indirekte Zusammenhang mit den Bildungsaktivitäten am GIBZ nicht relevant ist. Die Zahlen sind somit nicht direkt vergleichbar.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-24'019'689.83**	**-24'414'800**	**-25'633'850**	**5.0**	**-26'230'050**	**-27'097'204**	**-27'995'965**
Total Ertrag	**6'335'795.80**	**5'508'850**	**5'655'970**	**2.7**	**5'655'970**	**5'655'970**	**5'655'970**
Saldo	**-17'683'894.03**	**-18'905'950**	**-19'977'880**	**5.7**	**-20'574'080**	**-21'441'234**	**-22'339'995**

Kommentar Budget
Durch die Aufnahme von sechs zusätzlichen Klassenzügen für die Ausbildungsbereiche Gesundheit (3), Baugewerbe (1) und Berufsmaturität im Vollzeitmodell (2) entstehen Mehraufwendungen in den Personalaufwandskonten (1.2 Mio. Franken).
Es ist bereits während der Budgetphase abzusehen, dass die Lehrgänge bei den Gesundheitsberufen mehrheitlich durch Zugerinnen und Zuger belegt werden und somit keine expliziten Kantonsbeiträge erhoben werden können.

Kommentar Finanzplan
Das GIBZ hat seine Strategie als Bildungszentrum auf die Erfordernisse des Erwerbsmarktes in den gewerblichen, industriellen und gesundheitlichen Berufsfeldern ausgerichtet und die entsprechenden Massnahmen im Budget 2013 in den Aktionsfeldern Grundbildung, Ergänzende Bildung und Höhere Berufsbildung definiert. Aufgrund dieser Ausgangslage zeichnen sich keine neuen, wesentlichen monetären Veränderungen in den Planjahren ab.
Bei den Erträgen wird keine Erhöhung geplant, da momentan viele interkantonale Verrechnungskonzepte zur Disposition stehen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT2013.0001	PC-Ersatzbeschaffung							
	Ausgaben	-68'062.65						
	Einnahmen							
IT2013.0002	Neuanschaffung von Visualizern							
	Ausgaben	-122'097.50						
	Einnahmen							
IT2013.0003	PC Ersatz- und Neuanschaffungen							
	Ausgaben		-130'000	-140'000		-140'000		
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT2013.0004	Netzwerk Ersatz- und Neuanschaffungen							
	Ausgaben			-90'000				
	Einnahmen							
VD2013.0002	Aufbau einer WLAN-Infrastruktur am GIBZ							
	Ausgaben			-237'000				
	Einnahmen							
VD2013.0003	Lernenden- und Personalausweis mit Legicfunktion							
	Ausgaben			-180'000				
	Einnahmen							
VD2013.0004	Gebäudesignaletik In- und Outdoor							
	Ausgaben			-120'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-190'160.15**	**-130'000**	**-767'000**		**-140'000**		
	Einnahmen							
	Saldo	**-190'160.15**	**-130'000**	**-767'000**		**-140'000**		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Das jährliche Rollout der IT-Infrastruktur (Fünfjahresturnus) hält sich im gewohnten Rahmen.
Wegen der immer grösser werdenden Datenmengen müssen alle Unterrichtszimmer mit mehr als einem PC sowie mehreren Peripheriegeräten mit einem 1 Gbit/s Netzwerkanschluss ausgerüstet werden. Aus diesem Grund müssen die Netzwerkkomponenten ausgebaut werden.
Die Einführung eines neuen Ausweises für Lernende und für das Lehrpersonal steht aufgrund des grossen Mengengerüsts dringend an. Die Ausweiskarte muss als Zahlungskarte für Parking, Mediathek, Mensa, Kopiergeräte und Verpflegungsautomaten eingesetzt werden können und ersetzt die bisherigen Einzelkarten für jedes System.
Die Einführung von WLAN hat verschiedene Gebäudeinstallationen zur Folge (Elektroverkabelung, Mauerdurchbrüche, Pointmontagen usw.). Mit dem System «Bring your own Device» (Einbezug der privaten, persönlichen IT-Geräte) kann der weitere Ausbau der PC-Arbeitsstationen gestoppt werden.

Kommentar Finanzplan
Durch die Integration von WLAN wird das jährliche IT-Rollout nicht zunehmen und kann sich im bisherigen Rahmen halten, da die Anzahl PC-Arbeitsstationen nicht zunehmen wird.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentrum (LBBZ) Schluechthof Cham ist das Kompetenzzentrum für alle Fragen rund um die Landwirtschaft und die Ökologie. Es gewährleistet - wo möglich in überkantonaler Zusammenarbeit - die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung und die landwirtschaftliche Betriebsberatung im Kanton Zug.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Schulische Grundbildung zur Ausbildung als «Landwirt/in mit eidg. Fähigkeitszeugnis» bzw. «Landwirt/in mit Spezialrichtung Biolandbau»
- Betreuung und Begleitung der Lernenden in der Landwirtschaft auf den Lehrbetrieben im Auftrag des Amts für Berufsbildung
- Durchführung der Qualifikationsverfahren

Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Durchführung der Lehrgänge der Betriebsleiterschule I mit Abschluss «Landwirt mit Fachausweis»; Betriebsleiterschule II mit Abschluss «diplomierter Meisterlandwirt», «Baumpflegespezialisten und Baumpflegespezialistinnen mit eidg. Fachausweis», «Agrotechniker/Agrotechnikerin HF»
- Berufsorientierte Weiterbildungsveranstaltungen

Leistungsgruppe 3: Beratung

- Beratung der Zuger Landwirtinnen und Landwirte in der Produktionstechnik, Betriebswirtschaft und Hauswirtschaft, in der Unternehmensführung und bei Betriebsanpassungen
- Beratung von Gemeinden und Landwirtschaftsbetrieben u.a. bei der Erarbeitung und Umsetzung von Landschaftsentwicklungskonzepten, Vernetzungsprojekten und bei Entschädigungsfragen

Leistungsgruppe 4: Hotellerie

- Führen eines Internats
- Mensabetrieb für Lernende, Kursteilnehmende und Hotelleriegäste
- Vermietung der Infrastruktur für Seminare, Anlässe und Übernachtungen an Dritte

Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb

- Führen eines nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen geführten Versuchs- und Demonstrationsbetriebs für das Bildungszentrum
- Offener «Besuchsbetrieb» für die nichtbäuerliche Bevölkerung
- Zusammenarbeit mit den schweizerischen landwirtschaftlichen Forschungsanstalten zur Umsetzung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen auf Praxisstufe

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz, BBG, SR 412.10)
- Verordnung vom 19. November 2003 über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung, BBV, SR 412.101)
- Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LwG, SR 910.1)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen vom 30. August 2001 (EG Berufsbildung, BGS 413.11)
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren vom 19. Dezember 2007 (Reglement Bildungszentren, BGS 413.12)
- Bildungsverordnung für die Landwirtschaft vom 8. Mai 2008
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Pacht und das bäuerliche Bodenrecht vom 29. Juni 2000 (EG Landwirtschaft, BGS 921.1)
- Reglement des Schweizerischen Bauernverbandes über die Berufslehre und die Lehrabschlussprüfung für Landwirte/Landwirtinnen vom 1. August 2002 sowie die entsprechenden Weisungen
- Reglement und Weisungen des Schweizerischen Bauernverbandes über die landwirtschaftliche Meisterprüfung (Reglement vom 21. August 2000, Weisungen vom 23. Juni 2004)
- Prüfungsordnung über die Berufsprüfung für Baumpflegespezialisten und Baumpflegespezialistinnen mit eidgenössischem Fachausweis des Bundes Schweizer Baumpflege BSB vom 23. Februar 2006
- Rahmenlehrplan dipl. Agro-Technikerin HF/dipl. Agro-Techniker HF der AgriAliForm und der fenaco vom Juni 2008

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Vertiefung und praktische Umsetzung der Zusammenarbeit mit Landwirtschaftszentren der Nachbarkantone (Zentralschweiz, Aargau und Zürich)	Lernende, Landwirtinnen und Landwirte	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen, Austausch von Lehrpersonen, überregionales Wahlfachangebot	Durchführung von 3 überregionalen Veranstaltungen, Austausch von Lehrpersonen, überregionales Wahlfachangebot	Gleich
2	Förderung des Verständnisses für Zusammenhänge innerhalb der Landwirtschaft (im Sinne der Nachhaltigkeit)	Übrige Bevölkerung	Mindestens 10 Publikationen in der nichtlandwirtschaftlichen Fachpresse, mindestens 1 Veranstaltung für die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung	Öffentlichkeitsarbeit: Mindestens 10 Publikationen zu landwirtschaftlichen Themen (Presse), ausgelöst durch LBBZ. Mindestens 1 öffentliche Veranstaltung für die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung. Mindestens 5 Besuche von Schulklassen auf dem Gutsbetrieb	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
3	Durchführung des Schulunterrichts zum Landwirt EFZ nach den geltenden rechtlichen Standards	Lernende	Je eine Klasse pro Lehrjahr	Je eine Klasse pro Lehrjahr	Gleich
4	Führen einer Winterschulklasse nach dem bisherigen Bildungssystem	Lernende	Eine Klasse	«Fällt weg»	Sinkend
5	Qualifikationsverfahren nach den geltenden gesetzlichen Grundlagen für die Ausbildung zum Landwirt/in EFZ durchführen	Lernende, Lehrpersonen	Erfüllungsgrad: 100%, aktuelle, validierte und chancengleiche Qualifikationsverfahren	Durchführung eines aktuellen, validierten und chancengleichen Qualifikationsverfahren nach den Vorgaben des Amtes für Berufbildung	Gleich
A	Unterstützung der Branche beim Ausbau der Lehrbetriebe	Lernende, Lehrbetriebe/Branche	Herbst 2012 mindestens 45 Lehrstellen auf Lehrbetrieben im Kanton Zug	Herbst 2013 mindestens 48 Lehrstellen auf Lehrbetrieben im Kanton Zug	
	Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
6	Führen einer Betriebsleiterschule zur Vorbereitung Berufsprüfung Landwirt (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Landwirtinnen und Landwirte	Mindestens 12 Lernende, Qualifikation über den CH-Durchschnitt	Mindestens 12 Lernende, Qualifikation über den CH-Durchschnitt	Gleich
7	Führen einer Betriebsleiterschule II zur Vorbereitung Meisterprüfung (kombiniert mit HF-Ausbildung) nach den Vorgaben der Branche	Landwirtinnen und Landwirte	Mindestens 10 Lernende, Qualifikationen über dem CH-Durchschnitt	Mindestens 10 Lernende, Qualifikationen über dem CH-Durchschnitt	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
8	Führen der Vorbereitungskurse zur Ausbildung «Baumpflege-Spezialist BP» nach den Vorgaben der Branche	Fachpersonen	Start im Zweijahresrhythmus, erst Frühling 2013	Start im Frühling mit einer Klasse mit mindestens 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer	Gleich
9	Führen einer HF Landwirtschaft mit Abschluss «Agrotechnikerin HF/Agrotechniker HF» gemäss den Grundlagen des Rahmenlehrplans	Landwirtinnen und Landwirte	Führen einer zweiten Klasse mit mindestens 12 Teilnehmer	Führen einer zweiten Klasse mit mindestens 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer	Gleich
10	Kostendeckungsgrad der Leistungen in der Leistungsgruppe 2 gemäss kantonalen Vorgaben	Lernende	100% Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mindestens 85% (Deckungsbeitrag 1)	Erfüllung der Bildungsstandards der entsprechenden Zielbranchen, Kostendeckungsgrad mindestens 85% (Deckungsbeitrag 1)	Gleich
11	Wissensvermittlung bei der nicht strukturierten Weiterbildung zur Förderung der Weiterentwicklung der Betriebe in ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht	Landwirtinnen und Landwirte des Kantons Zug und Umgebung	Leitung/Durchführung von mindestens 12 Veranstaltungen im Winter 11/12, 1'200 Teilnehmerlektionen	Leitung/Durchführung von mindestens 12 Veranstaltungen im Winter 12/13, 1'200 Teilnehmerlektionen	Gleich
12	Herausgabe des Weiterbildungsprogramms (in Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Organisationen)	Landwirtinnen und Landwirte des Kantons Zug und Umgebung	Durchführung von mindestens 30 Kursen, 80% der Kurse mindestens 10 Personen	Durchführung von mindestens 30 Kursen, 80% der Kurse mindestens 10 Personen	Gleich
13	Erhöhung des Bildungsangebot für die nicht landwirtschaftliche Bevölkerung im Bereich Natur, Garten und Ernährung	Bevölkerung	Mindestens 4 Angebote	Mindestens 4 Angebote	Steigend
	Leistungsgruppe 3: Beratung				
14	Unterstützung und rasche Hilfestellung in produktionstechnischen, betriebswirtschaftlichen und rechtlichen Fragen (Kurzberatungen)	Landwirtschaftsbetriebe im Kanton Zug	Maximale Reaktionszeit: 2 Arbeitstage	Maximale Reaktionszeit: 2 Arbeitstage	Gleich
15	Konstruktive und fachlich fundierte Beratung zur Entscheidfindung auf dem Landwirtschaftsbetrieb	Landwirtinnen und Landwirte	25 Beratungsgespräche (Betriebsumstellungen), Einnahmen für Beratungsarbeiten > Fr. 25'000.–	35 grössere Beratungsfälle (> 1.5 h), Einnahmen für Beratungsarbeiten > Fr. 25'000.–	Steigend
16	Bildung einer Schnittstelle zur Landwirtschaft für andere kantonale Ämter und Gemeinden, konstruktive Begleitung und Beratung der Zuger Landwirtschaft bei raumplanerischen und umweltrelevanten Themen. Kompetente Geschäftsführung LEK Cham gemäss Leistungsvereinbarung	Kantonale Verwaltung, Gemeinden, Landwirtinnen und Landwirte, Behörden	Kompetente Geschäftsführung LEK Cham (Landschaftsentwicklungskonzept) gemäss Leistungsvereinbarung, qualitativ hochstehende, praxisrelevante Gutachten innert Monatsfrist erledigt, 80% positives Feedback	Qualitativ hochstehende, praxisrelevante Gutachten innert der vereinbarten Frist erledigt, 80% positive Feedback	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 4: Hotellerie				
17	Angebot von Infrastruktur für verwaltungsinterne Weiterbildungen	Mitarbeitende anderer Ämter	Mindestens 20 Vermietungen, Kundenzufriedenheit > 90%	Mindestens 20 Vermietungen, Kundenzufriedenheit > 90%	Gleich
18	Vermietung der Infrastruktur an Dritte	Seminarteilnehmende, Hotelleriebenutzende	Kostendeckungsgrad: 100%, Einnahmen mindestens Fr. 150'000.–, > 100 Gruppen/ Seminare mit Mittagessen, > 90% Kundenzufriedenheit	Deckungsbeitrag (Verpflegung, Übernachtung und Seminare) an die Gebäudekosten, nach Abzug der Sachkosten und der Personalkosten von mindestens Fr. 70'000.– > 90% Kundenzufriedenheit	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Landwirtschaftlicher Gutsbetrieb				
19	Führen eines vielseitigen, vorbildlichen Versuchs- und Demonstrationsbetriebs nach ökonomischen und ökologischen Grundsätzen	Schülerinnen und Schüler, Landwirtinnen und Landwirte	Jahresgewinn von > Fr. 20'000.–, mindestens 10 Betriebszweige (Kulturen), mindestens 1 Auszubildende/r, mindestens 5 Demonstrationsversuche	Jahresgewinn von > Fr. 15'000.–, mindestens 10 Betriebszweige (Kulturen), mindestens 1 Auszubildende/r, mindestens 5 Demonstrationsversuche	Gleich
20	Gestaltung eines offenen, ansprechenden Landwirtschaftsbetriebes für die Bevölkerung als Erlebnisumfeld	Übrige Bevölkerung	> 15 Besuchende/Tag	> 15 Besuchende/Tag	Gleich
21	Führen eines kundengerechten Hofladens mit eigenen Produkten	Konsumentinnen und Konsumenten	> Fr. 10'000.– Direktverkaufseinnahmen/Monat	> Fr. 10'000.– Direktverkaufseinnahmen/Monat	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Grundbildung	Klassen	4	4	3	Gleich
	Lernende	65	55	48	Gleich
Höhere Berufsbildung	Klassen	1	4 (teilweise kombiniert)	4 (teilweise kombiniert)	Gleich
	Lernende	30	55	55	Gleich
Beratung	Anzahl	65	35 grössere Fälle	35 grössere Fälle	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Grundbildung nach altem System ist per 2012 ausgelaufen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-3'458'897.65	-3'573'050	-3'457'150	-3.2	-3'533'610	-3'623'570	-3'723'780
Total Ertrag	1'572'435.57	1'498'500	1'471'000	-1.8	1'484'250	1'503'300	1'526'350
Saldo	-1'886'462.08	-2'074'550	-1'986'150	-4.3	-2'049'360	-2'120'270	-2'197'430

Kommentar Budget
Durch eine Reorganisation im Bereich Facility Management und des Wegfalls der bisherigen Winterschulklasse reduziert sich der Personalaufwand um 130'000 Franken. Auch werden durch das Aufheben der Winterklasse weniger Erträge aus Kostgeldern generiert (-30'000 Franken).

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
2018 – Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'234'014.05						
	Total Aufwand	**-1'234'014.05**						
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	427'570.00						
	Total Ertrag	**427'570.00**						
	Saldo	**-806'444.05**						

Kommentar Budget
Die Schulaktivitäten der GKP wurden per Ende November 2011 eingestellt, die Schule wurde im Anschluss aufgelöst. Die Liquidation erfolgte bis Ende 2011 durch die Schulleitung und ab 2012 durch den stv. Generalsekretär der Volkswirtschaftsdirektion, dem für maximal drei Monate eine Teilzeitsekretariatskraft der GKP zur Verfügung stand.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das KBZ ist ein Kompetenzzentrum für schulische Grundbildung in den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels. Ebenso für die Weiterbildung, insbesondere die berufsorientierte Weiterbildung, die höhere Berufsbildung und die Höhere Fachschule Wirtschaft.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung

- Schulische Grundbildung für sechs Berufe in der kaufmännischen Grundbildung und in der beruflichen Grundbildung des Detailhandels gemäss den betreffenden Lehrplänen
- Kaufmännische Berufsmaturität
- Lehrgang «Vinto» (Spitzensportförderungskonzept)
- Förderangebote
- Individuelles Coaching inkl. Entwicklung und Erfassung fachindividuelle Betreuung (FIB)
- Beratungsstelle (Soziale und Bildungsfragen) für Lernende
- Bereitstellen schul- und fachspezifische IT-Infrastruktur
- Durchführung der Qualifikationsverfahren

Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung

- Tagesseminare und Kurse zur beruflichen Weiterbildung
- Kurse und Lehrgänge zur Prüfungsvorbereitung auf
  a) international anerkannte Fremdsprachendiplome
  b) schweizweit anerkannte Diplome im Bereich Informatik-Anwendung
  c) Abschlüsse «edupool» (Sachbearbeiter-Diplome und Handelsschule)
  d) eidgenössische Fachausweise
- Höhere Fachschule für Wirtschaft (HFW)
- Kooperationen mit ausserkantonalen Partnerinstitutionen zur Ergänzung des Zuger Bildungsangebots

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Berufsbildung (Berufsbildungsgesetz) vom 13. Dezember 2002 (BBG; SR 412.10)
- Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport vom vom 17. März 1972 (SR 415.0)
- Verordnung über die Berufsbildung (Berufsbildungsverordnung) vom 19. November 2003 (BBV; SR 412.101)
- Verordnung über die eidgenössische Berufsmaturität (Berufsmaturitätsverordnung) vom 30. November 1998 (BMV; SR 412.103.1)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Berufsbildung und die Fachhochschulen (EG Berufsbildung) vom 30. August 2001 (BGS 413.11)
- SBBK-Empfehlungen und Interkantonale Schulgeldabkommen
- Reglement über die Organisation und den Betrieb der Bildungszentren (Reglement Bildungszentren) vom 19. Dezember 2007 (BGS 413.12)
- Bundesrechtliche Bildungsverordnungen der dem KBZ zugewiesenen Grundbildungen

1.4 Kommentar Grundlagen

Der Grundauftrag bleibt konstant, jedoch steigen die Anforderungen hinsichtlich Qualitätsmanagement. Die Schülerzahlen bleiben in etwa konstant. Ab Schuljahr 2012/13 gilt eine neue Bildungsverordnung für die Kaufleute und ein neuer Rahmenlehrplan für die Höhere Fachschule für Wirtschaft HFW.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
A	Website KBZ erneuern	Breites Publikum, Lernende, Weiterbildungsinteressierte	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen	Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen	
B	Ablösung Schulverwaltungssoftware (heute EDUC) im Rahmen des kantonalen Projekts (Details aktuell in Planung)	Breites Publikum, Lernende, Weiterbildungsinteressierte		Realisierung im Projektplan und im Kostenrahmen	Neue Schulverwaltungs-Software vollständig operativ per zirka 2015, 2016

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Berufliche Grundbildung				
1	In den kaufmännischen Berufen und in den Berufen des Detailhandels: Pflichtunterricht gemäss den geltenden Bildungsverordnungen erteilen, inkl. integrierte Berufsmaturität	Berufslernende	Umsetzung der Schullehrpläne in den sechs Berufen des KBZ	Umsetzung der Schullehrpläne in den sechs Berufen des KBZ	Gleich
2	Individualisierte Förderung der Lernenden im Rahmen des Angebots an Stütz-, Förder- und LAP-Vorbereitungskursen (Lehrabschlussprüfung)	Lernschwache und lernstarke Lernende	60 Kursangebote	60 Kursangebote	Gleich
3	Beratung und Mediation gemäss KBZ-Konzept umsetzen	Berufslernende, Lehrpersonen	45 Beratungsgespräche pro Semester	45 Beratungsgespräche pro Semester	Gleich
4	Durchführung der Qualitätsevaluationen gemäss einschlägigen Vorgaben und KBZ-Konzept umsetzen	Berufslernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende, Berufsbildner/-innen	Mehr als 80% positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Mehr als 80% positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Gleich
C	Einführung der neuen Bildungsverordnung der kaufmännischen Grundbildung	Berufslernende Ausbildungsbetriebe	Die Lehrgänge starten im Sommer nach neuer Bildungsverordnung	Ergänzende Projektschritte sind realisiert (Promotionsverfahren, neues Fach Vertiefen und Vernetzen, Modalitäten des Qualifikationsverfahrens)	Einführung abgeschlossen per 2015
D	QM: Umsetzung der Konzepte zum Rahmenkonzept QE Sek II	Berufslernende sowie deren Ausbildungsbetriebe	Die Konzepte, insbesondere Know-How-Aufbau bei den Lehrpersonen (kollegiale Hospitation sowie Feedbacks Leitungspersonen), sind umgesetzt	«Fällt weg»	
E	QE-Handbuch ist online verfügbar	Lehrpersonen andere interessierte Kreise	QE-Elemente sind verlinkt und online verfügbar	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 2: Höhere Berufsbildung und berufliche Weiterbildung				
5	Durchführung der Qualitätsevaluationen	Berufslernende, Lehrpersonen, Mitarbeitende, Berufsbildner/-innen, Wirtschaft der Region	Mehr als 80% positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Mehr als 80% positive Ergebnisse je Teilbereich gemäss Feedback-Gesamtbericht	Gleich
6	Berufliche Weiterbildung im Kaufmännischen Berufsfeld und im Berufsfeld des Detailhandels gemäss den einschlägigen Standards der einzelnen Angebote umsetzen	Weiterbildungsteilnehmende, Wirtschaft der Region	Teilnehmergebühren und Abgeltungen anderer Kantone – zirka 4.1 Mio., Kostendeckungsgrad mind. 85% (DB 1), überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen	Teilnehmergebühren und Abgeltungen anderer Kantone - zirka 3.9 Mio., Kostendeckungsgrad mind. 85% (DB 1), überdurchschnittliche Abschlussquote bei zentralen Prüfungen	Gleich, evtl. leicht ansteigend
F	Überprüfen und Überarbeiten der KBZ-Strategie im Weiterbildungsbereich	Teilnehmende der entsprechenden Lehrgänge, Wirtschaft der Region	Strategie ist definiert, allfällige konkrete Umsetzungsmassnahmen sind geplant	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
G	Schulentwicklung beinhaltend didaktische Konzepte, Personalentwicklungskonzept	Teilnehmende der entsprechenden Lehrgänge, Wirtschaft der Region	Konzepte in allen neu startenden Lehrgängen umgesetzt, Nachqualifikation Lehrpersonal im Plan	«Fällt weg»	
H	Anpassung Qualitätsmanagementsystem gemäss Schulentwicklungskonzept	Teilnehmende der entsprechenden Lehrgänge, Wirtschaft der Region	QM-Anforderungen sind definiert; Umsetzung im Plan	«Fällt weg»	
I	Neue Lehrgänge zur Vorbereitung auf eidg. FinanzplanerIn, Sozialversicherungsfachleute	Teilnehmende der entsprechenden Lehrgänge, Wirtschaft der Region	Lehrgänge sind ausgeschrieben. Mindestens ein Lehrgang kann durchgeführt werden	«Fällt weg»	
J	Einführung neuer Rahmenlehrplan HFW	Teilnehmende HFW, Wirtschaft der Region	Umsetzung für Folgejahr	Umsetzung für Folgejahr	Definitive Anerkennung: 2014
K	Ergebnisse der Schulentwicklung sind evaluiert	Teilnehmende der entsprechenden Lehrgänge, die Wirtschaft der Region		Ergebnisse liegen vor; allfällige Korrekturmassnahmen sind eingeleitet.	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Grundbildung ohne BMS II	Klassen		61	61	Gleichbleibend bis leicht zunehmend
	Lernende		990	1’025	Gleichbleibend bis leicht zunehmend
	Standard-Wochen-lektionen*		960	965	Gleichbleibend bis leicht zunehmend
Grundbildung BMS II	Klassen		3	3	Gleich
	Lernende		55	55	Gleich
	Standard-Wochen-lektionen		90	90	Gleich
Weiterbildung: Höhere Fachschule für Wirtschaft HFW	Studierende		95	90	Gleich
	Klassen		6	6	Gleich
	Standard-Wochen-lektionen		85	85	Gleich
Weiterbildung: Lehrgänge mit Abschluss ohne HFW	Umsatzvolumen **		2.95 Mio.	2.65 Mio.	Gleichbleibend bis leicht zunehmend
Weiterbildung: übrige Angebote	Umsatzvolumen **		0.35 Mio.	0.24 Mio.	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
* Standard-Wochenlektionen: Diese Masszahl ist die wesentliche Planungsgrösse, von der dann wiederum zahlreiche andere kostenrelevante Grössen abhängen. Standard-Wochenlektionen = durchschnittliche Anzahl ordentliche Wochenlektionen gemäss den Lektionentafeln der Lehrgänge.
** Umsatzvolumen: Teilnehmer- und Prüfungsgebühren, inkl. Teilnehmerzahl-abhängige Abgeltung von anderen Kantonen. Das Umsatzvolumen ist schwierig zu prognostizieren, weil die Art und Zahl der durchgeführten Lehrgänge und Kurse sich laufend der Nachfrage anpassen. Weil aber grundsätzlich nur kostendeckende Kurse und Lehrgänge durchgeführt werden, entwickeln sich Umsatz und Kosten grossmehrheitlich parallel.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-17'397'210.78	-17'996'860	-17'390'900	-3.4	-17'355'200	-17'832'200	-18'393'000
Total Ertrag	5'176'493.65	5'722'500	5'088'400	-11.1	5'107'000	5'107'000	5'107'000
Saldo	-12'220'717.13	-12'274'360	-12'302'500	0.2	-12'248'200	-12'725'200	-13'286'000

Kommentar Budget
Generell: Das Budget ist von vielen Einflussfaktoren abhängig, die sich zum Teil gegenseitig kompensieren.
a) Per 2012 wurde die Volumenentwicklung der beruflichen Weiterbildung zu optimistisch eingeschätzt. Das wird nun per 2013 korrigiert. Entsprechend vermindern sich der Aufwand (Lehrergehälter zirka -380'000 Franken) und der Ertrag (Teilnehmergebühren zirka -400'000 Franken).
b) Künftig werden die Lernenden dank Internet-Bestelllösungen der Lieferanten die Lehrmittel direkt selber beschaffen. Das vermindert den Lehrmittelaufwand und -ertrag um je zirka 150'000 Franken.
c) Durch ein Abkommen mit der Stadt Zug vermindern sich die Abgeltungen für die Benützung der Sporthalle um zirka 170'000 Franken.

Kommentar Finanzplan
2014: Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.
2015ff: Die Planung ist schwierig. Grundsätzlich wird mit gleichen Erträgen und leicht steigenden Kosten (zirka 2.5%, zufolge Teuerung und Mengenentwicklung) gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT2019.0003	Ersatzbeschaffung PC							
	Ausgaben			-78'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben			-78'000				
	Einnahmen							
	Saldo			-78'000				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
2030 – Amt für Wirtschaft und Arbeit

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit vollzieht verschiedene Bundesgesetze im Bereich der Unternehmen und der Arbeitnehmenden. Es betreut die Zuger Unternehmen und begleitet Ansiedlungsinteressentinnen und -interessenten in allen Fragestellungen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Vollzug Bundesgesetze betr. Arbeitsmarkt

- Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit der EU, der Bekämpfung der Schwarzarbeit, des Meldeverfahrens für Erwerbstätige aus der EU
- Erteilen von Ausländerbewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Personen
- Marktzulassung für private Personalvermittlungs- und Verleihagenturen sowie für Handelsreisende bewilligen

Leistungsgruppe 2: Vollzug Bundesgesetze betr. Arbeitsbedingungen

- Beratung und Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes
- Beratung und Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit (Unfallversicherungs-, Produktesicherheits- und Chemikaliengesetz)

Leistungsgruppe 3: Vollzug Bundesgesetze betr. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

- Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung (Regionales Arbeitsvermittlungszentrum RAV), welche mittels Leistungsvereinbarung an den Verein für Arbeitsmarktmassnahmen VAM ausgelagert ist
- Verfügen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits- und Schlechtwetterentschädigung, der Sanktionen und der Erlassgesuche
- Bereitstellung und Controlling der arbeitsmarktlichen Massnahmen (Kurse, Beschäftigungsprogramme)
- Rechtsdienst: Abklären und Beraten in juristischen Fragestellungen sowie Bearbeiten von Einsprachen

Leistungsgruppe 4: Standortförderung

- Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen
- Begleitung von ansiedlungsinteressierten Investoren/innen und Unternehmen
- Durchführen des Marketings für den Wirtschaftsstandort

Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben

- Mitwirkung Rechtssetzung: Vernehmlassungen, Mitberichte, Anhörungen, Stellungnahmen
- Wahrung der Interessen des Kantons nach aussen (Verbandstätigkeit, Repräsentation, Kommissionen)
- Öffentlichkeitsarbeit

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG, SR 822.11)
- Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG, SR 142.20)
- Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG, SR 837.0)
- Bundesgesetz vom 6. Oktober 1989 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Arbeitsvermittlungsgesetz, AVG, SR 823.11)
- Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit, BGSA, SR 822.41)
- Bundesgesetz vom 15. Dezember 2000 über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz, ChemG, SR 813.1)
- Bundesgesetz vom 8. Oktober 1999 über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, SR 823.20)
- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, SR 220)
- Bundesgesetz vom 12. Juni 2009 über die Produktesicherheit (PrSG, SR 930.11)
- Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG, SR 832.20)
- Bundesgesetz vom 23. März 2001 über das Gewerbe der Reisenden (SR 943.1)
- § 44 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1)
- Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten vom 30. Oktober 1979 (BGS 833.2)
- Verordnung zum Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih vom 16. November 1999 (BGS 845.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Vollzug Bundesgesetze betr. Arbeitsmarkt				
1	Vollzug der flankierenden Massnahmen (FLAM) zur Personenfreizügigkeit und des BG Schwarzarbeit gemäss Leistungsvereinbarungen mit dem Seco	Arbeitnehmende, Arbeitgebende, Tripartite und Paritätische Kommissionen, Seco	100 Kontrollen FLAM, Rechenschaftsberichte bis 31.1. an Seco	100 Kontrollen FLAM	Gleich
2	Rechtsgleiche und rechtssichere Erteilung von Bewilligungen an Drittstaatsangehörige und andere kontingentspflichtige Ausländer	Unternehmen, Private, mandatierte Agenturen, Amt für Migration, Bundesamt für Migration (BFM)	100% der Verfahren mit «Secondeye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt, < 5% Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM	100% der Verfahren mit «Second eye»-Prinzip oder im Gremium abgewickelt, < 5% Ablehnung der positiven, kantonalen Vorentscheide durch BFM	Gleich
3	Fristgerechte Bewilligungen zur Marktzulassung für private Personalvermittlungs- und Personalverleihagenturen (AV) und für Handelsreisende (HR)	Private Personalvermittlungs- und Personalverleihagenturen, Handelsreisende	> 80% AV innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier, > 80% HR innert 3 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier	> 80% AV innert 10 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier, > 80% HR innert 3 Arbeitstagen ab Vollständigkeit Dossier	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Vollzug Bundesgesetze betr. Arbeitsbedingungen				
4	Beratung und Vollzug in Fragen des Arbeitnehmer- und Gesundheitsschutzes	Arbeitnehmende, Arbeitgebende, Architekturbüros, Planungsbüros, Branchenverbände, Ausbildungsstätten, Seco	System-Audit Seco erfüllen	System-Audit Seco erfüllen	Gleich
5	Beratung und Vollzug in Fragen der Arbeitssicherheit, insbesondere Planbegutachtungen (PB), Prüfung korrekte Umsetzung der Arbeitssicherheit am Arbeitsplatz (ASA)	Arbeitnehmende, Arbeitgebende, Architekturbüros und Fachplanende, Bauherren und Gebäudeeigentümer/innen, Seco, SUVA	> 80% PB innert 2 Arbeitswochen ab Vollständigkeit Dossier bearbeitet, 25 ASA-Kontrollen	> 80% PB innert 2 Arbeitswochen ab Vollständigkeit Dossier bearbeitet, 20 ASA-Kontrollen	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Vollzug Bundesgesetze betr. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit				
6	Adäquate Aufsicht und Controlling der öffentlichen Arbeitsvermittlung	VAM, Seco, ALK, stellenlose Personen, Arbeitgebende	Lagebeurteilung und Massnahmen mit VAM anhand Führungskennzahlen des Seco, Audit Seco (alle 3 Jahre) durchlaufen	Führungskennzahlen des Seco mit VAM analysieren und Massnahmen festlegen, nächstes Audit Seco 2015	Gleich
7	Rechtsgleiches und rechtssicheres Verfügen der besonderen Massnahmen, der Vermittlungsfähigkeit, der Kurzarbeits- (KAE) und Schlechtwetterentschädigung (SWE), der Sanktionen und der Erlassgesuche	Stellensuchende, Unternehmen, RAV, ALK	100% der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt, 100% der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtlichem Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)	100% der Verfahren gemäss «Second eye»-Prinzip abgewickelt, 100% der Entscheide Vermittlungsfähigkeit mit rechtlichem Gehör in mündlicher Form (exkl. Standardfälle mit eindeutiger Aktenlage)	Gleich
8	Bedarfsgerechte Bereitstellung und Controlling der arbeitsmarktlichen Massnahmen	Personalberatende RAV, Kursveranstalter/innen, Dozenten/innen, Stellensuchende	Mindestens 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs, > 80% positive Rückmeldungen der Kursbesuchenden	Mindestens 1 Visite pro Semester und Kollektivkurs, > 80% positive Rückmeldungen der Kursbesuchenden	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
9	Korrekte Weiterverrechnung der Verwaltungskosten und der Kosten der arbeitsmarktlichen Massnahmen an den Bund	Seco, ALK, VAM	Keine gravierenden Beanstandungen in interner und externer Revision	«Fällt weg»	
10	Rasches und juristisch stichfestes Bearbeiten von Einsprachen im Bereich AVIG	Aktuell oder ehemals Stellensuchende, Betriebe mit Einsprache	> 80% Einsprachen AVIG in 2 Monaten ab Vollständigkeit Dossier, < 10% Einsprachen gutgeheissen sofern keine neuen Fakten, 1x je Semester Peer Review (Rechtsgleichheit)	> 80% Einsprachen AVIG in 2 Monaten ab Vollständigkeit Dossier, < 10% Einsprachen gutgeheissen sofern keine neuen Fakten	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Standortförderung				
11	Unterstützung und Betreuung von ansässigen Firmen (Wirtschaftspflege)	Ansässige Unternehmen, Wirtschaftsverbände, kantonale und gemeindliche Behörden	130 Firmenbesuche im Kanton Zug, 40 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	130 Firmenbesuche im Kanton Zug, 40 Teilnahmen an wirtschaftsrelevanten Veranstaltungen	Gleich
12	Fokussiertes und zeitgerechtes Begleiten von ansiedlungsinteressierten Investoren und Unternehmen	Ansiedlungsinteressenten, deren Vertreter, kantonale und nationale Behörden, Greater Zurich Area, Osec	3 Zielmärkte, > 90% Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	3 Zielmärkte, > 90% Anfragen bis Ende des folgenden Arbeitstages beantwortet	Gleich
13	Durchführen eines auf das Zielpublikum orientierten Marketings für den Wirtschaftsstandort	Ansässige Unternehmen und deren Vertreter, Wirtschaftsverbände, Multiplikatoren, kantonale und gemeindliche Behörden	3 Newsletter, 1 Neuunternehmerapéro	3 Newsletter, 1 Neuunternehmerapéro	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben				
14	Fristgerechte Mitwirkung bei Rechtssetzung: Vernehmlassung, Mitbericht, Anhörung, Stellungnahme	Kantonale und eidgenössische Behörden	100% fristgerechte Eingaben	100% fristgerechte Eingaben	Gleich
15	Wahrung der Interessen des Kantons Zug nach Aussen (Verbandstätigkeit, Repräsentation, Kommissionen)	Verband Schweizerischer Arbeitsämter VSAA, Steuerungsausschuss AVIG, Tripartite Kommission, Verein IFZ, EKAS - Fachkommissionen, VR GZA AG usw.	Sitzungsteilnahmequote: 80%	Sitzungsteilnahmequote: 80% (Input-Indikator)	Gleich
16	Information der Öffentlichkeit (Referate, Podien, öffentliche Auftritte, Berichte)	Ansässige Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Multiplikatoren, Interessensgruppierungen, kantonale und gemeindliche Behörden, Vereine, Medien	Arbeitslosenstatistik gemäss Sperrfrist Seco monatlich publizieren	Präsentation «Jeder Zuger ein Botschafter» zwei Mal jährlich aktualisieren	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Stellensuchende	Personen		2'400	2'400	Gleich
Ausländerbewilligungen für Drittstaatsangehörige (L- und B-Bewilligungen)	Bewilligungen		620	620	Gleich
Arbeitszeitbewilligungen	Bewilligungen		120	120	Gleich
Planbegutachtungen	Anzahl		150	140	Gleich
Total AVG-Betriebsbewilligungen	Anzahl		360	390	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-15'128'174.09**	**-15'209'200**	**-15'635'900**	**2.8**	**-15'805'500**	**-15'907'600**	**-16'013'500**
Total Ertrag	**11'324'994.90**	**10'436'000**	**10'839'365**	**3.9**	**10'500'000**	**10'500'000**	**10'500'000**
Saldo	**-3'803'179.19**	**-4'773'200**	**-4'796'535**	**0.5**	**-5'305'500**	**-5'407'600**	**-5'513'500**

Kommentar Budget
Obwohl gemäss Bundesprognose die Planzahl der durchschnittlichen Anzahl Stellensuchenden konstant bleibt, entstehen wegen der starken Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt über das Jahr höhere Kosten beim Vollzug der Arbeitslosenversicherung. So werden für Verwaltungskosten und für Arbeitsmarktmassnahmen Mehrkosten von je 200'000 Franken erwartet. Entsprechend sind die Rückerstattungen des Bundes um diesen Betrag höher.

Kommentar Finanzplan
Die Aufwandsteigerung gründet im Auslaufen des Fonds für konjunkturelle Entwicklung. Da keine Fondsmittel mehr verwendet werden können, werden die Aufwendungen der Kontaktstelle Wirtschaft saldorelevant.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
VD2030.0001	Darlehen Verein für Arbeitsmarktmassnahmen (VAM)							
	Ausgaben							
	Einnahmen	1'000'000.00						
Total Budgetkredite								
	Ausgaben							
	Einnahmen	**1'000'000.00**						
	Saldo	**1'000'000.00**						

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Arbeitslosenkasse ist verantwortlich für die Ausrichtung der Versicherungsleistungen im Rahmen des Bundesgesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (AVIG). Im Auftrag der Gemeinden richtet sie Leistungen der kantonalen Arbeitslosenhilfe (ALH) aus und gewährt kantonale Mutterschaftsbeiträge. Daneben übernimmt sie verschiedene juristische Dienstleistungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) und das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) und berät Ratsuchende in Fragen der Arbeitslosenversicherung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Entschädigungen AVIG

- Prüfung und Entscheid der Anträge auf Leistungen in den Bereichen Arbeitslosenentschädigungen, Insolvenzentschädigungen, Kurzarbeit- und Schlechtwetterentschädigungen
- Ausrichten der Leistungen und Verfügen von Sanktionen
- Beratung Versicherte in AVIG- und weiteren Sozialversicherungsfragen
- Führen des Rechnungswesens nach den Richtlinien des Seco

Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen

- Prüfung und Entscheid der Anträge auf Arbeitslosenhilfe (ALH)
- Ausrichten der ALH-Leistungen und Verfügen von Sanktionen
- Führen der Finanzbuchhaltung für die Gemeinden
- Prüfung und Entscheid der Anträge auf Mutterschaftsbeiträge
- Ausrichten der Leistungen für Mutterschaftsbeiträge

Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst

- Erarbeitung von Einspracheentscheiden und Vernehmlassungen
- Umsetzung/Sicherstellung rechtsgleicher AVIG-Vollzug
- Unterstützung der Sachbearbeitung bei juristisch komplexen Fragestellungen
- Juristische Beratung von Arbeitnehmenden und Arbeitgebenden zum AVIG und Arbeitsrecht

Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen für Dritte

- Erarbeitung von Einspracheentscheiden und Vernehmlassungen für das Amt für Wirtschaft und Arbeit und das RAV
- Juristische Beratung des RAV
- Referententätigkeit bei Grundinformationskursen im RAV

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG, SR 837.0)
- Verordnung vom 31. August 1983 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsverordnung, AVIV, SR 837.02)
- Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG, SR 830.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung vom 29. August 1996 (EG AVIG, BGS 845.5)
- Gesetz über die Ausrichtung kantonaler Mutterschaftsbeiträge vom 1. September 1988 (BGS 826.25)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Entschädigungen AVIG				
1	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen Entschädigungen	Versicherte, Arbeitgebende, Träger/innen von anderen Sozialversicherungen	Innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	95% innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	Gleich
2	Beurteilung der Versicherungsansprüche nach den Vorgaben des Seco	Versicherte	Innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	90% innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	Gleich
3	Termingerechte Durchführung der Zahlungsverarbeitungen	Banken, Versicherte		Einhaltung der Valutavorgaben der Banken	Gleich
4	Sicherstellen der Liquidität	Banken, Seco	100% Vorgaben eingehalten	100% Vorgaben eingehalten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
5	Lückenloses Durchführen des internen Kontrollsystems	Seco	100% Vorgaben des Seco eingehalten	100% Vorgaben des Seco eingehalten	Gleich
6	Fristgerechtes Erstellen der Jahresrechnung und des Budgets	Seco	100% Vorgaben des Seco eingehalten	100% Vorgaben des Seco eingehalten	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Kantonale und gemeindliche Unterstützungsleistungen				
7	Fristgerechte Beurteilung der ALH-Leistungsgesuche	Antragstellende, Gemeinden	Innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	95% innert 10 Tagen nach Vorliegen der Dokumente	Gleich
8	Fristgerechte Ausarbeitung Entscheide und Ausrichtung der Mutterschaftsbeiträge	Antragstellerinnen	Innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	90% innert 5 Tagen nach Vorliegen der Unterlagen	Gleich
9	Fristgerechte Ausrichtung der monatlichen ALH-Leistungen	Antragstellende, Sozialdienste der Gemeinden	Innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	95% innert 5 Tagen nach Vorliegen der Grundlagen	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Rechtsdienst				
10	Fristgerechte Ausarbeitung fundierte Einsprache-entscheide	Versicherte, Arbeitgebende	Entscheid innert 3 Monaten nach Einreichung der Einsprache	Innert 3 Monaten (Durch-schnitt) nach Einreichung der Einsprache	Gleich
11	Fristgerechte Ausarbeitung von Vernehmlassungen	Verwaltungsgericht, Bundesgericht	100% innert Frist	95% innert Frist	Gleich
12	Effiziente, einwandfreie juristische Beratung	Arbeitgebende, Arbeitnehmende	< 5 Reklamationen wegen Fehlinformation	< 5 Reklamationen wegen Fehlinformation	Gleich
13	Sicherstellen/Umsetzung rechtsgleicher Vollzug	Versicherte, Seco	< 10% Abweichung zum gesamtschweizerischen Durchschnitt	< 10% Abweichung zum gesamtschweizerischen Durchschnitt	Gleich
14	Unterstützung bei juristisch komplexen Fragestellungen	Sachbearbeitende ALK	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen für Dritte				
15	Fristgerechte Ausarbeitung Einspracheentscheide für AWA/RAV	Versicherte, Arbeitgebende, AWA, RAV	Entscheid innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	80% innert 2 Monaten nach Einreichung der Einsprache	Gleich
16	Qualitativ hochstehende juristische Beratung des RAV	RAV	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	< 5 Revisionsbeanstandungen des Seco	Gleich
17	Praxisgerechte Referenten-tätigkeit bei RAV-Grund-informationskursen	Versicherte, RAV	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG, 90% positive Rückmeldungen	Vollständige Information der wesentlichen Aspekte des AVIG, 90% positive Rückmeldungen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Die Ziele von Nrn. 1, 2, 7 und 9 könnten bei erheblichem Anstieg der Bezügerinnen- und Bezügerzahlen vorübergehend nicht erreicht werden (Aufbau zusätzliche Personalstruktur nötig).

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Bezüger/innen Arbeitslosenentschädigung (ALE)	Anzahl		3'500	3'700	Steigend
Bezüger/innen Arbeitslosenhilfe (ALH)	Anzahl		600	600	Steigend
Abrechnungen Entschädigungen	Anzahl		18'000	20'000	Steigend
Mutterschaftsanträge	Anzahl		80	85	Gleich
Verfahren Arbeitsrechtliche Forderung AVIG 29	Anzahl		70	70	Gleich
Eingang Einsprachen AVIG	Anzahl		280	320	Steigend
Erledigung Einsprachen AVIG	Anzahl		300	300	Gleich
jur. Beratung Sachbearbeitung	Std.		3'000	3'200	Steigend
jur. Beratung Arbeitsrecht	Std.		1'100	1'100	Gleich
jur. Bearbeitung RAV	Std.		1'700	1'700	Gleich
Grundinformationskurse beim RAV	Anzahl		80	80	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Die Entwicklung der Plangrössen hängt stark von der wirtschaftlichen und konjunkturellen Entwicklung ab. Verlässliche Prognosen für den Arbeitsmarkt sind schwierig.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-6'661'210.95**	**-6'567'600**	**-6'758'500**	**2.9**	**-6'937'300**	**-7'045'200**	**-7'156'700**
Total Ertrag	**5'459'319.14**	**5'255'000**	**5'410'000**	**2.9**	**5'625'000**	**5'625'000**	**5'725'000**
Saldo	**-1'201'891.81**	**-1'312'600**	**-1'348'500**	**2.7**	**-1'312'300**	**-1'420'200**	**-1'431'700**

Kommentar Budget
Die Lohnkosten und der allgemeine Betriebsaufwand bewegen sich im Rahmen des Vorjahres. Die erwartete Zunahme bei den Arbeitslosenzahlen wird zu einem höheren Ertrag führen (Rückerstattung Bund für Vollzugskosten) im Rahmen von 200'000 Franken. Eine Zunahme des Aufwandes ist aufgrund höherer Durchschnittsbeiträge bei den Mutterschaftsbeiträgen zu erwarten (200'000 Franken).

Kommentar Finanzplan
Die Entwicklung der Plangrössen hängt stark von der konjunkturellen Entwicklung ab und lässt sich zum heutigen Zeitpunkt nicht zuverlässig abschätzen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für öffentlichen Verkehr sorgt nachfrageorientiert für einen attraktiven regionalen öffentlichen Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr und setzt sich für eine attraktive überregionale Anbindung ein.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Sicherstellung nachfrageorientiertes öV-Angebot

- Bestellung der Bus-, Bahn- und Bergbahnleistungen für den öffentlichen Personenverkehr
- Sicherstellung der Interessen des Kantons in regionalen und überregionalen Angebotsplanungen des Bundes, der Kantone, der Transportunternehmen und Tarifverbünde

Leistungsgruppe 2: Sicherstellung öV-Verkehrsinfrastruktur

- Planung, Projektierung und Bauaufsicht einer zukunftsfähigen öV-Infrastruktur
- Mitwirkung bei der Schaffung einer öV-tauglichen Strasseninfrastruktur
- Kantonale Koordination des eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahrens
- Koordinationsstelle für öV-Fragen aller Art

Leistungsgruppe 3: Sicherstellung öffentliche Schifffahrt

- Bestellung konzessionierte Schifffahrtsleistungen im Kanton

Leistungsgruppe 4: Allgemeine Aufgaben

- Mitwirkung Rechtsetzung: Vernehmlassungen, Mitberichte, Anhörungen, Stellungnahmen
- Wahrung der Interessen des Kantons nach aussen (Interessengruppen, Kommissionen)
- Erteilung von kantonalen Bewilligungen für regelmässige und gewerbsmässige Personentransporte

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Beseitigung von Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG, SR 151.3)
- Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957 (EBG, SR 742.101)
- Bundesgesetz vom 20. März 2009 über die Personenbeförderung (Personenbeförderungsgesetz, PBG, SR 745.1)
- Bundesgesetz vom 20. März 1998 über die Schweizerischen Bundesbahnen (SBBG, SR 742.31)
- Bundesgesetz vom 20. März 2009 über die zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur (ZEBG, SR 742.140.2)
- Gesetz über den öffentlichen Verkehr vom 22. Februar 2007 (GöV, BGS 751.31)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW, BGS 751.14)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Festlegung der Bahnhalte stellen und der Knotenpunkte des öffentlichen Verkehrs vom 30. November 2006 (BGS 751.314)
- Kantonsratsbeschluss betreffend den kantonalen Richtplan vom 28. Januar 2004 (BGS 711.3) und nachgeführte Beschlüsse
- Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2004–2014 vom 18. Dezember 2003 (BGS 751.12)
- Kantonsratsbeschluss betreffend die Vorfinanzierung von Bahnprojekten vom 26. November 2009 (BGS 751.32)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge des Kantons und der Gemeinden an die eidgenössisch konzessionierte Schifffahrt auf den Zuger Seen vom 25. November 2010 (BGS 753.16)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Planungs- und Projektierungskredite leistungsfähiger Feinverteiler im öffentlichen Verkehr vom 18. Dezember 2003
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredite Planung und Projektierung Bahnprojekte und Bahnbau vom 31. März 2011

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014–16
	Leistungsgruppe 1: Sicherstellung nachfrageorientiertes öV-Angebot				
1	Rechtzeitiger Angebotsprozess	Gemeinden, Transportunternehmen	RRB im August, Verträge mit Transportunternehmen bis Fahrplanwechsel vereinbart	RRB im August, Verträge mit Transportunternehmen bis Fahrplanwechsel vereinbart	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
2	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss GöV bei Verträgen mit Transportunternehmen einhalten	Kanton, Gemeinden	Kostendeckungsgrad > 40%	Kostendeckungsgrad > 40%	Gleich
3	Hohe Zufriedenheit mit dem öV-Angebot	Bevölkerung	90% der Umfrageteilnehmenden zufrieden	90% der Umfrageteilnehmenden zufrieden, nächste Befragung 2014	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Sicherstellung öV-Verkehrsinfrastruktur				
4	Keine Kostenüberschreitungen	Kanton	Halbjährliche umfassende Reportings bei strategischen Projekten von SBB und Tiefbauamt	Halbjährliche Reportings von SBB und Tiefbauamt	Gleich
5	Effiziente Prozesse bei der Prüfung von Bebauungsplänen (öV-Infrastruktur) und eisenbahnrechtlichen Plangenehmigungsverfahren	Gemeinden, BAV	100% fristgerecht bearbeitet	98 % fristgerecht bearbeitet	Gleich
6	Sicherstellung gute Erschliessung der Wohn- und Arbeitsgebiete	Einwohner, Pendelnde	293 Haltestellen und Bahnhöfe	295 Haltestellen und Bahnhöfe	Steigend
A	Planung, Projektierung und Bauaufsicht von Bahnprojekten	Regierungsrat, Kantonsrat	Vorprojekt DS Freudenberg–Rotkreuz, Studie DS-Insel Walchwil, Studie 3. Gleis Baar–Zug	Leistungssteigerung Zug–Thalwil im Bau Auflageprojekt Doppelspur Freudenberg–Rotkreuz liegt auf Auflageprojekt Dopelspurinsel Walchwil in Bearbeitung Vorprojekt Stadtbahn Zug, 2. Teilergänzung in Bearbeitung	
L13	Mehrheitsfähige (Mit-)Finanzierung von regionalen und kantonalen öV-Projekten	Regierungsrat, Kantonsrat, Bevölkerung	Durchstich Busstrasse Sumpf im Bau, Leistungssteigerung Zug - Thalwil im Bau, Hst. Rigiblick ab Dezember in Betrieb	Durchstich Bustrasse Sumpf im Bau	
	Leistungsgruppe 3: Sicherstellung öffentliche Schifffahrt				
7	Finanzielle Rahmenbedingungen gemäss KRB einhalten	Kanton, Gemeinden	Kostendeckungsgrad > 60%	Kostendeckungsgrad > 60%	Gleich
8	Angebotsvereinbarung mit SGZ und AeS	Kanton	Vereinbarung bis September abgeschlossen	Vereinbarung bis Dezember abgeschlossen	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Allgemeine Aufgaben				
9	Rechtzeitige Mitwirkung bei Rechtsetzung: Vernehmlassungen, Mitberichte, Anhörungen, Stellungnahmen	Direktion, Regierungsrat	100% fristgerechte Eingaben	100 % fristgerechte Eingaben	Gleich
L41	Wahrung Interessen des Kantons nach aussen; Stärkung der Allianzen	Kanton	Sitzungsteilnahmequote: 90%	Teilnahme an mind. 30 Sitzungen mit anderen Kantonen	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Bahn- und Buslinien	Anzahl Linien		34	34	Steigend
Bahn- und Buslinien	Länge in km		227	227	Steigend
Bahnhöfe/Haltestellen	Anzahl		293	295	Steigend
Kursangebot	Kurskilometer		6.4 Mio.	6.8 Mio.	Steigend
öV-Tarife	Tariferhöhung in %		1.5%	zirka 5 %	Sinkend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-35'394'638.32**	**-36'152'900**	**-37'743'320**	**4.4**	**-38'425'540**	**-38'227'840**	**-38'574'970**
Total Ertrag	**6'766'780.00**	**7'182'000**	**7'500'000**	**4.4**	**7'551'000**	**7'702'500**	**7'802'500**
Saldo	**-28'627'858.32**	**-28'970'900**	**-30'243'320**	**4.4**	**-30'874'540**	**-30'525'340**	**-30'772'470**

Kommentar Budget
Höhere Abgeltung an Bus-Transportunternehmen wegen Angebotsausbau (Feinverteiler Teil 1) und an SBB wegen Trassepreiserhöhungen (1.5 Mio Franken).
Die Gemeinden beteiligen sich anteilsmässig (300'000 Franken höherer Ertrag).

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
VD2035.0014	Stadtbahn Zug, Rückstellung aus Objektkredit							
	Ausgaben	-10'173.65						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-10'173.65**						
	Einnahmen							
	Saldo	**-10'173.65**						

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
VD2035.0001	öV-Feinverteiler Planung						
	Ausgaben	-31'029.35		-100'000			
	Einnahmen						
VD2035.0007	Projektierung Stadtbahn 1. Teilergänzung						
	Ausgaben	-60'183.60	-90'000				
	Einnahmen						
VD2035.0009	1. Teilergänzung Stadtbahn (Bau)						
	Ausgaben	-1'216'000.00	-10'550'000				
	Einnahmen		4'042'000				
VD2035.0015	öV-Feinverteiler Projektierung 1. Ausbaustufe						
	Ausgaben	-183'372.50	-250'000	-100'000	-600'000	-800'000	
	Einnahmen						
VD2035.0017	Investitionsbeitrag an SGZ						
	Ausgaben	-350'000.00					
	Einnahmen						
VD2035.0020	Bahnprojekte (Planung und Projektierung)						
	Ausgaben	-70'591.55	-500'000	-1'600'000	-3'200'000	-2'700'000	-500'000
	Einnahmen						
VD2035.0022	Bahnprojekte (Bau)						
	Ausgaben		-500'000	-500'000	-500'000	-500'000	-500'000
	Einnahmen						
VD2035.0024	Erwerb von Aktien der ZVB AG						
	Ausgaben	-787'000.00					
	Einnahmen						
VD2035.0025	Zugfolgezeit Litti-Zug (4. TE S-Bahn Zürich)						
	Ausgaben			-1'000'000	-1'000'000	-1'620'000	
	Einnahmen			350'000	350'000	372'000	
Total Verpflichtungskredite							
	Ausgaben	**-2'698'177.00**	**-11'890'000**	**-3'300'000**	**-5'300'000**	**-5'620'000**	**-1'000'000**
	Einnahmen		**4'042'000**	**350'000**	**350'000**	**372'000**	
	Saldo	**-2'698'177.00**	**-7'848'000**	**-2'950'000**	**-4'950'000**	**-5'248'000**	**-1'000'000**

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
2040 – Sozialversicherungen

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'550'000	-1'600'000	3.2	-1'650'000	-1'700'000	-1'750'000
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-37'770'000	-42'770'000	13.2	-43'770'000	-45'820'000	-46'320'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-38'419'552.75						
	Total Aufwand	**-38'419'552.75**	**-39'320'000**	**-44'370'000**	**12.8**	**-45'420'000**	**-47'520'000**	**-48'070'000**
463	Beiträge von Gemeinwesen und Dritten		10'350'000	11'000'000	6.3	11'000'000	11'220'000	11'220'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	11'507'139.00						
	Total Ertrag	**11'507'139.00**	**10'350'000**	**11'000'000**	**6.3**	**11'000'000**	**11'220'000**	**11'220'000**
	Saldo	**-26'912'413.75**	**-28'970'000**	**-33'370'000**	**15.2**	**-34'420'000**	**-36'300'000**	**-36'850'000**

Kommentar Budget
Gemäss Änderung der kantonalen Verordnung über die Kosten für Tagestaxen bei den Ergänzungsleistungen vom 6. Dezember 2011 (BGS 841.712) per 1.1.2013 werden die maximal anrechenbaren Kosten im Behindertenwohnheim stark angehoben, was zu erwarteten Mehrkosten von 3.5 Mio. Franken führen wird. Um diesen Betrag wird das Budget der Direktion des Innern entlastet.
Auf den 1. Januar 2013 wird eine allgemeine Rentenerhöhung erfolgen. Zusammen mit den tendenziell steigenden Fallzahlen ergeben sich Mehrkosten bei den Ergänzungsleistungen nach Bundesrecht (1.2 Mio. Franken). Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Ergänzungsleistungen, es werden 650'000 Franken Mehrertrag erwartet.

Kommentar Finanzplan
Bei den Ergänzungsleistungen zu den AHV-Renten ist mit steigenden Fallzahlen zu rechnen. Mit den ebenfalls steigenden Heimtaxen ergeben sich Mehrkosten, welche nahezu ausschliesslich zu Lasten des Kantons gehen.
Im Finanzplan nicht berücksichtigt ist eine zu erwartende Anpassung des Bundesgesetzes über die Ergänzungsleistungen für den Bereich der Mietkostenabzüge (Erhöhung der Abzüge).

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Landwirtschaftsamt vollzieht die eidgenössischen und kantonalen Landwirtschaftsgesetze, fördert die Zuger Landwirtschaft und unterstützt deren Interessen, primär im Rahmen der raumwirksamen Tätigkeiten des Kantons.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion

- Vollzug der Beiträge an die landwirtschaftliche Produktion und der Direktzahlungen
- Daten- und Flächenverwaltung (u.a. zu landwirtschaftlichen Betrieben, Nutzflächen, Kulturen, Nutztieren)
- Schlussabrechnung und Rechenschaftsablegung gegenüber Bund
- Koordinierte Kontrollen der Landwirtschaftsbetriebe in Zusammenarbeit mit dem Kontrolldienst Schwyz Nidwalden Zug (KDSNZ)

Leistungsgruppe 2: Strukturverbesserung

- Beratung von Gesuchstellenden und Geldgebenden
- Prüfung und Entscheid über Gesuche betreffend Strukturverbesserungen, Kreditverwaltung
- Rechnungslegung gegenüber Bund

Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht

- Prüfung und Entscheid über Gesuche
- Stellungnahmen zu Beschwerden

Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft

- Unterstützung und Initiierung von Projekten zur Förderung der Landwirtschaft
- Beratung, Information und Kommunikation
- Dienstleistungen (Unterlagen, Software, Datenhaltung für andere Ämter)

Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben

- Interkantonale Zusammenarbeit und Vertretung in Arbeitsgruppen und Konferenzen
- Kontaktpflege zu kantonalen Branchenorganisationen, Mitwirkung bei Planungsverfahren
- Mitwirkung Rechtsetzung: Vernehmlassungen, Mitberichte, Stellungnahmen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über das bäuerliche Bodenrecht (BGBB, SR 211.412.11)
- Bundesgesetz vom 4. Oktober 1985 über die landwirtschaftliche Pacht (LPG, SR 221.213.2)
- Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LwG, SR 910.1)
- Verordnung vom 26. November 2003 über die sozialen Begleitmassnahmen in der Landwirtschaft (SBMV, SR 914.11)
- Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Direktzahlungen an die Landwirtschaft (Direktzahlungsverordnung, DZV, SR 910.13)
- Milchprüfungsverordnung vom 20. Oktober 2010 (MiPV, SR 916.351.0)
- Verordnung vom 4. April 2001 über die regionale Förderung der Qualität und der Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen in der Landwirtschaft (Öko-Qualitätsverordnung, ÖQV, SR 910.14)
- Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft (Strukturverbesserungsverordnung, SVV, SR 913.1)
- Verordnung vom 14. November 2007 über die Koordination der Inspektionen auf Landwirtschaftsbetrieben (Inspektionskoordinationsverordnung, VKIL, SR 910.15)
- Einführungsgesetz zu den Bundesgesetzen über die Landwirtschaft, die landwirtschaftliche Pacht und das bäuerliche Bodenrecht vom 29. Juni 2000 (EG Landwirtschaft, BGS 921.1)
- Reglement zum Ressourcenprojekt Ammoniak der Zentralschweizer Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug vom 5. Februar 2010 (BGS 922.31)
- Verwaltungsvereinbarung der Kantone Schwyz, Nidwalden und Zug über die Organisation und die Zusammenarbeit im Rahmen des Kontrolldienstes im Bereich des ökologischen Leistungsnachweises und der Label vom 3. Juli 2006 (BGS 924.21)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
A	Das Landwirtschaftsamt pflegt aktiv ein gutes Einvernehmen mit den Ämtern, die ebenfalls von Landwirtschaftsfragen betroffen sind	Kantonale Ämter		Keine strittigen inhaltlichen und organisatorische Fragen vor dem Regierungsrat	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Direktzahlungen und Beiträge an landwirtschaftliche Produktion				
1	Direktzahlungen termingerecht abwickeln	Landwirt/innen	100% Akontozahlungen bis 10. Juli, 100% Hauptzahlungen bis 10. Dezember, 95% aller Betriebe sind mit der Hauptzahlung korrekt abgerechnet	100% Akontozahlungen bis 10. Juli, 100% Hauptzahlungen bis 10. Dezember, 95% aller Betriebe sind mit der Hauptzahlung korrekt abgerechnet	Gleich
2	Zertifizierung ISO/IEC 17020	Landwirtschaftlicher Kontrolldienst SZ/NW/ZG	Wiederholungsaudit bestanden	Wiederholungsaudit bestanden	Gleich
3	Kontrollkoordination für die Programme ÖLN, HyMp, blaue Kontrollen, Primärproduktion, Ammoniakprojekt (ausgenommen Bio, Verdachtsfälle, Nachkontrollen und Labels)	Landwirt/innen, Kontrollorgane, Kantonstierarzt, Kantonschemiker	1 koordinierte Kontrolle pro Landwirtschaftsbetrieb	1 koordinierte Kontrolle pro Landwirtschaftsbetrieb, sofern keine Beanstandungen erfolgen	Gleich
B	Klärung Prozesse beim stofflichen und baulichen Gewässerschutz	AfU, Landwirt/innen	Prozess zwischen AfU und LWA geklärt	«Fällt weg»	
C	Überprüfen Schnittstellen zwischen Leistungsgruppen 1 und 3	Landwirtschaftsamt	Schnittstellen neu geregelt	«Fällt weg»	
D	Periodische Kontrolle von Flächen und Elementen nach Ökoqualitätsverordnung	Landwirt/innen		Alle Obstgärten und Flächen mit Qualität, die kontrolliert werden müssen, sind kontrolliert	
E	Agrarpolitik 2014-17: Vorbereitung auf die mögliche Einführung von Landschaftsqualitätsbeiträgen	Landwirtschaftsamt		Bis Dezember sind die Grundzüge eines Umsetzungskonzepts festgelegt und mit den wichtigsten mitbetroffenen Ämtern und dem Zuger Bauernverband abgesprochen	
L28	Förderung E-Government im Bereich Landwirtschaft	Landwirt/innen	Durchführung von mindestens 2 Schulungshalbtagen	Durchführung von mindestens 2 Schulungshalbtagen	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Strukturverbesserung				
4	Fristgerechter Jahresabschluss Investitionskredite (IK) und Betriebshilfe (BH)	Bundesamt für Landwirtschaft	Liegt bis 15. Januar vor	Liegt bis 15. Januar vor	Gleich
5	Stand Betriebskapital (IK, BH) fristgerecht melden	Bundesamt für Landwirtschaft	Meldung bis 15. Juli	Meldung bis 15. Juli	Gleich
6	Kreditrisiken tief halten	Kanton	100% Rückzahlungsquote	100% Rückzahlungsquote	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
F	Unterstützung Zuger Käsereiproduktion	Gesuchstellende, Landwirt/innen, Bund	Beitrag verfügt	«Fällt weg»	
G	Überführung der Geschäftstätigkeit Investitionskredite und Beiträge in die Software Lawis 3	Gesuchstellende, Landwirtschaftsamt	Bis 30. April abgeschlossen	«Fällt weg»	
H	Publikation der Drainagepläne der Bodenverbesserungen Rotkreuzer-Forren, Tobelbach, Wuhrgraben, Auletenried auf ZugMap	Landwirt/innen, Baudirektion, Bodenverbesserungsgenossenschaften	Konzept bis 30. März erstellt	Ausgeführt bis 30. November	
	Leistungsgruppe 3: Vollzug Landwirtschaftsgesetz, Boden- und Pachtrecht				
7	Gesuche zum BGBB speditiv und rechtsgleich behandeln.	Gesuchstellende	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen, keine gutgeheissenen Beschwerden	Verfügung innert 20 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen, keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
I	Landverlosung der Korporation Oberägeri	Korporation, Landwirt/innen	Pachtzinse kontrolliert bis 31. Dezember	«Fällt weg»	
J	Vorbereitung auf die Umsetzung der Agrarpolitik 2014 – 17 und Erbringung der notwendigen Vorleistungen	Landwirtschaftsamt, weitere Ämter		Bis November sind der verwaltungsinterne Anpassungsbedarf evaluiert und erste Anpassungsschritte eingeleitet	
	Leistungsgruppe 4: Förderung der Landwirtschaft				
8	Informationsfluss für allgemeine Neuerungen sicherstellen	Landwirt/innen	4 Informationsveranstaltungen im Frühjahr, mindestens 1 aktuelle Informationsbroschüre	4 Informationsveranstaltungen im Frühjahr, mindestens 1 aktuelle Informationsbroschüre	Gleich
9	Führen des Back-Office für die Landwirtschaftsdirektorenkonferenz (LDK) und die Konferenz der Landwirtschaftsämter der Schweiz (Kolas) speditiv und initiativ	LDK, Kolas	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen, Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell	Versand der Unterlagen je 10 Tage vor den 6 Versammlungen, Arbeitsraum Back-Office ist immer aktuell	Gleich
K	Vernetzungsprojekte Bösch und Gemeinde Risch: Hilfe bei Aufbau Trägerschaft und Projektgesuch	Landwirt/innen, Gemeinde	Die Arbeitsgruppen haben die Projekte bis 31. Dezember eingereicht	«Fällt weg»	
L	Vernetzungsprojekte Lorzenebene: Hilfe bei Aufbau Trägerschaft und Projektgesuch	Landwirt/innen, Gemeinde	Die Bewirtschafter haben eine Trägerschaft gebildet	Die Arbeitsgruppe hat das Projekt bis 31. Dezember eingereicht	
L7	Regionalentwicklungsprojekt Zuger & Rigi Chriesi: Umsetzung begleiten	Trägerverein, Kantone ZG/SZ/LU, Landwirt/innen, Dritte	Umsetzung Teilprojekte 1 und 2 hat begonnen	Umsetzung Teilprojekte 3 und 4 hat begonnen	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Allgemeine Aufgaben				
10	Aktive Vernetzung auf nationalen, regionalen und kantonalen Fachtagungen sowie auf kantonalen Generalversammlungen	Kolas, Kolas-Z, Sachbearbeitertagungen DZ & BGBB; Suissemelio, ZBV, Zuger Bäuerinnen, Zuger Tierzuchtverband	Sitzungsteilnahmequote 80%	Teilnahmequote an Sitzungen: 80%	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
11	Aktive Beteiligung an den Arbeitsgruppen des Bundes zum Aufbau der Agrarsektor-administration (ASA 2011)	Bund, Dritte	Sitzungsteilnahmequote 80%	Teilnahmequote an Sitzungen: 80%	Gleich
12	Mitwirkung bei Rechtssetzung, insbesondere bei Planungs-verfahren, Mitberichten, Stellungnahmen	Kantonale und eidgenössische Behörden	100% fristgerechte Eingaben	100% fristgereichte Eingaben an Direktion 90% fristgerechte Eingaben bei Fachstellenverfahren	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Verfügung Direktzahlungen	Anzahl		500	500	Gleich
Verfügung Strukturverbesserung	Anzahl		15	20	Steigend
Verfügung bäuerliches Bodenrecht	Anzahl		95	95	Gleich
Verfügung landwirtschaftliches Pachtgesetz	Anzahl		50	50	Gleich
Verfügung Landwirtschaftsgesetz	Anzahl		12	12	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-32'942'022.55**	**-33'035'700**	**-34'369'500**	**4.0**	**-38'927'900**	**-41'967'700**	**-41'909'100**
Total Ertrag	**30'213'767.15**	**30'353'100**	**31'302'600**	**3.1**	**35'132'600**	**38'132'600**	**38'132'600**
Saldo	**-2'728'255.40**	**-2'682'600**	**-3'066'900**	**14.3**	**-3'795'300**	**-3'835'100**	**-3'776'500**

Kommentar Budget
Mit der Agrarpolitik 2011 wurden verschiedene Beitragstypen mit Kofinanzierung durch die Kantone eingeführt, die ein gemeinschaftliches Projekt voraussetzen. Solche Projekte haben nur Erfolg, wenn sie von den Landwirten getragen werden. Die Überzeugungsarbeit ist geleistet, nun steigen die Beteiligung und damit die Kosten für den Kanton. Der Mehraufwand von 1.5 Mio. Franken entsteht einerseits durch das grössere Volumen der Direktzahlungen des Bundes (durchlaufende Beiträge) und die höhere Beteiligung der Landwirte am Ammoniakprojekt (1 Mio. Franken). Andererseits durch Projekte im Hinblick auf die fristgerechte Umsetzung der Agrarpolitik 2014 – 17 (Vorleistungen im Umfang von 250'000 Franken). Vorgesehene Projekte sind Landschaftsqualitätsbeiträge, verbesserte Plangrundlagen im Bereich Drainagen sowie Biodiversitätsförderflächen im Sömmerungsgebiet.
Der Umfang kann genauer abgeschätzt werden, sobald die Verordnungen bekannt sind, was nicht vor Mitte 2013 der Fall sein wird.

Kommentar Finanzplan
Per 01.01.2014 tritt die Reform Agrarpolitik 2014-17 in Kraft, welche das landwirtschaftliche Beitragssystem wesentlich verändert. Insbesondere werden neue Beitrags-systeme eingeführt, die von den Kantonen mitzufinanzieren sind und ein Projekt des Kantons voraussetzen. Hierfür sind im Finanzplan 2014 500'000 Franken vorgesehen. Insgesamt sind die von der Reform bedingten Änderungen der Finanzflüsse Bund, Kanton, Landwirtschaftsbetriebe jedoch noch schwierig einzuschätzen. Immerhin lassen erste Abschätzungen der Summe der Direktzahlungen auf der Ebene des Kantons nur geringfügige Änderungen erwarten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
VD2050.0006	Erweiterungsbau Schweiz. Hochschule Landwirtschaft							
	Ausgaben	-102'428.80						
	Einnahmen							
VD2050.0007	Landwirtschaftliche Strukturverbesserungen							
	Ausgaben		-3'195'200	-3'246'000		-1'795'000	-1'400'000	-1'140'000
	Einnahmen		1'825'000	1'700'000		1'095'000	700'000	690'000
VD2050.0008	Investitionskredite LwG; Aus- und Rückzahlungen							
	Ausgaben			-2'600'000		-2'300'000	-2'300'000	-2'400'000
	Einnahmen			2'600'000		2'600'000	2'500'000	2'700'000
VD2050.0009	Betriebshilfedarlehen LwG; Aus- und Rückzahlungen							
	Ausgaben			-150'000		-150'000	-150'000	-150'000
	Einnahmen			150'000		150'000	150'000	150'000
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-102'428.80**	**-3'195'200**	**-5'996'000**		**-4'245'000**	**-3'850'000**	**-3'690'000**
	Einnahmen		**1'825'000**	**4'450'000**		**3'845'000**	**3'350'000**	**3'540'000**
	Saldo	**-102'428.80**	**-1'370'200**	**-1'546'000**		**-400'000**	**-500'000**	**-150'000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Wohnungswesen (AWW) fördert in Zusammenarbeit mit den Gemeinden den preisgünstigen Wohnraum und den Erwerb von Wohneigentum im Rahmen der kantonalen und bundesrechtlichen Wohnbauförderungsgesetzgebungen. Das AWW führt das juristische Sekretariat der Schlichtungsbehörde in Mietsachen und die Beratungsstelle für Mietfragen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung

- Beratung der Gemeinden im Rahmen des revidierten WFG
- Beratung der Bauherrschaften bei der Realisierung von Projekten
- Technische Begutachtung der Projekte im Rahmen des revidierten WFG
- Prüfung und Entscheid über die eingehenden Gesuche um WFG-Förderungsbeiträge
- Beratung/Unterstützung und Entscheid bei der Förderung von alternativen Wohnformen im Alter
- Prüfung/Kontrolle der Anspruchsvoraussetzungen und Ausrichtung der Mietzinsbeiträge für Mieterinnen und Mieter an die Bauträger
- Erhebung der Leerwohnungsbestände und der Baustatistik im Auftrag des Bundesamtes für Statistik

Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung

- Beratung/technische Begutachtung und Entscheid der Gesuche um Zinslastbeiträge bei Erwerb von Wohneigentum
- Entscheid über die Gesuche um Bausparbeiträge
- Prüfung/Kontrolle der Anspruchsvoraussetzungen und Ausrichtung der Zinslastbeiträge für Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer

Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde

- Sekretariat Schlichtungsbehörde in Mietsachen
- Durchführung der Schlichtungsverfahren
- Koordination der Verfahren mit Parteien und Gerichten
- Formulargenehmigungen für Mietzinsänderungen und Kündigungen
- Führen der Beratungsstelle in Mietsachen
- Erhebung der Statistik über die Schlichtungsverfahren

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz vom 4. Oktober 1974 (WEG, SR 843)
- Verordnung vom 30. November 1987 zum Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz (VWEG, SR 843.1)
- Bundesgesetz vom 21. März 2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsgesetz, WFG, SR 842)
- Verordnung vom 26. November 2003 über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum (Wohnraumförderungsverordnung, WFV, SR 842.1)
- Verordnung des EVD vom 27. Januar 2004 über den Mindestumfang an Investitionen und anrechenbare Liegenschaftskosten (SR 842.11)
- Verordnung des BWO vom 27. Januar 2004 über die Kostenlimiten und Darlehensbeträge für Miet- und Eigentumsobjekte (SR 842.4)
- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR, SR 220, Art. 253 ff.)
- Verordnung vom 9. Mai 1990 über die Miete und Pacht von Wohn- und Geschäftsräumen (VMWG, SR 221.213.11)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Wohnbauförderung vom 26. März 1992 (BGS 851.211)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Wohneigentumsförderung vom 27. August 1992 (BGS 851.212)
- Gesetz über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum vom 30. Januar 2003 (Wohnraumförderungsgesetz, WFG, BGS 851.211)
- Verordnung über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum 25. März 2003 (Wohnraumförderungsverordnung, WFV, BGS 851.212)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Förderung von preisgünstigem Wohnraum vom 6. Mai 2010 (BGS 851.213)
- Verordnung über die Schlichtungsbehörden vom 18. Januar 2011 (BGS 161.4)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Wohnraumförderung				
1	Fristgerechtes Ausarbeiten von Finanzierungs- und Zinslastplänen	Vermietende	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	Innert 30 Tagen nach Vorliegen aller Dokumente	Gleich
2	Vollständige technische Beurteilung der Gesuche	Vermietende, Architekten/innen	100% Einhaltung der Vorgaben des WFG	100% Einhaltung der Vorgaben des WFG	Gleich
3	Fristgerechtes Erarbeiten der Semesterzahllisten	Vermietende	Innert 30 Tagen nach Semesterende	Innert 30 Tagen nach Semesterende	Gleich
4	Fristgerechtes Abklären der Ansprüche auf Beiträge	Vermietende, Mietende	Innert 14 Tagen nach Eingang des Antragsformulars	Innert 14 Tagen nach Vorliegen der Steuerveranlagung	Gleich
5	Fristgerechtes Erarbeiten der Leistungsverfügungen für geförderte Wohnungen	Vermietende	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Gleich
L37	Umsetzung/Unterstützung der alternativen Wohnformen im Alter	Rentnerinnen/Rentner, Gemeinden, Fachverbände	Förderung von mindestens zwei konkreten Projekten	Förderung von mindestens einem konkreten Projekt	Steigend
	Leistungsgruppe 2: Wohneigentumsförderung				
6	Fristgerechtes Entscheiden der Gesuche um Bausparbeiträge	Wohneigentümer	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Innert 7 Tagen nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Gleich
7	Vollständige technische Begutachtung und Entscheid über Zinslastbeiträge	Vermietende, Architekten/innen	Innert 30 Tage nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen	Innert 30 Tage nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen 100% Einhaltung der Vorgaben des WFG	Gleich
8	Fristgerechte Kontrolle der Anspruchsberechtigungen auf Zinslastbeiträge	Wohneigentümer/innen	100% Einhaltung der vorgegebenen Termine	100% Einhaltung der vorgegebenen Termine	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Mietschlichtungsbehörde				
9	Fristgerechtes Ausarbeiten der Schlichtungsentscheide	Schlichtungsbehörde, Parteien	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung	Innert 2 Wochen seit der Verhandlung	Gleich
10	Fristgerechtes Planen/Durchführen der Verhandlungen	Schlichtungsbehörde	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn	Innert 2 Monaten nach Verfahrensbeginn	Gleich
11	Sicherstellen inhaltlich korrekter Formulare für Kündigung und Mietzinsanpassung	Vermietende, Mietende	Genehmigung innert 2 Wochen	Genehmigung innert 2 Wochen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Zu Beratende in Mietfragen	Anzahl		430	430	Gleich
Wohnbauprojekte	Anzahl		10	10	Gleich
Mutationen Zusatzverbilligungen	Anzahl		110	150	Steigend
Anspruchsberechtigte auf Verbilligungsleistungen	Anzahl		560	620	Steigend
Bauspargesuche	Anzahl		6	6	Sinkend
Schlichtungsverfahren	Anzahl		220	220	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-1’862’944.78**	**-2’073’200**	**-2’214’590**	**6.8**	**-2’323’690**	**-2’469’990**	**-2’496’990**
Total Ertrag	**1’710.00**	**13’000**	**13’000**		**13’000**	**13’000**	**13’000**
Saldo	**-1’861’234.78**	**-2’060’200**	**-2’201’590**	**6.9**	**-2’310’690**	**-2’456’990**	**-2’483’990**

Kommentar Budget
Die Lohnkosten und der allgemeine Verwaltungsaufwand bewegen sich im Rahmen des Vorjahres. Durch die Erhöhung der Beitragsleistungen für die in den Jahren 2011 (+ 300 Wohnungen) und im 2012 (+ zirka 200 Wohnungen) geförderten Wohnbauprojekte, wird die Auszahlung 2013 voraussichtlich um 160’000 Franken höher sein.

Kommentar Finanzplan
Die Beitragsleistungen werden als Folge der neu geförderten Wohnungen stetig zunehmen. Lohn- und Betriebsaufwand verändern sich voraussichtlich nicht.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
VD2065.0001	Darlehen für Wohnraumförderung WFG 03/10 (VD0002R)							
	Ausgaben		-100'000	-100'000		-100'000	-100'000	-100'000
	Einnahmen							
VD2065.0002	Darlehen für Wohnraumförderung WFG 10 (VD0003R)							
	Ausgaben		-1'300'000	-1'400'000		-1'600'000	-1'600'000	-1'600'000
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben		**-1'400'000**	**-1'500'000**		**-1'700'000**	**-1'700'000**	**-1'700'000**
	Einnahmen							
	Saldo		**-1'400'000**	**-1'500'000**		**-1'700'000**	**-1'700'000**	**-1'700'000**

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
2067 – Amt für wirtschaftliche Landesversorgung

Leistungsauftrag
Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

Kommentar Budget
Das Amt ist derzeit inaktiv (in sogenannter ständiger Bereitschaft).

Kommentar Finanzplan
In den nächsten Jahren ist – vorbehältlich der Sicherheitslage – mit keinen Kosten zu rechnen.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Volkswirtschaftsdirektion
2070 – Handelsregisteramt

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Handelsregisteramt erfasst rechtlich relevante Tatsachen im Zusammenhang mit den im Geschäftsverkehr auftretenden Rechtseinheiten (im Folgenden Unternehmen genannt), legt diese offen und erbringt weitere damit verbundene Dienstleistungen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Registerführung

- Vornahme von Eintragungen
- Erstellung von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien
- Vorprüfungen von Registerbelegen und rechtliche Abklärungen
- Aufforderungen (v.a. bei Organisationsmängeln und fehlender Adresse)
- Anträge an das Kantonsgericht und Erlass von Verfügungen
- Rücksendung von Pendenzen nach Mahnung und unbeachtetem Fristablauf
- Auskunftserteilung

Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben

- Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen
- Mitwirkung bei Rechtssetzung: Mitberichte und Vernehmlassungen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB, SR 210)
- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR, SR 220)
- EG zum Schweizerischen Obligationenrecht vom 28. August 2009 (EG OR, BGS 216.1)
- Handelsregisterverordnung vom 17. Oktober 2007 (HRegV, SR 221.411)
- Verordnung vom 3. Dezember 1954 über die Gebühren für das Handelsregister (SR 221.411.1.)
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003 über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz, FusG, SR 221.301)
- Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz, KAG, SR 951.31)
- Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291)
- Übereinkommen vom 5. Oktober 1961 zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung (mit Anlage und Verzeichnissen, SR 0.172.030.4)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Registerführung				
1	Erbringung von qualitativ hochstehenden Dienstleistungen	Private, Amtsstellen, Gerichte	< 10% gutgeheissene Beschwerden, < 1% Rückweisungen durch das eidg. Amt für das Handelsregister	maximal 1 Gutheissung pro 5 Beschwerden; <1% Rückweisungen durch das Eidg. Amt für das Handelsregister	Gleich
2	Effiziente Prüfung der eingereichten Belege	Unternehmen, Anmeldende	80% innert 5 Arbeitstagen	80% innert 5 Arbeitstagen	Gleich
3	Zeitnahe Erstellung von Auszügen, Bestätigungen und Belegkopien	Private Kundinnen und Kunden, Ämter, Gerichte	95% innert 2 Arbeitstagen	95% innert 2 Arbeitstagen	Gleich
4	Schnelle Erledigung von Vorprüfungen und rechtlichen Abklärungen	Anwälte/innen, Treuhänder/innen, Unternehmen, Private	90% Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen	90% Mitteilung des Ergebnisses innert 4 Arbeitstagen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
5	Rasche und effiziente Aufforderungen an mangelhafte oder fälschlicherweise nicht eingetragene Unternehmen	Unternehmen	80% innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt	80% innert 5 Arbeitstagen seit Entdeckung des Mangels versandt	Gleich
6	Fristgerechter Erlass von Amtsverfügungen/Anträgen an das Kantonsgericht betreffend Auflösung oder Eintragungspflicht von Unternehmen	Unternehmen, Kantonsgericht	60% innert 1 Monat nach Fristablauf versandt	60% innert 1 Monat nach Fristablauf versandt	Gleich
7	Fristgerechte Anmahnung pendenter und unvollständiger Anmeldungen und Zurücksendung bei ausbleibender Reaktion	Anmeldende Personen	80% der Mahnungen nach 3 Monaten versandt, Rücksendung der Akten nach Ablauf der in der Mahnung gesetzten Frist	80% der Mahnungen nach 4 Monaten versandt, Rücksendung der Akten nach Ablauf der in der Mahnung gesetzten Frist	Gleich
8	Rasche Auskunftserteilung	Private, Amtsstellen, Gerichte	90% innert 1 Arbeitstag	90% innert 1 Arbeitstag	Steigend
A	Einführung elektronische Anmeldung per 1. Januar 2013	Firmen, Treuhänder/innen, Rechtsanwälte/innen	Umsetzung und Abschluss bis Ende Jahr	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben				
9	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	Arbeitsgruppen, Veranstalter	Sitzungs-Teilnahmequote 100%	90% Sitzungs-Teilnahmequote	Gleich
10	Mitwirkung bei Rechtssetzung: Mitberichte und Vernehmlassungen	Bund, Kanton	100% fristgerechte Eingaben	100% fristgerechte Eingaben	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Eintragungen im Handelsregister Zug	Anzahl		20’000	19’000	Gleich
Eingetragene Firmen	Anzahl		30’700	31’100	Gleich
Ausgestellte Registerauszüge, Bestätigungen und Belegkopien	Anzahl		17’000	16’500	Gleich
Juristische Vorprüfungen	Anzahl		700	600	Steigend
Amtliche Beglaubigungen von Unterschriften und Belegen	Anzahl		780	900	Steigend
Aufforderungen zur Herstellung des gesetzmässigen Zustands	Anzahl		1’500	900	Gleich
Anträge an das Kantonsgericht	Anzahl		170	150	Gleich
Auflösungsverfügungen wegen fehlendem Domizil	Anzahl		180	140	Gleich
Telefonische Auskünfte	Anzahl			21’000	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Aufgrund der unsicheren Konjunkturentwicklung ist der Trend für den weiteren Arbeitsanfall schwierig vorherzusagen.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-2'410'032.89	-2'498'680	-2'534'070	1.4	-2'546'930	-2'621'570	-2'701'480
Total Ertrag	5'297'636.69	6'000'100	5'439'100	-9.3	5'472'200	5'554'500	5'637'800
Saldo	2'887'603.80	3'501'420	2'905'030	-17.0	2'925'270	2'932'930	2'936'320

Kommentar Budget
Die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren wird voraussichtlich zu einem Rückgang der Handelsregistereintragungen führen. Zudem ist festzustellen, dass einige Gesellschaften ihr Aktienkapital deutlich gesenkt haben, was bereits zu einer Abnahme der Gebühreneinnahmen geführt hat und möglicherweise weiter führen wird. Bei gelöschten Rechtsdomizilen mit nachfolgender Auflösung der Gesellschaft muss ausserdem wegen des Bundesrechts mit einem Gebührenrückgang gerechnet werden (insgesamt 550'00 Franken).

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Konkursamt führt Konkursverfahren über juristische und natürliche Personen und Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften durch. Es leistet Rechtshilfe in interkantonalen und internationalen Konkursverfahren.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren

- Durchführung von Konkursverfahren gemäss SchKG (ordentlich, summarisch, eingestellt)
- Durchführung von Konkursverfahren aufgrund von Organisationsmängeln (Art. 731b OR)
- Liquidationen von ausgeschlagenen und überschuldeten Erbschaften (Art. 566 ZGB und Art. 597 ZGB)
- Durchführung von Konkursverfahren von im Ausland eröffneten Konkursen (Art. 166 ff. IPRG)
- Spezialliquidationen gemäss Art. 230a SchKG

Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben

- Rechtshilfe zu Gunsten anderer Konkursämter
- Amtliche (Negativ-)Bestätigungen
- Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts
- Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht
- Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen
- Mitwirkung bei Rechtssetzung: Mitberichte und Vernehmlassungen
- Entgegennahme, Verarbeitung und Versand von digital signierten Dokumenten

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1)
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (ZGB, SR 210)
- Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht, OR, SR 220)
- Bundesgesetz vom 4. Dezember 1947 über die Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts (SR 282.11)
- AusfB des BGer vom 20. Oktober 1948 zum Bundesgesetz vom 4. Dezember 1947 über die Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts (SR 282.111)
- Verordnung des Bundesgerichts 13. Juli 1911 über die Geschäftsführung der Konkursämter vom (KOV, SR 281.32)
- Gebührenverordnung vom 23. September 1996 zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (GebV SchKG, SR 281.35)
- Verordnung des Bundesgerichts 23. April 1920 über die Zwangsverwertung von Grundstücken vom (VZG, SR 281.42)
- Verordnung des BGer vom 17. Januar 1923 über die Pfändung und Verwertung von Anteilen an Gemeinschaftsvermögen (VVAG, SR 281.41)
- Verordnung vom 5. Juni 1996 über die im Betreibungs- und Konkursverfahren zu verwendenden Formulare und Register sowie die Rechnungsführung (VFRR, SR 281.31)
- Verordnung vom 5. Juni 1996 über die Aufbewahrung der Betreibungs- und Konkursakten (VABK, SR 281.33)
- Verordnung vom 10. Mai 1910 betreffend die Pfändung, Arrestierung und Verwertung von Versicherungsansprüchen nach dem Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (VPAV, SR 281.51)
- Verordnung des Bundesgerichts vom 20. Dezember 1937 über den Genossenschaftskonkurs (VGeK, SR 281.52)
- Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (IPRG, SR 291)
- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB, SR 311.0)
- Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz, VVG, SR 221.229.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 30. Januar 1997 (EG SchKG, BGS 231.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Abwicklung Konkursverfahren				
1	Beförderliche Erledigung der Konkursverfahren und Spezialliquidationen	Gläubiger/innen, Schuldner/innen, Dritte, Ämter, Gerichte	Mindestens 80% der Verfahren sind innert <12 Monaten erledigt Höchstens 20% der Verfahren dauern länger als 1 Jahr Davon sind 90% der überjährigen Verfahren innert 3 Jahren erledigt Fristerstreckungsgesuche an Aufsichtsbehörde bei 100% der Verfahren > 12 Monate	Mindestens 80% der Verfahren sind innert <12 Monaten erledigt Höchstens 20% der Verfahren dauern länger als 1 Jahr Davon sind 90% der überjährigen Verfahren innert 3 Jahren erledigt Fristerstreckungsgesuche an Aufsichtsbehörde bei 100% der Verfahren > 12 Monate	Gleich
2	Erfolgreiche Erledigung der Klage- und Beschwerdeverfahren	Gläubiger/innen, Schuldner/innen	Max. 10% ganz oder teilweise Gutheissung von Klagen und Beschwerden	Maximal 1 Gutheissung pro 5 Verfahren	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Allgemeine Aufgaben				
3	Abwicklung der Rechtshilfeverfahren	Andere Konkursämter	99% innert eines Jahres	99% innert eines Jahres	Gleich
4	Betreibungsbegehren, Bestätigungen, Auskünften	Gläubiger/innen, Dritte	99% innert gesetzlicher bzw. vereinbarter Frist	99% innert gesetzlicher bzw. vereinbarter Frist	Steigend
5	Teilnahme in Gremien und Arbeitsgruppen	Arbeitsgruppen, Veranstalter	Sitzungsteilnahmequote 100%	90% Sitzungsteilnahmequote	Gleich
6	Mitwirkung bei Rechtssetzung, Mitberichten und Vernehmlassungen	Bund, Kanton, VD	100% fristgerechte Eingaben	100% fristgerechte Eingaben	Gleich
7	Entgegennahme, Verarbeitung und Versand von digital signierten Dokumenten	Gläubiger/innen, Dritte	100% fristgerechte Reaktion	100% fristgerechte Reaktion	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Konkurse nach Art. 159 ff/177 ff/190 ff SchKG	Anzahl		250	230	Gleich
Konkurse nach Art. 731b/941 OR (Organisationsmangel)	Anzahl		280	260	Gleich
Liquidationen von ausgeschlagenen Erbschaften nach Art. 566 ZGB	Anzahl		40	35	Gleich
Konkurse nach Art. 166 ff IPRG (im Ausland eröffnete Konkurse)	Anzahl		1	1	Gleich

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Rechtshilfe an andere Konkursämter nach Art. 4 SchKG	Anzahl		8	8	Gleich
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Private (NAP) für Einbürgerungen usw.	Anzahl		400	400	Gleich
Amtliche Negativ-Bestätigungen für Firmen (JUP) für Submissionen	Anzahl		50	50	Gleich
Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts nach Art. 10 EG SchKG	Anzahl		5	3	Gleich
Telefonische Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht nach Art. 8a SchKG	Anzahl		3'500	15'000	Steigend
Spezialliquidationen	Anzahl		3	3	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Da Betreibungsämter neuerdings im Stand sein müssen, Betreibungsbegehren elektronisch entgegenzunehmen und das Konkursamt bisher nicht über die entsprechende Software verfügt, wird geprüft, ob die Betreibung gegen Gemeinden und öffentlich-rechtliche Körperschaften nicht durch ein Betreibungsamt ausgeführt werden sollte. Der Kauf und der Betrieb der entsprechenden Software wäre im Verhältnis zu den sehr wenigen Betreibungen unverhältnismässig teuer. Hierzu ist allerdings eine Revision des EG SchKG (BGS 231.1) erforderlich.
Die periodische Zählung der telefonischen Auskünfte/Gewähren von Akteneinsicht nach Art. 8a SchKG zeigte, dass die Schätzung für das Budget 2012 massiv zu tief war.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-1'944'826.60**	**-1'973'670**	**-2'051'330**	**3.9**	**-2'071'910**	**-2'143'930**	**-2'219'710**
Total Ertrag	**1'078'132.88**	**1'100'000**	**1'100'000**		**1'100'000**	**1'100'000**	**1'100'000**
Saldo	**-866'693.72**	**-873'670**	**-951'330**	**8.9**	**-971'910**	**-1'043'930**	**-1'119'710**

Kommentar Budget
Die Anzahl Konkursverfahren wird aufgrund der wirtschaftlichen Bedingungen leicht abnehmen. Verfahren nach Art. 731b OR (Organisationsmangel) werden wohl im Jahr 2013 leicht zurückgehen, aber auf hohem Niveau stagnieren. Trotz des leichten Rückgangs der Verfahren nach Art. 731b OR werden die ungedeckten Verfahrenskosten, welche bisher jeweils zu tief veranschlagt wurden, zunehmen, weil keine Kostenträger und keine verwertbaren Aktiven in den Rechtseinheiten vorhanden sind (100'000 Franken).
Für den Fall, dass das Konkursamt weiterhin Betreibungsbegehren gegen Gemeinden und öffentlich-rechtliche Körperschaften zustellen müsste, wurden im Budget vorsorglich 36'000 Franken für die Anschaffung der entsprechenden Software aufgenommen. Die Anschaffung der Software ist abhängig von der Revision des EG SchKG (BGS 231.1).

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3000 – Direktionssekretariat

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Baudirektion. Sie unterstützt den Baudirektor administrativ und in fachlicher Hinsicht. Das Direktionssekretariat erbringt für die Ämter der Baudirektion juristische und administrative Dienste, auch solche im IT-Bereich und im Rechnungswesen sowie in der externen Kommunikation, und es berät die Einwohnergemeinden und andere öffentlich-rechtliche Organisationen im Kanton Zug in fachlicher Hinsicht, namentlich im Bereich des Planungs- und Baurechts, des Umwelt- und Energierechts. Das Direktionssekretariat arbeitet mit Dritten zusammen, die im Leistungsauftrag Aufgaben des Kantons wahrnehmen. Es besorgt amtsübergreifende Aufgaben der Baudirektion.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Regierungs- und Kantonsratsgeschäfte
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen vorbereiten
- Verfassen von Mitberichten, Stellungnahmen und Vernehmlassungen
- Administrative und fachliche Begleitung von Kantonsratskommissionen

Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst
- Neue Erlasse oder Änderungen zu geltenden Erlassen vorbereiten
- Behandeln von Verwaltungsbeschwerden und anderen Eingaben in Rechtsmittelverfahren
- Rechtsberatung der Ämter und der Einwohnergemeinden
- Beratung von öffentlichen Auftraggebenden in Submissionsfragen

Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle
- Grundlagen für die kantonale Energiepolitik aufarbeiten
- Umsetzung von energiepolitischen Massnahmen
- Koordination energierechtlicher Aufgaben mit Behörden aller Stufen, Austausch mit Meinungsträgern/innen
- Sicherstellung der Energieberatung durch Dritte

Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben
- Landerwerb und Immobiliengeschäfte insbesondere für Hoch- und Tiefbauten
- Öffentlichkeitsarbeit für die Baudirektion und den Baudirektor
- Ämterübergreifende Koordinationsaufgaben und Führungsunterstützung für den Baudirektor
- Empfang am Schalter im Verwaltungszentrum 1 an der Aa

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Raumplanung vom 22. Juni 1979 (RPG, SR 700)
- Energiegesetz vom 26. Juni 1998 (EnG, SR 730.0)
- Energieverordnung vom 7. Dezember 1998 (EnV, SR 730.01)
- Einführungsgesetz zum Umweltschutzgesetz vom 29. Januar 1998 (EG USG, SR 811.1)
- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1, § 46)
- Verordnung über die Ämterzuteilung vom 9. Dezember 1998 (BGS 153.2)
- Planungs- und Baugesetz vom 26. November 1998 (PBG, BGS 721.11)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG, BGS 731.1)
- Energiegesetz vom 1. Juli 2004 (BGS 740.1)
- Verordnung zum Energiegesetz vom 12. Juli 2005 (BGS 740.11)
- Submissionsgesetz (SubG) vom 2. Juni 2005 (BGS 721.51)
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. März 2001 (BGS 721.52)
- Submissionsverordnung (SubV) vom 20. September 2005 (BGS 721.53)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Regierungs- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Formal richtige Anträge der BD an den RR	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
2	Zeitgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Regierungsrat	100% der Vorstösse sind innert Frist beantwortet	100% der Vorstösse sind innert Frist beantwortet	Gleich
3	Zeitgerechte Beantwortung von Mitberichten, Stellungnahmen und Vernehmlassungen	Diverse	100% der Mitberichte, Stellungnahmen und Vernehmlassungen sind innert Frist beantwortet	100% der Mitberichte, Stellungnahmen und Vernehmlassungen sind innert Frist beantwortet	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
4	Verwaltungsbeschwerdeentscheide innert drei Monaten seit Abschluss des Schriftenwechsels gefällt	Beteiligte Parteien	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
A	Umsetzung der Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes mit Verordnung zum Planungs- und Baugesetz, Vollzug von neuen Bestimmungen fördern	Regierungsrat, Kantonsrat	Regierungsbeschluss zur Umsetzung liegt vor	«Fällt weg; Abschluss 2012»	
B	Verordnung zum Planungs- und Baugesetz beschlossen	Regierungsrat, Kantonsrat	Regierungsbeschluss liegt vor	«Fällt weg; Abschluss 2012»	
C	Teilrevision Energiegesetz abschliessen	Regierungsrat, Kantonsrat		Allfällige Referendumsabstimmung erfolgreich bestanden und Gesetz in Kraft getreten	Umsetzung
L5c	Anpassung des kantonalen Energiegesetzes prüfen, aufgrund des Leitbildes «Energie im Kanton Zug 2011»	Regierungsrat, Kantonsrat	Kantonsratsbeschluss liegt vor	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 3: Energiefachstelle				
5	Die Bevölkerung kennt und nutzt die vom Kanton finanzierte Energieberatung	Publikum	100 Beratungen	100 Beratungen	Gleich
D	Motion von Daniel Thomas Burch vom 29. Januar 2009, erheblich erklärt am 29. Oktober 2009, betreffend Strategie zur Substitution fossiler Brennstoffe zur Erzeugung von Raumwärme in Gebäuden im Hinblick auf Umsetzung geklärt	Regierungsrat	Kantonsratsbeschluss liegt vor	«Fällt weg; Strategie wird im 2012 geklärt» siehe L5c	
E	Die Bevölkerung für die energiepolitischen Ziele sensibilisieren	Bevölkerung	Mediale Kampagne	Auftritt an der Zuger Messe	jährlich 1 Aktion
L30	Die strategischen Zielsetzungen der Energiepolitik sind mit Behörden und Wirtschaft abgestimmt	Behörden, Wirtschaft	Mindestens zwei Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik	Mindestens zwei Veranstaltungen zur Koordination der Energiepolitik	Gleich
L5a	Neues Förderprogramm geklärt	Regierungsrat, Kantonsrat	Regierungs- und Kantonsratsbeschluss liegen vor	«Fällt weg; neues Förderprogramm im 2012 gestartet»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 4: Allgemeine Stabsaufgaben				
6	Konsensorientierte, erfolgreiche Landerwerbs-verhandlungen	Ämter der Baudirektion, andere Direktionen, dinglich Berechtigte in Einzelfällen	Maximal eine vollzogene Enteignung pro Jahr	Maximal eine vollzogene Enteignung pro Jahr	Gleich
7	Kommunikation – Gute Wahrnehmung der Baudirektion und ihrer Arbeit	Medien, Öffentlichkeit	80 Medienmitteilungen, 12 Medienkonferenzen	80 Medienmitteilungen, 12 Medienkonferenzen	Gleich
F	Kommunikative Vorbereitung der Umsetzung des Kantons-ratsbeschlusses betreffend An-passung des kantonalen Richt-plans vom 29. Januar 2009 im Hinblick auf den Perimeter Lorzenebene	Medien, Öffentlichkeit	Medienmitteilung, allenfalls Medienkonferenz	«Fällt weg; 2012 umgesetzt»	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Anträge BD an RR	Anzahl		180	180	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		16	16	Gleich
Eingang Verwaltungsbeschwerden	Anzahl		50	50	Gleich
Von der BD begleitete Sitzungen von Kantonsratskommissionen	Anzahl		15	15	Gleich
Publikationen für den Kanton Zug auf der Submissionsplattform simap.ch	Anzahl		120	120	Gleich
Beitragsgesuche für kantonale Energiefördermittel	Anzahl		150	150	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Wir erwarten keine wesentlichen Änderungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-2'339'631.85**	**-2'454'600**	**-2'509'200**	**2.2**	**-2'566'250**	**-2'644'150**	**-2'724'700**
Total Ertrag	**9'635.30**	**500**	**500**		**500**	**500**	**500**
Saldo	**-2'329'996.55**	**-2'454'100**	**-2'508'700**	**2.2**	**-2'565'750**	**-2'643'650**	**-2'724'200**

Kommentar Budget
- Plus 0.5 Personaleinheiten für die Neuorganisation und -besetzung der Energiefachstelle.
- Plus 0.2 Personaleinheiten zur Verstärkung des Sekretariates zur Bewältigung der steigenden Anforderungen.
- Aufwandsteigerung bei der Energiefachstelle für ihren Auftritt an der Zuger Messe 2013.
- Aufwandminderung durch den Wegfall von Ausgaben und Einnahmen der Schätzungskommission (mit geändertem Planungs- und Baugesetz neu beim Verwaltungsgericht)

Kommentar Finanzplan
Es sind keine wesentlichen Änderungen zu erwarten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
BD3000.0002	Durchlaufende Beiträge «Das Gebäudeprogramm»							
BD3000.0004	Investitionsbeitrag Holz-Wärmeverbund Neuheim							
	Ausgaben		-200'000					
	Einnahmen							
BD3000.0005	Durchlauf. Beiträge Bund Teilzweckb. CO_2-Abgabe							
	Ausgaben	-2'028'250.00		-1'700'000		-1'700'000	-1'700'000	-1'700'000
	Einnahmen	2'028'250.00		1'700'000		1'700'000	1'700'000	1'700'000
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-2'028'250.00**	**-200'000**	**-1'700'000**		**-1'700'000**	**-1'700'000**	**-1'700'000**
	Einnahmen	**2'028'250.00**		**1'700'000**		**1'700'000**	**1'700'000**	**1'700'000**
	Saldo		**-200'000**					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
BD3000.0001	Förderung Massnahmen für geringeren Energiebedarf							
	Ausgaben	-2'127'566.90	-100'000					
	Einnahmen	1'147'000.00	100'000					
BD3000.0003	Anschlussprogramm Energiebeiträge							
	Ausgaben		-2'000'000	-1'500'000		-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000
	Einnahmen		600'000	150'000		150'000	150'000	150'000
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-2'127'566.90**	**-2'100'000**	**-1'500'000**		**-1'500'000**	**-1'500'000**	**-1'500'000**
	Einnahmen	**1'147'000.00**	**700'000**	**150'000**		**150'000**	**150'000**	**150'000**
	Saldo	**-980'566.90**	**-1'400'000**	**-1'350'000**		**-1'350'000**	**-1'350'000**	**-1'350'000**

Kommentar Budget
- Der Budgetkredit BD3000.0005 umfasst das landesweite Gebäudesanierungsprogramm der Kantone, welches von «Das Gebäudeprogramm» abgewickelt wird. Der Kredit erscheint als durchlaufender Beitrag, weil die Mittel vom Bund aus der Teilzweckbindung der CO_2-Abgabe zur Verfügung gestellt werden.
- Beim kantonalen Anschlussprogramm Energiebeiträge BD3000.0003 sind die Beitragssätze gegenüber dem vorgängigen Förderprogramm reduziert worden. Daher ist bei gleicher Nachfrage mit tieferen Ausgaben zu rechnen. Zudem fallen auch die Globalbeiträge des Bundes tiefer aus.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3020 – Tiefbauamt

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Tiefbauamt ist verantwortlich für die Planung, den Bau und die Erneuerung des Kantonsstrassennetzes. Dazu gehören auch die Planung und der Bau von kantonalen Radwegen. Das Tiefbauamt ist ausserdem verantwortlich für wasserbauliche Massnahmen sowie die generelle Aufsicht an den öffentlichen Gewässern sowie an privaten Gewässern, sofern sie ausserhalb der Bauzonen liegen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Planung, Bau und Erneuerung von Strassen und Radwegen

- Planung und Realisierung von Grossprojekten gemäss kantonalem Richtplan
- Umsetzung des Strassenbauprogramms
- Strategische Planung von Sanierungsprojekten zur Aufrechterhaltung der Zustandsqualität und Leistungsfähigkeit der bestehenden Strasseninfrastruktur
- Werterhaltung der Kunstbauten

Leistungsgruppe 2: Wasserbauliche Massnahmen an öffentlichen und privaten Gewässern

- Wasserbauliche Massnahmen, namentlich den Ausbau, die Sicherung, die Renaturierung und den betrieblichen sowie den baulichen Unterhalt von Gewässern und den Bau und Unterhalt von Geschiebesammlern und Entlastungsleitungen
- Umsetzung von Schilfschutzmassnahmen

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen und hoheitliche Entscheide

- Erteilung von Konzessionen und Bewilligungen an kantonalen Strassen und Wegen
- Entscheid resp. Bewilligung über wasserbauliche Massnahmen an öffentlichen Gewässern sowie an privaten Gewässern ausserhalb der Bauzonen
- Bewilligungen über die Einleitung von unverschmutztem Abwasser in ein oberirdisches Gewässer
- Unterstützung der Baudirektion bei Fachfragen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1, § 46)
- Delegationsverordnung vom 23. November 1999 (BGS 153.3, § 7)
- Verfügung über die Delegation von Zuständigkeiten der Baudirektion in diversen Bereichen vom 12. Mai 2003 (BGS 153.741, Ziff. 4)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG, BGS 731.1)
- Verordnung zum Gesetz über die Gewässer vom 17. April 2000 (V GewG, BGS 731.11)
- Kantonsratsbeschluss über das Strassenbauprogramm 2004–2014 vom 18. Dezember 2003 (BGS 751.12)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW, BGS 751.14)
- Verordnung zum Gesetz über Strassen und Wege vom 18. Februar 1997 (V GSW, BGS 751.141)
- Gesetzliche Submissionsvorgaben (BGS 721.5)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Fortlaufende Umsetzung des Strassenbauprogramms 2004–2014	Kantonale Verwaltung	Realisierungsgrad der Projekte 60%	Realisierungsgrad der Projekte 80%	Neues Programm
	Leistungsgruppe 1: Planung, Bau und Erneuerung von Strassen und Radwegen				
2	Kredit- und Termineinhaltung bei Ausführungsprojekten	Kantonale Verwaltung	80% der Projekte ohne Beanstandung	80% der Projekte ohne Beanstandung	Gleich
A	Umfahrung Cham–Hünenberg	Verkehrsteilnehmende	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt	Baubewilligungsverfahren	Reali-sierung

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
B	Ausbau Grindel–Bibersee	Verkehrsteilnehmende	Realisierungsphase	Realisierung	Eröffnung
C	Tangente Zug/Baar	Verkehrsteilnehmende	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt	Baubewilligungsverfahren	Realisierung
D	Brücke Städtlerwald	Öffentlichkeit	Eröffnung	«Fällt weg, Projekt abgeschlossen»	
E	Brücke Gibelfeld	Verkehrsteilnehmende	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt	Bestandteil von A) Umfahrung Cham–Hünenberg	
F	Sihlbrugg-Neuheim 1. Etappe	Verkehrsteilnehmende	Realisierung	Realisierung	Eröffnung
L8	Bus-Unterführung Sumpf, Steinhausen	Öffentlicher Verkehr	Realisierung	Realisierung	Eröffnung
L8	Hinterbergstrasse Steinhausen	Verkehrsteilnehmende, öffentlicher Verkehr	Realisierung	Realisierung	Eröffnung
L12a	Stadttunnel Zug	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Kreditvorlage (KRV) für generelles Projekt	KRV für Kredit und Genehmigung Generelles Projekt im 1. Quartal, politischer Prozess	Bauprojekt
L12b	Umfahrung Unterägeri	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit		Eintrag Richtplan überprüfen	Strategische Zwischenphase
L12c	Ausbau Ägeristrasse mit Radstreifen, Lorzentobelbrücke bis Schmittli	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt	Auflageprojekt	Baubewilligungsverfahren Baubeginn
L12c	Rad-/Fussweg, Lutisbachweg bis Mitteldorfstrasse, Oberägeri	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Realisierung	Projektabschluss	
L12c	Ausbau Kantonsstrasse mit Rad-/Fussweg, Chilematt bis Teufi, Oberägeri	Verkehrsteilnehmende, Öffentlichkeit	Bauprojekt inkl. Vernehmlassung Auflageprojekt	Auflageprojekt	Baubewilligungsverfahren Baubeginn
	Leistungsgruppe 2: Wasserbauliche Massnahmen an öffentlichen und privaten Gewässern				
3	Schilfschutzmassnahmen	Öffentlichkeit	Realisierung gemäss Budgetvorgabe	Realisierung gemäss Budgetvorgabe	Gleich
G	Renaturierungsprojekt Lorze, Spinnerei Baar	Öffentlichkeit	Abschluss Bauarbeiten	Projektabschluss	
	Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen und hoheitliche Entscheide				
4	Gesuche an Kantonsstrassen (Einmündungsbewilligungen, Benutzung von kantonalen Grundstücken usw.)	Dritte	Keine Reklamationen betr. termingerechter Bearbeitung nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen; Anzahl < 4	Keine Reklamationen betr. termingerechter Bearbeitung nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen; Anzahl < 4	Gleich
5	Bewilligungen für wasserbauliche Gesuche und Massnahmen	Dritte	Keine Reklamationen betreffend termingerechter Bearbeitung nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen; Anzahl < 1	Keine Reklamationen betreffend termingerechter Bearbeitung nach Vorliegen sämtlicher Unterlagen; Anzahl < 1	Gleich
6	Unterstützung der Baudirektion bei Parlamentsgeschäften und Anfragen Dritter	Direktionsvorsteher	Termingerechte Unterlagenerarbeitung für Baudirektion; mind. 90%	Termingerechte Unterlagenerarbeitung für Baudirektion; mind. 90%	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Stetige Entwicklung der Projekte

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Kantonsstrassennetz	km		137	137	Gleich
Kunstbautenobjekte	Anzahl		258	482	Steigend
Länge öffentlicher Gewässer (ohne Seen)	km		80	80	Gleich
Länge privater Gewässer (ausserhalb Wald und Bauzonen)	km			100	Gleich
Behandelte Gesuche an Kantonsstrassen	Anzahl		80	90	Gleich
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl		1750	1900	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
- Ergänzung mit Plangrösse «Länge privater Gewässer»
- Erfassung bestehender und geplanter Kunstbauten und Aufnahme in Datenbank

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-5'597'893.90**	**-6'239'000**	**-6'021'300**	**-3.5**	**-7'240'400**	**-7'595'200**	**-7'870'100**
Total Ertrag	**2'429'818.45**	**2'454'000**	**2'599'000**	**5.9**	**2'891'000**	**2'952'000**	**3'005'000**
Saldo	**-3'168'075.45**	**-3'785'000**	**-3'422'300**	**-9.6**	**-4'349'400**	**-4'643'200**	**-4'865'100**

Kommentar Budget
- Minderaufwand infolge Verschiebung der Wasserbau-Projektierungsarbeiten von der Laufenden Rechnung in die Investitionsrechnung (5020.10 TB3020.0023).
- Zusätzliche Erträge durch Bundesbeiträge gemäss Vereinbarung.
- Ergibt leicht reduzierten Saldo.

Kommentar Finanzplan
- Mehraufwand infolge erforderlicher Personalzunahme wegen der Grossprojekte und komplexeren Aufgaben.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT3020.0001	Einführung MISTRA							
	Ausgaben		-200'000	-100'000		-50'000		
	Einnahmen							
TB3020.0003	Sanierung alte Lorzentobelbrücke							
	Ausgaben		-50'000	-50'000		-50'000	-50'000	-1'000'000
	Einnahmen							
TB3020.0005	Erwerb von öffentlichen Anlagen							
	Ausgaben	-820.00	-50'000					
	Einnahmen							
TB3020.0006	Strassenbeleuchtungen							
	Ausgaben	-85'442.75	-300'000	-750'000		-500'000	-500'000	-500'000
	Einnahmen							
TB3020.0007	Landerwerb an öffentlichen Gewässern							
	Ausgaben		-20'000					
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
TB3020.0018	Beitrag Reussdammsanierung Risch							
	Ausgaben			-150’000				
	Einnahmen							
TB3020.0019	Beitrag Ausbau Mülibach Zug							
	Ausgaben			-200’000				
	Einnahmen							
TB3020.0021	Ausbau Lorze Schwelli, Unterägeri							
	Ausgaben			-200’000				
	Einnahmen							
TB3020.0022	Ausbau Sulzmattbach							
	Ausgaben						-500’000	
	Einnahmen							
TB3020.0023	Studien, Vor- und Bauprojekte Wasserbau							
	Ausgaben			-300’000		-200’000	-200’000	-200’000
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-86’262.75**	**-620’000**	**-1’750’000**		**-800’000**	**-1’250’000**	**-1’700’000**
	Einnahmen							
	Saldo	**-86’262.75**	**-620’000**	**-1’750’000**		**-800’000**	**-1’250’000**	**-1’700’000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
TB3020.0002	Busbevorzugung							
	Ausgaben	-99’386.40	-1’400’000	-1’500’000		-1’000’000	-2’800’000	-1’300’000
	Einnahmen							
TB3020.0004	Radwegbauten							
	Ausgaben	-1’204’978.90	-4’700’000	-2’500’000		-3’700’000	-2’000’000	-6’000’000
	Einnahmen	50’817.95		200’000		500’000	500’000	150’000
TB3020.0010	Reussdamm							
	Ausgaben	-181’400.00						
	Einnahmen							
TB3020.0012	Renaturierung Lorze Baar, Spinnerei							
	Ausgaben	-925’314.00	-2’800’000	-150’000				
	Einnahmen	383’690.05	1’000’000	50’000				
TB3020.0013	Reussdamm: Reusshalde – Sinserbrücke							
	Ausgaben						-1’000’000	-5’000’000
	Einnahmen						400’000	1’500’000
TB3020.0014	Renaturierung Reussspitz							
	Ausgaben							-2’000’000
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
TB3020.0015	Bau einer Kiesinsel im Zugersee							
	Ausgaben	-154'494.65	-100'000					
	Einnahmen		100'000					
TB3020.0016	Tobelbach Cham							
	Ausgaben					-2'500'000	-2'000'000	
	Einnahmen					1'000'000	700'000	500'000
TB3020.0017	Littibach Baar							
	Ausgaben					-2'000'000	-1'400'000	-100'000
	Einnahmen							
TB3020.0020	Diverser Landerwerb 11–16							
	Ausgaben			-250'000		-100'000	-100'000	-100'000
	Einnahmen							
TB3020.0042	Vorsorglicher Landerwerb 2007–2012							
	Ausgaben	-9'999.50	-100'000					
	Einnahmen							
TB3020.0043	Brücke Städtlerwald							
	Ausgaben	-3'860'741.40	-2'000'000	-1'000'000				
	Einnahmen	1'500'000.00	800'000	100'000				
TB3020.0044	Bauliche Massnahmen Suizidprävention Oberwil							
	Ausgaben		-50'000					
	Einnahmen							
TB3020.0045	ÖV Feinverteiler UF Sumpf							
	Ausgaben		-5'000'000	-9'000'000		-7'000'000	-2'000'000	
	Einnahmen		2'000'000	4'400'000		3'050'000	850'000	
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-6'436'314.85**	**-16'150'000**	**-14'400'000**		**-16'300'000**	**-11'300'000**	**-14'500'000**
	Einnahmen	**1'934'508.00**	**3'900'000**	**4'750'000**		**4'550'000**	**2'450'000**	**2'150'000**
	Saldo	**-4'501'806.85**	**-12'250'000**	**-9'650'000**		**-11'750'000**	**-8'850'000**	**-12'350'000**

Kommentar Budget
- Mehr Projekte in der Realisierung.
- Hauptbauphase öV Feinverteiler Unterführung Sumpf.

Kommentar Finanzplan
- Unklare Entwicklung bezüglich Projektentwicklung und Realisierung infolge Rechtsverfahren.

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Abteilung Strassenunterhalt des Tiefbauamtes des Kantons Zug ist zuständig für den betrieblichen und baulichen Unterhalt der Kantonsstrassen.
Der betriebliche Unterhalt umfasst Massnahmen zur Gewährleistung einer möglichst dauernden Betriebsbereitschaft sowie einen umweltgerechten Winterdienst.
Der bauliche Unterhalt umfasst alle baulichen Massnahmen zur Werterhaltung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Betrieb

- Winterdienst (Pikettdienst, Schneeräumung, Glatteisbekämpfung und Schneeabfuhr)
- Reinigung (Reinigung von Fahrbahnoberflächen, Strassenentwässerungen, Grünflächen und Kunstbauten)
- Grünpflege (Pflege von Gehölz- und Rasenflächen sowie Bekämpfung von invasiven Neophyten)
- Technischer Dienst (Wartung und Kontrolle von Fahrzeugrückhaltesystemen, Zäunen, Markierungen, Leiteinrichtungen und Schutzeinrichtungen gegen Naturgewalten)
- Unfalldienst (Pikettdienst, Reinigungs- und Reparaturarbeiten von Drittschäden)
- Bauliche Reparaturen (Reparatur von Schlaglöchern, Winterschäden, Schächten und Rissen)
- Ausserordentliche Dienste (Pikettdienst, Mithilfe bei ausserordentlichen Ereignissen z.B. Unwetter)

Leistungsgruppe 2: Strassenerhaltung

- Projekte (Planung und Realisierung von Massnahmen zur Werterhaltung)
- Grabenaufbrüche (Bewilligung und Kontrolle)

Leistungsgruppe 3: Elektrotechnik

- Betrieb (Pikettdienst, Wartung und Kontrolle von Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen)
- Projekte (Planung und Realisierung von Massnahmen zur Werterhaltung sowie Fachunterstützung bei Grossprojekten des Tiefbauamtes für die Betriebs- und Sicherheitsausrüstung)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG, SR 741.01)
- Bundesgesetz vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG, SR 814.20)
- Elektrizitätsgesetz vom 24. Juni 1902 (EleG, SR 734.0)
- Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung vom 18. Mai 2005 (ChemRRV, SR 814.81)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW, BGS 751.14)
- Verordnung zum Gesetz über Strassen und Wege vom 18. Februar 1997 (V GSW, BGS 751.141)
- Gesetzliche Submissionsvorgaben (BGS 721.5)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Betriebssicheres Strassennetz sicherstellen	Bevölkerung	Anzahl berechtigte Werkhaftungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit max. 3	Anzahl berechtigte Werkhaftungsklagen infolge mangelnder Betriebssicherheit max. 3	Gleich
2	Werterhaltung des Strassennetzes sicherstellen	Bevölkerung	Mittelwert des Strassenzustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2.2	Mittelwert des Strassenzustandes gemäss VSS-Norm 640 925b Index I1 max. 2.2	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Betrieb				
3	Fach- und termingerechten Winterdienst sicherstellen	Bevölkerung	Anzahl berechtigte Werkhaftungsklagen infolge mangelndem Winterdienst max. 2	Anzahl berechtigte Werkhaftungsklagen infolge mangelhaftem Winterdienst max. 2	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
4	Ständige Einsatzbereitschaft im Pikettdienst	Bevölkerung	Einsatz im Winterdienst nach Aufgebot durch Pikettchef innerhalb von 30 Minuten in mind. 95% der Fälle	Einsatz im Winterdienst nach Aufgebot durch Pikettchef innerhalb von 30 Minuten in mind. 95 % der Fälle	Gleich
5	Fach- und termingerechte Reinigung sicherstellen	Bevölkerung	Anzahl berechtigte Reklamationen über mangelhafte Reinigung max. 10 Abweichung der Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20%	Anzahl berechtigte Reklamationen über mangelhafte Reinigung max. 10 Abweichung der Reinigungskosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20%	Gleich
6	Fach- und termingerechte Grünpflege sicherstellen	Bevölkerung	Der Sicherheitsgrünschnitt (1 m ab Strassenrand) ist bis Ende Juli ausgeführt Abweichung der Grünpflegekosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20%	Der Sicherheitsgrünschnitt (1 m ab Strassenrand) ist bis Ende Juli ausgeführt Abweichung der Grünpflegekosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20%	Gleich
7	Fach- und termingerechten Unfalldienst sicherstellen	Schadenverursachende	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80% gedeckt	Reparaturkosten der Drittschäden zu mind. 80% gedeckt	Gleich
8	Fach- und termingerechte bauliche Reparaturen sicherstellen	Bevölkerung	Anzahl berechtigte Reklamationen über mangelhafte Reparaturen max. 10 Abweichung der Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20%	Anzahl berechtigte Reklamationen über mangelhafte Reparaturen max. 10 Abweichung der Reparaturkosten vom 5-Jahresmittel des Kantons Zug max. ± 20%	Gleich
9	Umsetzung Richtlinien der Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS)	Mitarbeitende	Ausfalltage wegen Betriebsunfällen max. 20 Tage	Ausfalltage wegen Betriebsunfällen max. 20 Tage	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Strassenerhaltung				
10	Kostenschätzungen oder -voranschläge der Erhaltungsprojekte einhalten	Bevölkerung	Kostenschätzung oder -voranschlag der einzelnen Projekte mit max. ± 20% Abweichung	Kostenschätzung oder -voranschlag der einzelnen Projekte mit max. ± 20% Abweichung	Gleich
11	Reparatur Winterschäden	Bevölkerung	Schäden bis Ende Oktober behoben	Schäden bis Ende Oktober behoben	Gleich
12	Speditive Bearbeitung der Grabenaufbruchsgesuche	Gesuchstellende	Gesuche nach Eingang aller notwendigen Unterlagen/ Informationen innerhalb von zehn Arbeitstagen in mind. 95% der Fälle bearbeitet	Gesuche nach Eingang aller notwendigen Unterlagen/ Informationen innerhalb von zehn Arbeitstagen in mind. 95% der Fälle bearbeitet	Gleich
A	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 4/338/P; Sanierung Kreisel Sihlbrugg, Baar	Bevölkerung	Projekt ausgeführt	«Fällt weg»	
B	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 368; Sanierung Rischerstrasse, Schlosswald – Bushaltestelle Risch, Risch	Bevölkerung	Projekt ausgeführt	«Fällt weg»	
C	Fach- und termingerechte Ausführung von KS P; Sanierung Cholrainstrasse, Hauptstrasse – Dürrbach, Menzingen	Bevölkerung	Projekt ausgeführt	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
D	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 4; Sanierung Kreisel Lättich, Baar	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	
E	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 4b; Sanierung Baarerstrasse, Gubelstrasse – Metalli, Zug	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	
F	Fach- und termingerechte Ausführung von KS 381; Sanierung Zugerstrasse, Aufgang Kirche – Lidostrasse, Unterägeri	Bevölkerung		Projekt ausgeführt	
	Leistungsgruppe 3: Elektrotechnik				
13	Fachgerechten Betrieb sicherstellen: Strassenbeleuchtung	Bevölkerung	Anzahl berechtige Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 5	Anzahl berechtige Reklamationen über mangelhafte Beleuchtung max. 5	Gleich
14	Fachgerechten Betrieb sicherstellen: Lichtsignalanlagen	Bevölkerung	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträge bei Totalausfall (Anlage dunkel) bei mind. 90% der Fälle eingehalten	Störungsbehebungszeit gemäss Wartungsverträge bei Totalausfall (Anlage dunkel) bei mind. 90% der Fälle eingehalten	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Strassennetz	km		136.9	136.5	Gleich
Entwässerungsleitungen	km		113	113	Gleich
Grünflächen	m^2		337’000	337’000	Gleich
Lichtsignalanlagen	Anzahl		37	38	Gleich
Beleuchtungskandelaber	Anzahl		1’800	2’570	Gleich
Strassenabwasserbehandlungsanlagen (SABA)	Anzahl		27	27	Steigend
Grabenaufbrüche	Anzahl		100	100	Gleich
Drittschäden im Strassenraum	Anzahl		130	130	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Die Anzahl Beleuchtungskandelaber im Budget 2012 betrifft nur diejenigen im Versorgungsgebiet der Wasserwerke Zug AG.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-17'566'942.10	-18'730'900	-19'016'800	1.5	-19'068'900	-19'456'000	-19'674'800
Total Ertrag	5'145'772.65	5'238'000	5'359'000	2.3	5'329'000	5'433'000	5'493'000
Saldo	-12'421'169.45	-13'492'900	-13'657'800	1.2	-13'739'900	-14'023'000	-14'181'800

Kommentar Budget
- Der Stellenplan muss um eine Stelle erhöht werden.
- Der Budgetbetrag der kantonalen Autobahn T4 muss für den baulichen Unterhalt und für Bauwerksinspektionen um Fr. 130'000.– erhöht werden.

Kommentar Finanzplan
- Saldo stabil bis leicht steigend.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
TB3023.0034	Anschaffung Maschinen und Fahrzeuge							
	Ausgaben	-167'263.50				-300'000	-300'000	-400'000
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	-167'263.50				-300'000	-300'000	-400'000
	Einnahmen							
	Saldo	-167'263.50				-300'000	-300'000	-400'000

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3030 – Strassenbau Spezialfinanzierung

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
330	Abschreibungen Sachanlagen VV		-25'631'000	-25'488'000	-0.6	-33'940'000	-48'944'000	-108'736'000
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital		-8'116'000	-8'305'235	2.3	-1'232'950		
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-34'205'560.94						
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen		-1'124'000	-1'136'480	1.1	-1'149'000	-1'161'480	-1'174'000
	Total Aufwand	**-34'205'560.94**	**-34'871'000**	**-34'929'715**	**0.2**	**-36'321'950**	**-50'105'480**	**-109'910'000**
403	Besitz- und Aufwandsteuern		28'100'000	28'412'000	1.1	28'725'000	29'037'000	29'350'000
451	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im EK						13'070'949	71'818'738
460	Ertragsanteile		4'023'000	4'558'715	13.3	4'533'950	4'916'531	4'894'262
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	34'205'560.94						
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		2'748'000	1'959'000	-28.7	3'063'000	3'081'000	3'847'000
	Total Ertrag	**34'205'560.94**	**34'871'000**	**34'929'715**	**0.2**	**36'321'950**	**50'105'480**	**109'910'000**
	Saldo							

Kommentar Budget
Die Abschreibungen entsprechen den Investitionen in der Kostenstelle 3031 (Kantonsstrassen).

Kommentar Finanzplan
Die Abschreibungen entsprechen den Investitionen in der Kostenstelle 3031 (Kantonsstrassen).

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3031 – Kantonsstrassen

Leistungsauftrag
Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
TB3031.0015	Eigenleistung Tiefbauamt und Strassenunterhalt							
	Ausgaben	-5'629'000.00	-6'391'000	-6'318'000		-6'690'000	-6'904'000	-7'046'000
	Einnahmen							
TB3031.0046	Globalbeiträge Hauptstrassen							
	Ausgaben							
	Einnahmen	541'081.00	500'000	600'000		600'000	600'000	600'000
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-5'629'000.00**	**-6'391'000**	**-6'318'000**		**-6'690'000**	**-6'904'000**	**-7'046'000**
	Einnahmen	**541'081.00**	**500'000**	**600'000**		**600'000**	**600'000**	**600'000**
	Saldo	**-5'087'919.00**	**-5'891'000**	**-5'718'000**		**-6'090'000**	**-6'304'000**	**-6'446'000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
TB3031.0011	Studien und Vorprojekte							
	Ausgaben	-3'001'360.91	-2'000'000					
	Einnahmen	68'180.00						
TB3031.0013	Nordzufahrt Zug/Baar							
	Ausgaben	-3'625'402.78	-250'000					
	Einnahmen	7'935'650.55	1'200'000					
TB3031.0014	Neueinr. u. Erweiter. von Verkehrsregelungsanlagen							
	Ausgaben	-487'513.20	-800'000	-500'000		-1'100'000	-1'100'000	-500'000
	Einnahmen							
TB3031.0016	Zug/Bundesplatz – Walchwil/ St. Adrian							
	Ausgaben	-26'013.40						
	Einnahmen							
TB3031.0018	Zug/Kolinplatz – Schmittli/ Neuägeri							
	Ausgaben					-250'000	-250'000	-100'000
	Einnahmen							
TB3031.0020	Lokale Korrekturen							
	Ausgaben	-3'404'261.15	-4'500'000	-5'000'000		-7'300'000	-8'500'000	-4'000'000
	Einnahmen	37'339.45	1'200'000	2'350'000		2'640'000	1'000'000	
TB3031.0026	Sihlbrugg – Neuheim – Edlibach – Schmittli/Neuägeri							
	Ausgaben	-53'114.85	-300'000	-400'000		-900'000	-4'900'000	-3'700'000
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
TB3031.0027	Baar/Lättich – Sihlbrugg, Strasse 4a							
	Ausgaben						-300'000	-300'000
	Einnahmen							
TB3031.0030	Kunstbautensanierungen							
	Ausgaben	-1'077'855.45	-170'000	-1'600'000		-2'800'000	-2'800'000	-3'500'000
	Einnahmen							
TB3031.0031	Lärmschutzmassnahmen							
	Ausgaben	-795'826.60	-1'300'000	-1'000'000		-1'900'000	-1'500'000	-2'500'000
	Einnahmen	536'200.00	220'000	400'000		400'000	400'000	700'000
TB3031.0037	Nachtragsrechnungen aus Strassenbauprogrammen							
	Ausgaben	-60'774.15	-40'000	-40'000		-40'000	-40'000	-40'000
	Einnahmen							
TB3031.0039	Umfahrung Cham – Hünenberg							
	Ausgaben	-3'327'415.50	-2'500'000	-4'600'000		-4'000'000	-4'100'000	-31'000'000
	Einnahmen						2'000'000	6'000'000
TB3031.0041	Grindel Bibersee (Realisierung)							
	Ausgaben	-2'382'177.80	-10'000'000	-4'700'000		-6'500'000	-3'000'000	-2'000'000
	Einnahmen		1'000'000					
TB3031.0042	Technische Einrichtungen							
	Ausgaben	-8'544.95	-350'000	-450'000		-500'000	-500'000	-500'000
	Einnahmen							
TB3031.0043	Schmittli Neuägeri – Ktgr. SZ							
	Ausgaben					-50'000	-300'000	-6'000'000
	Einnahmen							
TB3031.0044	Strasse N, Lättich – Baarburgrank							
	Ausgaben	-238'325.05	-50'000	-270'000		-400'000	-500'000	-500'000
	Einnahmen							
TB3031.0045	Strasse C, Cham – Hünenberg							
	Ausgaben	-225'766.05						
	Einnahmen							
TB3031.0047	Tangente Zug/Baar							
	Ausgaben	-2'494'120.80	-1'100'000	-900'000		-2'700'000	-12'000'000	-48'000'000
	Einnahmen							
TB3031.0048	Strasse L, Baar – Talacher							
	Ausgaben						-200'000	-300'000
	Einnahmen							
TB3031.0050	Landerwerb Strassenbau Spezialfinanzierung 11–16							
	Ausgaben	-26'887.60		-50'000		-50'000	-50'000	-50'000
	Einnahmen							
TB3031.0051	Studien-, Vor- und Bauprojekte Strassenbau							
	Ausgaben			-2'200'000		-2'000'000	-2'000'000	-2'000'000
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
TB3031.0052	Stadttunnel Zug, Generelles Projekt							
	Ausgaben			-800'000		-400'000	-4'000'000	-4'000'000
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-21'235'360.24**	**-23'360'000**	**-22'510'000**		**-30'890'000**	**-46'040'000**	**-108'990'000**
	Einnahmen	**8'577'370.00**	**3'620'000**	**2'750'000**		**3'040'000**	**3'400'000**	**6'700'000**
	Saldo	**-12'657'990.24**	**-19'740'000**	**-19'760'000**		**-27'850'000**	**-42'640'000**	**-102'290'000**

Kommentar Budget
– Mehr Projekte in Realisierung.

Kommentar Finanzplan
– Ausgabensteigerung infolge Baubeginn Tangente Zug/Baar und Umfahrung Cham – Hünenberg.

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3032 – Nationalstrassen

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Keine

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
TB3032.0022	Nationalstrassenbau							
	Ausgaben	-1'188'982.20		-50'000				
	Einnahmen	998'745.05		40'000				
TB3032.0040	Nationalstrassenbau (100%)							
	Ausgaben	-9'147'670.25	-1'800'000	-150'000				
	Einnahmen	7'674'403.80	1'800'000	150'000				
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-10'336'652.45**	**-1'800'000**	**-200'000**				
	Einnahmen	**8'673'148.85**	**1'800'000**	**190'000**				
	Saldo	**-1'663'503.60**		**-10'000**				

Kommentar Budget
- Abschluss der letzten Projekte.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Umweltschutz (AfU) trägt zur Erhaltung und Wiederherstellung einer intakten Umwelt bei, indem es die Umweltqualität überwacht, die Bevölkerung über den Zustand der Umwelt orientiert, Massnahmen zum Schutze der Umwelt erarbeitet, den Entscheidungsgremien unterbreitet und umsetzt, soweit es selbst zuständig ist. Es setzt sich für eine nachhaltige Entwicklung des Kantons und seiner Energie- und Klimapolitik ein. Dabei pflegt es eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Gemeinden, Organisationen der Wirtschaft und Privaten.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz

- Kontrollen von Betrieben und Anlagen
- Erteilung von Bewilligungen
- Massnahmenplanung bzw. Anordnung von Sanierungsmassnahmen
- Erstellung von Vollzugshilfen
- Beurteilungen von Umweltverträglichkeitsberichten

Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung

- Erfassung von Umweltdaten
- Darstellung von Umweltdaten

Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination

- Erteilen von Auskünften und Kurzberatungen
- Öffentlichkeitsarbeit, zielgruppengerechte, verständliche Kommunikation
- Erstellung von Stellungnahmen
- Mitwirkung in Arbeitsgruppen und interdisziplinäre kantonsübergreifende Zusammenarbeit

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 7. Oktober 1983 (USG, SR 814.01)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer vom 24. Januar 1991 (GSchG, SR 814.20)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 29. Januar 1998 (EG USG, BGS 811.1)
- Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 5. Mai 1998 (V EG USG, BGS 811.11)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999 (GewG, BGS 731.1)
- Verordnung zum Gesetz über die Gewässer vom 17. April 2000 (V GewG, BGS 731.11)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Rahmenkredit für die Altlastensanierung bei Schiessanlagen vom 29. Januar 2009

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Umweltqualität bleibt erhalten oder verbessert sich	Mensch und Umwelt	Anzahl Schadenfälle (Gewässer-, Bodenverschmutzungen, Luftverunreinigungen) höchstens auf gleichem Niveau wie im Vorjahr	Anzahl Schadenfälle (Gewässer-, Bodenverschmutzungen, Luftverunreinigungen) höchstens auf gleichem Niveau wie im Vorjahr	Gleich
			Phosphorgehalt im Zugersee kleiner als im Vorjahr. Ein belasteter Zufluss des Zugersees wird untersucht	Phosphorgehalt im Zugersee kleiner als im Vorjahr. Ein belasteter Zufluss des Zugersees wird untersucht	Gleich
			Spezifische Luftschadstoffemissionen kleiner als im Vorjahr	Spezifische Luftschadstoffemissionen kleiner als im Vorjahr	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Vollzug Umwelt- und Gewässerschutzgesetz				
2	Beurteilung von Umweltverträglichkeitsberichten	Bewilligungsbehörden, private Bauherrschaften	80% der Voruntersuchungen sind innerhalb von 30 Tagen beurteilt 80% der Hauptuntersuchungen sind innerhalb von 90 Tagen beurteilt	80% der Voruntersuchungen sind innerhalb von 30 Tagen beurteilt 80% der Hauptuntersuchungen sind innerhalb von 90 Tagen beurteilt	Gleich bis steigend Gleich bis steigend
3	Stellungnahmen zu Geschäften	Bewilligungsbehörden, private Bauherrschaften	90% der Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb von Bauzonen erfolgen innert zwei Wochen	«Fällt weg»	
4	Überprüfung von Betrieben respektive Anlagen anhand eidgenössischer und kantonaler Vorschriften	Anlagen, Betriebe, Bauherrschaften, Gemeinden, Private	95% der unten stehenden Betriebsanlagen sind im Rahmen von Branchenlösungen fristgerecht überprüft: – Garagenbetriebe – Tankstellen – Malerbetriebe – Chemische Reinigungen – Kompostieranlagen – Kiesgruben – Bauabfallanlagen Landwirtschaftsbetriebe in einer Gemeinde für Entwässerungsplan aufgefordert 80% der eingereichten Pläne bearbeitet Bei 90% der nicht konformen Anlagen werden Massnahmen eingeleitet	95% der unten stehenden Betriebsanlagen sind im Rahmen von Branchenlösungen fristgerecht überprüft: – Garagenbetriebe – Tankstellen – Malerbetriebe – Chemische Reinigungen – Kompostieranlagen – Kiesgruben – Bauabfallanlagen Landwirtschaftsbetriebe in einer Gemeinde für Entwässerungsplan aufgefordert 80% der eingereichten Pläne bearbeitet Bei 90% der nicht konformen Anlagen werden Massnahmen eingeleitet	Gleich bis steigend Gleich bis sinkend
5	Erteilen von Bewilligungen	Anlagen, Betriebe, Bauherrschaften, Gemeinden, Private	90% der Bewilligungen für Tankanlagen und Erdsonden sind innerhalb von drei Wochen erteilt 95% der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft	90% der Bewilligungen für Tankanlagen und Erdsonden sind innerhalb von drei Wochen erteilt 95% der vom AfU erteilten Bewilligungen erwachsen unverändert in Rechtskraft	Tankanlagen: sinkend Erdsonden: steigend
6	Kontrolle von Tankanlagen	Eigentümer und Eigentümerinnen von Tankanlagen	100 Stichprobenkontrollen von Tankanlagen (zirka 1% der Anlagen) 90% der Mängel sind innert sechs Monaten behoben	«Fällt weg»	
7	Vollzug der Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung NISV	Gemeinden, Öffentlichkeit	Der fristgerechte Eingang (Ziel 95%) der Kontrollberichte des Mobilfunk QS-Systems der Betreibenden wird überprüft Mindestens eine Stichprobenkontrolle pro Jahr pro massgebenden Anbietenden wird durchgeführt Überschreitungen der Betriebs- von den Bewilligungsdaten werden mittels QS-System erkannt und rapportiert (für Anlagen > 6 W ERP)	Der fristgerechte Eingang (Ziel 95%) der Kontrollberichte des Mobilfunk QS-Systems der Betreibenden wird überprüft Mindestens eine Stichprobenkontrolle pro Jahr pro massgebenden Anbietenden wird durchgeführt Überschreitungen der Betriebs- von den Bewilligungsdaten werden mittels QS-System erkannt und rapportiert (für Anlagen > 6 W ERP)	Gleich bis steigend Gleich bis steigend Gleich bis steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
A	Sanierung Deponie Baarburg	Gemeinden, Öffentlichkeit, Grundeigentümer und Grundeigentümerin	Rekultivierung in Etappe A realisiert Neue Entwässerung und Gasdrainage in Etappe B realisiert	Sanierung der Entwässerung und der Gasdrainage abgeschlossen	Gleich bis sinkend
B	Umsetzung Bodenschutzkonzept	Öffentlichkeit, Behörden, Verwaltung	KABO-Zentralschweiz und Projekt Bodenverschiebung fortführen gemäss Bodenschutzkonzept	KABO-Zentralschweiz: Jahresbericht erstellt	Gleich
C	Umsetzung des revidierten EG USG	Eigentümerinnen und Eigentümer von Geräten, Maschinen und Fahrzeugen im stationären Einsatz, Öffentlichkeit	Anlagetypen, die neu über eine Betriebsbewilligung verfügen müssen, sind vom RR bestimmt (§ 16a EG USG)	Die Kontrolle der Partikelfilterpflicht ist in Zusammenarbeit mit dem STVA eingeführt (§ 7b (neu) V EG USG)	Gleich bis steigend
	Leistungsgruppe 2: Umweltbeobachtung				
8	Überwachung der Umweltqualität nach eidgenössischer Gesetzgebung (vgl. 1.1 Grundauftrag)	Öffentlichkeit, Behörden, Private	Daten des Vorjahres (soweit jährlich erhoben) im ersten Halbjahr ausgewertet und publiziert Bei ungenügender Umweltqualität werden gegebenenfalls Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorgeschlagen Erkennen von Abweichungen der gesetzlich vorgegebenen Qualitätsziele 95% der geplanten Messungen durchgeführt Homepage wird von Leistungsempfänger und -empfängerinnen benutzt und die Fachstelle als Auskunftsdienst entlastet	Daten des Vorjahres (soweit jährlich erhoben) im ersten Halbjahr ausgewertet und publiziert Bei ungenügender Umweltqualität werden gegebenenfalls Massnahmen zur Verbesserung der Situation vorgeschlagen Erkennen von Abweichungen der gesetzlich vorgegebenen Qualitätsziele 95% der geplanten Messungen durchgeführt Homepage wird von Leistungsempfänger und -empfängerinnen benutzt und die Fachstelle als Auskunftsdienst entlastet	Gleich Gleich Gleich Gleich bis steigend
D	Wärmemonitoring Grundwasser	Öffentlichkeit, private Bauherrschaften		Erste Messdaten im Baarerbecken liegen vor	Gleich bis steigend
	Leistungsgruppe 3: Information, Beratung und Koordination				
9	Orientierung über den Zustand der Umwelt gemäss Art. 6 USG (vgl. 1.1 Grundauftrag) sowie Beratung	Öffentlichkeit, Behörden, Private	Ereignisorientierte Berichterstattung (inklusive zweimalige Herausgabe von «Umwelt Zug»)	Ereignisorientierte Berichterstattung (inklusive zweimalige Herausgabe von «Umwelt Zug»)	Gleich bis steigend
10	Öffentlichkeitsarbeit	Öffentlichkeit, Behörden, Private	Mindestens ein grösserer Event zur Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltanliegen	Mindestens ein grösserer Event zur Sensibilisierung der Bevölkerung für Umweltanliegen	Gleich bis steigend
11	Stellungnahmen zu Geschäften	Bewilligungsbehörden, private Bauherrschaften		90% der Stellungnahmen zu Baugesuchen ausserhalb von Bauzonen erfolgen innert zwei Wochen	Gleich bis steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
12	Unterstützung der Gemeinden im Vollzug, Verbesserung des Informationsflusses an Gemeinden über relevante Probleme/Aufgaben	Gemeinden	Optimierung und Unterstützung des Vollzugs der Umwelt- und Gewässerschutzgesetzgebung auf Gemeindeebene Vorgaben für generelle Entwässerungspläne (GEP) erstellt und Gemeinden instruiert	Optimierung und Unterstützung des Vollzugs im Bereich Umwelt- und Gewässerschutz auf Gemeindeebene unter Berücksichtigung der bestehenden Info-Gefässe	Gleich bis steigend
			Mindestens drei Info- bzw. Schulungsanlässe	Mindestens drei Info- bzw. Schulungsanlässe	Gleich bis steigend
13	Koordination nach kantonalem Umsetzungsplan «Invasive Organismen»	Kantonale Fachstellen, Gemeinden	Zwei Info-Anlässe der kantonalen Plattform	Zwei Info-Anlässe der kantonalen Plattform	Gleich bis steigend
E	Zusammenarbeit mit Gemeinden im Bereich Entwässerung	Gemeinden		Begleitung der Gemeinden bei der Nachführung der generellen Entwässerungsplanung	Gleich bis steigend

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Die Indikatoren und Zielgrössen bilden die Tätigkeit eines Amtes nicht vollumfänglich ab. Sie stehen stellvertretend für einzelne Aktivitäten, im AfU z.B. wird die Durchlaufzeit von Gesuchen von Tankanlagen und Erdsonden stellvertretend für die Beurteilung der Leistung «Erteilen von Bewilligungen» herangezogen. Daneben werden aber noch Bewilligungen für Wasserentnahmen, Grundwassernutzungen, Einleitung von gereinigtem Abwasser, Erleichterungen i.B. Lärmschutz, Bauten ins Grundwasser, Bauten in Schutzzonen, Betrieb von Abfallanlagen und Deponien usw. erteilt.
Zielsetzung «Stellungnahme zu Geschäften» ist neu unter Leistungsgruppe 3 Nr. 11 aufgeführt (im Jahr 2012 aufgeführt unter Leistungsgruppe 1, Zielsetzung Nr. 3)
Zielsetzung Nr. 6 «Kontrolle von Tankanlagen» fällt weg, da in den letzten Jahren bei den Kontrollen praktisch keine Mängel festgestellt wurden und daher zukünftig auf die Kontrollen verzichtet wird.
Zielsetzung E «Zusammenarbeit mit Gemeinden im Bereich Entwässerung»: Die Aktualisierung der Karten für die Begleitung bei Schadenfällen wird auf die Folgejahre verschoben.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Umweltverträglichkeitsberichte zur Beurteilung eingereicht	Anzahl	3	2–3	2–3	Gleich bis steigend
Eingereichte Gesuche für Erdsonden	Anzahl	177	140	160–180	Steigend
Eingereichte Gesuche für Tankanlagen	Anzahl			20–30	Sinkend
Stellungnahmen zu Geschäften ausserhalb Bauzonen	Anzahl			240–260	Gleich bis steigend
Kontrolle von Betrieben mittels Branchenvereinbarungen	Anzahl Betriebe			320	Gleich bis steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkung

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-5'178'178.07**	**-4'308'000**	**-4'505'300**	**4.6**	**-4'426'800**	**-4'494'300**	**-4'570'700**
Total Ertrag	**481'404.65**	**497'000**	**587'000**	**18.1**	**417'000**	**377'000**	**377'000**
Saldo	**-4'696'773.42**	**-3'811'000**	**-3'918'300**	**2.8**	**-4'009'800**	**-4'117'300**	**-4'193'700**

Kommentar Budget
Das AfU erhält eine 50-%-Stelle im Bereich erneuerbare Energien/Klimaschutz.
Aufgrund der stark angestiegenen Grundwasserwärmenutzungen wird stufenweise ein entsprechendes Grundwasser-Monitoring aufgezogen.
Zur Kontrolle der Luft-Immissionsmessungen und zur besseren Visualisierung der Qualität der Luft wird eine Flechtenkartierung wiederholt (nach 1993 und 2003).
Im Jahr 2013 werden an Gebäuden entlang von SBB-Strecken im grösseren Umfang Schallschutzfenster eingebaut. Die Kosten laufen über das AfU-Budget, werden jedoch vollumfänglich durch den Bund übernommen. Durch diese Sanierungsmassnahmen erhöhen sich der Aufwand und der Ertrag signifikant.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
BD3050.0002	Sanierung Kehrichtdeponie Baarburg							
	Ausgaben	-1'934'623.20	-2'000'000	-1'800'000				
	Einnahmen	1'151'519.30	1'400'000	1'260'000				
BD3050.0007	Durchlaufende Beiträge Sanierung Schiessanlagen							
	Ausgaben	-109'548.00	-400'000	-500'000		-400'000	-400'000	-400'000
	Einnahmen	109'548.00	400'000	500'000		400'000	400'000	400'000
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-2'044'171.20**	**-2'400'000**	**-2'300'000**		**-400'000**	**-400'000**	**-400'000**
	Einnahmen	**1'261'067.30**	**1'800'000**	**1'760'000**		**400'000**	**400'000**	**400'000**
	Saldo	**-783'103.90**	**-600'000**	**-540'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
BD3050.0005	Sanierung Schiessanlagen							
	Ausgaben	-82'161.00	-300'000	-375'000		-300'000	-300'000	-300'000
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-82'161.00**	**-300'000**	**-375'000**		**-300'000**	**-300'000**	**-300'000**
	Einnahmen							
	Saldo	**-82'161.00**	**-300'000**	**-375'000**		**-300'000**	**-300'000**	**-300'000**

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Die Sanierung der Kehrichtdeponie Baarburg wird voraussichtlich Ende 2013 abgeschlossen.

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3051 – Deponienachsorge Spezialfinanzierung

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital		-54'500	-56'000	2.8	-57'400	-61'200	-65'500
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-60'745.90						
	Total Aufwand	**-60'745.90**	**-54'500**	**-56'000**	**2.8**	**-57'400**	**-61'200**	**-65'500**
420	Ersatzabgaben		35'000	35'000		35'000	35'000	35'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	60'745.90						
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		19'500	21'000	7.7	22'400	26'200	30'500
	Total Ertrag	**60'745.90**	**54'500**	**56'000**	**2.8**	**57'400**	**61'200**	**65'500**
	Saldo							

Kommentar Budget
Die angegebenen Budgetzahlen basieren auf Schätzungen der abgelagerten Mengen in den Deponien Alznach und Tännlimoos. Diese können je nach Konjunktur, aktuellen Bauvorhaben usw. stark schwanken.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Budgetkredite

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Hochbauamt ist verantwortlich für kantonseigene Gebäude und bebaute Liegenschaften. Dazu gehören die Planung und Realisierung von Neubauten sowie die Sicherung der langfristigen Werterhaltung und Funktionstüchtigkeit der Hochbauten und deren Betrieb. Das Hochbauamt ist zudem verantwortlich für die gemieteten Liegenschaften und erbringt diverse weitere Dienstleistungen (z.B. Sicherheit, Telekommunikation, Postdienst, Cafeteria usw.).

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfoliomanagement

- Planung, Steuerung und Kontrolle des Immobilienportfolios

Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten

- Planung und Realisierung von städtebaulich, architektonisch und funktional hochwertigen Neubauten unter Beachtung von Ökologie und Lebenszykluskosten
- Planung und Durchführung von städtebaulich, architektonisch und funktional hochwertigen Erweiterungen und Umbauten unter Beachtung von Ökologie und Lebenszykluskosten

Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur (EN-Norm 15221)

- Bauliche und technische Überwachung, Instandhaltung (Wartungen und Reparaturen), Energie- und Betriebsoptimierung sowie Sicherstellung der Energieversorgung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Bauliche und technische Instandsetzung (Sanierungen) und Mieterausbauten der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens unter Beachtung von Ökologie und Lebenszykluskosten
- Ökonomische, qualitätsgesicherte Reinigung und Pflege von zugeteilten Liegenschaften und Umgebungen sowie deren Ver- und Entsorgung unter Beachtung der Ökologie
- Planung, Beschaffung und Einrichtung von Arbeitsplätzen sowie Optimierung der anforderungsgerechten Ausstattung in den zugeteilten Liegenschaften
- Vermietungen im Bereich der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens
- Bewirtschaftung und Vermietung der Liegenschaften des Finanzvermögens
- Zumietung von Immobilien und Flächen für die kantonale Verwaltung sowie Beratung

Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation (EN-Norm 15221)

- Planung, Implementierung und Betrieb der Festnetzkommunikation sowie Beschaffung und technischer Support für die Mobilgeräte (Handys)
- Betrieb des Dienstleistungszentrums (DLZ) und der Cafeteria Aabächli
- Mobilitätsmanagement: Bewirtschaftung und Zuteilung von Parkplätzen; Beschaffung, Unterhalt und Koordination von Dienstfahrzeugen für die Baudirektion sowie Dienstfahrräder am Standort an der Aa
- Sicherstellung der baulichen, technischen und organisatorischen Sicherheit in Normallage mittels regelmässigen Audits; Durchführung von Sicherheitskursen (auch für Dritte) und Anlaufstelle für Sicherheitsfragen für die kantonale Verwaltung

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1, § 46)
- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden vom 31. August 2006 (Finanzhaushaltgesetz, BGS 611.1, § 39)
- Kantonsratsbeschluss vom 24. September 1992 betreffend Rahmenkredit und Verfahren für die Planung von kantonalen Hochbauten (BGS 721.252)
- Kantonsratsbeschluss vom 17. April 2003 betreffend Gewährleistung der Sicherheit der kantonalen Behörden, der kantonalen Verwaltung und der Gerichte (BGS 154.51)
- Reglement über die Bewirtschaftung und Zuteilung von Parkplätzen in der kantonalen Verwaltung vom 4. Juli 1995 (BGS 154.219)
- Submissionsgesetz (SubG) vom 2. Juni 2005 (BGS 721.51)
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. März 2001 (BGS 721.52)
- Submissionsverordnung (SubV) vom 20. September 2005 (BGS 721.53)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Sicherstellung eines funktionierenden Qualitätsmanagementsystems (QMS)	Kantonale Verwaltung	– Durchführung von zwei internen Audits – Erfolgreiche Rezertifizierung	– Durchführung von zwei internen Audits – Durchführung eines externen Audits	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Strategisches Immobilienportfoliomanagement				
A	Erarbeitung einer Immobilienstrategie	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Ist erarbeitet	«Fällt weg»; Projekt abgeschlossen	
B	Erarbeitung einer Instandhaltungsstrategie	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Ist erarbeitet	«Fällt weg»; Projekt abgeschlossen	
C	Erarbeitung von Büroraumstandards im Rahmen der Planung des Verwaltungszentrum 3 (VZ3)	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Ist erarbeitet	«Fällt weg»; Projekt abgeschlossen	
D	Aufbau der neuen Abteilung Portfoliomanagement	Kantonale Verwaltung und Gerichte		Ist abgeschlossen	
	Leistungsgruppe 2: Planung und Realisierung von Bauten				
2	Einhaltung der Kosten bei abgerechneten Investitionskrediten	Kantonale Verwaltung und Gerichte	100%	100%	Gleich
3	Zufriedenheitsgrad der Leistungsabnehmenden von Neubauten/Umbauten mit Status gut/sehr gut	Kantonale Verwaltung und Gerichte	90%	90%	Gleich
E	Erweiterung Kantonsschule, Zug	Kantonale Verwaltung und Gerichte	KRB Projektierungskredit	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erabeitet	Projektplanung
F	Neubau ZVB-Hauptstützpunkt, Zug	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Projektwettbewerb	Projektwettbewerb abgeschlossen	Vor-/Bauprojekt
G	Neubau Labor- und Verwaltungsgebäude, Steinhausen	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Vor-/Bauprojekt	KRB von Regierungsrat überwiesen	Realisierung
H	Aufstockung Gewerblich-industrielles Bildungszentrum und Kombiniertes-Brücken-Angebot, Zug	Kantonale Verwaltung und Gerichte	KRB Objektkredit	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erarbeitet	Projektplanung
I	Integrations-Brücken-Angebot Zugerbergstrasse 22, Zug	Kantonale Verwaltung und Gerichte	KRB Objektkredit	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erarbeitet	Projektplanung
J	Werkhof Hinterberg, Steinhausen	Kantonale Verwaltung und Gerichte	KRB Projektierungskredit	«Fällt weg»; Projekt bis auf weiteres zurückgestellt	
K	Kantonsspital-Areal, Zug	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Bebauungsplan	Bebauungsplan ist genehmigt	Vermarktung

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
L9b	Neubau Verwaltungszentrum 3 (VZ3), Zug	Kantonale Verwaltung und Gerichte	Projektwettbewerb	Projektwettbewerb abgeschlossen	Vor-/Bauprojekt
L11b	Erweiterung Kantonales Gymnasium, Menzingen	Kantonale Verwaltung und Gerichte	KRB Objektkredit	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erarbeitet	KRB erarbeitet
L11c	Erweiterung Wirtschaftsmittel- und Fachmittelschule, Zug	Kantonale Verwaltung und Gerichte	KRB Objektkredit	Grundlage für weiteres Vorgehen ist erarbeitet	KRB erarbeitet
	Leistungsgruppe 3: Fläche und Infrastruktur (EN-Norm 15221)				
4	Angemessener Anteil des jährlichen Unterhalts (Instandhaltung und Instandsetzung) am Gebäudeversicherungswert	Kantonale Verwaltung und Gerichte	1.25%	1.25%	Gleich
5	Zufriedenheitsgrad von Leistungsabnehmer im Bereich von Mieterausbauten mit Status gut/sehr gut	Kantonale Verwaltung und Gerichte	90%	90%	Gleich
6	Der Gebäudepark ist in gutem Zustand, der durchschnittliche Zustandswert zu Neuwert (nach Stratus)	Kantonale Verwaltung und Gerichte	89%	89%	Sinkend
7	Umstellung auf ergebnisorientierte Reinigung	Kantonale Verwaltung und Gerichte	11 Objekte (30%)	alle 40 Objekte sind umgestellt	Gleich
8	Energieverbrauch Standort an der Aa tief halten: Elektrizität Wärme (klimabereinigt) CO_2-Belastung	Kantonale Verwaltung und Gerichte	97 kWh/m² pro Jahr 36 kWh/m² pro Jahr 48 t CO_2 pro Jahr	98 kWh/m² pro Jahr (Elektro) 34 kWh/m² pro Jahr (Wärme) 50 CO_2/t pro Jahr	Gleich
9	Vermietungsquote Objekte Liegenschaften des FV (ohne Zugerbergstrasse 22, Zug, und Artherstrasse 25–27, Zug/ehemaliges Kantonsspital)	Kantonale Verwaltung und Gerichte	100%	100%	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Mensch und Organisation (EN-Norm 15221)				
10	Hohe Auslastung der Cafeteria Aabächli (Anzahl verkaufte Hauptmahlzeiten)	Interne und externe Gäste	48’000	53’000	Steigend
11	Durchschnittsbewertung Sicherheitskurse auf einer Skala von 1-4 (1=ungenügend; 2=genügend; 3=gut; 4=sehr gut)	Kantonale Verwaltung und Gerichte	> 3.5	> 3.5	Gleich
L	Aufbau Sicherheitsmanagementsystem	Kantonale Verwaltung und Gerichte	1. Phase Umsetzung des Sicherheitsmanagementsystems ist abgeschlossen	Aufbau Sicherheitsmanagementsystem ist abgeschlossen	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Leistungsgruppe 2 (Planung und Realisierung von Bauten): Im Bereich der geplanten Bauten im Bildungsbereich wurden diverse Projekte vorerst gestoppt. Im Jahr 2013 soll die Grundlage für das weitere Vorgehen erarbeitet werden.
Leistung 8 (Energieverbrauch Standort an der Aa): Trotz Mehrbelegung wird aufgrund diverser Massnahmen nur mit geringen Mehrverbräuchen gerechnet.
Leistung 10 (Auslastung Cafeteria): Nach dem Umbau der Cafeteria im Sommer 2012 wird mit einer gesteigerten Auslastung gerechnet.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Staatseigene Objekte VV	Anzahl		96	106	Steigend
Staatseigene Objekte FV	Anzahl		24	18	Sinkend
Fläche staatseigene Objekte VV (HNF)	m²		120'600	153'600	Steigend
Fläche staatseigene Objekte FV (HNF)	m²		5'000	19'000	Sinkend
Gemietete Objekte	Anzahl		40	41	Steigend
Fläche gemietete Objekte Hauptnutzfläche (HNF)	m²		19'900	21'900	Steigend
Gebäudeversicherungswert der staatseigenen Gebäude	in Mio. Fr.		958	990	Steigend
Betreute Telefonanschlüsse	Anzahl		4'200	4'300	Steigend
Bewirtschaftete Parkplätze	Anzahl		2'000	2'000	Gleich
Mobility-Nutzung	Stunden		16'500	9'200	Gleich
Durchgeführte Sicherheitskurse	Anzahl		40	16	Steigend
Verbuchte Kreditorenbelege	Anzahl		6'500	7'000	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Objekte VV und FV: Neu sind das alte und neue Kantonsspital (Anzahl und Fläche) enthalten. Des Weiteren waren 7 Objekte der Zugerbergstrasse 22, Zug im FV anstelle VV ausgewiesen. Dies sind die Gründe für die Differenzen zum Budget 2012.
Im Jahr 2013 gibt es folgende (effektive) Veränderung bei den Objekten:
- Plus ein Objekt VV: Bau Lüssihaus an der Zugerstrasse 42, Baar
- Plus ein Mietobjekt: Lagerräume für Museum Burg am Lorzenweg 30, Zug

Abnahme der Anzahl Sicherheitskurse, da der grösste Teil der Verwaltungsangestellten innerhalb der letzten Jahre die obligatorischen Sicherheitskurse schon besucht haben.
Mobility-Nutzung wird als Kennzahl neu ohne die reservierten Blockzeiten angegeben.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-32'920'413.59**	**-35'260'512**	**-35'411'048**	**0.4**	**-36'816'500**	**-37'715'800**	**-38'639'100**
Total Ertrag	**3'613'501.75**	**3'211'668**	**7'823'752**	**143.6**	**7'978'600**	**8'136'500**	**8'297'500**
Saldo	**-29'306'911.84**	**-32'048'844**	**-27'587'296**	**-13.9**	**-28'837'900**	**-29'579'300**	**-30'341'600**

Kommentar Budget
Das Niveau des Globalbudgets HBA verringert sich um rund 3.4 Mio. Franken. Hauptgrund ist die erstmalige Zahlung der vertraglich festgelegten Miete des Zuger Kantonsspitals von 4.47 Mio. Franken (diese lief in der Vergangenheit über das Budget der Gesundheitsdirektion). Die Miete reduzierte sich von 6.1 Mio. auf 4.47 Mio. aufgrund eines neuen Vertrags auf Basis der angepassten Verordnung über die Krankenversicherung (KVV).

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
HB3060.0015	Rückstellungen Zentralspital/ Pflegezentrum							
	Ausgaben	-1'152'251.55						
	Einnahmen							
HB3060.0088	Umbau Caféteria Aabächli							
	Ausgaben		-900'000					
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
HB3060.0099	Kant. Zeughaus: Umgebungsgestaltung							
	Ausgaben	-270'413.50						
	Einnahmen	100'000.00						
HB3060.0107	Strategie Raumbedarf An der Aa 4, Zug							
	Ausgaben	-649'416.70						
	Einnahmen							
HB3060.0108	Storenersatz Aabachstrasse, Zug							
	Ausgaben	-643'152.85						
	Einnahmen							
HB3060.0111	Neue Sitzungszimmer EG, Aabachstr. 5, Zug							
	Ausgaben	-1'051'071.35						
	Einnahmen							
HB3060.0112	Folgemassnahmen Auszug Obergericht Aabachstr. 3							
	Ausgaben	-452'003.10	-250'000					
	Einnahmen							
HB3060.0114	Umbau und Mobiliar Baarerstr. 53, Zug							
	Ausgaben	-1'828'619.54						
	Einnahmen							
HB3060.0116	Hinterbergstr. 41, Steinhausen Sanierung Flachdach							
	Ausgaben		-900'000					
	Einnahmen							
HB3060.0124	Erneuerungsbeitrag Sporthalle Zug							
	Ausgaben			-205'000				
	Einnahmen							
HB3060.0125	Ersatz Heizanlage LBBZ Schluecht							
	Ausgaben			-620'000				
	Einnahmen							
HB3060.0129	Kantonsschule Zug, Trennsystem Kanalisation							
HB3060.0130	Integration Gebäudetechnik GIBZ							
	Ausgaben			-550'000				
	Einnahmen							
IT3060.0003	FM-Zusatzmodul, Instand-haltungsmanagement							
	Ausgaben	-13'060.10						
	Einnahmen							
IT3060.0005	Modul Belegungsplanung							
	Ausgaben			-50'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-6'059'988.69**	**-2'050'000**	**-1'425'000**				
	Einnahmen	**100'000.00**						
	Saldo	**-5'959'988.69**	**-2'050'000**	**-1'425'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
HB3060.0081	Museum in der Burg, Umbau							
	Ausgaben		-1’750’000	-2’500’000				
	Einnahmen							
HB3060.0082	WMS/FMS Hofstrasse Zug, Projektierung							
	Ausgaben	-2’134’713.15	-722’000					
	Einnahmen							
HB3060.0085	Kantonales Zeughaus, Umbau Obergericht							
	Ausgaben	-7’385’162.04						
	Einnahmen							
HB3060.0086	Zusatzkredit Neubau Strafanstalt Zug							
	Ausgaben	-11’482.55						
	Einnahmen							
HB3060.0087	KGM Menzingen, Projektierung							
	Ausgaben	-2’756’317.55	-605’000					
	Einnahmen							
HB3060.0092	Umplatzierung AFS und AZM							
	Ausgaben	-9’797.45						
	Einnahmen							
HB3060.0095	AVS Steinhausen, Projektwettbewerb							
	Ausgaben	-218’533.75	-2’140’000					
	Einnahmen							
HB3060.0096	VG3 ZVB-Areal Zug, Projektwettbewerb							
	Ausgaben		-300’000					
	Einnahmen							
HB3060.0098	Strafanstalt Zug Optimierung Lüftung/Sichtschutz							
	Ausgaben	-147’432.65						
	Einnahmen							
HB3060.0100	Kant. Zeughaus: Ausbau Studienbibliothek							
	Ausgaben	-2’102’631.35						
	Einnahmen							
HB3060.0101	Kulturwerkstatt Theilerhaus							
	Ausgaben		-5’686’000					
	Einnahmen							
HB3060.0102	Asylunterkunft Holzhäusern: Neubau							
	Ausgaben	-1’093’241.00						
	Einnahmen							
HB3060.0104	WMS/FMS Hofstrasse Zug: Bauausführung							
	Ausgaben		-8’505’000					
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
HB3060.0105	AVS Steinhausen: Bauausführung							
	Ausgaben					-5'000'000	-8'000'000	-7'000'000
	Einnahmen							
HB3060.0106	KGM Menzingen: Bauausführung inkl. Landerwerb							
HB3060.0109	Umbau Artherstrasse 25 für SPD							
	Ausgaben	-937'625.48						
	Einnahmen							
HB3060.0110	Brückenangebot IBA, Umbau Zugerbergstr. 22, Zug							
HB3060.0113	Übernahme Bundesanteil Werkhof Hinterberg							
	Ausgaben	-4'290'000.00						
	Einnahmen							
HB3060.0115	Planungskredit Fokus (VZ3/ZVB)							
	Ausgaben		-200'000	-7'000'000		-14'000'000	-11'000'000	-2'000'000
	Einnahmen							
HB3060.0117	Erweiterungsbau GIBZ, Trakt 5, Zug							
HB3060.0118	Museum Burg Lagerräume Lorzenweg 30, Zug							
	Ausgaben			-900'000				
	Einnahmen			200'000				
HB3060.0119	Kantonsschule Zug, Provisorien und Turnhalle							
	Ausgaben			-13'000'000		-9'700'000	-2'500'000	
	Einnahmen							
HB3060.0120	Kantonsschule Zug, Planung Neubau Süd							
HB3060.0121	Brückenangebot KBA, Aufstockung Trakt 1 GIBZ							
HB3060.0122	Stadtgarten Zug, Bauausführung							
	Ausgaben			-3'150'000		1'825'000		
	Einnahmen							
HB3060.0123	Bau Lüssihaus Zugerstr. 42, Baar							
	Ausgaben			-1'200'000				
	Einnahmen							
HB3060.0126	Sanierung/Umbau Artherstr. 25, Zug							
	Ausgaben			-5'000'000				
	Einnahmen							
HB3060.0127	Fertigstellung kant. Zeughaus Umbau Obergericht							
	Ausgaben			-650'000				
	Einnahmen							
HB3060.0128	Erweiterungsbau Malerei/ Ablaugerei Bostadel							
	Ausgaben			-600'000		-382'000		
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
HB3060.0131	Provisorien KGM							
	Ausgaben			-1’000’000		-8’000’000	-1’000’000	
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-21’086’936.97**	**-19’908’000**	**-35’000’000**		**-35’257’000**	**-22’500’000**	**-9’000’000**
	Einnahmen			**200’000**				
	Saldo	**-21’086’936.97**	**-19’908’000**	**-34’800’000**		**-35’257’000**	**-22’500’000**	**-9’000’000**

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3061 – Parkraumbewirtschaftung Spezialfinanzierung

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
310	Material- und Warenaufwand		-31'000	-2'000	-93.5	-2'000	-2'000	-2'000
312	Ver- und Entsorgung für Liegenschaften VV		-22'400	-36'600	63.4	-37'300	-38'000	-38'700
313	Dienstleistungen und Honorare		-208'400	-243'550	16.9	-248'200	-253'300	-258'300
314	Baulicher Unterhalt Grundstücke VV		-247'500	-239'000	-3.4	-243'800	-248'600	-253'600
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-273'075	-305'468	11.9	-311'600	-317'900	-324'300
351	Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital			-167'552	100.0	-214'023	-286'789	-338'587
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'553'526.91						
391	Interne Verrechnungen Dienstleistungen		-50'000	-50'000		-50'000	-50'000	-50'000
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		-87'583	-48'830	-44.2	-68'077	-58'011	-63'413
395	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen		-566'000	-507'000	-10.4	-457'000	-410'000	-369'000
	Total Aufwand	**-1'553'526.91**	**-1'485'958**	**-1'600'000**	**7.7**	**-1'632'000**	**-1'664'600**	**-1'697'900**
447	Liegenschaftenertrag VV		1'443'546	1'600'000	10.8	1'632'000	1'664'600	1'697'900
451	Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im EK		42'412		-100.0			
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	1'553'526.91						
	Total Ertrag	**1'553'526.91**	**1'485'958**	**1'600'000**	**7.7**	**1'632'000**	**1'664'600**	**1'697'900**
	Saldo							

Kommentar Budget
Die Leistungen im Zusammenhang mit der Spezialfinanzierung Parkraumbewirtschaftung werden vom Hochbauamt erbracht und sind im entsprechenden Leistungsauftrag (inkl. Kennzahlen) enthalten. Das Budget 2013 weist für die Spezialfinanzierung ein Überschuss von rund 168'000 Franken aus.

Kommentar Finanzplan
Insbesondere wegen der degressiven Abschreibung steigen die Überschüsse über die Planjahre laufend.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
HB3061.0013	Rückstellung Parkhaus Baar							
	Ausgaben	-1'430.00						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-1'430.00**						
	Einnahmen							
	Saldo	**-1'430.00**						

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
HB3061.0022	Parkleitsystem Zug							
	Ausgaben	-6’780.67	-330’000	-330’000				
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-6’780.67**	**-330’000**	**-330’000**				
	Einnahmen							
	Saldo	**-6’780.67**	**-330’000**	**-330’000**				

Kommentar Budget
Die Realisierung des Parkleitsystems verzögert sich um ein Jahr.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Baudirektion
3080 – Amt für Raumplanung

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Raumplanung sorgt für eine zweckmässige und haushälterische Nutzung des Bodens und trägt den Natur- und Kulturlandschaften des Kantons Sorge. Es koordiniert und steuert die räumliche Entwicklung im Kanton, erarbeitet die Gesamtverkehrsplanung, erstellt die Agglomerationsprogramme und koordiniert die kantonale Statistik.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Richtplanung und Sachpläne
- Erarbeiten und Umsetzen der kantonalen Richtplanung
- Einbringen der kantonalen Interessen in die eidgenössische Raumplanung
- Aufgleisen der raumplanerischen Interessen bei interkantonaler Zusammenarbeit

Leistungsgruppe 2: Verkehrsplanung und Agglomerationsprogramm
- Erarbeiten der kantonalen Verkehrsplanung und Beratung in Mobilitätsfragen
- Organisieren, Auswerten und Publizieren der Verkehrszählungen
- Koordinieren, Beaufsichtigen und Umsetzen des kantonalen Wander- und Radwegnetzes sowie des Bundesinventars der historischen Verkehrswege
- Ausarbeiten des Agglomerationsprogramms

Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft
- Umsetzen der Programmvereinbarung mit dem Bund (Biotopschutz, Landschaftsschutz, ökologische Aufwertung, Biodiversität)
- Begleiten Aufwertungsprojekte Dritter (Moorgebiete, Bäche, Hecken)
- Beraten und Informieren im Bereich Gartendenkmalpflege

Leistungsgruppe 4: Ortsplanung, Baugesuche, Konzessionen, Kiesabbau und Deponien
- Vorprüfen und Genehmigen von Ortsplanungen und Bebauungsplänen
- Führen der Koordinationsstelle für Baugesuche innerhalb und ausserhalb der Bauzone
- Behandeln von Gesuchen für Kiesabbau und Deponien
- Erteilen von Konzessionen für die Nutzung von Gewässern

Leistungsgruppe 5: Statistik und Raumbeobachtung
- Koordinieren der kantonalen Statistik und Umsetzen des kantonalen Statistikkonzeptes
- Erbringen von statistischen Dienstleistungen
- Auswerten verschiedener Indikatoren zur räumlichen Entwicklung und Ableiten des Handlungsbedarfs

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz vom 1. Juli 1996 (NHG, SR 451)
- Gewässerschutzgesetz vom 24. Januar 1991 (GSchG, SR 814.20)
- Planungs- und Baugesetz vom 26. November 1998 (PBG, BGS 721.11)
- Gesetz über den Natur- und Landschaftsschutz vom 1. Juli 1993 (GNL, BGS 432.1)
- Gesetz über die Gewässer vom 25. November 1999
- (GewG, BGS 731.1)
- Gesetz über Strassen und Wege vom 30. Mai 1996 (GSW, BGS 751.14)
- Kantonaler Richtplan, vom Kantonsrat beschlossen am 28. Januar 2004 (BGS 711.3)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Richtplanung und Sachpläne				
1	Termingerechtes Abwickeln der Richtplananpassungen	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat	Bericht und Antrag an den Regierungsrat spätestens sechs Wochen nach Eingang der Stellungnahmen	Bericht und Antrag an den Regierungsrat spätestens sechs Wochen nach Eingang der Stellungnahmen	Gleich
2	Fördern der grenzüberschreitenden, interkantonalen Zusammenarbeit	Nachbarkantone, Gemeinden	Mindestens ein Treffen mit den interessierten Nachbarkantonen	Mindestens ein Treffen mit den interessierten Nachbarkantonen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
3	Termingerechtes Bearbeiten von Stellungnahmen zu Sachplänen, Konzepten, Projekten, Gesetzen und Verordnungen des Bundes	Bund, Regierungsrat	Fristen werden zu 100% eingehalten	Fristen werden zu 100% eingehalten	Gleich
L1	Anpassen der Bevölkerungsprognosen im kantonalen Richtplan	Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinden	Richtplananpassung Bevölkerungszahlen bis Ende 2012 im Kantonsrat	Richtplananpassung bis Ende Jahr abgeschlossen	
L2	Erarbeiten der Grundlagen für Richtplananpassung Verdichtungsschwerpunkte	Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinden	Entwurf der Richtplananpassung bis Ende 2012 aufgleisen	Richtplananpassung bis Ende Jahr abgeschlossen	
L31a	Erarbeiten der Grundlagen für Richtplananpassung Schaffung von preisgünstigem Wohnraum	Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinden	Erarbeiten der Grundlagen für Richtplananpassung bis Ende 2012	Richtplananpassung bis Ende Jahr abgeschlossen	
	Leistungsgruppe 2: Verkehrsplanung und Agglomerationsprogramm				
4	Erarbeiten von Grundlagen für die Verkehrsplanung, Mobilität	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinden	Fristgerechte Abwicklung	Fristgerechte Abwicklung	Steigend
5	Durchführen und Auswerten von Verkehrserhebungen	Bund, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Mindestens 70 Verkehrserhebungen pro Jahr mit sofortiger Auswertung Auf mindestens 95% aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innerhalb 24 Stunden reagieren	Mindestens 70 Verkehrserhebungen pro Jahr mit sofortiger Auswertung. Auf mindestens 95% aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innerhalb 24 Stunden reagieren	Gleich
6	Aufsicht über die kantonalen Wanderwege und deren Signalisation	Bund, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Auftrag für Wanderweg-Routenkonzept bis November erteilen	Umsetzung Wanderweg-Route-Konzept	Steigend
7	Aufsicht über die kantonalen Radstrecken und die allgemeinen Belange des Zweiradverkehrs	Bund, Direktionen, Gemeinden, Dritte	Unfallanalyse 2006-2009 bis Oktober abschliessen Laufende Projektüberprüfungen aus Sicht des Zweiradverkehrs in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt	Laufende Projektüberprüfungen aus Sicht des Zweiradverkehrs in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt	Gleich
A	Umsetzung Agglomerationsprogramm 1. und 2. Generation	Bund	Termingerechtes Einreichen des Agglomerationsprogrammes Zug 2. Generation bis Juni 2012	Vorbereitungsarbeiten für die Unterzeichnung der Leistungsvereinbarung nach den Vorgaben vom Bund	Steigend
L3	Einführen des Mobilitätsmanagements in der kantonalen Verwaltung	Kantonsrat, Regierungsrat	Umsetzen erster konkreter Massnahmen	Weitere Umsetzung der Massnahmen	Steigend
	Leistungsgruppe 3: Natur und Landschaft				
8	Aufsicht, Koordination und Abgeltung von Pflege und Unterhalt der kantonalen Naturschutzgebiete	Bund, Direktionen, Gemeinden, Korporationen, Dritte	Fristgerechte Auszahlung der Beiträge bis Ende 2012	Fristgerechte Auszahlung der Beiträge bis Ende 2013	Gleich
9	Moorregenerationen in Mooren von nationaler Bedeutung	Korporationen, Dritte	Umsetzen in mindestens fünf Mooren	Umsetzen in mindestens fünf Mooren	Gleich
10	Koordinieren und Umsetzen von Artenschutz- und Fördermassnahmen	Bund, Regionale, Koordinationsstellen, Dritte	Schutz- und Förderungskonzept Amphibien und Fledermäuse ist erstellt	Bestandeserhebung Reptilien ist abgeschlossen	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
11	Umsetzen des Entwicklungsleitbildes Zuger-/Walchwiler-/Rossberg	Direktionen, Gemeinden, Korporationen, Dritte	Richtplananpassung Schwerpunkt Erholung Lienisberg in den Kantonsrat	Besucherlenkungskonzept Zuger-, Walchwilerberg liegt vor, erste Massnahmen sind umgesetzt	Steigend
L4	Umsetzen des Legislaturzieles vielfältige und vernetzte Zuger Landschaft	Bund, Direktionen, Dritte	Projektstart erfolgt (sofern Biodiversitätsstrategie Bund beschlossen)	Konzept in Erarbeitung	2014 RR-Beschluss i.S. Biodiversitätsstrategie
L7	Umsetzen des Legislaturzieles Zuger Chriesi	Bund, Direktionen, Nachbarkantone, Dritte	Gesuch Regionalentwicklungsprojekt vom Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) bewilligt, Umsetzung gestartet	Umsetzung Regionalentwicklungsprojekt läuft. Teilprojekt Landschaft ist gestartet	2014 Umsetzung und 2015 Abschluss des Projektes
	Leistungsgruppe 4: Ortsplanung, Baugesuche, Konzessionen, Kiesabbau und Deponien				
12	Termingerechtes Vorprüfen und Genehmigen von Ortsplanungen und Bebauungsplänen	Gemeinden	Drei Monate bei Gesamtrevisionen und neuen Bebauungsplänen. Zwei Monate bei Teilrevisionen	Drei Monate bei Gesamtrevisionen und neuen Bebauungsplänen. Zwei Monate bei Teilrevisionen	Gleich
13	Termingerechtes Behandeln von Bauanfragen und Baugesuchen (ausserhalb der Bauzone, innerhalb des Gewässerabstandes, Starkstromanlagen)	Gemeinden, Dritte	Fristen: Innert einem Monat Schreiben beziehungsweise Verfügen. Bauanzeigen innert zehn Tagen	Fristen: Innert einem Monat Schreiben beziehungsweise Verfügen. Bauanzeigen innert zehn Tagen	Gleich
14	Termingerechtes Behandeln von Gesuchen für den Kiesabbau und Deponien	Gemeinden, Dritte	Fristgerechte Abwicklung	Fristgerechte Abwicklung	Gleich
15	Termingerechtes Erteilen von Konzessionen	Gemeinden, Dritte	Fristen: Innert zwei Monaten Schreiben beziehungsweise Verfügung. Bei neuen Konzessionsgesuchen vier Monate	Fristen: Innert zwei Monaten Schreiben beziehungsweise Verfügung. Bei neuen Konzessionsgesuchen vier Monate	Gleich
L28	Entwickeln des Konzeptes für die Einführung der elektronischen Baubewilligung	Gemeinden	Begleiten der Umsetzung des Konzeptes	Begleiten der Umsetzung des Konzeptes. Abschluss des Konzeptes bis Ende 2013	
L46b	Führen der Koordinationsstelle für Baugesuche innerhalb der Bauzone	Gemeinden, Dritte	Verfahren der Koordinationsstelle für Baugesuche innerhalb der Bauzone sind bis Ende 2012 eingespielt	Fristgerechte Abwicklung	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Statistik und Raumbeobachtung				
16	Termingerechtes Umsetzen des kantonalen Statistikkonzeptes	Regierungsrat	Die im Statistikkonzept gesetzten Fristen werden zu 100% erfüllt	Die im Statistikkonzept gesetzten Fristen werden zu 100% erfüllt	Gleich
17	Erbringen von statistischen Dienstleistungen und Auskünften für die Verwaltung und die Öffentlichkeit	Kantonsrat, Regierungsrat Direktionen, Gemeinden, Dritte	Auf mindestens 95% aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innert 24 Stunden reagieren	Auf mindestens 95% aller verwaltungsinternen und -externen Anfragen innert 24 Stunden reagieren	Steigend
18	Verfassen von statistischen Medienmitteilungen und Analysen	Dritte	Mindestens drei Publikationen (Medienmitteilungen, Analysen) pro Jahr	Mindestens drei Publikationen (Medienmitteilungen, Analysen) pro Jahr	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
19	Überwachen der Bauzonen-reserven-Entwicklung	Bund, Kantonsrat, Regierungsrat, Gemeinden, Dritte	Aktualisieren der unbebauten Bauzonen in allen Gemeinden per Ende Jahr	Aktualisieren der unbebauten Bauzonen in allen Gemeinden per Ende Jahr	Gleich
B	Erarbeiten der statistischen Grundlagen für die Raum-beobachtung	Kantonsrat, Regierungsrat	Grundlagen sind bis Ende 2012 aktualisiert	Grundlagen sind bis Ende Jahr aktualisiert	Gleich
C	Produktion «Kanton Zug in Zahlen» in Zusammenarbeit mit der Zuger Kantonalbank	Kantonsrat, Regierungsrat, Dritte	Print-Publikation «Zug in Zahlen» 2012 bis Juli 2012	Print-Publikation «Zug in Zahlen» bis September des Jahres	Gleich
D	Koordinieren der Bildungs-statistik für Volkswirtschafts-direktion und Direktion für Bildung und Kultur	Bundesamt für Statistik, Direktionen, Dritte	Termingerechte Datenlieferung aller Schulen ans Bundesamt für Statistik	Termingerechte Datenlieferung aller Schulen ans Bundesamt für Statistik	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Baugesuche und Anfragen innerhalb und ausserhalb der Bauzone	Anzahl		370	400	Gleich
Bebauungspläne (Vorprüfungen und Genehmigungen)	Anzahl		25	25	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-6'175'107.56**	**-6'033'300**	**-6'543'700**	**8.5**	**-6'491'900**	**-6'700'100**	**-6'809'000**
Total Ertrag	**1'073'073.70**	**1'012'000**	**946'000**	**-6.5**	**946'000**	**901'000**	**906'000**
Saldo	**-5'102'033.86**	**-5'021'300**	**-5'597'700**	**11.5**	**-5'545'900**	**-5'799'100**	**-5'903'000**

Kommentar Budget
Weniger Einnahmen aus Bundessubventionen im Bereich Natur- und Landschaftsschutz, Mehraufwendung für Moorregenerationen und für ökologische Aufwertungsmassnahmen (siehe Leistungsgruppe 3: 8, 9, 10).
Einmalige Mehraufwendung für die Aktualisierung des Verkehrsmodells (Leistungsgruppe 2: 4).

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT3080.0001	GemDat Raum							
	Ausgaben			-60'000		-20'000		
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben			**-60'000**		**-20'000**		
	Einnahmen							
	Saldo			**-60'000**		**-20'000**		

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
BD3080.0006	Hochspannungsltg. Entschädigung, Landschaftsschutz							
	Ausgaben	-86'120.40	-100'000	-100'000				
	Einnahmen	28'706.80	33'000	33'000				
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-86'120.40**	**-100'000**	**-100'000**				
	Einnahmen	**28'706.80**	**33'000**	**33'000**				
	Saldo	**-57'413.60**	**-67'000**	**-67'000**				

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3500 – Direktionssekretariat

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat erfüllt Stabs-, Planungs-, Koordinations- und Beratungsfunktionen für den Sicherheitsdirektor und die Ämter der Sicherheitsdirektion. Es nimmt Aufgaben in der Funktion als Rechtsdienst des Regierungsrates und der Sicherheitsdirektion wahr. Es erarbeitet Berichte und Anträge an den Regierungsrat und an den Kantonsrat. Das Direktionssekretariat ist auch Opferhilfestelle und führt das Eichamt.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst
- Juristische Auskünfte und Unterstützung im Zuständigkeitsbereich der Sicherheitsdirektion
- Instruktion Beschwerden
- Erarbeitung und Qualitätssicherung von Verträgen der SD-Ämter
- Submissionswesen der Sicherheitsdirektion
- Rechtsdienst des Regierungsrates
- Parteistellung in Verfahren gemäss Verantwortlichkeitsgesetz

Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte
- Qualitätssicherung Anträge der Sicherheitsdirektion
- Erarbeitung Erlasse
- Beantwortung parlamentarischer Vorstösse
- Verfassen von Mitberichten und Vernehmlassungen
- Sekretariat parlamentarischer Kommissionen

Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben
- Verfügungen und Stellungnahmen im Bereich Strassenverkehrsrecht
- Bewilligungen zur Herabsetzung des Mindestalters im Filmwesen
- Bewilligungen Lotteriewesen
- Beiträge aus dem Lotteriefonds im Zuständigkeitsbereich der SD

Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen
- Interne und externe Kommunikation
- Allgemeine Stabsaufgaben (Planung, Koordination, Aufträge und Unterstützung Direktionsvorsteher)
- Mitwirkung in Projekten und Arbeitsgruppen
- Informatikkoordination der Sicherheitsdirektion
- Personalwesen der Sicherheitsdirektion
- Projekte
- Direktionsrechnungsführung

Leistungsgruppe 5: Opferhilfe
- Vollzug der Opferhilfegesetzgebung des Bundes
- Verhandlung und Controlling von Leistungsvereinbarungen
- Entscheidung über Gesuche betreffend staatlicher finanzieller Leistungen an Opfer schwerer Straftaten

Leistungsgruppe 6: Eichamt
- Nacheichung Messmittel
- Marktüberwachung
- Füllmengenkontrollen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über die Verantwortlichkeit der Gemeinwesen, Behördemitglieder und Beamten vom 1. Februar 1979 (Verantwortlichkeitsgesetz, BGS 154.11)
- Gesetz über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen vom 1. April 1976 (Verwaltungsrechtspflegegesetz, BGS 162.1)
- Polizeigesetz vom 30. November 2006 (BGS 512.1)
- Gesetz über die Organisation der Polizei vom 30. November 2006 (Polizei-Organisationsgesetz, BGS 512.2)
- Verordnung über die Strafanstalt vom 6. Mai 2003 (BGS 331.1)
- Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen vom 7. Dezember 2010 (BGS 331.2)
- Verordnung über die Militärverwaltung vom 2. Dezember 2003 (BGS 521.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz vom 30. September 2010 (Bereich Zivilschutz, EG ZGB, BGS 531.1)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen vom 22. Dezember 1983 (Notorganisationsgesetz, BGS 541.1)
- Gesetz über die Gebäudeversicherung vom 20. Dezember 1979 (BGS 722.1)
- Gesetz über den Feuerschutz vom 15. Dezember 1994 (BGS 722.2)
- Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation (BGS 752.21)
- Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über das Messwesen vom 5. April 1982 (BGS 942.11)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten vom 6. Juli 1978 (Lotteriegesetz, BGS 942.41)
- Gesetz über Spielautomaten und Spiellokale vom 25. Februar 1982 (BGS 942.48)
- Filmgesetz vom 6. Juli 1972 (BGS 422.1)
- Verordnung betreffend Einführung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfer von Straftaten (BGS 315.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
A	Effiziente und nachhaltige Arbeitserledigung	Bevölkerung, Direktionssekretariat, Ämter	Qualitätsmanagement ist eingeführt	Evaluation der Prozesse und Einführung eines jährlichen Überprüfungsprozesses	
	Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst				
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Gerichte	90% der Anträge innert 2 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren. Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	90% der Anträge innert 3 Monaten nach Abschluss Instruktionsverfahren	Gleich
2	Umgehende Einleitung von Verfahrensschritten den Rechtsdienst des Regierungsrates betreffend	Direktionen, Regierungsrat, Justiz, Bundesverwaltung, Bundesparlament	Verfahrensleitende Schritte werden innert vier Arbeitstagen eingeleitet	Verfahrensleitende Schritte werden innert vier Arbeitstagen eingeleitet	Gleich
3	Fristgerechte Stellungnahme als Partei im Staatshaftungsverfahren	Beschwerdeführende, Vorinstanzen, Gerichte	Vorverfahren sind innert 6 Monaten abgeschlossen. Die Fristen des Gerichts sind eingehalten	Vorverfahren sind innert 6 Monaten abgeschlossen. Die Fristen des Gerichts sind eingehalten	Gleich
L46a	Ermöglichung kurzer Wege im Verwaltungsverfahren	Beschwerdeführende, Vorinstanzen, Gerichte	Gesetzesentwurf und Erläuterungen liegen vor	Die Ist-Situation sowie der Soll-Wert sind analysiert; ein entsprechendes Delta ist erkannt. Masnahmen zur allfälligen Verbesserung sind vom Regierungsrat verabschiedet	
	Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
4	Hohe Qualität der Anträge der SD an den RR	Regierungsrat	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	Keine Rückweisungen aus formalen Gründen	Gleich
5	Fristgerechte Bearbeitung der parlamentarischen Vorstösse	Regierungsrat, Kantonsrat	Die gesetzlichen Fristen sind eingehalten	Die gesetzlichen Fristen sind eingehalten	Gleich
6	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter	Die Fristen sind eingehalten	Die Fristen sind eingehalten	Gleich
B	Gesetzesanpassungen aufgrund EU Rahmenbeschlüsse 2008 über den Schutz personenbezogener Daten	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	Das parlamentarische Verfahren ist abgeschlossen	Gesetzesanpassungen sind in Kraft
C	Totalrevision Filmgesetz	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	Der Regierungsrat hat das Gesetz dem Kantonsrat überwiesen	Das parlamentarische Verfahren ist abgeschlossen
D	Öffentlichkeitsgesetz	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	Das parlamentarische Verfahren ist abgeschlossen	Gesetz ist in Kraft
E	Erledigung der Motion Übelhart und Wicky zur Aufhebung der Feuerwehrpflicht und Ersatzabgabe	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat		Der Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	Gesetzesanpassungen sind in Kraft

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
F	Erledigung des Postulats Hürlimann zur Revision der Strassensignalisations-verordnung	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat		Der Regierungsrat hat die externe Vernehmlassung eröffnet	Der Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen
L24	Video-Überwachungsgesetz	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	Das parlamentarische Verfahren ist abgeschlossen	Gesetz ist in Kraft
L24	Übertretungsstrafrecht	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat	Regierungsrat hat das Geschäft dem Kantonsrat überwiesen	Das Gesetz ist in Kraft. Eine Informationskampagne ist durchgeführt	
	Leistungsgruppe 3: Vollzugsaufgaben				
7	Beförderliche Bearbeitung der eingehenden Gesuche betreffend Verkehrsanordnungen	Antragstellende	90% der Gesuche sind innert 3 Wochen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	90% der Gesuche sind innert 3 Wochen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gleich
8	Sofortige Bearbeitung von Gesuchen um Bewilligung zur Herabsetzung des Mindestalters im Filmwesen	Antragstellende	90% der Gesuche sind innert Tagesfrist beantwortet	«Fällt weg»	
9	Rasche Bearbeitung eingehender Gesuche im Lotteriewesen	Antragstellende	Gesuche sind innert 14 Tagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gesuche sind innert 14 Tagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gleich
10	Rasche Bearbeitung der eingehenden Beitragsgesuche aus dem Lotteriefonds	Antragstellende	Gesuche unter Fr. 10'000 sind innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gesuche unter Fr. 10'000 sind innert 10 Arbeitstagen nach Vorliegen sämtlicher Dokumente beantwortet	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Stabsdienstleistungen				
11	Gewährleistung des internen Informationsflusses	Ämter, Mitarbeitende	12 Amtsleitersitzungen sowie 12 Teamsitzungen des DS; 1 Klausurtagung Amtsleitende	12 Amtsleitersitzungen; 12 Teamsitzungen des Direktionssekretariats; 1 Klausurtagung Amtsleitende	Gleich
12	Aktive Information über aktuelle Themen der Sicherheitsdirektion	Medien, Öffentlichkeit	12 Vorträge/50 Mediekontakte/2 Medienkonferenzen	12 Vorträge/50 Mediekontakte/2 Medienkonferenzen	Gleich
13	Fristgerechte und korrekte Direktionsrechnungsführung	Öffentlichkeit, Regierungsrat, Kantonsrat, Ämter	Fristgerechter Rechnungsabschluss gemäss den Vorgaben der Finanzdirektion	Fristen der Finanzdirektion sind eingehalten. Keine schwerwiegenden Beanstandungen der Finanzkontrolle	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Opferhilfe				
14	Rasche Beurteilung von Gesuchen für Soforthilfe	Opferberatungsstellen, Opfer, Rechtsanwälte, Frauenhäuser	90% der Verfügungen innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	90% der Verfügungen innert 3 Arbeitstagen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	Gleich
15	Rasche Beurteilung von Gesuchen für längerfristige Hilfe	Opferberatungsstellen, Opfer, Rechtsanwälte/innen, Therapeuten/innen, Frauenhäuser, Dolmetscher/innen	90% der Verfügungen innert 3 Wochen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	90% der Verfügungen innert 3 Wochen nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
16	Beförderliche und fachgerechte Beurteilung von Gesuchen betreffend Entschädigungen und Genugtuungen	Opferberatungsstellen, Opfer, Rechtsanwälte/innen	90% der Verfügungen innert 2 Monaten nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	90% der Verfügungen innert 2 Monaten nach Eingang der entscheidrelevanten Unterlagen	Gleich
17	Sicherstellung der Aufsicht/ Controlling Opferberatungsstellen	Opferberatungsstellen, Öffentlichkeit	90% der Beurteilungen von Mehrstundenanträgen innert Tagesfrist Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen	Prüfung der von Opferberatungsstellen gesprochenen Kostengutsprachen innert 3 Arbeitstagen	Gleich
	Leistungsgruppe 6: Eichamt				
18	Messmittel sind gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	Öffentlichkeit, Ämter	1450 Messmittel gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm geeicht	1350 Messmittel geeicht	Gleich
19	Effektive Füllmengenkontrollen nach DVO	Öffentlichkeit	30 Hersteller von Fertig/ und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	30 Hersteller von Fertig- und Zufallspackungen gemäss Fälligkeit nach Eichverwaltungsprogramm kontrolliert	Gleich
20	Vorgaben des Bundesamts für Metrologie Metas sind erfüllt	Öffentlichkeit	Jahresziele Metas sind erreicht	Jahresziele Metas sind erreicht	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
- Ziel 1: Aufgrund der hohen Anzahl Beschwerden müssen einerseits die Bearbeitungszeit verlängert sowie andererseits die Personalressourcen erhöht werden.
- Ziel 8: Das Verfahren wurde geändert, indem neu jährlich nur 1 Gesuch eingereicht werden muss. Damit konnten die Kosten für den Gesuchsteller gesenkt sowie der administrative Aufwand reduziert werden. Das Ziel wurde folglich gestrichen.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Beschwerden und Einsprachen	Anzahl		45	50	Steigend
Staatshaftung	Anzahl		10	12	Gleich
Aufsichtsbeschwerden	Anzahl		5	5	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		12	10	Gleich
Vernehmlassungen des Bundes	Anzahl		20	20	Gleich
Bearbeitung RR-Geschäfte	Anzahl		100	90	Gleich
Verkehrsanordnungen	Anzahl		80	90	Steigend
Gesuche Opferhilfe	Anzahl		150	140	Gleich
Eichpflichtige Messmittel (Eichamt)	Anzahl		3’100	2’800	Gleich
Hersteller Fertig-/Zufallspackungen (Eichamt)	Anzahl		70	65	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
- Aufgrund der steigenden Anzahl Beschwerden erhöht sich die Geschäftslast der Sicherheitsdirektion. Die Geschäftserledigung gemäss den Zielvorgaben ist ohne Erhöhung des Stellenetats gefährdet.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-2'412'599.11	-2'404'100	-2'568'900	6.9	-2'578'600	-2'584'400	-2'645'100
Total Ertrag	183'186.75	149'000	151'200	1.5	151'200	151'200	151'200
Saldo	-2'229'412.36	-2'255'100	-2'417'700	7.2	-2'427'400	-2'433'200	-2'493'900

Kommentar Budget
Personalaufwand:
- Zusätzlich 80 Stellenprozent für eine/n juristische/n Mitarbeitender/in aufgrund des Anstiegs der Anzahl Beschwerden: 2002–2008: Ø 25 p.a./2009: 30 p.a./2010: 35 p.a./2011: 52 p.a. Mit dem bestehenden Personalbestand wurden die Ziele 2011 nicht erreicht und es ist bereits heute absehbar, dass aufgrund der Arbeitsbelastung verschiedene Ziele 2012 nicht erreicht werden können.
- 50 Stellenprozente für eine/n Sachbearbeiter/in budgetiert. 2011 übernahm das Direktionssekretariat zusätzlich die Direktionsrechnungsführung von einem ihrer Ämter. Für diese Funktion wurden 20 Stellenprozent ausgewiesen. Effektiv beträgt der Aufwand jedoch 50 Stellenprozent, damit das Ziel der korrekten Rechnungsführung erreicht werden kann. Zudem wirkt sich der starke Anstieg der Beschwerden auch in einem grösseren Arbeitsaufwand auf Sachbearbeiterebene aus.

Sachaufwand:
- Budgetbetrag in der Höhe von 46'000 Franken für eine Kampagne zur Einführung des Übertretungsstrafgesetzes (insbesondere zur Prävention von Littering) gemeinsam mit den Gemeinden und Zeba vorgesehen.
- Ablösung der IT-Software im Eichamt in der Höhe von 48'000 Franken.
- Aufwand für Einführung Qualitätsmanagement in der Höhe von 30'000 Franken fällt weg.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
SD3500.0001	Investitionsbeitrag Sanierung Bostadel							
	Ausgaben	72'052.45						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**72'052.45**						
	Einnahmen							
	Saldo	**72'052.45**						

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
SD3500.0003	Beitrag Sicherheitseinrichtungen Bossard-Arena							
	Ausgaben	-265'000.00						
	Einnahmen							
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben	**-265'000.00**						
	Einnahmen							
	Saldo	**-265'000.00**						

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3515 – Schätzungskommission

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-80'000		-100.0			
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-91'300		-100.0			
305	Arbeitgeberbeiträge		-23'900		-100.0			
309	Übriger Personalaufwand		-5'350		-100.0			
310	Material- und Warenaufwand		-1'200		-100.0			
313	Dienstleistungen und Honorare		-45'000		-100.0			
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-2'700		-100.0			
317	Spesenentschädigungen		-500		-100.0			
319	Übriger Betriebsaufwand		-6'500		-100.0			
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-223'945.20						
	Total Aufwand	**-223'945.20**	**-256'450**		**-100.0**			
421	Gebühren für Amtshandlungen		90'000		-100.0			
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	107'150.15						
	Total Ertrag	**107'150.15**	**90'000**		**-100.0**			
	Saldo	**-116'795.05**	**-166'450**		**-100.0**			

Kommentar Budget
Die Schätzungskommission ist seit dem 1. Januar 2012 neu als ein spezielles «Schätzungsgericht» administrativ dem Verwaltungsgericht angegliedert (§ 61 Planungs- und Baugesetzes (PBG) vom 30. Juni 2011; GS 31,221).

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3540 – Amt für Zivilschutz und Militär

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Zivilschutz und Militär vollzieht den Zivilschutz im Kontroll-, Aufgebots-, Ausbildungs-, Einsatz- und Alarmierungswesen sowie die baulichen Vorschriften. Die Zivilschutzorganisation unterstützt die Bevölkerung und die Partner des Bevölkerungsschutzes. Das Amt bearbeitet die vom Bund dem Kanton übertragenen militärischen Aufgaben im Kontroll-, Rekrutierungs-, Schiess- und ausserdienstlichen Disziplinarstrafwesen, die Wehrpflichtersatzabgabe und führt eine Retablierungsstelle.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung

- Führt das militärische Kontrollwesen
- Führt Orientierungstage durch und bietet zur Rekrutierung auf
- Bearbeitet und veranlagt die Wehrpflichtersatzabgabe
- Betreibt eine Retablierungsstelle
- Kontrolliert die Erfüllung der ausserdienstlichen Pflichten und vollzieht das Disziplinarstrafwesen

Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung

- Bearbeitet Baugesuche und vollzieht den baulichen Zivilschutz
- Stellt die Alarmierung der Bevölkerung sicher
- Plant die Zuweisung der Bevölkerung auf die Schutzräume
- Unterhält die vom Kanton genutzten Zivilschutzanlagen

Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation

- Führt das Kontrollwesen des Zivilschutzes
- Bildet die Angehörigen des Zivilschutzes aus
- Stellt die Einsatzbereitschaft der Zivilschutzorganisation sicher
- Verwaltet und betreibt ein Ausbildungszentrum
- Bewirtschaftet das Material und die Fahrzeuge
- Stellt die Betreuung von schutzsuchenden Personen sicher
- Unterstützt Führungsorgane und Partnerorganisationen
- Stellt den Schutz der Kulturgüter sicher
- Leistet Instandstellungsarbeiten und Einsätze zugunsten der Gemeinschaft

Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben

- Informiert und berät Behörden, Verwaltung und die Bevölkerung
- Führt den zugerischen Winkelriedfonds
- Führt die Entlassung aus der Dienstpflicht durch (Armee und Zivilschutz)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 3. Februar 1995 über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG, SR 510.10)
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008 über die militärischen Informationssysteme (MIG, SR 510.91)
- Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG, SR 520.1)
- Bundesgesetz vom 12. Juni 1959 über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG, SR 661)
- Bundesgesetz vom 6. Oktober 1995 über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz, ZDG, SR 824.0)
- Verordnung vom 10. April 2002 über die Rekrutierung (VREK, SR 511.11)
- Verordnung vom 10. Dezember 2004 über das militärische Kontrollwesen (VmK, SR 511.22)
- Verordnung vom 19. November 2003 über die Militärdienstpflicht (MDV, SR 512.21)
- Verordnung vom 5. Dezember 2003 über das Schiesswesen ausser Dienst (Schiessverordnung, SR 512.31)
- Verordnung vom 26. November 2003 über die Organisation der Armee (VOA, SR 513.11)
- Verordnung vom 5. Dezember 2003 über die persönliche Ausrüstung der Armeeangehörigen (VPAA, SR 514.10)
- Verordnung vom 5. Dezember 2003 über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung, ZSV, SR 520.11)
- Verordnung vom 18. August 2010 über die Warnung und Alarmierung (Alarmierungsverordnung, AV, SR 520.12)
- Verordnung vom 6. Juni 2008 über Einsätze des Zivilschutzes zugunsten der Gemeinschaft (VEZG, SR 520.14)
- Verordnung vom 30. August 1995 über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEV, SR 661.1)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bereich Zivilschutz, EG BZG) vom 30. September 2010 (BGS 531.1)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen (Notorganisationsgesetz) vom 22. Dezember 1983 (BGS 541.1)
- Verordnung zum EG betr. Zivilschutz vom 28. Juni 2011 (BGS 531.11)
- Verordnung über die Militärverwaltung vom 2. Dezember 2003 (BGS 521.1)
- Verordnung über den Wehrpflichtersatz vom 26. November 1996 (BGS 521.4)
- Verordnung über den zugerischen Winkelriedfonds vom 6. Dezember 1993 (BGS 521.811)
- Verordnung über die Alarmorganisation in Friedenszeiten vom 28. Juni 2011 (BGS 531.14)
- Verwaltungsvereinbarung betreffend gemeinsamer Durchführung der Grund, Kader und Spezialistenausbildung im Zivilschutz (Ausbildungsvereinbarung Zivilschutz) vom 12. Februar 2004 (BGS 531.17)
- Verordnung über die Notorganisation vom 15. Januar 1985 (BGS 541.11)
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)
- Kantonsratsbeschluss betreffend sofortige Hilfeleistung bei Katastrophen und Kriegen vom 25. April 2002 (BGS 542.12)

1.4 Kommentar Grundlagen

Aufgrund einer amtsinternen Reorganisation wechseln die nachfolgend aufgeführten Leistungen von der Leistungsgruppe 2 zur 3:

Verwaltet und betreibt ein Ausbildungszentrum
Bewirtschaftet das Material und die Fahrzeuge

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Militärverwaltung				
1	Stellt aktuellen Datenbestand des militärischen Kontrollwesens sicher	Armee, Angehörige der Armee	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Gleich
2	Führt Orientierungstage für alle 18-jährigen Schweizer durch und bietet zur Rekrutierung auf	Armee, Stellungspflichtige	10 Orientierungstage	10 Orientierungstage	Gleich
3	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Angehörige der Armee	Innert zwei Wochen bearbeitet	Innert zwei Wochen bearbeitet	Gleich
4	Veranlagt und bewirtschaftet die Wehrpflichtersatzabgabe korrekt und vollständig	Angehörige der Armee	100% bewirtschaftet, Revision stellt keine gravierenden Mängel fest	100% bewirtschaftet, Revision stellt keine gravierenden Mängel fest	Gleich
5	Kontrolliert die korrekte Erfüllung der Schiesspflicht der Angehörigen der Armee	Armee	Im Januar kontrolliert	Im Januar kontrolliert	Gleich
6	Vollzieht das Disziplinarstrafwesen fristgerecht	Angehörige der Armee	100% innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen	100% innert der Verjährungsfrist (1 Jahr) vollzogen	Gleich
7	Betreibt eine Retablierungsstelle gemäss Leistungsauftrag VBS	Angehörige der Armee, des Zivilschutzes und der Notorganisation	3 Tage pro Woche geöffnet	3 Tage pro Woche geöffnet	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Zivilschutzverwaltung				
8	Bearbeitet und verfügt über Baugesuche zeitgerecht	Bauherrschaft	Innert zwei Wochen	Innert zwei Wochen	Gleich
9	Stellt den Ersatz der persönlichen Ausrüstung, des Materials und der Fahrzeuge gemäss Sicherheitsanforderungen und Beschaffungskonzepte sicher	Zivilschutzorganisation	Kontrolle des Inventars	«Fällt weg»	
10	Stellt die Zuweisungsplanung der Bevölkerung auf die Schutzräume sicher	Bevölkerung, Zivilschutzorganisation	Zwei Überarbeitungen	1 Überarbeitung	Gleich
11	Führt die periodische Schutzraumkontrolle gemäss Checkliste durch inkl. Nachkontrolle bei Mängeln	Hauseigentümer/innen	350 Objekte	350 Objekte	Gleich
A	Erneuert die Sirenen	Bevölkerung	33 Sirene	1 Sirene	Abgeschlossen
B	Erneuert die Telematik in Anlagen	Zivilschutzorganisation	1 Anlage: Unterägeri	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
C	Überprüfung Software-Ersatz Baulicher Zivilschutz	Zivilschutzverwaltung		Entscheid neue Software Baulicher Zivilschutz	Umsetzung
	Leistungsgruppe 3: Zivilschutzorganisation				
12	Stellt den aktuellen Datenbestand des Kontrollwesens sicher	Zivilschutzorganisation, Angehörige des Zivilschutzes	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Mutationen innert Wochenfrist bearbeitet	Gleich
13	Stellt die Einsatzbereitschaft und die Qualität der Ausbildung sicher	Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes und Bevölkerung	80% der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut	80% der Teilnehmenden beurteilen die Ausbildung mit gut	Gleich
14	Unterstützt TixiTaxi mit Fahrern	TixiTaxi, Bevölkerung	700 Einsatztage	700 Einsatztage	Gleich
15	Bearbeitet Dienstverschiebungsgesuche fristgerecht	Angehörige des Zivilschutzes	Innert einer Woche	Innert einer Woche	Gleich
16	Leistet Unterstützungseinsätze zugunsten der Gemeinschaft gemäss Gesuche	Organisationskomitees, soziale Einrichtungen und Bevölkerung	800 Einsatztage	800 Einsatztage	Gleich
17	Stellt den Ersatz der persönlichen Ausrüstung, des Materials und der Fahrzeuge gemäss Sicherheitsanforderungen und Beschaffungskonzepte sicher	Zivilschutzorganisation		Periodische Kontrollen und jährliche Kontrolle des Inventars	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Öffentlichkeitsarbeit und besondere Aufgaben				
18	Bearbeitet Gesuche des Winkelriedfonds	Angehörige der Armee und des Zivilschutzes	100% der Betroffenen innert zwei Wochen nach der Beförderung angeschrieben	100% der Betroffenen innert zwei Wochen nach der Beförderung angeschrieben	Gleich
19	Betreibt eine aktive und offene Öffentlichkeitsarbeit	Bevölkerung, Angehörige der Armee und des Zivilschutzes	Umgehende Medienmitteilungen nach Zivilschutzeinsätzen	Umgehende Medienmitteilungen nach Zivilschutzeinsätzen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Leistung 9 und 17: siehe Kommentar Grundlagen.
Leistung 10: Kosteneinsparung durch Reduktion auf eine Überarbeitung.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Stellungspflichtige	Pflichtige		550	550	Gleich
Meldepflichtige Armee	Pflichtige		7'500	7'500	Gleich
Meldepflichtige Zivilschutz	Pflichtige		2'000	2'100	Gleich
Wehrpflichtersatzpflichtige	Pflichtige		2'950	3'000	Gleich
Gesuche baulicher Zivilschutz (Schutzraumbaupflicht oder Ersatzabgabe)	Gesuche		160	150	Gleich
Dienstverschiebungsgesuche Armee	Gesuche		1'300	1'300	Gleich
Dienstverschiebungsgesuche Zivilschutz	Gesuche		400	400	Gleich
Kunden Retablierungsstelle	Kunden		2'000	2'000	Gleich
Kurstage im Zivilschutz	Teilnehmertage		7'500	7'500	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-4'808'981.10	-4'465'600	-4'428'100	-0.8	-4'577'200	-4'652'900	-4'741'800
Total Ertrag	2'651'963.95	2'062'600	2'065'500	0.1	2'132'300	2'133'200	2'133'200
Saldo	-2'157'017.15	-2'403'000	-2'362'600	-1.7	-2'444'900	-2'519'700	-2'608'600

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3541 – Stabstelle Notorganisation

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Stabsstelle Notorganisation koordiniert und plant die Vorbereitungen und die Ausbildung für den Einsatz der Notorganisation und ist verantwortlich für den Betrieb und die Bewirtschaftung des Alarmierungssystems.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Notorganisation

- Informiert und berät Behörden, Verwaltung und die Bevölkerung
- Koordiniert die Ausbildung der Partner/innen der Notorganisation
- Ist verantwortlich für die Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes (KFS) und des Katastrophenstabes (KS)
- Unterstützt die Gemeinden in der Vorbereitung und Ausbildung der Gemeindeführungsstäbe
- Betreibt und bewirtschaftet das Alarmierungssystem
- Bewirtschaftet das Material der Sanitätshilfsstelle
- Koordiniert Aufgaben und Projekte im Bereich der Notorganisation

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 4. Oktober 2002 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs und Zivilschutzrecht, BZG, SR 520.1)
- Verordnung vom 5. Dezember 2003 über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung, ZSV, SR 520.11)
- Verordnung vom 18. August 2010 über die Warnung und Alarmierung (Alarmierungsverordnung, AV, SR 520.12)
- Verordnung vom 6. Juni 2008 über Einsätze des Zivilschutzes zugunsten der Gemeinschaft (VEZG, SR 520.14)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bereich Zivilschutz, EG BZG) vom 30. September 2010 (BGS 531.1)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen vom 22. Dezember 1983 (Notorganisationsgesetz, BGS 541.1)
- Verordnung zum EG betr. Zivilschutz vom 28. Juni 2011 (BGS 531.11)
- Verordnung über die Alarmorganisation in Friedenszeiten vom 28. Juni 2011 (BGS 531.14)
- Verordnung über die Notorganisation vom 15. Januar 1985 (BGS 541.11)
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Notorganisation				
1	Stellt den reibungslosen Betrieb des Alarmierungssystems sicher	Partner/innen des Bevölkerungsschutzes	Pro Organisation 4 Probealarme	Pro Organisation 4 Probealarme	Gleich
2	Koordiniert die Arbeiten und die Ausbildung des Kantonalen Führungsstabes, des Katastrophenstabes, der Arbeitsgruppe Katastrophenplan und der Partner/innen der Notorganisation	Mitglieder der Notorganisation, Führungsstäbe und Sanitätshilfsstelle	Führt mindestens 2 Informations- und Planungsrapporte durch. Kontrolliert die Pendenzenliste	Führt mindestens 2 Informations- und Planungsrapporte durch. Kontrolliert die Pendenzenliste	Gleich
3	Unterstützt die Gemeindeführungsstäbe bei ihrer Ausbildungstätigkeit	Gemeinden, Gemeindeführungsstäbe	4 Übungen	4 Übungen	Gleich
4	Stellt die Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle sicher	Gesundheitswesen und Bevölkerung	Kontrolliert den Mittelbedarf, den Ausbildungsstand und bearbeitet die administrativen Arbeiten für das San Hist Personal	Kontrolliert den Mittelbedarf, den Ausbildungsstand und bearbeitet die administrativen Arbeiten für das San Hist Personal	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
A	Koordiniert die Umsetzung der Massnahmen des Projektes ABC-Schutz	Bevölkerung, Partner/innen Notorganisation	Umsetzung Pendenzen gemäss Schlussbericht	Umsetzung Pendenzen gemäss Schlussbericht	Gleich
B	Koordiniert das Projekt «Zusammenarbeit Bund und Kantone bei Naturgefahren»	Bevölkerung, Partner/innen Notorganisation	Umsetzung Pendenzen gemäss OWARNA-Bericht (Optimierung der Warnung und Alarmierung) des Bundesrates	Umsetzung Pendenzen gemäss OWARNA-Bericht des Bundesrates	Gleich
C	Koordiniert die Ausbildung der Care Organisation Zentralschweiz	Bevölkerung, Partner/innen Notorganisation, Mitglieder Care Team	– 1 Einführungskurs – 2 Weiterbildungskurse	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Führungsstäbe	Kantonaler Führungsstab (KFS)			1	Gleich
Führungsstäbe	Gemeinde Führungsstab (GFS)			11	Gleich
San Hist	Angehörige			200	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-183'924.33	-258'100	-314'400	21.8	-679'800	-320'500	-321'200
Total Ertrag	137'461.70	127'700	127'700		127'700	127'700	127'700
Saldo	-46'462.63	-130'400	-186'700	43.2	-552'100	-192'800	-193'500

Kommentar Budget
Ausbildung Führungsstäbe
Mittelbeschaffung ABC Schutz
Patientenleitsystem San Hist

Kommentar Finanzplan
2014 Ersatz Kontainer Sanitätshilfsstelle

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
SD3541.0001	ABC Konzept (Umsetzung Analyse)							
	Ausgaben		-150'000					
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben		**-150'000**					
	Einnahmen							
	Saldo		**-150'000**					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Strassenverkehrsamt setzt das Strassenverkehrsgesetz (SVG) des Bundes um, vollzieht das Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (BSG), die internationalen Vereinbarungen und die Ausführungsvorschriften, erhebt die Steuern der Motorfahrzeuge im Strassenverkehr und trägt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben zur Sicherheit in der Mobilität und zu umweltschonendem Verkehr auf Strassen und Gewässern bei.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen

- Fahrzeugprüfungen
- Schiffsprüfungen
- Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)
- Praktische Führerprüfungen (Strassenfahrzeuge)
- Praktische Schiffsführerprüfungen

Leistungsgruppe 2: Führer- und Fahrzeugausweise

- Lernfahr- und Führerausweise
- Fahrzeugausweise
- Kontrollschilder
- Schiffs- und Schiffsführerausweise
- Sonderbewilligungen und Spezialbewilligungen

Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben

- Pauschale Schwerverkehrsabgabe
- Vignetten und Versicherungen
- Motorfahrzeugsteuern

Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht

- Verwarnungen
- Führerausweis-Entzug
- Sonstige Verfügungen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Strassenverkehrsgesetz (SVG) vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
- Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (BSG) vom 3. Oktober 1975 (SR 747.201)
- Verkehrsregelverordnung (VRV) vom 13. November 1962 (SR 741.13)
- Verkehrsversicherungsverordnung (VVV) vom 20. November 1959 (SR 741.31)
- Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (Verkehrszulassungsverordnung, VZV) vom 27. Oktober 1976 (SR 741.51)
- Signalisationsverordnung (SSV) vom 5. September 1979 (SR 741.21)
- Verordnung über die technischen Anforderungen an Strassenfahrzeuge (VTS) vom 19. Juni 1995 (SR 741.41)
- Verordnung über die Typengenehmigung von Strassenfahrzeugen (TGV) vom 19. Juni 1995 (SR 741.511)
- Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und -führerinnen (Chauffeurverordnung, ARV 1) vom 19. Juni 1995 (SR 822.221)
- Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Führer von leichten Personentransportfahrzeugen und schweren Personenwagen (ARV 2) vom 6. Mai 1981 (SR 822.222)
- Verordnung über die Schifffahrt auf schweizerischen Gewässern (Binnenschifffahrtsverordnung, BSV) vom 8. November 1978 (SR 747.201.1)
- Gesetz über Strassen und Wege (GSW) vom 30. Mai 1996 (BGS 751.14)
- Gesetz über die Steuern im Strassenverkehr vom 30. Oktober 1986 (BGS 751.22)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 29. September 1988 (BGS 753.1)
- Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassensignalisation vom 22. Februar 1977 (BGS 751.21)
- Verordnung über die Gebühren im Strassenverkehr vom 13. Dezember 2005 (BGS 751.221)
- Verordnung über die Gebühren im Schiffsverkehr vom 13. Dezember 2005 (BGS 753.11)
- Verordnung über die Inbetriebnahme und das Stationieren von Booten vom 17. Dezember 1974 (BGS 753.3)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Aufrechterhaltung der ISO-Zertifizierung und SAS-Akkreditierung	Kundschaft	Periodisches Audit durch die SQS und SAS	Periodisches Audit durch die SQS und SAS	Gleich
2	Deckungsgrad durch Gebühreneinnahme nach Kosten- und Leistungsrechnung sowie nach Verrechnung über die Strassenbau-Spezialfinanzierung	Kanton	100%	100%	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Fahrzeug- und Führerprüfungen				
3	Fahrzeugprüfungen innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen durchführen	Fahrzeughalterinnen und -halter, Autogewerbe	31’500 Motorfahrzeuge	31’500 Motorfahrzeuge	Gleich
4	Hohe Auslastung Theorieprüfungen (Motorfahrzeuge und Schiffe)	Antragstellende auf eine Führerausweiskategorie	Prüfungen im Durchschnitt zu 90% ausgelastet	Prüfungen im Durchschnitt zu 90% ausgelastet	Gleich
5	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Führerprüfungen (Strassenfahrzeuge)	Zu prüfende Fahrzeuglenkerinnen und -lenker	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
6	Hohes aber faires Leistungsniveau bei praktischen Schiffsführerprüfungen	Zu prüfende Schiffsführerinnen und -führer	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
A	Überprüfung der Bewilligungen «Werkinterner Verkehr»	Gewerbe	Die ersten 50% aller Betriebe	Die restlichen 50% aller Betriebe	
	Leistungsgruppe 2: Führer- und Fahrzeugausweise				
7	Rasches und korrektes Ausstellen von Ausweisen	Fahrzeughalterinnen und -halter, Fahrzeugführerinnen und -führer	Keine gutgeheissenen Beschwerden, Tages à jour in der Fahrzeugzulassung, 5 Arbeitstage in der Führerzulassung	Keine gutgeheissenen Beschwerden, Tages à jour in der Fahrzeugzulassung, 5 Arbeitstage in der Führerzulassung	Gleich
8	Rasche Bearbeitung und Erteilung von Sonder- und Spezialbewilligungen	Transportgewerbe, Fahrzeugführende	Durchlaufzeit max. 24 Stunden	Durchlaufzeit max. 24 Stunden	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Weitere Vollzugsaufgaben				
9	Fristgerechter Einzug der Pauschalen Schwerverkehrsabgabe	Fahrzeughalterinnen und -halter	Fristen eingehalten	«Fällt weg»	
10	Fristgerechte Erhebung der Motorfahrzeugsteuern	Fahrzeughalterinnen und halter	Fristen eingehalten	«Fällt weg»	
B	Computerunterstützter Prüfbericht (CUFA): Anbindung der Rollenprüfstände an CUFA	Fahrzeughalterinnen und -halter, StVA	Einführung	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
C	Erfassung der verkehrsmedizinischen ärztlichen Zeugnisse mittels WEB-Applikation	Ärzteschaft	Einführung	«Fällt weg»	
D	Ersatz der PDA's für die Computerunterstützte Fahrzeugabnahme (CUFA) und Ablösung des Betriebssystems Windows CE	Fahrzeughalterinnen und -halter, StVA		Einführung/Ersatz	
	Leistungsgruppe 4: Administrativmassnahmen/Recht				
11	Kurze Durchlaufzeit von Verwarnungen (Rapporteingang bis Versand Verfügung)	Fahrzeugführerinnen und -führer	Max. 8 Wochen	Max. 8 Wochen	Gleich
12	Kurze Durchlaufzeit von Führerausweisentzügen (Rapporteingang bis Versand Verfügung)	Fahrzeugführerinnen und -führer	Max. 8 Wochen	Max. 8 Wochen	Gleich
13	Kurze Durchlaufzeit von sonstigen Verfügungen: Versand von vorsorglichen Entzug seit Feststellung der Zweifel an Fahreignung	Fahrzeugführerinnen und -führer	Innerhalb 1 Arbeitstag	Innerhalb 1 Arbeitstag	Gleich
E	Verkehrsmedizinische Untersuchungen/Abklärungen	Gesundheitsdirektion, Sicherheitsdirektion, Ärztegesellschaft	Umsetzung des Konzeptes Weiterbildung	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Wegfall der Leistungsziele 9 und 10 (siehe neu unter Einfluss-/Plangrössen) da nicht beinflussbar.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Lernfahrausweise	Stück	2'324	2'300	2'300	Gleich
Führerausweise im Kreditkartenformat	Stück	8'041	7'500	8'500	Steigend
Fahrzeugausweise	Stück	26'820	25'000	26'500	Steigend
Kontrollschilder Paare	Stück	7'555	7'150	7'500	Steigend
Kontrollschilder Einzel	Stück	2'320	2'450	2'400	Gleich
Schiffsausweise	Stück	355	300	300	Gleich
Schiffsführerausweise	Stück	253	250	250	Gleich
Provision aus Verkauf Autobahn- und Velovignetten und Versicherungen	Franken	92'693	100'000	93'000	Gleich
Einzug Pauschale Schwerverkehrsabgabe	Franken	153'530		155'000	Gleich
Erhebung Fahrzeugsteuern	Franken	28'429'301		28'412'000	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Die Fahrzeugsteuern werden vom StVA erhoben und laufend direkt und vollumfänglich auf das Konto der Strassenbau-Spezialfinanzierung überwiesen (KST 3030/Kto. 4030.10)

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-6'977'110.08**	**-7'052'850**	**-6'959'900**	**-1.3**	**-7'002'300**	**-7'210'900**	**-7'426'500**
Total Ertrag	**8'938'775.24**	**8'971'000**	**9'384'480**	**4.6**	**9'400'000**	**9'414'980**	**9'430'000**
Saldo	**1'961'665.16**	**1'918'150**	**2'424'580**	**26.4**	**2'397'700**	**2'204'080**	**2'003'500**

Kommentar Budget
Die Gebührenerträge sind um 400'000 Franken höher budgetiert als im Vorjahr.
Beim ausgewiesenen Saldo handelt es sich nicht um den Reingewinn des Strassenverkehrsamtes, da dieser Betrag durch die internen Verrechnungen und Querschnittsleistungen konsumiert wird.
Der Kostendeckungsgrad in der Kosten- und Leistungsrechnung beträgt 100%, wie das in Leistungsziel 2 gefordert wird.

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet. Erklärung zu den ausgewiesenen Saldi siehe Kommentar Budget.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT3581.0097	Motorfahrzeugsteuer							
	Ausgaben	-16'904.15	-200'000					
	Einnahmen							
IT3581.0098	Vorprojekt Digitalisierung Fahrzeugprüfberichte							
	Ausgaben	-69'545.39						
	Einnahmen	30'000.00						
IT3581.0101	CUFA Phase 2							
	Ausgaben		-90'000					
	Einnahmen							
IT3581.0102	CUFA Endgeräte							
	Ausgaben			-80'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-86'449.54**	**-290'000**	**-80'000**				
	Einnahmen	**30'000.00**						
	Saldo	**-56'449.54**	**-290'000**	**-80'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Die skeye-dart-Erfassungsgeräte für die Computerunterstützte Fahrzeugabnahme (CUFA Check by Voice) laufen unter Windows CE und sollten durch eine neuere und stabilere Version ersetzt werden.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3587 – Amt für Feuerschutz

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-42'900	-20'800	-51.5	-20'800	-20'800	-20'800
361	Entschädigungen an Gemeinwesen		-202'600	-202'600		-202'600	-202'600	-202'600
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-306'874.70						
	Total Aufwand	**-306'874.70**	**-245'500**	**-223'400**	**-9.0**	**-223'400**	**-223'400**	**-223'400**
426	Rückerstattungen		40'000	40'000		40'000	40'000	40'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	47'560.10						
	Total Ertrag	**47'560.10**	**40'000**	**40'000**		**40'000**	**40'000**	**40'000**
	Saldo	**-259'314.60**	**-205'500**	**-183'400**	**-10.8**	**-183'400**	**-183'400**	**-183'400**

Kommentar Budget
Kto. 311 Investitionen: Kantonsanteile für diverses Einsatzmaterial ABC.
Kto. 361 RRB vom 3.2.2011: Neue Vereinbarung mit der Stadt Zug betreffend Finanzierung der Stützpunktaufgaben (Jährliche Betriebskostenpauschale).
Kto. 426 Rückerstattungen: Ertrag abhängig von Art und Anzahl Einsätze sowie der definitiven Regelung des Gebührenbezugs.

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
SD3587.0001	Ersatz Messfahrzeug							
	Ausgaben			-109'200				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben			**-109'200**				
	Einnahmen							
	Saldo			**-109'200**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Zuger Polizei trägt im Rahmen des gesetzlichen Auftrages durch Information, Beratung, Präsenz und andere geeignete Massnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Verhütung von Unfällen bei. Sie trifft Massnahmen zur Abwehr unmittelbar drohender Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt und beseitigt eingetretene Störungen. Weiter trifft sie Massnahmen zur Verhinderung, Verfolgung und Aufklärung von Straftaten und wirkt bei der Strafuntersuchung mit. Die Polizei vollzieht das Ordnungsbussenwesen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Sicherheit

- Polizeipräsenz und Community Policing
- Hilfeleistung, Amts- und Vollzugshilfe
- Fahndung und Vermisstensuche
- Umsetzung Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Gewässerpolizei und Umwelt
- Sicherheitsdienstleistungen für Dritte

Leistungsgruppe 2: Ermittlungen

- Gerichtspolizeiliche Verfahren (exkl. SVG)
- Rechtshilfe und Informationsbearbeitung
- Spezialermittlung und Kriminalanalyse
- Wahrung innere Sicherheit und Massnahmen gegen Gewalt bei Sportveranstaltungen
- Kriminaldienstleistungen für Dritte

Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze

- Ordnungsdienst
- Bewältigung Sonderlagen

Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen

- Einsatzleitzentralendienst
- Justizvollzugshilfe und Transporte
- Verwaltungspolizeiaufgaben
- Information und Prävention
- Instruktion an Polizeibildungseinrichtungen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0)
- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
- Strassenverkehrsgesetz (SVG) vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
- Ordnungsbussengesetz (OBG) vom 24. Juni 1970 (SR 741.03)
- Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) vom 21. März 1997 (SR 120)
- Verordnung über die Kontrolle des Strassenverkehrs (Strassenverkehrskontrollverordnung, SKV) vom 28. März 2007 (SR 741.013)
- Verordnung des ASTRA zur Strassenverkehrskontrollverordnung (VSKV-ASTRA) vom 22. Mai 2008 (SR 741.013.1)
- Ordnungsbussenverordnung (OBV) vom 4. März 1996 (SR 741.031)
- Verordnung über das militärische Kontrollwesen (VmK) vom 10. Dezember 2004 (SR 511.22)
- Polizeigesetz vom 30. November 2006 (BGS 512.1)
- Polizeistrafgesetz vom 26. Februar 1981 (BGS 311.1)
- Gesetz über die Organisation der Polizei (Polizei-Organisationsgesetz) vom 30. November 2006 (BGS 512.2)
- Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2010 (BGS 161.1)
- Kantonsratsbeschluss betreffend den Beitritt zum Konkordat vom 25. Juni 2003 über Errichtung und Betrieb einer interkantonalen Polizeihochschule Hitzkirch vom 26. August 2004 (BGS 511.5)
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen (Notorganisationsgesetz) vom 22. Dezember 1983 (BGS 541.1)
- Verordnung über den Strassenverkehr und die Strassen signalisation vom 22. Februar 1977 (BGS 751.21)
- Verordnung über die Notorganisation vom 15. Januar 1985 (BGS 541.11)
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)
- Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen vom 7. Dezember 2010 (BGS 331.2)
- Verordnung zur Bundesgesetzgebung über Waffen, Waffenzubehör und Munition vom 15. Dezember 1998 (BGS 514.1)
- Vereinbarung der KKJPD und des EJPD über die Durchführung von begleiteten Rückführungen auf dem Luftweg (Aufgebotsvereinbarung) vom 10. April 2003 (BGS 512.32)
- Übereinkunft betreffend die Polizeitransporte vom 23. Juni 1909 (BGS 332.1)
- Verordnung zum Konkordat vom 15. November 2007 über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (BGS 512.25)
- Verordnung über Datenbearbeitungssysteme für die Polizei vom 16. Dezember 2008 (BGS 512.15)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt vom 29. September 1988 (BGS 753.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
A	Intensivierung der interkantonalen Polizeizusammenarbeit	Bevölkerung, Vereinbarungspartner	Vereinbarungen Logistik, OD und Intervention sind umgesetzt, Konzept für Zusammenarbeit der Kriminalpolizeien SZ und ZG ist genehmigt. Strategie und Architektur der künftigen harmonisierten Polizeiinformatik der Schweiz ist durch KKJPD genehmigt	Umsetzung erster Elemente der Strategie und Architektur HPI (Referenz-Architektur KKJPD), sowie Pilotbetrieb «Begleitung Ausnahmetransporte», Initialisierung Zusammenarbeitsvorhaben der Kriminalpolizeien SZ und ZG, Operationalisierung ARGE AVANTI, Bildung ARGE neues Rapportsystem mit Kapo SZ	
L24	Gewährleistung eines hohen Sicherheitsstandards	Bevölkerung, Firmen	Straftaten- und Unfall- aufkommen entwickeln sich gegenüber dem Mittel der vorangehenden vier Jahre positiv	Straftaten- und Unfall- aufkommen entwickeln sich gegenüber dem Mittel der vorangehenden vier Jahre positiv. Bevölkerungsumfrage	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Sicherheit				
1	Sicherstellung einer hohen Community Policing (CP) Tätigkeit und sichtbarer Präsenz	Bevölkerung	9’000 CPStd. 4’500 Präsenzstunden durch BVP und PDS Mitarbeitende	11’500 CP- und 5’000 Präsenz-Stunden durch Mitarbeitende der Sicherheits- und Kriminalpolizei	Steigend
2	Kurze Interventionszeiten	Geschädigte Personen, Unfallbeteiligte	Eintreffen vor Ort bei dringenden Einsätzen: 80% in max. 10 Min., nicht mehr als 1% über 15 Min. Eintreffen vor Ort bei nicht dringenden Einsätzen: 80% in maximal 15 Min., max. 2% über 20 Min.	Eintreffen vor Ort bei dringenden Einsätzen: 80% in max. 10 Min., nicht mehr als 1% über 15 Min. Eintreffen vor Ort bei nicht dringenden Einsätzen: 80% in maximal 15 Min., max. 2% über 20 Min.	Gleich
3	Wirksame Bekämpfung der Kriminalität durch Inflagrantifestnahmen	Geschädigte Personen, Leistungsnehmende Wertschutzobjekte	6 vorläufige Festnahmen von Einbrechern oder Dieben durch Ertappen auf frischer Tat oder unmittelbar danach	6 vorläufige Festnahmen von Einbrechern oder Dieben durch Ertappen auf frischer Tat oder unmittelbar danach	Gleich
4	Hohe Erfolgsquote bei der Auffindung von Vermissten und der Ergreifung von ausgeschriebenen Personen	Gesuchte oder vermisste Personen, ausschreibende Amtsstellen	10’000 Std. Personenfahndung. Anhaltung von 24 ausgeschriebenen Personen, exklusiv wegen Personenstatus negativer Asylentscheid (NAE) oder (Nichteintretensentscheid (NEE)	10’000 Std. Personenfahndung. Anhaltung von 24 ausgeschriebenen Personen, exklusiv wegen Personenstatus negativer Asylentscheid (NAE) oder (Nichteintretensentscheid (NEE)	Gleich
5	Vermeidung einer offenen Drogenszene, Sicherstellungen von Drogen, gestohlenen Fahrzeugen und Gegenständen	Geschädigte Personen	Sicherstellungen von: Drogen 60, Motorfahrzeuge 6, Fahrräder 36, Beuten 12	Sicherstellungen von: Drogen 65, Motorfahrzeugen 8, Fahrräder 50, Beuten 12	Gleich
6	Gewährleistung einer guten Verkehrssicherheit	Bevölkerung, insbesondere Verkehrsteilnehmende, Gemeinden	3’000 Std. Kontrollen Fahrtauglichkeit und Fahrzeugzustand, 750 Std. Kontrollen Radar und Laser, 700 Std. Überwachung mobiler Verkehr (ViDistA), 900 Std. Schwerverkehrs- und Betriebskontrollen	Kontrolltätigkeit: 3’000 Std. Fahrtauglichkeit/Fahrzeugzustand, 750 Std. Radar/Laser, 700 Std. ViDistA, mind. 3% der Arbeitstage von ARV 1 unterstehenden Fahrzeugführenden (mind. 30% davon bei Strassenverkehrskontrollen und mind. 50% bei Betriebskontrollen)	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
7	Effiziente Bearbeitung von Rechtshilfeersuchen	Ersuchende Amtsstellen	75% der Ersuche innert 30 Tagen erledigt, max. 2% in mehr als 6 Monaten	75% der Ersuche innert 30 Tagen erledigt, max. 2% in mehr als 6 Monaten	Gleich
8	Sicherstellung der Ordnung und Sicherheit auf und um den zugerischen Gewässern	Gewässernutzende, Geschädigte, Tiere und Natur	300 Std. Seepolizei-Patrouillendienst	300 Std. Gewässerpolizei-Patrouillendienst	Gleich
9	Hohe Aufklärungsrate bei Umweltdelikten	Bevölkerung, Tiere und Natur	Aufklärung von 50% der angezeigten Umweltdelikte	Aufklärung von 50% der angezeigten Umweltdelikte	Gleich
10	Bei Sicherheitsdienstleistungen für Dritte hohe Zufriedenheit bei den Leistungsempfangenden	Leistungsnehmende, Veranstalter, Bauunternehmer	90% gute Zufriedenheit, 80% der Gesuche in 15 Arbeitstagen beantwortet	90% gute Zufriedenheit, 80% der Gesuche in 15 Arbeitstagen beantwortet	Gleich
11	Einführung von Verkehrsinstruktion an anerkannten Privatschulen	Schüler/innen, Privatschulen		Umsetzung Schulgesetzgebung zur Durchführung von Verkehrsinstruktion an anerkannten Privatschulen	Steigend
	Leistungsgruppe 2: Ermittlungen				
12	Hohe Erfolgsquote bei der Aufklärung strafbarer Handlungen	Strafverfolgungsbehörden, geschädigte Personen	Über dem schweizerischen Mittel liegende Aufklärungsquote, Leib- und Leben-Delikte Aufklärungsquote von 90%	Über dem schweizerischen Mittel liegende Aufklärungsquote, Leib- und Leben-Delikte Aufklärungsquote von 90%	Gleich
13	Beschleunigte polizeiliche Bearbeitung der Jugenddelikte	Geschädigte Personen, Jugendstaatsanwaltschaft, Eltern	In 98% der meldepflichtigen Fälle die Jugendstaatsanwaltschaft innert 24 h informiert. 90% der Rapportakten bei Ermittlungen mit geringer Komplexität sind innert einem Monat der Jugendstaatsanwaltschaft überwiesen	In 98% der meldepflichtigen Fälle die Jugendstaatsanwaltschaft innert 24 h informiert. 95% der Rapportakten bei normalen Ermittlungen sind innert einem Monat der Jugendstaatsanwaltschaft überwiesen	Gleich
14	Speditive Erledigung der Rechts- und Amtshilfe	Staatsanwaltschaft des Kantons Zug, Polizei- und Strafverfolgungsbehörden des Bundes, anderer Kantone und des Auslandes	Fristgerechte Erledigung von 95% der Aufträge und Anfragen	Fristgerechte Erledigung von 95% der Aufträge und Anfragen	Gleich
15	Schnelle Bearbeitung der Anfragen und Aufträge des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)	Nachrichtendienst des Bundes, andere Polizeikorps	80% des Arbeitsanfalles wird innert 3 Arbeitstagen dem NDB beantwortet	80% des Arbeitsanfalles wird innert 3 Arbeitstagen dem NDB beantwortet	Gleich
16	Sicherstellung der Qualität bei Kriminaltechnischen Untersuchungen	Strafverfolgungsbehörden, geschädigte Personen	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020. Jederzeitige Nachprüfbarkeit der Beweissicherung und -auswertung ist gewährleistet	Keine Aussetzung der Akkreditierung nach europäischer Norm (EN) 17020. Jederzeitige Nachprüfbarkeit der Beweissicherung und -auswertung ist gewährleistet	Gleich
17	Termingerechte Erstellung der Polizeikriminalstatistik (PKS)	Bund, Behörden, Medien, Bevölkerung		Abschluss der PKS bis 31.12.2012 und Aufbereitung bis 15.04.2013	Gleich
B	Konsolidierung Einführung schweizerische Strafprozessordnung	Beteiligte am Strafprozess, Staatsanwaltschaft	Sämtliche mit der StPO zusammenhängenden Belange der Leistungsgruppe Ermittlungen (Dienstvorschriften, Einsatzabwicklung, Prozesse) sind aktualisiert	«Fällt weg»	
C	Einführung Übertretungsstraf- und Ordnungsbussengesetz.	Gemeinden		Operationelle Umsetzung ÜStG	Konsolidierung

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 3: Spezialeinsätze				
18	Ordnungsdiensteinsätze: Vermeidung von Schäden bei Veranstaltungen und Anlässen	Bevölkerung, Anlassverantwortliche, Gemeinden	Weniger als 5 Personen und 15 Sachschäden	Weniger als 5 Personen und 15 Sachschäden	Gleich
19	Reduktion des personellen Aufwandes im Ordnungsdienst für Sportanlässe	Bevölkerung, Anlassverantwortliche, Gemeinden	20% weniger OD-Einsatzstunden gegenüber dem Durchschnitt aller Spiele der Jahre 2009-2011	5% weniger OD-Einsatzstunden gegenüber dem Jahr 2012	Sinkend
20	Gewährleistung Personenschutz	Anlassverantwortliche	Keine verletzten VIP's	Keine verletzten VIP's	Gleich
21	Sicherstellung des Schutzes von Opfern und Dritten bei Interventionen mit erhöhter Gefährdung	Geschädigte Personen (Opfer), unbeteiligte Personen	Keine Prüfungsergebnisse und Urteile mit der Aussage: unverhältnismässige Risiken für Opfer und Dritte	Keine Prüfungsergebnisse und Urteile mit der Aussage: unverhältnismässige Risiken für Opfer und Dritte	Gleich
22	Unmittelbare Verfügbarkeit der Diensthunde im Aussendienst	Bevölkerung, geschädigte und vermisste Personen	Diensthunde leisten 2'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Aussendienst	Diensthunde leisten 2'000 Einsatzstunden im Patrouillen-Aussendienst	Gleich
D	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Vereinbarung Intervention und Ordnungsdienst	Bevölkerung, Zentralschweizer Kantone	Technischer Leiter Ordnungsdienst und Intervention sind namentlich bestimmt	Die Technische Leitung der Bereiche OD und Intervention sind konsolidiert.	Gleich
E	Sicherheitskonzept Bossard-Arena	Bevölkerung, Stadionbesuchende, Veranstalter	Dispositive für Verkehr, Ordnung und Sicherheit konsolidiert	Das Bewilligungswesen bei Sportanlässen aufgrund der Revision des Hoogan-Konkordats ist konsolidiert	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Dienstleistungen				
23	Präzise Entgegennahme von Notrufen und Alarmierungen sowie zeitverzugsloses Aufbieten der erforderlichen Einsatzkräfte	Bevölkerung, Verunfallte, Notorganisationsmittel, Vertragspartner von der auf der Einsatzleitzentrale aufgeschalteten Wertschutzanlagen, Bundesstellen (fedpol, ASTRA, NAZ)	Bei 99% der Meldungseingänge ist das Erstaufgebot innert 2 Min. abgeschlossen. In weniger als 1 Promille der Einsatzabwicklungen reklamierte Mängel	Bei 99% der Notrufe sind bis 2 Min. nach Meldungseingang die erforderlichen Einsatzmittel aufgeboten. In weniger als 1 Promille der Einsatzabwicklungen reklamierte Mängel	Steigend
24	Anforderungsgerechte Erfüllung der Transportaufträge	Staatsanwaltschaften, Gerichte, Justiz-Vollzugsbehörden, Gemeinden, Rettungsdienst, Bundesstellen	90% der Aufträge innert einverlangten Fristen abgewickelt. Keine Entweichungen ab Transport	90% der Aufträge innert einverlangten Fristen abgewickelt. Keine Entweichungen ab Transport	Gleich
25	Wirkungsvoller Vollzug der Waffen- und Sprengstoffgesetzgebung	Bevölkerung, gesuchstellende Gemeinden, ersuchende Behörden, Gerichte, Staatsanwaltschaft	Kontrollen: 50% der Waffenhändler, 33% der Seriefeuerwaffenbesitzer, 33% der Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen	Kontrollen: 50% der Waffenhändler, 33% der Seriefeuerwaffenbesitzer, 33% der Betriebe mit Sprengstoffbewilligungen	Gleich
26	Leumundsabklärungen und Personensicherheitsüberprüfungen	Gemeinden, Behörden der Kantone und des Bundes	Ab Befragung 90% der Aufträge innert einem Monat erledigt	Ab Befragung 90% der Aufträge innert einem Monat erledigt	Gleich
27	Ereignisbezogene Information der Öffentlichkeit	Medien, Bevölkerung	260 Medienmitteilungen, 3 Messen, 2 Informationsschwerpunkte, 50 Vorträge/Führungen, 610'000 Zugriffe auf Internetseite	260 Medienmitteilungen, 3 Messen, 2 Informationsschwerpunkte, 3 Medienkonferenzen, 50 Vorträge/Führungen, 200'000 Zugriffe auf unsere Internetseite	Gleich
F	Schweizerisches Sicherheitsfunknetz/Teilnetz Zug (Polycom)	Partner der Zuger Notorganisation, Teilnehmende des Sicherheitsfunknetzes (Bors), Bevölkerung	Sicherung Funkstandorte, Baueingaben, Detailkonzept	Realisierung der Infrastruktur und Bestellung der Technik	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
G	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Zusammenarbeit im Bereich Einsatzleitzentrale	Bevölkerung, Hilfesuchende, Ereignisdienste	GELZ-Konzepte «Notrufüberlauf» und «Redundanz» sind genehmigt, Vorbereitungen für Pilot abgeschlossen	Durchführung Pilot bezüglich «Notrufüberlauf» und «Redundanz» sowie Auswertung (Abhängig vom Entscheid der ZPDK (Februar 2012)	
H	Zentralschweizer Polizeikonkordat: Zusammenarbeit im Bereich Logistik	Bevölkerung, Mitarbeitende	Vereinheitlichung und gemeinsame Beschaffung der Uniform	Evaluation/Konkretisierung der Beschaffung von Kleidung und Schutzausrüstung im Bereich OD	
L28	Projekt: E-Governement	Bevölkerung	Inbetriebnahme von 2 Online-Formularen	Inbetriebnahme von zwei Online-Formularen	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Wirtschaftliche Bevölkerung	Anzahl		120’000	121’000	Steigend
Immatrikulierte Fahrzeuge	Anzahl		87’300	90’000	Steigend
Im Handelsregister eingetragene Firmen	Anzahl		30’500	31’200	Steigend
Verkehrsunfälle	Anzahl		1’000	1’000	Gleich
Erfasste Straftaten	Anzahl		8’750	9’000	Steigend
Einsatzstunden Ordnungsdienst, Interventionen, Personen- und Objektschutz	Stunden		9’160	8’500	Sinkend
Telefonanrufe Einsatzleitzentrale	Anzahl		113’500	114’000	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-47’161’635.27**	**-50’713’000**	**-51’173’000**	**0.9**	**-52’478’800**	**-54’564’400**	**-56’091’600**
Total Ertrag	**5’779’153.05**	**5’977’000**	**6’082’000**	**1.8**	**6’171’000**	**6’126’000**	**6’126’000**
Saldo	**-41’382’482.22**	**-44’736’000**	**-45’091’000**	**0.8**	**-46’307’800**	**-48’438’400**	**-49’965’600**

Kommentar Budget
Aufwand:
- Die Zunahme des Aufwands im Personalbereich ist die Folge von Bestandeserhöhungen, welche durch den Kantonsrat bereits beschlossen wurden.
- 2.0 PE für Polizeipräsenz (KRB 1984.3 – 13581).
- 1.0 PE für Wirtschaftsdelikte WID, Wachstum.
- 1.5 PE für Polycom (KRB 2065.2 - 13834), Funksystem der Notorganisationen.

Ertrag:
- Mit der Stadt Zug konnte eine Verwaltungsvereinbarung über den Beizug von Sicherheitsassistenten (SiAss) abgeschlossen werden (Gültig ab dem Jahr 2013, vorbehalten bleibt die Bewilligung des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug).

Kommentar Finanzplan
- Ab dem Jahr 2015 fallen erstmals die Betriebskosten für das Funksystem der Notorganisationen (POLYCOM) an, in den Jahren 2015 und 2016 betragen diese je 600’000 Franken.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT3590.0165	Projekte aus SIP ZUPO							
	Ausgaben	-19'386.00	-100'000	-150'000				
	Einnahmen							
IT3590.0166	Polizei XXI							
	Ausgaben	-59'827.00	-70'000	-270'000		-100'000		
	Einnahmen							
IT3590.0170	Erweiterung Einsatzleitsystem AVANTI							
	Ausgaben		-150'000	-250'000				
	Einnahmen							
IT3590.0171	ePolice							
	Ausgaben		-100'000					
	Einnahmen							
IT3590.0172	Umsetzung Harmonisierung Polizei Informatik							
	Ausgaben					-200'000		
	Einnahmen							
IT3590.0173	Speichermanagement Fachanwendung							
	Ausgaben			-200'000		-100'000		
	Einnahmen							
SD3590.0030	Vorprojekt Polycom (Ersatz für heutiges Funknetz)							
	Ausgaben	-487'790.70	-50'000					
	Einnahmen							
SD3590.0047	Ersatz Radar Steinhausen, Blickensdorferstr.							
	Ausgaben	-68'606.75						
	Einnahmen							
SD3590.0048	Ersatz pers. Dienstwaffe							
	Ausgaben		-330'000					
	Einnahmen							
SD3590.0054	Infrastruktur KTD							
	Ausgaben	-56'134.12						
	Einnahmen							
SD3590.0056	Säle 062/063 Gesamterneuerung Audio/Video							
	Ausgaben	-159'730.64						
	Einnahmen							
SD3590.0057	OD Neuausrüstung							
	Ausgaben	-123'955.90						
	Einnahmen							
SD3590.0062	Erneuerung Geschwindigkeits-messgeräte							
	Ausgaben			-400'000		-490'000	-350'000	
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
SD3590.0063	Öffentliche Videoüberwachung							
	Ausgaben		-120’000	-30’000		-550’000	-80’000	-80’000
	Einnahmen							
SD3590.0064	Ersatz Spezialfahrzeug Intervention							
	Ausgaben					-110’000		
	Einnahmen							
SD3590.0065	Polizeiboot							
	Ausgaben						-300’000	
	Einnahmen							
SD3590.0066	Smartphone, Ersatz Pager/Fachapplikation							
	Ausgaben			-200’000				
	Einnahmen							
SD3590.0067	Digitalisierung Akten							
	Ausgaben			-120’000				
	Einnahmen							
SD3590.0068	Kontrollschildererkennung							
	Ausgaben					-100’000	-100’000	-100’000
	Einnahmen							
SD3590.0069	GMS-Telefonserver							
	Ausgaben			-160’000				
	Einnahmen							
SD3590.0070	Schiesskeller, Erneuerung Kugelfänge							
	Ausgaben			-250’000				
	Einnahmen							
SD3590.0071	3-D Tatortkamera							
	Ausgaben					-100’000		
	Einnahmen							
SD3590.0072	Forensische Datensicherung							
	Ausgaben					-175’000		
	Einnahmen							
SD3590.0073	AFIS Live-Scanstation, Fingerabdruckerfassung							
	Ausgaben						-100’000	
	Einnahmen							
SD3590.0074	Neukonzeption Videostudio und OGH-Raum							
	Ausgaben					-60’000	-70’000	
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-975’431.11**	**-920’000**	**-2’030’000**		**-1’985’000**	**-1’000’000**	**-180’000**
	Einnahmen							
	Saldo	**-975’431.11**	**-920’000**	**-2’030’000**		**-1’985’000**	**-1’000’000**	**-180’000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
SD3590.0044	Polycom, Umsetzung							
	Ausgaben		-3'657'000	-12'500'000		-2'343'000	-700'000	
	Einnahmen			705'000		3'596'000		
Total Verpflichtungskredite								
	Ausgaben		**-3'657'000**	**-12'500'000**		**-2'343'000**	**-700'000**	
	Einnahmen			**705'000**		**3'596'000**		
	Saldo		**-3'657'000**	**-11'795'000**		**1'253'000**	**-700'000**	

Kommentar Budget
– Aufgrund der Verzögerung bei der Realisierung des Funksystems der Notorganisationen (POLYCOM) wurden die jährlichen Tranchen der Investition neu berechnet.

Kommentar Finanzplan
– Aufgrund der Verzögerung bei der Realisierung des Funksystems der Notorganisationen (POLYCOM) wurden die jährlichen Tranchen der Investition neu berechnet.

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3592 – Amt für Migration

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Migration (AFM) vollzieht das Ausländer und Asylrecht des Bundes. Insbesondere regelt es die Ein- und Ausreise sowie den Aufenthalt und die Erwerbstätigkeit aller ausländischen Personen im Kanton Zug. Weiter ist es dafür verantwortlich, dass Ausländerinnen und Ausländer, die sich unrechtmässig im Kanton Zug aufhalten oder deren Aufenthaltsbewilligung abgelaufen ist, das Kantonsgebiet verlassen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt

- Prüfung und Erteilung von Kurzaufenthalts-, Aufenthalts-, Niederlassungs- und Grenzgängerbewilligungen für ausländische Staatsangehörige
- Mutationen bei bestehenden Bewilligungen
- Aufenthaltsnachforschungen und Wegzugsmeldungen
- Prüfung und Bewilligung von Besuchseinladungen und Ausstellen von Visa
- Rechtsdienst
- Erfassung und Weiterleitung biometrischer Daten von Nicht-EU/EFTAStaatsangehörigen

Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise

- Anmeldung Neuzugänge
- Überwachung des Asylverfahrens
- Bearbeitung der Gesuche um Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen (Härtefälle)
- Gewährleistung der Rückkehrberatung/Rückkehrhilfe
- Organisation der freiwilligen Ausreise

Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen

- Sicherstellung des zwangsweisen Vollzugs von Wegweisungen in Anwendung der vom Bund vorgesehenen Zwangsmassnahmen (insbesondere Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft)
- Papierbeschaffung
- Beantragung und Eröffnung der Einreiseverbote

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG, SR 142.20)
- Abkommen vom 21. Juni 1999 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (Freizügigkeitsabkommen, FZA, SR 0.142.112.681)
- Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG, SR 142.31)
- Einführungsgesetz vom 28. November 1996 zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (EG ANAG, BGS 122.5)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Kundenfreundliche Erbringung umfassender Dienstleistungen im Ausländer- und Asylrecht	Im Kanton Zug wohnhafte oder erwerbstätige Ausländer/-innen	Keine berechtigten Reklamationen	Keine berechtigten Reklamationen	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Einreise/Aufenthalt				
2	Effiziente Bearbeitung eingehender Gesuche	Gesuchsteller/-innen	80% innerhalb 10 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	80% innerhalb 10 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	Gleich
3	Fristgerechte Stellungnahmen zu Beschwerden	Instruierende Behörde, Beschwerdeführer/-innen	100%	100%	Gleich
4	Umgehende Ausstellung von Visa	Nicht-EU/EFTA-Staatsangehörige	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen	Ausstellung innert 2 Arbeitstagen	Gleich
5	Telefonische Erreichbarkeit sicherstellen	Kundschaft	100% während der Schalteröffnungszeiten	Uneingeschränkt während der Schalteröffnungszeiten	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 2: Asylverfahren und freiwillige Ausreise				
6	Beförderliche Vorprüfung von Gesuchen um Stellenantritt Asylsuchender und vorläufig Aufgenommener	Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene, Arbeitgebende, Amt für Wirtschaft und Arbeit	Berichtgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	Berichtgabe innert 5 Arbeitstagen ab Vorliegen des vollständigen Gesuchs	Gleich
7	Durchführung der Ausreisegespräche	Abgewiesene und ausreisepflichtige Asylsuchende	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid	Vorladungen innert 10 Tagen ab Rechtskraft Asylentscheid	Gleich
8	Unverzügliche Vornahme der Abschlussmeldungen an das Bundesamt für Migration	Bundesamt für Migration	Meldung innert 14 Tagen	Meldung innert 14 Tagen	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Zwangsmassnahmen				
9	Konsequenter Vollzug der technisch möglichen, zulässigen und zumutbaren Wegweisungen	Abgewiesene Asylsuchende, Ausländer/innen ohne legalen Aufenthalt	100%	100%	Gleich
10	Umgehende Einreichung der Gesuche um Vollzugsunterstützung zwecks Beschaffung der notwendigen Reisepapiere	Ausreisepflichtige Ausländer/-innen, Bundesamt für Migration	Gesuch innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	Gesuch innert 5 Arbeitstagen nach erfolgtem Ausreisegespräch	Gleich
11	Anwendung der Zwangsmassnahmen unter Einhaltung der Fristen	Ausländer/-innen ohne Aufenthaltsberechtigung, Verwaltungsgericht	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden, schriftliche Begründung innert 72 Stunden	Mündliche Haftanordnung innert 24 Stunden, schriftliche Begründung innert 72 Stunden	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Bestand ständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen		28’700	30’000	Steigend
Bestand nichtständige ausländische Wohnbevölkerung	Personen		1’200	1’250	Steigend
Bestand Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene	Personen		700	730	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-2'816'660.20	-3'007'600	-3'118'400	3.7	-3'151'900	-3'241'500	-3'339'800
Total Ertrag	1'374'995.73	1'380'000	1'500'000	8.7	1'525'000	1'550'000	1'575'000
Saldo	-1'441'664.47	-1'627'600	-1'618'400	-0.6	-1'626'900	-1'691'500	-1'764'800

Kommentar Budget
- Verschiedene Revisionen im Asylgesetz erfordern Softwareanpassungen in der Fachanwendung Asyl (Kosten 40'000 Franken).
- Mehraufwand (5'000 Franken) für die externe Erstellung und Wartung von Online-Formularen (Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz).
- Aufgrund des geänderten Verlängerungsrhythmus bei Niederlassungsbewilligungen von Nicht-EU/EFTA-Staatsangehörigen nimmt die Zahl der auszustellenden C-Ausweise zu. Dadurch erhöht sich einerseits der Aufwand (plus 20'000 Franken) für die Ausweisproduktion, andererseits steigt der entsprechende Gebührenertrag (plus 100'000 Franken).

Kommentar Finanzplan
- In den Planjahren sind keine wesentlichen Änderungen zu erwarten.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Sicherheitsdirektion
3595 – Strafanstalt

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die kantonale Strafanstalt zählt zum Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz. Sie dient einerseits der Unterbringung von Personen, die in Untersuchungs-, Polizei-, Sicherheits-, Auslieferungs- oder in ausländerrechtliche Administrativhaft versetzt worden sind. Andererseits dient die Anstalt dem geschlossenen und offenen Vollzug von Freiheitsstrafen von in der Regel jeweils höchstens einem Jahr, die von Gerichten aus den Kantonen des Konkordates ausgesprochen sind.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Aufsicht
- Aufsicht und Betreuung von Gefangenen
- Pikettdienst ausserhalb der Betriebszeiten der Strafanstalt in Zusammenarbeit mit der Zuger Polizei

Leistungsgruppe 2: Besondere Dienste
- Sozialdienst
- Ärztlicher Dienst
- Seelsorge

Leistungsgruppe 3: Verpflegung
- Verpflegung der Gefangenen

Leistungsgruppe 4: Beschäftigungsmassnahmen/ Gewerbearbeitsplätze
- Holzbetrieb
- Küchenarbeitsplätze

Leistungsgruppe 5: Schulung und Sport
- Allgemeinbildung
- Sportunterricht

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
- Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung, StPO) vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0)
- Gesetz über die Organisation der Zivil und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2010 (BGS 161.1)
- Reglement des Strafvollzugskonkordates der Nordwest und Innerschweiz vom 24. April 2008
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 31. Januar 1985 (BGS 332.61)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (EG ANAG) vom 28. November 1996 (BGS 122.5)
- Verordnung über die Strafanstalt vom 6. Mai 2003 (BGS 331.1)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
A	Betriebsanalyse	Strafanstalt	Massnahmen/Umsetzungsplanung liegt vor	Massnahmen umgesetzt	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Aufsicht				
1	Sicherheit gewährleisten (gemäss Betriebshandbücher)	Gefangene, Mitarbeitende, Besuchende, Bevölkerung	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen	0 Ausbrüche 0 Übergriffe 0 Brände 0 länger dauernde technische Störungen	Gleich
2	Keine grobe Verletzung von Aufsichtspflichten (gemäss Betriebshandbücher)	Gefangene	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
3	Nachtdienst: Zielgrösse 5 Min. Interventionszeit	Gefangene	100% erfüllt	100% erfüllt	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 2: Besondere Dienste				
4	Ärztliche Grundversorgung gemäss medizinisch-ethischen Richtlinien sichergestellt	Gefangene	Pro Woche zwei ärztliche und/ oder psychiatrische Visiten	Pro Woche zwei ärztliche und/ oder psychiatrische Visiten	Gleich
5	Vollzugsplanung, Urlaubswesen und Vermögensverwaltung der Gefangenen gemäss Konkordats und STGB-Vorgaben	Gefangene	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Keine gutgeheissenen Beschwerden	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Verpflegung				
6	Kostengünstige und gesunde Verpflegung	Gefangene	Keine Kostensteigerung gegenüber Vorjahr	Keine Kostensteigerung gegenüber Vorjahr	Steigend, da zunehmene Eintrittszahlen
	Leistungsgruppe 4: Beschäftigungsmassnahmen/Gewerbearbeitsplätze				
7	Beschäftigungsangebote gemäss Vorgaben STGB und Konkordat	Gefangene	Konkordats- und STGB-Vorgaben eingehalten	Konkordats- und STGB-Vorgaben eingehalten	Gleich
8	Wirtschaftlicher Holzverkauf	Kunden	Erlös mind. Fr. 160’000.	Erlös mind. Fr. 160’000.	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Schulung und Sport				
9	Schulungs- und Sportangebote gemäss Vorgaben STGB und Konkordat	Gefangene	Konkordats- und STGB-Vorgaben eingehalten (Angebot an 46 Halbtagen)	Konkordats- und STGB-Vorgaben eingehalten (Angebot an 46 Halbtagen)	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Ziel 1: Betreuung der betrieblichen und baulichen Sicherheit: periodische Sicherheit-Audits, Betreuung Betrieb und Unterhalt von Sicherheitsanlagen; Schnittstelle zum Hochbauamt (Baudirektion).
Ziel 3: Nachtbetrieb: Interventionszeit von 30 Min. auf 5 Min. ab Alarmierung verkürzen (Empfehlung Betriebsanalyse); daher Einführung eines professionellen Nachtdienstes und Übernahme dieses Dienstes durch externe Firma.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Eintritte	Anzahl		400	400	Steigend
Belegungstage	Anzahl		12’000	12’000	Steigend
Piketteinsätze	Anzahl		21 (telefonisch) 45 (vor Ort)	21 (telefonisch) 45 (vor Ort)	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-3'322'134.20	-3'459'150	-3'682'950	6.5	-3'739'650	-3'824'650	-3'912'850
Total Ertrag	821'533.80	1'105'000	1'150'000	4.1	1'159'500	1'159'500	1'159'500
Saldo	-2'500'600.40	-2'354'150	-2'532'950	7.6	-2'580'150	-2'665'150	-2'753'350

Kommentar Budget
- Externer Auftrag in der Höhe von 33'000 Franken zur Betreuung der betrieblichen und baulichen Sicherheit: periodische Sicherheit-Audits, Betreuung Betrieb und Unterhalt von Sicherheitsanlagen; Schnittstelle zum Hochbauamt (Baudirektion).
- Einführung professioneller Nachtdienst zur Verkürzung Interventionszeit von 30 Min. auf 5 Min. ab Alarmierung (Empfehlung Betriebsanalyse). Übernahme durch externe Firma (anstelle Personalerhöhung von 2.4 Stellenprozenten): Kostenschätzung von 250'000 p.a.

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Änderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Der Vollzugs und Bewährungsdienst (VBD) ist im Erwachsenenstrafrecht verantwortlich für die Planung, das Aufgebot, die Platzierung und Kontrolle von Strafen, Massnahmen, Bewährungshilfen, Weisungen sowie sozialen Betreuungen bei nicht inhaftierten Erwachsenen während des Strafverfahrens.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Strafvollzug

- Vollzug von Freiheitsstrafen
- Vollzug von Halbgefangenschaften
- Vollzug von gemeinnütziger Arbeit

Leistungsgruppe 2: Massnahmenvollzug

- Vollzug von stationären Massnahmen
- Vollzug von ambulanten Behandlungen
- Vollzug von Ersatzmassnahmen

Leistungsgruppe 3: Bewährungsdienst

- Vollzug von Bewährungshilfen
- Vollzug von Weisungen
- Vollzug von sozialen Betreuungen bei nicht inhaftierten Erwachsenen während des Strafverfahrens

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101)
- Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (StGB; SR 311.0)
- Verordnung zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz vom 19. September 2006 (V-StGB-MStG; SR 311.01)
- Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (StPO; SR 312.0)
- Gesetz über die Organisation der Zivil- und Strafrechtspflege (Gerichtsorganisationsgesetz, GOG) vom 26. August 2010 (BGS 161.1)
- Verordnung über den strafrechtlichen Justizvollzug gegenüber Erwachsenen vom 7. Dezember 2010 (BGS 331.2)
- Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Konkordats der Kantone der Nordwest und Innerschweiz vom 5. Mai 2006 über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Strafvollzugskonkordat) vom 30. November 2006 (BGS 332.33)
- Verfügung über die Delegation der Befugnisse der Sicherheitsdirektion im Bereich des strafrechtlichen Justizvollzugs gegenüber Erwachsenen an den Vollzugs und Bewährungsdienst (VBD) vom 17. Dezember 2010 (BGS 153.752)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistungsgruppe 2 wurde neu mit dem Vollzug von Ersatzmassnahmen ergänzt. Ein Teil dieser Aufgaben betrifft das Electronic Monitoring (EM) im Sinne von Art. 237 Abs. 3 StPO.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Effiziente und korrekte Vollzugsdurchführung	Verurteilte	Keine Beanstandungen in den Kontrollberichten der SD und JPK	Keine Beanstandungen in den Kontrollberichten der SD und JPK	Gleich
A	Administrative Effizienzsteigerung mit dem Obergericht (OG)	VBD, OG	Schaffung einer EDV-Schnittstelle VBD-OG	Schaffung einer EDV-Schnittstelle VBD-OG, Projektabschluss	
B	Einführung des Electronic Monitoring (EM)	Staatsanwaltschaft, Entlassene aus Untersuchungs-/Sicherheitshaft	Das EM als Vollzugsform ist technisch eingeführt	Einsatz Geräte/Praxiserprobung, Projektabschluss	
	Leistungsgruppe 1: Strafvollzug				
2	Formell/materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Beschwerdeführende	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch den RR	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch den RR	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
3	Vollzug gemeinnützige Arbeit gemäss Standard Konkordat	Verurteilte, arbeitgebende Sozialarbeitsplätze	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80% der Fälle mindestens 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet	Pro Fall/Vollzugswoche werden in 80% der Fälle mindestens 8 Stunden gemeinnützige Arbeit geleistet	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Massnahmenvollzug				
4	Formell und materiell korrekte erstinstanzliche Entscheide	Beschwerdeführende	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch den RR	Keine gutgeheissenen Beschwerdefälle durch den RR	Gleich
5	Formelle und materielle Überprüfung der stationären Massnahmen und ambulanten Behandlungen	Verurteilte, Anstalten	Jährliche Überprüfung ist fristgerecht erfolgt	Jährliche Überprüfung ist fristgerecht erfolgt	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Bewährungsdienst				
6	Beförderliche Sicherstellung der Betreuung	Klientschaft	Nach der Falleröffnung ist das Erstgespräch innerhalb eines Monats erfolgt	Nach der Falleröffnung ist das Erstgespräch innerhalb eines Monats erfolgt	Gleich
7	Konsequente periodische Überprüfung der Weisungen	Klientschaft	Die Weisungen sind alle 6 Monate überprüft	Die Weisungen sind alle 6 Monate überprüft	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Zu B) Die Durchführung des EM in der Praxis ist mit erhöhtem Bedarf an Personalressourcen verbunden. Das Amt beantragt eine Erhöhung des Stellenetats um 15 Prozente.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Vollzugstage	Anzahl		18’000	20’000	Steigend
Urteilseingänge	Anzahl		1’280	1’400	Steigend
Vollzugsaufträge	Anzahl		350	380	Steigend
Verfügungen	Anzahl		80	80	Gleich
Überprüfungen Massnahmen/Weisungen	Anzahl		22	22	Gleich
Vollzugsgespräche	Anzahl		80	80	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Das Amt hat die Einfluss- und Plangrössenkriterien angepasst. Die vorliegenden Kriterien lassen genauere und umfassendere Rückschlüsse für die Budgetentwicklung zu. Die Anzahl der Vollzugstage steigt seit ein paar Jahren deutlich und kontinuierlich. Dies hat einen erhöhten personellen Aufwand zur Folge. Das Amt beantragt eine Erhöhung des Stellenetats um 20 Prozente.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-4'112'748.67	-3'589'450	-5'152'950	43.6	-5'150'150	-5'172'250	-5'195'050
Total Ertrag	86'777.50	76'000	76'000		76'000	76'000	76'000
Saldo	-4'025'971.17	-3'513'450	-5'076'950	44.5	-5'074'150	-5'096'250	-5'119'050

Kommentar Budget
Die Straf- und Massnahmevollzugskosten für Inhaftierte nehmen um insgesamt 1.4 Mio. Franken zu, da mit einer Zunahme der Vollzugstage gerechnet werden muss. Die Anzahl der Vollzugstage kann vom Amt nicht gesteuert werden. Für die zunehmenden Aufgaben ist der zusätzliche Aufwand für 0.35 Personalstellen budgetiert.

Kommentar Finanzplan
Die Anzahl Vollzugstage wird weiterhin auf einem hohen Niveau bleiben, es ist nicht mit einer Abnahme bei den Vollzugskosten zu rechnen.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT3597.0152	Schnittstelle Juris – Tribuna							
	Ausgaben		-50'000					
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben		-50'000					
	Einnahmen							
	Saldo		-50'000					

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Gesundheitsdirektion
4000 – Direktionssekretariat

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat ist die zentrale Stabsstelle der Gesundheitsdirektion. Das Direktionssekretariat unterstützt den Gesundheitsdirektor administrativ und berät ihn fachlich.
Daneben nimmt das Direktionssekretariat amtsübergreifende und koordinative Aufgaben wahr und erteilt in diesem Rahmen Aufträge. Es berät Amtsstellen und Dritte in Fachfragen rund um das öffentliche Gesundheitswesen und bearbeitet verschiedene Sachgebiete wie die obligatorische Krankenversicherung, das Spitalwesen und die Pflegeversorgung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte
- Erarbeitung der Gesundheitsdirektions-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat
- Verfassung von Mitberichten und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen
- Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen und Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Erarbeitung von Verfügungen, Verträgen und Reglementen der Gesundheitsdirektion

Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst
- Rechtliche Abklärungen zu Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens
- Rechtliche und formelle Überprüfung von Anträgen, gesundheitspolizeilichen Bewilligungen und Rechtsakten der Direktionsämter
- Beratung der Gemeinden zum Vollzug und Durchsetzung der obligatorischen Krankenversicherungspflicht
- Genehmigung / Festlegen von Tarifen der Leistungserbringer, welche zu Lasten der obligatorischen Krankenversicherung (OKP) tätig sind
- Beschwerdewesen
- Disziplinarverfahren
- Erarbeitung von Rechtserlassen

Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege
- Statistik und Benchmarking im Spitalbereich und in der Langzeitpflege
- Spital- und Pflegeheimplanung
- Leistungseinkäufe und Controlling Spitäler
- Darlehensgewährung an Spitäler und Investitionsbeiträge an Pflegeheime
- Vollzug Bewilligungs- und Aufsichtspflicht im Spitalbereich und in der Langzeitpflege
- Beratung der Gemeinden und Institutionen im Bereich Pflege

Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling
- Unterstützung der Direktionsämter im Rechnungswesen
- Koordination der Jahres- und Budgetabschlüsse
- Controlling und Qualitätssicherung
- Personaladministration für die Gesundheitsdirektion
- EDV-Koordination

Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienverbilligung
- Bedarfsgerechte Verbilligung der Prämien
- Sicherstellung der Durchführung
- Strategische Planung und Kontrolle

Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen
- Korrespondenz und Führungsunterstützung für den Gesundheitsdirektor mit Weisungsbefugnis
- Kommunikation
- Einsitz in Arbeitsgruppen und Kommissionen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen
- Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG, SR 811.11) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 15. Dezember 2000 über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG, SR 812.21) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG, SR 812.121) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vom 9. Oktober 1992 (Lebensmittelgesetz, LMG, SR 817.0) und die nachgeordneten Erlasse
- Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG, SR 832.10)
- Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG, SR 916.40) und die nachgeordneten Erlasse
- Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 (TSchG, SR 455) und die nachgeordneten Erlasse
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz; GesG) vom 30. Oktober 2008 (BGS 821.1)
- Spitalgesetz vom 29. Oktober 1998 (BGS 826.11)
- Kantonsratsbeschluss betreffend Konkordat der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend die Psychiatrische Klinik Oberwil-Zug (Psychiatriekonkordat) vom 16. Dezember 1982 (BGS 826.162)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung (EG KVG) vom 29. Februar 1996 (BGS 842.1)
- Gesetz betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung vom 15. Dezember 1994 (BGS 842.6)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel (EG BetmG) vom 6. September 1979 (BGS 823.5)
- Weisung über das direktionsinterne Fristenkonzept vom 23. Februar 2004 (Fristenkonzept)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Direktions-, Regierungsrats- und Kantonsratsgeschäfte				
1	Gesundheitsdirektions-Anträge und Aussprachepapiere an den Regierungsrat gemäss formellen Vorgaben	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
2	Rechtzeitige Mitberichte und Stellungnahmen zu Vernehmlassungen und Anhörungen	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter	100% innert Frist	Fristgerecht	Gleich
3	Fristgerechte Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen	Kantonsrat	100% innert Frist	Fristgerecht	Gleich
4	Erarbeitung von Kantonsratsvorlagen gemäss formellen Vorgaben	Regierungsrat, Kantonsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Rechtsdienst				
5	Fristgerechte Rechtsauskünfte	Direktionsämter, Gesundheitsdirektor, Gemeinden, Dritte	Tel. Anfragen: innert 24 Stunden E-Mails: innert drei Arbeitstagen Einfache schriftliche Anfragen: innert Wochenfrist	Einfache Anfragen umgehend; komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist	Gleich
6	Rechtzeitige Genehmigung/ Festlegen von Tarifen der Leistungserbringer OKP	Verbände Leistungserbringer, Spitäler, santésuisse, Regierungsrat	80% innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	80% innert 4 Monaten nach Abschluss des Schriftenwechsels	Gleich
7	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Gerichte	Nächster Verfahrensschritt innert fünf Arbeitstagen eingeleitet	80 % innert 4 Monaten nach Abschluss des Instruktionsverfahrens	Gleich
8	Schnelle Erledigung diverser Sekretariate	Dritte	Sofortige Eingangsbestätigung	«Fällt weg»	
A	Änderung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel beschlossen	Regierungsrat, Kantonsrat		Kantonsratsbeschluss liegt vor	
	Leistungsgruppe 3: Spitäler und Pflege				
9	Fristgerechte Sicherstellung des Statistikwesens im Bereich Spitäler, Kliniken, Alters- und Pflegeheime, Spitex	Gesundheitsdirektor, Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Gemeinden, Bundesämter	Fehlerfrei zweimal jährlich	Zweimal jährlich	Gleich
10	Kompetente und rasche Beratung durch den Bereich Spitäler und Pflege	Gesundheitsdirektor, Gemeinden, Spitäler, Alters- und Pflegeheime, Spitex	Tel. Anfragen: innert 24 Stunden E-Mails: innert drei Arbeitstagen Einfache schriftliche Anfragen: innert Wochenfrist	Einfache Anfragen umgehend; komplexe Anfragen innert vereinbarter Frist	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
11	Pflegeheimplanung und Leistungsaufträge	Regierungsrat, Pflegeheime, Gemeinden	Bedarfsgerechte Versorgung, Zuger Durchschnittsprämie für Erwachsene unterschreitet die schweizerische Durchschnittsprämie für Erwachsene	Bedarfsgerechte Versorgung	Gleich
12	Spitalplanung und Leistungsaufträge	Regierungsrat, Spitäler	Bedarfsgerechte Versorgung, Zuger Durchschnittsprämie für Erwachsene unterschreitet die schweizerische Durchschnittsprämie für Erwachsene	Bedarfsgerechte Versorgung	Gleich
B	Erarbeiten neuer Statistiken und Kennzahlen	Regierungsrat		Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	
	Leistungsgruppe 4: Rechnungswesen und Controlling				
13	Fristgerechte Buchhaltung	Medizinalamt, Bereich Suchthilfe	100% innert Wochenfrist	«Fällt weg»	
14	Rechtzeitiger Jahresabschluss; Koordination der Informationen an die Ämter, Überprüfung der Resultate der gesamten Direktion	Direktionsämter, Gesundheitsdirektor	100% innert Frist	Fristgerecht	Gleich
15	Rechtzeitiges Budget; Koordination der Budgetierung innerhalb der Gesundheitsdirektion	Gesundheitsdirektor, Regierungsrat	100% innert Frist	Fristgerecht	Gleich
16	Effiziente Personaladministration	Direktionsämter, Gesundheitsdirektor	100% innert Frist	«Fällt weg»	
17	Ordnungsgemässe Führung der Buchhaltung	Regierung		Einhalten der gesetzlichen Vorgaben	Gleich
C	Erstellen eines erweiterten Personalcontrollings	Ämter, Gesundheitsdirektor, Regierungsrat		Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	
	Leistungsgruppe 5: Individuelle Prämienverbilligung				
18	Qualitative Gewährleistung eines angemessenen Versicherungsschutzes zu finanziell tragbaren Bedingungen	Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen	Sozialpolitische Wirksamkeit im obersten Quartil aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	Sozialpolitische Wirksamkeit im obersten Quartil aller Kantone – unter Einhaltung der Budgetvorgaben	Gleich
19	Sicherstellung einer effizienten und korrekten IPV-Durchführung	Ausgleichskasse	Stichprobenweise Evaluation von drei Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	Stichprobenweise Evaluation von drei Zielsetzungen gemäss Leistungsvereinbarung	Gleich
20	Periodische Überprüfung und Weiterentwicklung des IPV-Systems	Gesundheitsdirektor, Regierungsrat	Evaluationsbericht zu einem Teilbereich des IPV-Systems inkl. allfälligen Anpassungsvorschlägen	Evaluationsbericht zu einem Teilbereich des IPV-Systems inkl. allfälligen Anpassungsvorschlägen	Gleich
	Leistungsgruppe 6: Stabsdienstleistungen				
21	Gewährleistung des internen Informationsflusses und der Vernetzung in der internen und externen Kommunikation	Ämter, Mitarbeitende, externe Partner, Öffentlichkeit	Mindestens 4 GL-Sitzungen und Medienmitteilung bzw. -konferenz zu allen wichtigen Geschäften	Regelmässige GL-Sitzungen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
22	Rechtzeitige Korrespondenz und Führungsunterstützung des Gesundheitsdirektors	Gesundheitsdirektor	100% innert Frist	«Fällt weg»	
D	Erarbeiten und umsetzen einer Gesundheitsstrategie	Regierungsrat		Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	
E	Erarbeiten und umsetzen eines Kommunikations-konzeptes	Ämter, Gesundheitsdirektor		Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	
F	Ämterübergreifende Geschäftsverwaltung mit Gever implementieren	Ämter, Gesundheitsdirektor		Gemäss der Strategie der Gesundheitsdirektion	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Die Gesundheitsdirektion wird eine Gesundheitsstrategie erarbeiten. Daraus leiten sich verschiedene Projekte ab, die in den Zielen entsprechend formuliert sind.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
RR-Anträge	Anzahl		74	80	Steigend
Mitberichte/Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		36	38	Steigend
Vernehmlassungen GD federführend	Anzahl		7	10	Steigend
Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl		2	3	Gleich
Beschwerdeeingänge	Anzahl		7	10	Steigend
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		9	9	Gleich
Delegation der Staatswirtschaftskommission	Anzahl		3	3	Gleich
Kantonsrätliche Kommission für das Gesundheitswesen	Anzahl		6	6	Gleich
ZGSDK/ZFG	Anzahl		5	5	Gleich
Psychiatriekonkordat/Betriebskommission	Anzahl		9	9	Gleich
Diverse institutionalisierte Jahrestreffen (Leistungserbringer, Verbände usw.)	Anzahl		15	20	Steigend
Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Medienkonferenzen/ Medienmitteilungen)	Anzahl		19	20	Steigend
Kantonale Arbeitsgruppen (EDV, Zele, Projekt Behinderung und Alter, ...)	Anzahl		15	15	Gleich
Erfa Controller-Meetings	Anzahl		5	5	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-53'128'055.75	-55'354'600	-56'451'750	2.0	-58'315'850	-60'814'350	-63'410'650
Total Ertrag	30'137'651.90	31'004'600	31'203'000	0.6	32'103'000	33'403'000	34'703'000
Saldo	-22'990'403.85	-24'350'000	-25'248'750	3.7	-26'212'850	-27'411'350	-28'707'650

Kommentar Budget
Der Rechtsdienst und der Stab werden ergänzt, weil einerseits die Anzahl komplexer gesundheitspolizeilicher Aufsichtsfälle zunehmen und andererseits die Regelungsdichte und Komplexität im Gesundheitswesen ungebrochen ansteigen.
Für die Prämienverbilligung der Krankenkassenprämien rechnet der Kanton mit Mehrausgaben gegenüber Budget 2012 von rund 0.7 Mio. Franken oder 3.3% unter Berücksichtigung der sozialpolitischen Wirksamkeit.

Kommentar Finanzplan
Die Steigerung der Ausgaben für die Prämienverbilligung für den Kanton ist infolge des Bevölkerungswachstums und der allgemeinen Teuerung im Gesundheitswesen leicht höher (1–2%) als die regierungsrätlichen Vorgaben.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT4000.0001	Gesundheit und EDV-Roadmap 20							
	Ausgaben			-70'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben			-70'000				
	Einnahmen							
	Saldo			-70'000				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Amt für Verbraucherschutz vollzieht die Gesetzgebung in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Chemikalien, Bäder und Badewasserüberwachung, Veterinärmedizin und Tierschutz. Für alle Vollzugsbereiche gilt das Ziel, die rechtlich vorgegebene Verbrauchersicherheit sowie das Tierwohl zu erwirken.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände

- Betriebskontrolle (Inspektion, Probenerhebung und -untersuchung)
- Untersuchungen und Expertisen für Dritte im Rahmen des fachlichen Kompetenzbereichs

Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bädern und Badewasser

- Kontrolle der Badeanlagen und Untersuchung von Badewasser sowie Beurteilung von Neu- und Umbauten

Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon

- Betriebskontrollen, Probenerhebung und Untersuchung nach Chemikalienrecht sowie Führen der Chemikalienfachstelle
- Führen der kantonalen Radonkontaktstelle (Informieren und Umsetzen der Vorgaben des Bundes)

Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen

- Analytische Dienstleistung und Probenahmen für das Amt für Umweltschutz (AfU) Zug im Bereich Gewässer und Abwässer
- Weitere Untersuchungen und Expertisen gemäss Dienstleistungsvereinbarungen mit anderen internen oder externen Stellen, sofern sie in der Sache den fachlichen Kompetenzbereich des AVS betreffen

Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst

- Tiergesundheitsüberwachung und Zoonosenkontrolle
- Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten
- Leistungsvereinbarung betreffend Meldestelle für Findeltiere überwachen
- Gewinnung von Lebensmitteln tierischer Herkunft überwachen
- Vorfälle mit gefährlichen Hunden abklären und Massnahmen anordnen
- Bereich Tiergesundheit an der LBBZ Schluechthof unterrichten

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Tierschutzgesetz vom 9. März 1978 (TSchG, SR 455)
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Umweltschutz vom 29. Januar 1998 (BGS 811.1)
- Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe vom 23. Juni 2006 (Medizinalberufegesetz, MedBG, SR 811.11)
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe vom 3. Oktober 1951 (Betäubungsmittelgesetz, BetmG, SR 812.121)
- Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte vom 15. Dezember 2000 (Heilmittelgesetz, HMG, SR 812.21)
- Bundesgesetz über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen vom 15. Dezember 2000 (Chemikaliengesetz, ChemG, SR 813.1)
- Verordnung zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten, besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen vom 18. Mai 2005 (Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung, ChemRRV, SR 814.81)
- Strahlenschutzverordnung vom 22. Juni 1994 (StSV, SR 814.501)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vom 9. Oktober 1992 (Lebensmittelgesetz, LMG, SR 817.0)
- Eidgenössische Verordnung über die biologische Landwirtschaft und die Kennzeichnung biologisch produzierter Erzeugnisse und Lebensmittel vom 22. September 1997 (Bio-Verordnung, SR 910.18)
- Eidgenössische Verordnung über die Deklaration für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus in der Schweiz verbotener Produktion vom 26. November 2003 (LDV, SR 916.51)
- Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG, SR 916.40)
- Verordnung über die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Tieren und Tierprodukten vom 18. April 2007 (EDAV, SR 916.443.10)
- Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse vom 6. Oktober 1995 (THG, SR 946.51)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Abteilung Lebensmittelkontrolle ist aufgrund der rechtlichen Vorgaben durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle des Staatssekretariates für Wirtschaft für die Prüfstelle (STS 347) und die Inspektionsstelle (SIS 077) akkreditiert. Überwachungsaufträge im Bereich Tierarzneimittel und Hygiene der Milchproduktion werden auswärtigen akkreditierten Inspektionsstellen in Auftrag gegeben.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und einwandfreie Qualität der angebotenen Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstände gewährleisten	Bevölkerung	– Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher – Mindestens 4 ereignisorientierte Medienbeiträge	– Anzahl amtlicher Tätigkeiten auf gleichem Niveau wie im Vorjahr oder höher – Mindestens 4 ereignisorientierte Medienbeiträge	Gleich
2	– Die Laborkapazität deckt einen wesentlichen Teil der kantonal wichtigen Betriebe ab – Die Untersuchungsmethoden entsprechen dem aktuellen Stand der Lebensmittelkontrolle	Bevölkerung, Betriebe	– Jährliche Kontrolle in Schlüsselbetrieben – Methoden dem Bedürfnis entsprechend auf dem aktuellen Stand der Lebensmittelkontrolle halten	– Probenahme in 60 % der identifizierten Schlüsselbetrieben – Jährlich werden mindestens 8 Methoden aktualisiert bzw. entsprechend den Bedürfnissen neu entwickelt	Gleich
3	Information und Fachsupport interessierten Personen und Gruppen anbieten	Bevölkerung	60 Arbeitstage für Schnupperlernende, Maturanden, Praktikanten sowie interessierte Kreise	60 Arbeitstage für Schnupperlernende, Maturanden, Praktikanten sowie interessierte Kreise	Gleich
	Leistungsgruppe 1: Verbraucherschutz im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände				
4	Schutz vor Gesundheitsgefährdung und Täuschung sowie den hygienischen Umgang mit Lebensmitteln sicherstellen	Konsumenten, Konsumentinnen	– 30% (=430) der Betriebe sind kontrolliert – Flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten	– 30% (=430) der Betriebe sind kontrolliert – Flexible und angepasste Reaktion auf Aktualitäten	Gleich
5	Untersuchungen von Wasserproben (auch als Dienstleistung für Dritte) im Rahmen des fachlichen Kompetenzbereichs gewährleisten	Konsumenten, Konsumentinnen, Betriebe	100% der Proben (=zirka 800) inklusive Berichterstattung innert 3 Wochen untersucht und abgeschlossen	100% der Proben (=zirka 800) inklusive Berichterstattung innert 3 Wochen untersucht und abgeschlossen	Gleich
6	Überwachung der im Kanton ansässigen Handelsfirmen betreffend Verbrauchersicherheit	Bevölkerung, Handelsbetriebe	10% (=40 Betriebe) der im Kanton ansässigen, zum Teil internationalen Handelsfirmen kontrollieren	10% (=40 Betriebe) der im Kanton ansässigen, zum Teil internationalen Handelsfirmen kontrollieren	Gleich
A	Reakkreditierung der Abteilung Lebensmittelkontrolle	Alle vom Vollzug betroffenen Betriebe	Fortführung der Akkreditierung erfolgreich erlangen inkl. Erweiterung des Geltungsbereichs	«Fällt weg»	
B	Anpassung der Fachanwendung an die Bundesvorgaben	Vollzugsbehörden		Implementierung der schweizweit neuen Codierung in der Fachanwendung	
	Leistungsgruppe 2: Verbraucherschutz bei Bädern und Badewasser				
7	Hygiene in Badebetrieben sicherstellen	Badebetriebe, Bevölkerung	– Mindestens 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr – Gebühren decken Kosten	– Mindestens 1 Kontrolle pro Badebetrieb und Jahr – Gebühren decken Kosten	Gleich
8	Information der Badewasserqualität an öffentlichen See- und Flussbädern	Bevölkerung	2 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichen der Resultate	4 Untersuchungen pro Badeplatz und Jahr; zeitgerechtes Veröffentlichen der Resultate	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
C	Vergleichbarkeit der Badewasserqualität mit den verlangten Vorgaben sicherstellen	Bevölkerung	Probenahmen und Untersuchungen nach den entsprechenden Vorgaben durchführen	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 3: Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen sowie Radon				
9	Schutz des Lebens und der Gesundheit des Menschen vor schädlichen Einwirkungen durch Stoffe und Zubereitungen gewährleisten	Bevölkerung, Umwelt	– 10% (=30 Betriebe) der wichtigsten Betriebe kontrolliert – Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen	– 10% (=30 Betriebe) der wichtigsten Betriebe kontrolliert – Teilnahme an regionalen und nationalen Überwachungsprogrammen von kantonalem Nutzen	Gleich
10	Radon (Strahlenschutz): Gesundheitsgefährdung durch Radonkonzentration wird gemäss Bundesvorgaben vorgebeugt	Bevölkerung	100% der Messungen nach Bundesvorgaben umgesetzt	Empfehlungen des Bundes werden umgesetzt, sofern sie für den Kanton von Interesse sind	Gleich
D	Information der Betroffenen und Erleichterung der Umsetzung der Chemikaliengesetzgebung	Hersteller, Händler		Info-Veranstaltung über die laufenden Änderungen der Gesetzgebung	
	Leistungsgruppe 4: Gewässer- und Abwasseruntersuchungen				
11	Untersuchungen und Probenahmen gemäss Vorgaben des Amtes für Umweltschutz (AfU) erbringen	AfU	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung fristgerecht erfüllt	Alle Aufträge sind gemäss Vereinbarung fristgerecht erfüllt	Gleich
	Leistungsgruppe 5: Veterinärdienst				
12	Bekämpfung Seuchenfälle gemäss Tierseuchengesetzgebung	Tierhaltende, Bevölkerung	– 100% der Seuchenfälle bekämpft – Keine Seuchenverschleppungen	– 100% der Seuchenfälle bekämpft – Keine Seuchenverschleppungen	Gleich
13	Freiheit des zugerischen Nutztierbestandes vor spezifischen Tierseuchen nachweisen	Tierhaltende, Bundesamt für Veterinärwesen, Bevölkerung	100% der Seuchenuntersuchungen (zirka 800 Proben) durchgeführt	100% der Seuchenuntersuchungen (zirka 800 Proben) durchgeführt	Gleich
14	Tierschutzkontrolle: Tierwohl fördern und erhalten	Tiere, Tierhaltende, Bevölkerung	– 150 Tierhaltungen kontrolliert – 100% der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet	– 25% Tierhaltungen kontrolliert (zirka 150 Betriebe) – 100% der Meldungen über Missstände in Tierhaltungen bearbeitet	Gleich
15	Verbrauchersicherheit bei Lebensmitteln tierischer Herkunft durch regelmässige Kontrollen gewährleisten	Schlachtbetriebe, Milchproduktionsbetriebe, Geflügelhalter/innen, Bienenhalter/innen	– Alle Schlachttier- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt – 100% der Zerlegereien kontrolliert – 80 Milchproduktionsbetriebe kontrolliert – Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt – Alle Importgeflügelbetriebe kontrolliert	– Alle Schlachttier- und Fleischuntersuchungen in allen 3 Schlachtbetrieben durchgeführt – 100% der Zerlegereien kontrolliert – 25% Milchproduktionsbetriebe kontrolliert (zirka. 80 Betriebe) – Fremdstoffmonitoring gemäss Bundesvorgaben durchgeführt – Alle Importgeflügelbetriebe kontrolliert	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
16	Seuchenprophylaxe gemäss Bundesvorgaben durchführen	Tierhaltende	– Bundesvorgaben zur Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhoe (BVD) und der Caprinen Arthritis-Enzephalitis (CAE) erfüllt	– Bundesvorgaben zur Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhoe (BVD) und der Caprinen Arthritis-Enzephalitis (CAE) erfüllt	Gleich
17	Vorfällen mit Hunden vorbeugen	Hundehalter, Bevölkerung	– 90% der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	– 90% der gemeldeten Vorfälle abgeklärt und Massnahmen zur Vermeidung zukünftiger Ereignisse angeordnet	Gleich
18	Tiergesundheit in der Nutztierhaltung fördern	Tiere, Tierhaltende, Bevölkerung		50 Lektionen an der LBBZ erteilt	Gleich
E	Bienengesundheit bzgl. Faulbrut überwachen	Bienenhaltende	20% (=50 Stände) der Bienenstände auf Faulbrut kontrolliert	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Lebensmittelbetriebe	Betriebe	1’460	1’500	1’580	Steigend
Badeanlagen	Betriebe	23	23	23	Gleich
Untersuchungen Lebensmittelbereich	Anzahl Proben	2’700	2’450	2’600	Gleich
Untersuchungen Nichtlebensmittel (Badewasser, AfU)	Anzahl Proben	2’000	2’000	2’000	Gleich
Wichtigste Händler und Importeure (Chemikalien)	Betriebe	260	300	280	Gleich
Milchproduzenten	Betriebe	325	325	315	Sinkend
Importgeflügelbetriebe	Betriebe	3	3	3	Gleich
Schlachtanlagen	Betriebe	3	3	3	Gleich
Bienenstände	Stände	260	260	260	Gleich
Hundehaltungen	Haltungen	4’200	4’200	4’200	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-3’177’522.99**	**-3’356’000**	**-3’448’000**	**2.7**	**-3’520’950**	**-3’627’350**	**-3’737’150**
Total Ertrag	**623’525.00**	**630’200**	**635’700**	**0.9**	**638’300**	**644’600**	**651’600**
Saldo	**-2’553’997.99**	**-2’725’800**	**-2’812’300**	**3.2**	**-2’882’650**	**-2’982’750**	**-3’085’550**

Kommentar Budget
Es liegen ausser dem Kantonsbeitrag von 180’000 Franken an den Entschädigungsfonds für Tierverluste keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Vorjahresbudget vor.

Kommentar Finanzplan
Die Finanzplanung liegt im Rahmen der regierungsrätlichen Vorgaben.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
GD4005.0001	GC/MF Triple Quadrupole-Gerät							
	Ausgaben		-280'000					
	Einnahmen							
GD4005.0010	Ersatzinvestitionen AVS							
	Ausgaben	-130'624.32		-145'000		-240'000	-140'000	-210'000
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-130'624.32**	**-280'000**	**-145'000**		**-240'000**	**-140'000**	**-210'000**
	Einnahmen							
	Saldo	**-130'624.32**	**-280'000**	**-145'000**		**-240'000**	**-140'000**	**-210'000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Gemäss langjähriger Planung.

Kommentar Finanzplan
Gemäss langjähriger Planung.

Institutionelle Gliederung
Gesundheitsdirektion
4021 – Rettungsdienst

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Zu den Kernaufgaben gehören Hilfeleistungen (Rettungseinsätze und Krankentransporte) im ganzen Kanton Zug sowie ausserkantonale Verlegungen. Die Disposition der Einsätze erfolgt durch die Sanitätsnotrufzentrale (SNZ) 144 Zentralschweiz. Innerhalb der Notorganisation ist der Rettungsdienst für die mobile Sanitätshilfsstelle und die Bereichsleitung Sanität verantwortlich.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen (Primär- und Sekundäreinsätze)
- Rettungseinsätze
- Krankentransporte
- Sondereinsätze
- Einsatzleitung
- First Responder Gruppen

Leistungsgruppe 2: Grossereignisse/Notorganisation
- Mobile Sanitätshilfsstelle: Ausbildung und Material
- Bereichsleitung Sanität

Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung
- Praktischer Teil der Ausbildung «Diplomierte Rettungssanitäterin HF»/«Diplomierter Rettungssanitäter HF»
- Einsatzbezogene Ausbildungen für Partnerorganisationen

Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotrufzentrale SNZ 144 Zentralschweiz
- Sicherstellen der Disposition durch den Anschluss an eine Sanitätsnotrufzentrale
- Aufbereiten der notwendigen GIS Daten
- Sicherstellen der Infrastruktur für die Alarmierung und die Datenübermittlung

Leistungsgruppe 5: Schlüsseldienst
- Unterstützen des Notrufsystems des SRK Sektion Zug

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Oktober 2008 (Gesundheitsgesetz, GesG, BGS 821.1)
- Verordnung über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Juni 2009 (Gesundheitsverordnung, GesV, BGS 821.11)
- Gebührentarif für die Benützung des Rettungsdienstes vom 17. Oktober 1995 (BGS 826.192)
- Gebührentarif des Rettungsdienstes für Hilfeleistungseinsätze ohne medizinische Versorgung bei Alarmierung über das Notrufsystem des Schweizerischen Roten Kreuzes vom 12. Januar 2004 (BGS 826.192.2)
- Reglement über den Rettungsdienst vom 25. Mai 2000
- Katastrophenplan für den Kanton Zug vom 15. Januar 1985 (BGS 541.13)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Effiziente Dienstleistung durch ein aktuelles Qualitätsmanagementsystem gewährleisten	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Partnerorganisationen	Überwachungsaudit bestanden	Wiederholungsaudit bestanden	Erfolgreiche Auditierung
2	Kundenorientierte Arbeitsweise	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Lieferanten/innen, Zuweiser/innen, Spitäler	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95%	Gute bis sehr gute Zufriedenheit der Patienten bei Primäreinsätzen gemäss Umfrage > 95%	Gleich
A	Durchführen eines Tages der offenen Türe mit ZVB und ZUPO	Bevölkerung, Interessierte	Anlass im September durchgeführt	«Fällt weg»	

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Hilfeleistungen (Primär- und Sekundäreinsätze)				
3	Sicherstellen eines 24-Stunden-Rettungsdienstes gemäss Leistungsvereinbarung	Patientinnen und Patienten	Richtwert für Hilfsfrist bei Notfalleinsätzen (gemäss Interverband für Rettungswesen) im Kanton Zug eingehalten: > 90% innert 15 Min. nach Alarmierung	Richtwert für Hilfsfrist bei Notfalleinsätzen (gemäss Interverband für Rettungswesen) im Kanton Zug eingehalten: > 90% innert 15 Min. nach Alarmierung	Gleich
4	Qualitativ einwandfreie Leistungen an Patientinnen und Patienten sicherstellen.	Patientinnen und Patienten	> 99% der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen	> 99% der Behandlungen erfüllen die Kriterien eines Angemessenheitsmonitorings gemäss Interverband für Rettungswesen	Gleich
5	Sicherstellen der Einsatzleitung innert 30' ab Alarm bei allen Aufgeboten	Patientinnen und Patienten, Bevölkerung, Partnerorganisationen	Bei 100% der Aufgebote ist die Zeit eingehalten	Bei 100% der Aufgebote ist die Zeit eingehalten	Gleich
6	Sicherstellen der reibungslosen Zusammenarbeit der First Responder Gruppen mit dem RDZ durch Prüfen des Betriebskonzeptes und Durchführen gemeinsamer Trainingseinheiten	Patientinnen und Patienten, First Responder Gruppen		Prüfen der vorgelegten Betriebskonzepte Schnittstellentrainings im Umfang von 20 Stunden	Gleich
B	Anpassen der präklinischen Versorgung von Herznotfallpatientinnen und -patienten an die aktuellen medizinischen Leitlinien	Patientinnen und Patienten	Ersatz der Defibrillatoren durch ein Modell mit 12 Kanal EKG ist erfolgt	«Fällt weg»	
C	Ersatz eines Rettungswagens	Patientinnen und Patienten		Inbetriebnahme erfolgt	
	Leistungsgruppe 2: Grossereignisse/Notorganisation				
7	Sicherstellen der raschen medizinischen Erstversorgung der Bevölkerung bei Grossereignissen oder Katastrophen	Bevölkerung	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt. Übungspräsenz des Milizpersonals > 65%	Einsatzbereitschaft der Sanitätshilfsstelle ist sichergestellt. Übungspräsenz des Milizpersonals > 65%	Gleich
8	Lückenlose Sicherstellung der Bereichsleitung Sanität durch ausgebildete Führungskräfte	Bevölkerung, Partnerorganisationen gemäss Katastrophenplan	Präsenz an den Ausbildungen > 80% und Verfügbarkeit bei Ernstfällen 100%	Präsenz an den Ausbildungen > 80%. 100% Verfügbarkeit bei Ernstfällen innert 45'	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Aus- und Weiterbildung				
9	Förderung des Berufsnachwuchses im Rettungswesen	Bevölkerung	Ein erfolgreicher Diplomabschluss	Besetzung des Ausbildungsplatzes und ein erfolgreicher Diplomabschluss	Gleich
10	Fördern der Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Ereignissen	Partnerorganisationen und andere Institutionen mit Bezug zum Einsatz	Ausbildungen im Umfang von 45 Stunden durchgeführt	Ausbildungen im Umfang von 60 Stunden durchgeführt	Steigend
	Leistungsgruppe 4: Sanitätsnotrufzentrale SNZ 144 Zentralschweiz				
11	Die SNZ 144 Zentralschweiz orientiert sich am Stand der Technik und den Richtlinien des IVR	Bevölkerung	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	Quartalsweise Evaluation und Überprüfung im jährlichen Treffen der Steuergruppe	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 5: Schlüsseldienst				
12	Fehlerfreie Bereitstellung der Türschlüssel der angemeldeten Haushalte	Angeschlossene Personen, SRK Zug	Fehlerfreie Bereitstellung der Schlüssel in 100% der Fälle	Fehlerfrei in 100% der Fälle	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Anzahl Einsätze	Anzahl		4'100	> 4'200	Steigend
Anteil Nachteinsätze	Anzahl		1'400	> 1'400	Steigend
Betreute Personen	Anzahl		3'800	> 4'200	Steigend
Indikator für Risikofall (Tag)	Wert		< 5	< 3.84	Risiko steigt an
Indikator für Risikofall (Nacht)	Wert		< 13	< 6.7	Risiko steigt an
Freizeitalarme	Anzahl			> 40	Steigend
Einsätze durch ausserkantonale Organisationen	Anzahl		< 200	< 200	Steigend
Schlüssel im Depot	Anzahl			150	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
- Anzahl Einsätze: Es wird angenommen, dass sich der steigende Trend bei den Leistungen unverändert fortsetzen wird. In den letzten Jahren erfolgte der Anstieg nicht kontinuierlich, sondern mit einem grösserern Sprung alle paar Jahre.
- Der Bedarf an Rettungsmitteln kann statistisch (POISSON-Verteilung) berechnet werden. Falls die vorhandenen Mittel bei einem gleichzeitigen Auftreten mehrerer Einsätze nicht ausreichen, entsteht ein Nachfrageüberhang und somit ein Risikofall. Der Indikator zeigt an, in welchem durchschnittlichen Zeitintervall (entspricht hier Tagen) sich ein solches Vorkommnis wiederholt. Lesebeispiel: Für 2013 liegt der Wert am Tag bei 3.84. Es kann also alle 3.84 Tage bei einem Alarm nicht sofort ausgerückt werden.
- Die Kapazität des Systems ist durch die Zahl der einsetzbaren Teams begrenzt. Mehr Teams führen nicht zwangsläufig zu mehr Einsätzen, reduzieren aber bei den Hilfeleistungen (Leistungsgruppe 1) die Wahrscheinlichkeit für Risikofälle. Zurzeit rückt nachts oftmals eine Person alleine an Notfalleinsätze aus.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-4'179'341.65	-4'496'800	-4'637'400	3.1	-4'750'400	-4'896'900	-5'052'700
Total Ertrag	2'477'985.11	2'311'000	2'512'000	8.7	2'512'000	2'512'000	2'512'000
Saldo	-1'701'356.54	-2'185'800	-2'125'400	-2.8	-2'238'400	-2'384'900	-2'540'700

Kommentar Budget
Für die Bewältigung stark gestiegener Administrativ- und Fachaufgaben (inklusiv Anfragen anderer Ämter oder externer Organisationen) ist die Schaffung einer Personaleinheit notwendig.

Kommentar Finanzplan
Gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
GD4021.0001	Ersatzanschaffung RDZ ZG 74005							
	Ausgaben			-380'000				
	Einnahmen			5'000				
GD4021.0004	Ersatzanschaffung Defibrilatoren							
	Ausgaben		-370'000					
	Einnahmen							
GD4021.0008	Ersatzanschaffung RDZ ZG 74001							
	Ausgaben					-380'000		
	Einnahmen					5'000		
GD4021.0010	Ersatzbeschaffung RTW ZG 74003							
	Ausgaben						-380'000	
	Einnahmen						5'000	
GD4021.0012	Ersatzanschaffung RTW RDZ ZG 74002							
	Ausgaben							-380'000
	Einnahmen							5'000
GD4021.0014	Ersatzbeschaffungen RDZ ZG 74008							
	Ausgaben	-122'798.90						
	Einnahmen							
GD4021.0015	Ersatz Datenübermittlung auf Fahrzeugen							
	Ausgaben	-28'914.65						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-151'713.55**	**-370'000**	**-380'000**		**-380'000**	**-380'000**	**-380'000**
	Einnahmen			**5'000**		**5'000**	**5'000**	**5'000**
	Saldo	**-151'713.55**	**-370'000**	**-375'000**		**-375'000**	**-375'000**	**-375'000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Im 2013 ist der erste von fünf Rettungswagen zu ersetzen.

Kommentar Finanzplan
Zwischen 2014 und 2016 sind die weiteren Rettungsfahrzeuge (im Mittel mit 210'000 gefahrenen Kilometern und acht Jahre alt) in jährlichen Tranchen zu ersetzen.

Institutionelle Gliederung
Gesundheitsdirektion
4030 – Spitäler

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
363	Beiträge an Gemeinwesen und Dritte		-88'860'000	-92'250'000	3.8	-93'800'000	-100'550'000	-107'640'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-72'015'912.82						
	Total Aufwand	**-72'015'912.82**	**-88'860'000**	**-92'250'000**	**3.8**	**-93'800'000**	**-100'550'000**	**-107'640'000**
426	Rückerstattungen		153'000	153'000		153'000	155'000	157'000
447	Liegenschaftenertrag VV		6'100'000		-100.0			
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	8'233'320.55						
	Total Ertrag	**8'233'320.55**	**6'253'000**	**153'000**	**-97.6**	**153'000**	**155'000**	**157'000**
	Saldo	**-63'782'592.27**	**-82'607'000**	**-92'097'000**	**11.5**	**-93'647'000**	**-100'395'000**	**-107'483'000**

Kommentar Budget
Die Gesamtkosten steigen gegenüber dem Budget 2012 um rund 3.4 Mio. Franken oder rund 3.8%. Aufgrund der neuen Spitalfinanzierung (1. Januar 2012) erhöht sich der Kantonsanteil an den Gesundheitskosten von 47% auf 49% oder rund 3.8 Mio. Franken. Minderaufwendungen von rund 0.4 Mio. Franken konnten beim Leistungseinkauf verzeichnet werden.
Der Gesamtertrag sinkt um die Höhe der Miete für das Zuger Kantonsspital von rund 6.1 Mio. Franken gegenüber dem Budget 2012. Der Mietertrag wird neu in der Baudirektion in der Kostenstelle 3060 ausgewiesen.
Insgesamt resultiert aus den oben genannten Gründen ein um rund 9.5 Mio. höherer Aufwandüberschuss gegenüber dem Budget 2012.

Kommentar Finanzplan
Für die Planjahre 2015 und 2016 ist neben der strukturellen Kostenanpassung für beide Jahre eine weitere Erhöhung des Kantonsanteils an den Gesundheitskosten berücksichtigt worden. Im Jahr 2015 erhöht sich voraussichtlich der Kantonsanteil um 2% auf 51% und im Folgejahr 2016 ebenfalls um 2% auf dann neu 53%.
Der maximale Kantonsanteil an den Gesundheitskosten liegt gemäss der neuen Spitalfinanzierung bei 55% und ist spätestens im Jahr 2017 zu realisieren.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
GD4030.0002	Zuger Kantonsspital AG							
	Ausgaben	-2'829'971.05						
	Einnahmen							
GD4030.0003	Klinik Adelheid AG							
	Ausgaben	-172'023.40						
	Einnahmen							
GD4030.0008	Pflegezentrum Luegeten							
	Ausgaben	-162'118.30	-106'000	-74'400				
	Einnahmen							
GD4030.0009	Pflegezentrum Baar							
	Ausgaben	-132'689.75	-147'000	-403'200				
	Einnahmen							
GD4030.0010	Pflegezentrum Ennetsee, Cham							
	Ausgaben	-75'621.05	-57'000	-77'000				
	Einnahmen							
GD4030.0011	Pflegezentrum Neustadt							
	Ausgaben		-20'000					
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
GD4030.0012	Psychiatrische Klinik Zugersee							
	Ausgaben	-623'717.05						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-3'996'140.60**	**-330'000**	**-554'600**				
	Einnahmen							
	Saldo	**-3'996'140.60**	**-330'000**	**-554'600**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Kantonaler Investitionsanteil gemäss der Verordnung über die Investitionsbeiträge an die öffentlich subventionierten Spitäler und Pflegeheime mit regionalem Leistungsprogramm (BGS 826.117) unter Berücksichtigung der Übergangsregelung der neuen Spitalfinanzierung.

Kommentar Finanzplan
Keine Investitionen aufgrund der neuen Spitalfinanzierung.

Institutionelle Gliederung
Gesundheitsdirektion
4055 – Gesundheitsamt

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Gesundheitsamt fördert die Gesundheit der Zuger Bevölkerung, beugt mit zweckmässigen Präventionsmassnahmen Krankheiten vor und unterstützt Ratsuchende bei Fragen und Problemen zu Suchtmitteln und entsprechendem abhängigen Verhalten. Mit ausgewählten Aktivitäten fördert, entwickelt und verbreitet das Gesundheitsamt innovative Ideen und koordiniert wirksame Projekte zum Wohle der Zuger Bevölkerung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Gesundheitsförderung und Prävention

- Entwickeln und umsetzen von Strategien in den Bereichen der Alkohol-, Tabak- und Krebsprävention sowie der Förderung des gesunden Körpergewichts sowie der psychischen Gesundheit
- Erarbeiten und Umsetzen von speziellen Angeboten im Rahmen der Strategien
- Im Rahmen der Strategien informieren und befähigen von Fachpersonen und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- Controlling, Koordination und Administration der bestehenden Leistungs- und Subventionsvereinbarungen
- Neu: Aufbau einer Strategie für die Förderung der Gesundheit von Zuger Familien

Leistungsgruppe 2: Früherkennung und Beratung von Suchtproblemen

- Beratung und ggf. Behandlung zu allen Aspekten einer Abhängigkeitserkrankung
- Vollzug von Administrativ- und StGB-Massnahmen sowie Massnahmen der Jugendstaatsanwaltschaft
- Entwickeln und Implementierung von Früherkennungs- und Frühinterventionsprozessen

Leistungsgruppe 3: Wissensmanagement und -transfer

- Bereitstellen einer Mediathek und Beraten der Nutzenden der Mediathek
- Sensibilisieren und informieren der Bevölkerung zur Gesundheitsförderung
- Beratung von Dritten bezüglich gesetzlichen Rahmenbedingungen im Jugend- und Passivrauchschutz
- Erarbeitung von Vernehmlassungen, Mitberichten, Stellungnahmen; Mitwirkung in Kommissionen, Konferenzen, Arbeitsgruppen (Vernetzung)
- Teilnehmen an nationalen sowie durchführen von kantonalen Gesundheitsbefragungen und Evaluationen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz vom 21. Juni 1932 über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz, SR 680)
- Bundesgesetz vom 9. Oktober 1992 über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz, LMG, SR 817.0)
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 2008 zum Schutz vor Passivrauchen (SR 818.31)
- Bundesgesetz vom 3. Oktober 1951 über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Stand am 1. Juli 2011) (Betäubungsmittelgesetz, BetmG, SR 812.121)
- Verordnung 3 vom 18. August 1993 zum Arbeitsgesetz (Gesundheitsvorsorge, ArGV, SR 822.113)
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Oktober 2008 (Gesundheitsgesetz, GesG, BGS 821.1)
- Gesetz über das Gastgewerbe und den Kleinhandel mit gebrannten Wassern vom 25. Januar 1996 (Gastgewerbegesetz, BGS 943.11)
- EG zum BG über die Betäubungsmittel vom 6. Sept. 1979 (BGS 823.5)
- Verordnung über das Krebsregister vom 14. Dezember 2010 (BGS 821.13)

1.4 Kommentar Grundlagen

Eine neue Aufgabe in der Leistungsgruppe 1 bildet die Entwicklung einer Strategie für die Förderung der Gesundheit von Zuger Familien. Diese neue Aufgabe wurde von der Regierung mit der Massnahme Nr. 52 des bereinigten Aussprachepapiers gemäss Protokoll des Regierungsrats vom 17. August 2010 - Massnahmenvorschläge zur Familienpolitik im Kanton Zug für das Jahr 2013 vorgesehen.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Qualität der Dienstleistungen sicherstellen	Zuger Bevölkerung	Aufrechterhaltungsaudit 2012 bestehen	Aufrechterhaltungsaudit 2013 bestehen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
A	Strategie Gesundheitsamt entwickeln und einführen	Zuger Bevölkerung	Strategie Gesundheitsamt wurde vom Gesundheitsdirektor in Kraft gesetzt	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 1: Gesundheitsförderung und Prävention				
2	Entwickeln und umsetzen der Strategien des Gesundheitsamtes zu Alkohol, Tabak, Krebs, gesundes Körpergewicht und psychische Gesundheit	Zuger Bevölkerung	– Meilensteine der Strategien erreicht – Nachfolgestrategie psychische Gesundheit sichergestellt	– Meilensteine der Strategien erreicht – Nachfolgestrategie psychische Gesundheit vorgestellt – Strategie Förderung der Gesundheit von Zuger Familien vorgestellt	Gleich
3	Attraktive Angebote für Schulen anbieten, hohe Beteiligung erreichen	Kinder und Lehrpersonen von Kindergärten und Schulen	– 35% der Zuger Oberstufenklassen nehmen am Experiment Nichtrauchen teil – 55% der Kindergärten setzen das Projekt Purzelbaum um – Am Projekt Freelance nehmen 10 Oberstufenklassen teil – Informationsveranstaltung für Lehrpersonen aller Schulstufen: 40 Lehrpersonen nehmen teil	– 35% der Zuger Oberstufenklassen nehmen am Experiment Nichtrauchen teil – 60% der Kindergärten setzen das Projekt Purzelbaum um – Am Projekt Freelance nehmen 15 Oberstufenklassen teil – Informationsveranstaltung für Lehrpersonen aller Schulstufen: 40 Lehrpersonen nehmen teil	Gleich
4	Umsetzung von Präventions- und Gesundheitsförderungsmassnahmen in den Gemeinden stärken	Gemeindevertreterinnen und -vertreter/Zuger Bevölkerung	Gemeindliche Alkoholpräventionsstrategien legen Fokus auf Vereinheitlichung der Bewilligungsverfahren für Alkoholpatente	Eine einheitliche Praxis der Vergabe der Alkoholpatente durch die Gemeinden wurde erarbeitet	Zusammenarbeit in Zusammenhang mit der Meldestelle BetmG Art 3c etablieren
5	Stärkung der Vernetzung der Aktivitäten untereinander und mit dem Gesundheitsamt	Organisationen mit Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Eine Koordinationsveranstaltung mit Partnerorganisationen findet statt. Das Controlling und die Evaluation der erbrachten Dienstleistungen steigert die Qualität der Angebote	Eine Koordinationsveranstaltung mit Partnerorganisationen findet statt. Das Controlling und die Evaluation der erbrachten Dienstleistungen steigert die Qualität der Angebote	Gleich
6	Impulse für Gesundheitsförderung im Alter setzen	Ältere Zuger Bevölkerung	Ein Forum für Altersfragen wird durchgeführt. 60 Fachpersonen aus dem Kanton Zug nehmen daran teil	Ein Forum für Altersfragen wird durchgeführt, 60 Fachpersonen aus dem Kanton Zug nehmen daran teil	Gleich
B	Entwickeln einer Strategie zur Stärkung der Gesundheit der Zuger Familien	Zuger Familien		Eine Strategie, welche die bisherigen Massnahmen zur Stärkung der Gesundheit der Zuger Familien berücksichtigt, liegt vor.	Die in der Strategie beschriebenen Massnahmen werden umgesetzt.

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 2: Früherkennung und Beratung von Suchtproblemen				
7	Beratung zu allen Aspekten einer Abhängigkeitserkrankung	Zuger Bevölkerung	530 Personen werden beraten. 2000 Beratungsgespräche werden durchgeführt	550 Personen werden beraten. 2100 Beratungsgespräche werden durchgeführt	Leicht steigend (Bevölkerungswachstum)
8	Arbeitgeber kontinuierlich über die Suchtproblematik am Arbeitsplatz informieren	Vorgesetzte und HR-Verantwortliche von Zuger Unternehmen	Zwei Businesslunches zum Thema Sucht finden für Zuger Unternehmen statt.	Zwei Businesslunches zum Thema Sucht finden für Zuger Unternehmen statt. Daran nehmen je mindestens 25 Personen teil	Gleich
9	Strukturierte Früherkennung in Schulen, Spitälern und auf der Strasse (Polizei, Gassenarbeit) betreiben	Gefährdete Jugendliche	Aufbau einer strukturierten Zusammenarbeit mit den Zuger Spitälern	Die strukturierte Zusammenarbeit mit den Gemeinden wird aufgebaut	Die strukturierte Zusammenarbeit mit weiteren Partnern wird etabliert
C	Strategie der Suchtberatung entwickeln und einführen	Zuger Bevölkerung	Neue Strategie durch den Gesundheitsdirektor in Kraft gesetzt	Meilensteine der Strategie werden erreicht	Gleich
L35a L35b	Beratungs- und Kriseninterventionsangebot für Familien verstärken	Eltern und Kinder	Angebot wird überprüft, Bericht fliesst in Jahresplanung 2013 ein	Es gibt spezielle Angebote für Familien mit Kindern, welche durch Suchtmittelkonsum auffallen. Es werden 15 Familien beraten und begleitet, um den Suchtmittelkonsum der Kinder zu verändern.	Es ist mit einer leichten Zunahme der Elterngespräche zu rechnen.
	Leistungsgruppe 3: Wissensmanagement und -transfer				
10	Sensibilisieren und informieren der Bevölkerung über die individuellen Möglichkeiten, sich gesundheitsförderlich resp. krankheitsverhindernd zu verhalten	Zuger Bevölkerung	Teilnahme an Gesundheitstagen Zug, 450 persönliche Kontakte	Teilnahme an den Gesundheitstagen Zug 2013, 450 persönliche Kontakte	Jedes Jahr sollen mind. 450 persönliche Kontakte an einer öffentlichen Veranstaltung stattfinden.
11	Teilnehmen an der Schweizerischen Gesundheitsbefragung (SGB) 2012	Zuger Bevölkerung	Daten der SGB 2012 werden erhoben	Die Rohdaten werden vom BFS an den Kanton Zug geliefert.	2014: Die Daten wurden ausgewertet und der Öffentlichkeit kommuniziert

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
D	Prüfen, ob ein Zusammenschluss mit einer anderen Mediothek das Angebot für die Zuger Bevölkerung verbessern würde	Zuger Bevölkerung, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren	Entscheidungsgrundlage für einen Wechsel liegt vor	Massnahmen aufgrund des Entscheids werden getroffen	Etablierung des neuen Systems
E	Unterlagen des Internetangebotes können gut und leicht gefunden werden	Zuger Bevölkerung und Fachpersonen im Kanton Zug	Downloads +10% Anzahl Besucher + 5%	Downloads + 5%, Anzahl Besucher + 5% gegenüber 2012 Das Projekt Freelance ist auf Facebook präsent Der Internetauftritt des Gesundheitsamtes ist eng mit der Präsenz in Facebook verknüpft	Weitere Projekte sind in Facebook präsent

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Tendenz zu L35a / L35b: Nachdem das Angebot neu aufgestellt wurde, wird mit einer Zunahme der Beratungsgespräche gerechnet: Einerseits werden mit steigendem Bekanntheitsgrad mehr Eltern das Angebot wahrnehmen, andererseits führen das Bevölkerungswachstum und die starke Steigerung der Anzahl Jugendlicher mit risikohaftem Substanzumgang zu mehr betroffenen Eltern.
Tendenz zu 9: Durchführung neu nur noch alle zwei Jahre, Öffentlichkeitsmassnahmen in den Zwischenjahren werden von Jahr zu Jahr neu konzipiert.
Indikator zu 10: Die Daten der SGB 2012 werden vom Bundesamt für Statistik aufbereitet. Voraussichtlich erhalten wir die Rohdaten im Spätherbst 2013.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Anzahl Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl Vereinbarungen, für welche Zielvereinbarungen und das Controlling erstellt werden müssen		9	9	Gleich
Gesundheitsförderung und Prävention an Schulen	Anzahl Klasseneinsätze (neues Angebot ab 9/2011)		25	30	Gleich
Beratungsgespräche Suchtberatung	Anzahl Beratungsgespräche		2’000	2’100	Leicht steigend
Massnahmen der Administrativverfahren und StGB-Massnahmen	Anzahl Massnahmen		50	50	Gleich
Massnahmenvollzug der Staatsanwaltschaft	Anzahl Jugendliche		40	40	Gleich
Beratungsanfragen von Gemeinden und Gewerbe bezüglich Jugendschutz und Schutz vor dem Passivrauchen	Anzahl Beratungen		30	5	Stark zurück gehend
Ausleihen der Mediothek	Anzahl Kunden		70	100	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Beratungsgespräche Suchtberatung: Aufgrund des Bevölkerungswachstums und der Zunahme des Alkoholmissbrauchs bei Jugendlichen gehen wir von einer steigenden Beratungsnachfrage aus.
Beratungsanfragen von Gemeinden und Gewerbe: Die Umsetzung des Jugendschutzes und des Schutzes vor Passivrauchen wirft heute kaum mehr Fragen auf, der Beratungsbedarf ist gering.
Ausleihen der Mediothek: Durch die Auslagerung der Mediothek in eine professionelle Bibliothek sollen unsere Medien häufiger ausgeliehen werden.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-3'550'027.11	-3'763'800	-3'734'300	-0.8	-3'735'200	-3'814'400	-3'884'800
Total Ertrag	603'920.05	658'000	673'000	2.3	696'000	696'000	688'000
Saldo	-2'946'107.06	-3'105'800	-3'061'300	-1.4	-3'039'200	-3'118'400	-3'196'800

Kommentar Budget
Für die neuen Leistungen betreffend der vom Regierungsrat in Auftrag gegebenen Strategie für die Förderung der Gesundheit der Zuger Familien wird eine neue Stelle (0.6 Stellenprozent) vorgesehen.
Trotz der zusätzlich geplanten 0.6 Personalstellen ist die Abweichung gegenüber dem Vorjahresbudget mit rund 20'000 Franken oder 0.7% sehr gering, weil auf der anderen Seite mit einem höheren Erlös gerechnet werden kann.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Medizinalamt ist vor allem tätig im Bereich der Gesundheitspolizei, der damit verbundenen Intervention und Prävention sowie der Abwicklung der kantonalen Beteiligung an den Spitalaufenthalten. Es nimmt Koordinationsaufgaben der Suchthilfe resp. gemeindlichen sowie privaten Schularztdienste wahr und vollzieht die Schularztdienste der kantonalen Schulen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Kantonsärztlicher Dienst

- Epidemiologische Aufgaben im Humanbereich (Bekämpfung übertragbarer Krankheiten)
- Bewilligungs-, Aufsichts- und Kontrollwesen der humanmedizinischen Gesundheitsberufe inkl. medizinische und pflegerische Zwangsmassnahmen sowie straflose Schwangerschaftsabbrüche
- Rechnungswesen des kantonalen Anteils bei Spitalaufenthalten
- Sachverständigen- und vertrauensärztliche Tätigkeit (Rechtsmedizin, Verkehrsmedizin, Arbeitsmedizin) zugunsten von Behörden und Gerichten

Leistungsgruppe 2: Heilmittelkontrolle

- Bewilligungs- und Kontrollwesen des Detail- und Grosshandels mit Arzneimitteln und Medizinprodukten (inkl. Betäubungsmittel)
- Bewilligungs- und Aufsichtswesen über die Lagerung und Vernichtung von Betäubungsmitteln
- Sachverständigentätigkeit zugunsten von Behörden und Gerichten

Leistungsgruppe 3: Suchthilfe

- Koordination der Suchthilfe
- Führen des Sekretariats der Drogenkonferenz und der Kommission für Suchtprobleme
- Sachverständigentätigkeit zugunsten von Behörden und Institutionen (Direktionen, Institutionen der Suchthilfe usw.)

Leistungsgruppe 4: Schulärztlicher Dienst

- Schulärztliche Tätigkeit an den kantonalen Schulen
- Fachliche Koordination und Aufsicht der gemeindlichen Schulärztinnen und -ärzte
- Kontrolle, Überwachung und teilweise Organisation des Impfwesens

Leistungsgruppe 5: Kommissionen und Notorganisation

- Einsitz und/oder Leitung von Kommissionen und Arbeitsgruppen sowie fachliche Vertretung der Gesundheitsdirektion und des Kantons in kantonalen, regionalen, nationalen und internationalen Gremien
- Führen der Abteilung Gesundheitswesen im kantonalen Führungsorgan inkl. koordinierter Sanitätsdienst (KSD) sowie Führen der Abteilung Heilmittel im kantonalen Amt für wirtschaftliche Landesversorgung

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG) vom 23. Juni 2006 (SR 811.11) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (Betäubungsmittelgesetz, BetmG) vom 3. Oktober 1951 (SR 812.121) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG) vom 15. Dezember 2000 (SR 812.21) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen vom 18. Dezember 1970 (Epidemiengesetz, SR 818.101) und nachfolgende Erlasse
- Bundesgesetz betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose vom 13. Juni 1928 (SR 818.102)
- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. März 1994 (SR 832.10) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (BGS 154.21) [vertrauensärztliche Tätigkeit für das Staatspersonal]
- Schulgesetz vom 27. September 1990 (BGS 412.11) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz über die kantonalen Schulen vom 27. September 1990 (BGS 414.11) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz betreffend Massnahmen für Notlagen (Notorganisationsgesetz) vom 22. Dezember 1983 (BGS 541.1) und nachfolgende Erlasse
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug (Gesundheitsgesetz, GesG) vom 30. Oktober 2008 (BGS 821.1) und nachfolgende Erlasse
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Betäubungsmittel vom 6. September 1979 (BGS 823.5)
- Vollziehungsverordnung zu Art. 119 f. StGB über die Durchführung des straflosen Schwangerschaftsabbruchs vom 22. Oktober 2002 (BGS 321.4)
- Verordnung über den Verkehr mit Heilmitteln (Heilmittelverordnung, HMV) vom 30. Juni 2009 (BGS 823.2)
- Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen vom 8. Juli 1980 (BGS 825.31)
- Verfügungen über die Delegation von Entscheidbefugnissen der Gesundheitsdirektion an das Medizinalamt (28. Juli 2003 BGS 153.761, 20. November 2003 BGS 153.763, 14. Dezember 2005 BGS 153.764)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
L28	E-Government: Ausbau internetbasierte Dienstleistung	Bevölkerung, Gesuchstellende, in den Gesundheitsberufen Tätige	Alle wichtigen Dokumente und Formulare elektronisch zugänglich	Alle wichtigen Dokumente und Formulare elektronisch zugänglich	
	Leistungsgruppe 1: Kantonsärztlicher Dienst				
1	Zeitgerechte Auslösung epidemiologischer Massnahmen	Bevölkerung, Ärzteschaft, Bundesamt für Gesundheit	100% der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	100% der Meldungen zu den übertragbaren Krankheiten innert gesetzlicher Frist verarbeitet	Steigend
2	Wirksame Aufsicht	In den Gesundheitsberufen Tätige, Kranke, Bevölkerung	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügungsreif	Alle Aufsichtsfälle mit Tragweite innert Dreimonatsfrist verfügungsreif	Steigend
3	Effiziente Abwicklung der Spitalrechnungen	Kranke, Leistungserbringende, Krankenkassen	90% der Kostengutsprachegesuche innert fünf Tagen erledigt 100% der Spitalrechnungen rechnerisch, 10% stichprobenweise fachlich kontrolliert	100% der Spitalrechnungen rechnerisch, 10% stichprobenweise fachlich kontrolliert	Steigend
4	Konsequente Kostenkontrolle	Kanton, Kranken-, Unfall-, Haftpflichtversicherer, Schaden Service Schweiz AG	100% der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG gemeldet	100% der erkannten Regressfälle der Schaden Service Schweiz AG gemeldet	Gleich
A	Reorganisation der amtlichen Leichenschauen	Staatsanwaltschaft	Direktionsübergreifende Reorganisation der amtlichen Leichenschauen (mit Polizei, Staatsanwaltschaft)	«Fällt weg»	
L46a	Speditive Erteilung der Berufsausübungsbewilligungen	Gesuchstellende	80% der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügungsreif	100% der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügungsreif	Steigend
	Leistungsgruppe 2: Heilmittelkontrolle				
5	Effiziente Durchführung der Grosshandelsinspektionen	Pharmazeutischer Handel	90% der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	90% der Aufträge von Swissmedic für die Inspektion von Grosshandelsbetrieben erledigt	Steigend
6	Sicherer Umgang mit Betäubungsmitteln	Detailhandelsbetriebe, Spitäler, Pflegeheime, Institutionen, Behörden, Private	18 Inspektionen von Betrieben mit Betäubungsmitteln Eine überwachte Entsorgungsaktion	«Fällt weg»	
L46a	Speditive Erteilung der Detailhandelsbewilligungen	Detailhandelsbetriebe	80% der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügungsreif	80% der vollständigen Bewilligungsgesuche innert Monatsfrist verfügungsreif	Steigend
	Leistungsgruppe 3: Suchthilfe				
7	Koordinierte Suchthilfe	Institutionen der Suchthilfe, Ärzteschaft	Organisation und Durchführung einer Weiterbildung für die methadonsubstituierende Ärzteschaft 15 Fachbesprechungen mit den fünf Suchthilfeinstitutionen	Organisation und Durchführung einer Weiterbildung für die methadonsubstituierende Ärzteschaft 15 Fachbesprechungen mit den fünf Suchthilfeinstitutionen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
8	Effiziente Sekretariatsführung	Drogenkonferenz und Kommission für Suchtfragen	RRB auf die Junisitzung der Drogenkonferenz beschlussbereit	RRB auf die Junisitzung der Drogenkonferenz beschlussbereit	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Schulärztlicher Dienst				
9	Effizienter Schulärztlicher Dienst	Kantonale Schulen, gemeindliche Schulärztinnen und -ärzte	Untersuchungen an den kantonalen Schulen bis 30. Juni abgeschlossen Interventionen bei epidemiologischen Ereignissen innert 48 h	Untersuchungen an den kantonalen Schulen bis 30. Juni abgeschlossen Interventionen bei epidemiologischen Ereignissen innert 48 h	Steigend
10	HPV-Impfmöglichkeit für Mädchen und junge Frauen	Mädchen, junge Frauen, Impfärzteschaft	Mindestens 25 Ärztinnen und Ärzte im kantonalen HPV-Impfprogramm	Mindestens 25 Ärztinnen und Ärzte im kantonalen HPV-Impfprogramm	Gleich
B	Reorganisation der Schulärztlichen Dienste	Schulen, Schulärzteschaft, Schülerinnen und Schüler	Reorganisation der Schulärztlichen Dienste festgelegt (ob und wie)	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 5: Kommissionen und Notorganisation				
11	Hohe Qualität der fachlichen Beurteilungen der Kommission psychologische Psychotherapie	Kanton, Gesuchstellende	100% der GD-Entscheide folgen der Empfehlung der Kommission	100% der GD-Entscheide folgen der Empfehlung der Kommission	Gleich
C	Konzentration der Belange des koordinierten Sanitätsdienstes (KSD) auf eine Person	Regierung, Verwaltung	Erarbeitung eines Pflichtenhefts	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Projekte wegen hoher Zahl von Vollzugsaufgaben.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Epidemiologische Fälle	Anzahl		335	380	Steigend
Berufsausübungsbewilligungen/Aufsichtsfälle	Anzahl		730	790	Steigend
Kostengutsprachen	Anzahl		>2'800	4'500	Gleich
Kostengutsprachen, Beschwerdefälle	Anzahl		>2	>2	Gleich
Gutachten	Anzahl (inkl. Leichenschauen)		70	70	Gleich
Bewilligungen/Inspektionen HMK	Anzahl		95	95	Gleich
Schuluntersuchungen	Anzahl Schülerinnen und Schüler (Kanton)		270	280	Steigend
HPV-Impfungen	Anzahl Impfdosen		800	700	Sinkend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
- Anzahl epidemiologischer Fälle auch durch Anzahl zugewiesener Asylsuchender und Ausgestaltung des neuen Epidemiengesetzes beeinflusst
- In die Berufsausübungsbewilligungen/Aufsichtsfälle sind auch die Kontrollen der Zwangsmassnahmen und der Schwangerschaftsabbrüche eingerechnet.
- Entwicklung der Beschwerdefälle bei den Spitalrechnungen wegen Änderung der Spitalfinanzierung bei weitgehend fehlender Praxis der Rechtsprechung noch nicht beurteilbar.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-1'923'094.75	-2'330'400	-2'312'900	-0.8	-2'352'300	-2'422'200	-2'461'000
Total Ertrag	178'538.55	286'400	238'800	-16.6	238'800	238'800	239'800
Saldo	-1'744'556.20	-2'044'000	-2'074'100	1.5	-2'113'500	-2'183'400	-2'221'200

Kommentar Budget
- 100'000 Franken von Prof. Dr. Otto-Beisheim-Stiftung zur Aufwandminderung gutgeschrieben (RRB 28. Januar 2003).
- Bundesrechtliche Regelungsdichte im Heilmittelsektor und bei den übertragbaren Krankheiten führt zur weiteren Aufwandsteigerung beim Kantonsärztlichen Dienst und der Heilmittelkontrolle.
- Basispreisabhängige Mitfinanzierung von öffentlichen und neu auch privaten Spitälern durch den Kanton seit dem 1. Januar 2012 (neue Spitalfinanzierung) bewirkt eine erhebliche Steigerung des administrativen Aufwands. Aufgrund dieser mit den neuen Aufgaben verbundenen Verdoppelung der Geschäftsfälle ist im Kantonsärztlichen Dienst die Schaffung einer Personaleinheit notwendig.

Kommentar Finanzplan
- Jährliche Aufwandsteigerung hauptsächlich wegen zunehmendem Administrativaufwand.
- Alles zweckgebundene Ausgaben aufgrund gesetzlicher Bestimmungen, zumeist mit Teuerungsanpassung und abhängig vom Bevölkerungs- und Arbeitsplatzwachstum.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Ambulanten Psychiatrischen Dienste (APD) gewährleisten mit ihrem Beratungs- und Therapieangebot die ambulante psychiatrische Versorgung im Kanton Zug für Erwachsene sowie für Kinder und Jugendliche. Das Leistungsangebot der APD ergänzt bestehende Hilfsangebote (Hausärzte, Psychiater und Psychotherapeuten in Praxis, Beratungsstellen u.a.) und strebt mit diesen eine enge Zusammenarbeit an. Die APD leisten einen Beitrag an die Ausbildung von Fachpersonen im Gesundheitswesen und stellen dazu nach Massgabe der betrieblichen Möglichkeiten Ausbildungsplätze zur Verfügung.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)

- Hauptaufgaben:
  - Ambulante psychiatrisch-psychotherapeutische Abklärungen, Beratungen und Behandlungen psychisch kranker Erwachsener
  - Ambulante Notfall- und Kriseninterventionen
  - Nachgehende Betreuung schwer psychisch Kranker
  - Ambulante psychische, berufliche und soziale Rehabilitationen
  - Prävention und Früherfassung psychischer Störungen
  - Suizidprävention
  - Beratung Angehöriger und weiterer Bezugspersonen von Betroffenen
- Weitere Aufgaben:
  - Konsiliartätigkeit in anderen Institutionen (z.B. Zuger Kantonsspital)
  - Beratung von Fachpersonen, Institutionen und Behörden des Gesundheits- und Sozialwesens im Kanton Zug
  - Konsiliartätigkeit im Bereich der Suchtberatung und -behandlung
  - Begutachtungen im Auftrag von Versicherungen, Behörden und Gerichten
  - Öffentlichkeitsarbeit

Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ

- Hauptaufgaben:
  - Ambulante kinder- und jugendpsychiatrische und -psychotherapeutische Abklärungen, Beratungen und Behandlungen von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Störungen oder Verhaltensauffälligkeiten
  - Ambulante Notfall- und Kriseninterventionen
  - Prävention und Früherfassung psychischer Störungen
  - Suizidprävention
  - Beratung von Angehörigen, Lehrpersonen und weiterer Bezugspersonen betroffener Kinder und Jugendlicher
- Weitere Aufgaben:
  - Konsiliartätigkeit in anderen Institutionen
  - Beratung von Fachpersonen, Institutionen und Behörden des Gesundheits- und Sozialwesens im Kanton Zug
  - Begutachtungen im Auftrag von Versicherungen, Behörden und Gerichten
  - Mitwirkung in der Kinderschutzgruppe
  - Öffentlichkeitsarbeit

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) vom 18. März 1994 (SR 832.10)
- Gesetz über das Gesundheitswesen im Kanton Zug vom 30. Oktober 2008 (Gesundheitsgesetz, GesG, BGS 821.1)
- Reglement über die Ambulanten Psychiatrischen Dienste vom 5. April 2006 (BGS 821.15)
- Reglement über die Fort- und Weiterbildung des therapeutisch tätigen Personals in den Ambulanten Psychiatrischen Diensten des Kantons Zug vom 6. Dezember 2006
- Regierungsratsbeschluss zur Entwicklung der ambulanten und teilstationären Psychiatrie im Kanton Zug vom 9. Juli 2002
- Regierungsratsbeschluss vom 4. Mai 2004 zur Genehmigung des Vertrages über den Taxpunktwert zu TARMED und Faktor x1 zwischen den ambulanten psychiatrischen Diensten und santésuisse Zentralschweiz vom 15. Januar 2004
- Regierungsratsbeschluss vom 22. Februar 2011 zur Genehmigung des Tarifvertrags betreffend Vergütung der nichtärztlichen Leistungen für die ambulanten Behandlungen von Patientinnen und Patienten in den Ambulanten Psychiatrischen Diensten vom 17. Dezember 2010
- Regierungsratsbeschluss vom 26. Juni 2012 zur Genehmigung des Vertrages über den TARMED-Taxpunktwert für die Spitalvertragsgemeinschaft des Kantons Zug vom 21. Dezember 2011

1.4 Kommentar Grundlagen

Kündigung des Vertrages betreffend des Gefängnispsychiatrischen Dienstes an der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel von Seiten ISB per 31. März 2012, demzufolge Wegfall der entsprechenden Tätigkeit unter den «Weiteren Aufgaben APD-E»

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Erwachsene (APD-E)				
1	Fachgerechte Behandlung: Der APD-E gewährleistet unter Anwendung allgemein anerkannter Therapieverfahren eine zeitgemässe psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung auf der Basis aktuell gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 1 APD-E	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD. Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Intervisionen teil	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD. Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Intervisionen teil	Gleich
2	Fristgerechte Behandlung: Der APD-E erbringt fristgerechte Behandlungen	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 1 APD-E	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 13 Tage	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 14 Tage	Steigend
3	Fristgerechte Behandlung: Der APD-E erbringt fristgerechte Behandlungen	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 1 APD-E	Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 Stunden)	Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 Stunden)	Gleich
4	Wirtschaftliche Leistungserbringung: Der APD-E erbringt seine Leistungen nach wirtschaftlichen Kriterien. Er stellt verrechenbare Leistungen den Vertragspartnern in Rechnung	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 1 APD-E	Der Kostendeckungsgrad der APD beträgt gesamthaft mindestens 63% (ohne interne Verrechnungen)	Der Kostendeckungsgrad der APD beträgt gesamthaft mindestens 63% (ohne interne Verrechnungen)	Sinkend (bei sinkendem TPW)
A	Früherkennung psychischer Störungen	Bevölkerung, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene		Früherkennung psychotischer Störungen: – Aufbau einer interdisziplinären AG (APD-KJ/APD-E) – Überprüfen der bisherigen Früherfassungsinstrumente – Evaluation neuer Früherfassungsinstrumente – Zusammenarbeit mit anderen Früherfassungszentren (Zürich, Basel)	
B	Gerontopsychiatrischer Dienst	Altersbevölkerung, Alters- und Pflegeheime	Ausbau des spezialisierten ambulanten gerontopsychiatrischen Abklärungs-, Behandlungs- und Konsiliarangebots: – Strukturierte ambulante Demenzabklärungen – Therapeutische Gruppenangebote für ältere Menschen mit und ohne Demenz (Gedächtnistraining, Umgang mit Verlust usw.) – Unterstützung zu Hause (Hausbesuche durch mobile Equipen in Zusammenarbeit mit Spitex) – Unterstützung der Mitarbeitenden von Alters- und Pflegeheimen (Fallbesprechungen, Fortbildungen, Projektarbeit)	Fortsetzung des Ausbaus eines spezialisierten ambulanten gerontopsychiatrischen Abklärungs-, Behandlungs- und Konsiliarangebots: – Strukturierte ambulante Demenzabklärungen – Therapeutische Gruppenangebote für ältere Menschen – Unterstützung zu Hause (Hausbesuche durch mobile Equipen in Zusammenarbeit mit Spitex) – Unterstützung der Mitarbeitenden von Alters- und Pflegeheimen (Fallbesprechungen, Fortbildungen, Projektarbeit) – Konsiliarische Betreuung der gerontopsychiatrischen Wohngruppe Frauensteinmatt	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
C	Suchtmedizin	Institutionen zur Behandlung von Patientinnen und Patienten mit Abhängigkeitsstörungen	Intensivierung der Zusammenarbeit mit der direktionseigenen Suchtberatung. Ausbau der Unterstützung der Mitarbeitenden weiterer Fachstellen zur Suchtbehandlung im Kanton Zug	«Fällt weg»	
	Leistungsgruppe 2: Ambulanter Psychiatrischer Dienst für Kinder und Jugendliche (APD-KJ				
5	Fachgerechte Behandlung: Der APD-KJ gewährleistet unter Anwendung allgemein anerkannter Therapieverfahren eine zeitgemässe psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung auf der Basis aktuell gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 2 APD-KJ	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD. Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Intervisionen teil (intern und/oder extern)	Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden stehen in kontinuierlicher Fort- oder Weiterbildung gemäss Fort- und Weiterbildungsreglement APD. Alle therapeutisch tätigen Mitarbeitenden nehmen an Supervisionen oder Intervisionen teil (intern und/oder extern)	Gleich
6	Fristgerechte Behandlung: Der APD-KJ erbringt fristgerechte Behandlungen	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 2 APD-KJ	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 13 Tage. Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 Stunden)	Die durchschnittliche Anmeldedauer beträgt weniger als 14 Tage. Notfallmässige Kontakte an Werktagen erfolgen innerhalb eines Arbeitstages (24 Stunden)	Steigend
7	Wirtschaftliche Leistungserbringung: Der APD-KJ erbringt seine Leistungen nach wirtschaftlichen Kriterien. Er stellt verrechenbare Leistungen den Vertragspartnern in Rechnung	Zielgruppen gemäss Auflistung in Absatz 1.2, Leistungsgruppe 2 APD-KJ	Der Kostendeckungsgrad der AP-Dienste beträgt gesamthaft mindestens 63% (ohne interne Verrechnungen)	Der Kostendeckungsgrad der AP-Dienste beträgt gesamthaft mindestens 63% (ohne interne Verrechnungen)	Sinkend (bei sinkendem TPW)
D	Früherkennung psychischer Störungen	Bevölkerung, insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene		Früherkennung psychotischer Störungen: – Aufbau einer interdisziplinären AG (APD-KJ/APD-E) – Überprüfen der bisherigen Früherfassungsinstrumente – Evaluation neuer Früherfassungsinstrumente – Zusammenarbeit mit anderen Früherfassungszentren (Zürich, Basel)	
E	Konsiliar- und Liaisondienst für sonderpädagogische Einrichtungen im Kanton Zug	Schülerinnen und Schüler von sonderpädagogischen Einrichtungen		Ausbau und Institutionalisierung des Konsilar- und Liaison-Angebotes: – Abklärung, Betreuung und Behandlung von Schülerinnen und Schülern mit psychischen Störungen oder Verhaltensauffälligkeiten – Beratung von Schul- und Heimleitungen, Lehr- und Betreuungspersonen – Angebot von Fallkonferenzen, Supervisionen	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
F	Neuropsychologie	Kinder und Jugendliche	Erweiterung der neuropsychologischen Fachkompetenz zur Abklärung und Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit neuropsychologischen Defiziten. Angebote von Einzel- und Gruppentherapien	Ausbildung einer Mitarbeiterin des APD-KJ in Neuropsychologie des Kindes- und Jugendalters. Angebote von Einzel- und Gruppentherapien.	Gleich
G	Kinderschutz	Kinder, Eltern, Beratungsstellen, Institutionen	Verstärkte Mitwirkung in der Kinderschutzgruppe des Kantons Zug	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Fristgerechte Behandlungen: die durchschnittlichen Wartezeiten für die Aufnahme einer regulären Behandlung in den APD haben mangels Kapazität zugenommen, was eine Anpassung der Zielgrösse auf 14 Tage erfordert.
Kostendeckungsgrad: der von den Versicherern stetig nach unten angepasste Taxpunktwert bedeutet bei gleich bleibenden bzw. steigenden Personalkosten langfristig eine Senkung des Kostendeckungsgrades der APD.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Patienten	Anzahl	1’657	1’900	1’900	Steigend
Konsultationen	Anzahl	12’275	13’100	13’100	Steigend
Taxpunktwert (Tarmed)	CHF	0.89	0.89	0.89/0.88	Sinkend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Patienten/Konsultationen: bei gleich bleibendem Personalbestand wie im Vorjahresbudget 2012 ist aus Kapazitätsgründen für das Jahr 2013 keine weitere Steigerung zu erwarten.
In den Folgejahren (2014-2016) ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Konsultationen bei den APD weiter zunehmen wird.
Taxpunktwert: unterschiedlich, je nach Versicherung.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-3’786’706.78**	**-4’478’100**	**-4’444’400**	**-0.8**	**-4’547’000**	**-4’687’100**	**-4’833’200**
Total Ertrag	**2’430’118.90**	**2’860’000**	**2’833’000**	**-0.9**	**2’778’000**	**2’725’200**	**2’674’600**
Saldo	**-1’356’587.88**	**-1’618’100**	**-1’611’400**	**-0.4**	**-1’769’000**	**-1’961’900**	**-2’158’600**

Kommentar Budget
Gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben.

Kommentar Finanzplan
Gemäss den regierungsrätlichen Vorgaben.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5000 – Direktionssekretariat

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Direktionssekretariat der Finanzdirektion ist die juristische und betriebswirtschaftliche Stabsstelle für den Finanzdirektor und die Ämter der Finanzdirektion. Insbesondere erarbeitet und koordiniert das FDS Kantonsrats- und Regierungsratsvorlagen der Finanzdirektion und prüft Vorlagen anderer Direktionen mit finanziellen oder personellen Auswirkungen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst

- Beschwerdewesen (inkl. Schulungen Personalrecht)
- Fachfragen Leistungsvereinbarungen
- Qualitätssicherung von Verträgen der FD-Ämter
- Submissionswesen der Finanzdirektion

Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte

- Beantwortung Parlamentarischer Vorstösse
- Erarbeitung Rechtserlasse
- Verfassen von Stellungnahmen an externe Dritte
- Verfassen von Stellungnahmen z.Hd. kantonaler Stellen
- Bearbeitung und Qualitätssicherung übrige Sachgeschäfte der Finanzdirektion und der FD-Ämter
- Prüfung von Anträgen anderer Direktionen insbesondere mit finanziellen Auswirkungen

Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung

- Koordination, Qualitätssicherung, Analysen und Berichte zu Budget, Finanzplan und Jahresrechnung
- Beratung und Unterstützung aller Ämter in der Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget
- Analysen und Auskünfte im Finanz- und Rechnungswesen (FRW)
- Strategisches Finanz-Controlling (Finanzstrategie)
- Beitragswesen (Ertragsüberschuss, Soforthilfe)
- Interkantonaler Finanzausgleich (NFA), Vollzug innerkantonaler Finanzausgleich, Beteiligung der Gemeinden am NFA

Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrätlicher Kommissionen

- Sekretariat Staatswirtschaftskommission (Stawiko)
- Sekretariat Konkordatskommission (KoKo)

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Kantonsratsbeschluss über die Geschäftsordnung des Regierungsrates und der Direktionen vom 25. April 1949 (BGS 151.1)
- Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 (BGS 153.53)
- Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (BGS 154.21)
- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz) vom 31. August 2006 (BGS 611.1)
- Gesetz über den direkten Finanzausgleich vom 30. August 2007 (BGS 621.1)
- Kantonsratsbeschluss über die Beteiligung der Einwohnergemeinden am interkantonalen Finanzausgleich vom 30. August 2007 (BGS 621.2)
- Submissionsgesetz (SubG) vom 2. Juni 2005 (BGS 721.51)
- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB) vom 15. März 2001 (BGS 721.52)
- Submissionsverordnung (SubV) vom 20. September 2005 (BGS 721.53)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die bisherige Leistungsgruppe 5: Diverse Stabsaufgaben wurden aufgehoben. Die Leistungen «Kommunikation» und «Allgemeine Stabsaufgaben» sind neu in den Leistungsgruppen 1 bis 4 enthalten

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Rechtsdienst				
1	Beförderliche und fachgerechte Instruktion von Beschwerdefällen	Beschwerdeführende, Regierungsrat, Vorinstanzen, Bundesgericht, Verwaltungsgericht	– Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet – Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 1 Monat – Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	– Nächste Schritte im Instruktionsverfahren innert 1 Woche eingeleitet – Anträge nach Abschluss Instruktionsverfahren innert 3 Monaten – Keine Rückweisung aus formalen Gründen durch RR	Gleich
2	Auskünfte und Mitberichte zum Abschluss von Leistungsvereinbarungen (inkl. MWST) und zum FHG	Direktionen, Ämter	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert zwei Wochen beantwortet, Mitberichte innert Frist	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert zwei Wochen beantwortet, Mitberichte innert Frist	Gleich
3	Qualitätssicherung der Vertragsabschlüsse und des Submissionswesens der FD	Ämter FD	Keine gutgeheissenen Beschwerden und keine Haftungsfälle im Prüfbereich	Keine gutgeheissenen Beschwerden und keine Haftungsfälle im Prüfbereich	Gleich
4	Qualitätssicherung und Know-How Aufbau Personalrecht	Personen mit Personalführungsaufgaben, Gemeinden	4 bis 6 halbtägige Schulungen	4 ganztägige Schulungen	Gleich
A	Erarbeitung Verordnung über die Rückerstattung von Investitionsbeiträgen des Kantons an private Dritte im Rahmen von Leistungsvereinbarungen	Regierungsrat	Verordnung bis 30. Juni vom Regierungsrat verabschiedet	Fällt weg, da umgesetzt	
	Leistungsgruppe 2: Regierungsrats- und Kantonsrats-Geschäfte				
5	Hohe Qualität der Anträge der FD an den RR	Regierungsrat	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Keine Rückweisung aus formalen Gründen	Gleich
6	Fristgerechte Bearbeitung der Parlamentarischen Vorstösse	Kantonsrat	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
7	Fristgerechte Mitberichte und Vernehmlassungen	Regierungsrat, Direktionen, Bundesämter, Direktorenkonferenz usw.	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
8	Fristgerechte Stellungnahme zu allen Anträgen mit finanziellen Auswirkungen	Finanzdirektor (z.Hd. Regierungsrat)	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
L14	Neues Gebührengesetz	Regierungsrat	Gebührengesetz inkl. Verordnungen per 1. Juli in Kraft	Fällt weg. Gebührengesetz wurde an der Volksabstimmung vom 27.11.2011 abgelehnt.	
L28	Teilrevision Verwaltungsrechtspflegegesetz und Erlass einer Verordnung über die elektronische Übermittlung im Verwaltungsverfahren	Kantonsrat, Regierungsrat, Verwaltungsgericht, Direktionen, Gemeinden		Gesetzesvorlage: 1. und 2. Lesung Regierungsrat Verordnungsvorlage: 1. Lesung im Regierungsrat	Gesetzesvorlage: Verabschiedung im Kantonsrat Verordnungsvorlage: 2. Lesung im Regierungsrat; Inkrafttreten

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 3: Finanzen und Steuerung				
9	Bericht und Antrag an KR zu Budget, Finanzplan und Geschäftsbericht fristgerecht und in guter Quawlität eingereicht	Regierungsrat, Kantonsrat	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten	Terminplan und Vorgaben RR eingehalten	Gleich
10	Kompetente und rasche Auskünfte zur Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Ämter	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gleich
11	Kompetente und rasche Auskünfte und Analysen zum Finanz- und Rechnungswesen	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gleich
12	Sofortige Bearbeitung der eingehenden Beitragsgesuche um Soforthilfe	Regierungsrat, Antragsstellende	100% der Gesuche innert Tagesfrist beantwortet	Fällt weg. Integriert in Zielsetzung 13	
13	Fristgerechte Prüfung der eingehenden Beitragsgesuche um Auslandhilfe, Koordination des Auswahlverfahrens	Regierungsrat, Gesuchstellende	100% der Gesuche bis zum 1. März bearbeitet. Aufstellungen für Auswahlkommission bis 31. März erarbeitet	100% der Gesuche bis zum 1. März bearbeitet. Aufstellungen für Auswahlkommission bis 31. März erarbeitet	Gleich
14	Reibungslose Zusammenarbeit mit BAK Basel bei jährlicher Aktualisierung des Finanzhaushaltmodells 2010–2020	Finanzdirektor	Einfache Anfragen sofort, komplexe Anfragen innert Wochenfrist beantwortet	Gemeinsamer Terminplan erarbeitet und eingehalten	Gleich
15	Vollzug innerkantonaler Finanzausgleich	Gemeinden		Umsetzung Massnahmen aus Wirksamkeitsbericht	Gleich
L45	Verwaltungsführung mit Leistungsauftrag und Globalbudget	Ämter	– IT-Tool Erfassung Leistungsaufträge für Budgetierung 2013 bereit – Inhalt und Layout Berichterstattung definiert und verabschiedet	– Support Führungspersonen sichergestellt – IT-Tool für Berichterstattung bereit	Projektabschluss und Evaluation
L17	Begrenzung NFA-Belastung Geberkantone	Regierungsrat, Kantonsrat	Aktive Interessenvertretung in den zuständigen Behörden und Gremien	Aktive Interessenvertretung in den zuständigen Behörden und Gremien	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Sekretariat ständiger kantonsrätlicher Kommissionen				
16	Reibungslose Vor- und Nachbearbeitung Sitzungen	Staatswirtschaftskommission	– Einladungen 10 Tage vor Sitzung – Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	– Einladungen 10 Tage vor Sitzung – Protokoll und Berichte 7 Tage nach Sitzung	Gleich
17	Reibungslose Vor- und Nachbearbeitung Sitzungen	Konkordatskommission	– Einladungen 10 Tage vor Sitzung – Protokoll 10 Tage nach Sitzung – Bericht 30 Tage nach Sitzung	– Einladungen 10 Tage vor Sitzung – Protokoll 30 Tage nach Sitzung – Bericht 30 Tage nach Sitzung	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Die bisherige «Leistungsgruppe 5: Diverse Stabsaufgaben» wurde aufgehoben.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Verträge	Anzahl		10	10	Gleich
Submissionsverfahren	Anzahl		3	3	Gleich
RR-Anträge (alle Direktionen)	Anzahl		700	750	Gleich
RR-Anträge (FD)	Anzahl		120	100	Gleich
Vernehmlassungen FD federführend	Anzahl		15	15	Gleich
Mitberichte/Stellungnahmen an andere Direktionen	Anzahl		40	40	Gleich
Geprüfte Leistungs- und Subventionsvereinbarungen	Anzahl		20	16	Gleich
Beschwerdeeingänge	Anzahl		10	10	Gleich
Parlamentarische Vorstösse	Anzahl		10	10	Gleich
Staatswirtschaftskommission	Anzahl		13 Sitzungen mit 40 Geschäften	12 Sitzungen mit 30 Geschäften	Gleich
Konkordatskommission	Anzahl		3 Sitzungen mit 3 Geschäften	3 Sitzungen mit 3 Geschäften	Gleich
Referate, Medienmitteilungen	Anzahl		25 Vorgänge	50 Vorgänge	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-1’795’702.17	-2’110’100	-1’987’900	-5.8	-2’032’700	-2’105’700	-2’171’000
Total Ertrag	415.00						
Saldo	-1’795’287.17	-2’110’100	-1’987’900	-5.8	-2’032’700	-2’105’700	-2’171’000

Kommentar Budget
Nichtbeanspruchung von bisher budgetierten 0.6 Personalstellen.

Kommentar Finanzplan
Es wird mit keinen wesentlichen Veränderungen gerechnet.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT5000.0001	Neugestaltung Planungs- und Berichtsinstrumente							
	Ausgaben	-73'332.00	-250'000	-50'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-73'332.00**	**-250'000**	**-50'000**				
	Einnahmen							
	Saldo	**-73'332.00**	**-250'000**	**-50'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5001 – Finanzkontrolle

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Finanzkontrolle ist das Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons: Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht über den Staatshaushalt sowie den Regierungsrat, die Direktionen, die Staatskanzlei und die obersten kantonalen Gerichte bei der Ausübung der Finanzaufsicht. Diese Funktion wird durch die Wahrnehmung externer und interner Revisionsaufgaben ausgeübt.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung

- Prüfung der Jahresrechnung des Kantons inkl. Fondsrechnungen
- Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter und Anstalten des Kantons
- Prüfung von Projekt- und Kreditabrechnungen

Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten

- Finanzprüfungen bei Drittorganisationen, an deren Tätigkeit ein öffentliches Interesse besteht
- Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen

Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung

- Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission und Regierungsrat
- Andere Prüf-/Abklärungs-/Beratungsanfragen (z.B. Anfragen zu Finanzthemen, Mitberichte) von Direktionen, Ämtern, Gemeinden, Drittinstitutionen

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Finanzhaushaltgesetz vom 30. August 2006 (BGS 611.1)
- Revisionsaufsichtsgesetz vom 16. Dezember 2005 (SR 221.302)
- Revisionsaufsichtsverordnung vom 22. August 2007 (SR 221.302.3)
- Obligationenrecht vom 30. März 1911 (Stand 1. Januar 2011; SR 220)
- Schweizer Prüfungsstandards der Treuhandkammer, Ausgabe 2010 (www.treuhand-kammer.ch)
- Standard zur Eingeschränkten Revision der Treuhandkammer, Ausgabe 2007 (www.treuhand-kammer.ch)
- Schweizer Handbuch der Wirtschaftsprüfung, Ausgabe 2009 (Bezug: www.verlagskv.ch)
- Empfehlungen der Treuhandkammer (www.treuhand-kammer.ch)
- Empfehlungen der Fachvereinigung der Finanzkontrollen

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Zweckmässige Einhaltung der Prüfungsstandards (Planung, Durchführung, Dokumentation)	Legislative, Exekutive, Direktionen, Staatskanzlei, Gerichte	Weiterentwicklung Prüfchecklisten	Qualitätssicherung und Internes Kontrollsystem für operativen Bereich Finanzkontrolle eingerichtet	Steigend
	Leistungsgruppe 1: Finanzaufsicht Staatsrechnung				
2	Termingerechte Prüfung der Jahresrechnung des Kantons und der Fondsrechnungen	Stawiko, RR, FD	Prüfungen durchgeführt und Termine eingehalten	Prüfungen durchgeführt und Termine eingehalten	Gleich
3	Risikoorientierte Prüfung der separaten Rechnungen der Ämter (mindestens alle 4 Jahre)	Stawiko, RR, FD, Direktionen, Gerichte, Ämter	Jahresplanung eingehalten	Jahresplanung eingehalten	Steigend
4	Jährliche Prüfung der Anstalten des Kantons	Stawiko, RR, FD, Direktionen, Anstalten	Alle geprüft	Alle geprüft	Steigend
5	Möglichst vollständige Prüfung der vorgelegten Projekt- und Kreditabrechnungen	RR, Stawiko, Direktionen, FD, Ämter	Mindestens 80% vollständig, restliche formell geprüft	Mindestens 80% vollständig, restliche formell geprüft	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 2: Prüfungen bei Dritten				
6	Termingerechte Prüfungen bei Konkordaten/Regierungskonferenzen gemäss Jahresplanung	Vorstandsgremien	Alle geprüft und Termine eingehalten	Alle geprüft und Termine eingehalten	Gleich
7	Termingerechte Prüfungen bei Stiftungen und Vereinen gemäss Jahresplanung	Stiftungsrat, Vorstand/GV, Stawiko	Alle geprüft und Termine eingehalten	Alle geprüft und Termine eingehalten	Gleich
8	Risikoorientierte Prüfung der Zweckverwendung von Kantonsbeiträgen an Organisationen	Regierungsrat, Stawiko, Direktionen, Finanzdirektion, Ämter	Jahresplanung eingehalten	Jahresplanung eingehalten	Steigend
	Leistungsgruppe 3: Sonderaufträge und Beratung				
9	Eingegangene Sonderaufträge von Bund, Staatswirtschaftskommission oder Regierungsrat fristgerecht bearbeiten	Bundesämter (z.B. ASTRA, BSV), Stawiko, RR	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	Gleich
10	Eingegangene Prüf-/Abklärungs-/Beratungsanfragen fristgerecht beantworten	Finanzdirektion, Stawiko, Fachdirektionen, Gemeinden, Anstalten, Ämter, private Leistungserbringer	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	Bearbeitung innert vereinbarten Fristen	Steigend

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Kontrollbereich (Direktionen, Ämter, Gerichte, Anstalten)	Anzahl		70	70	Gleich
Eingereichte Kreditabrechnungen	Anzahl		20	20	Steigend
Revisionsmandate Konkordate/Regierungskonferenzen	Anzahl		9	9	Gleich
Revisionsmandate Stiftungen, Vereine	Anzahl		12	9	Gleich
Prüfobjekte Leistungs-/Subventionsvereinbarungen	Anzahl		40	40	Gleich
Anträge/Anfragen für Abklärungen und Beratungen	Anzahl		40	40	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-569'213.70	-677'500	-679'900	0.4	-647'800	-670'900	-695'100
Total Ertrag	6'200.00	5'500	6'000	9.1			
Saldo	-563'013.70	-672'000	-673'900	0.3	-647'800	-670'900	-695'100

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5010 – Personalamt

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das Personalamt unterstützt den Regierungsrat bei der Umsetzung seiner Personalstrategie, berät die Führungsverantwortlichen, die Mitarbeitenden und die Gemeinden sowie weitere Institutionen im Kanton Zug in allen Belangen des Personalwesens, sorgt für die transparente und einheitliche Anwendung des Personalrechts, stellt die effiziente Abwicklung der Prozesse im Personalwesen sicher und informiert die Mitarbeitenden sowie die Personalverbände über personalrelevante Angelegenheiten.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Personaladministration

- Koordination und Administration des Personalwesens wie Stelleninserate, Ein- und Austrittsprozess, Arbeitsverträge, Sozialversicherungswesen, Kinderzulagen, Reka-Checks usw.
- Führung des Personalinformationssystems und der Lohnbuchhaltung
- Koordination und Unterstützung bei der Budgetierung des Personalaufwands
- Definition, Implementierung und Aufbereitung von Kennzahlen im Personalbereich
- Führung der Personalstellenübersicht

Leistungsgruppe 2: Beratung/Unterstützung/Rechtsdienst

- Beratung und Unterstützung von Führungspersonen in Personalfragen, namentlich in personalrechtlichen Angelegenheiten
- Rechtsberatung und Unterstützung der Gemeinden sowie weiterer Institutionen im Kanton Zug in personellen Angelegenheiten
- Verfassung von Mitberichten bei Beschwerdefällen in Personalbelangen
- Führung und laufende Aktualisierung des elektronischen Personalhandbuchs
- Umsetzung der Personalstrategie und Entwicklung von daraus resultierenden Konzepten
- Initiierung und Leitung von Projekten im Personalbereich

Leistungsgruppe 3: Stabsarbeit

- Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen
- Verfassung von Mitberichten und Vernehmlassungen
- Redaktion Personalziitig

Leistungsgruppe 4: Berufsbildung und Personalentwicklung

- Unterstützung und Beratung der Berufsbildner/innen und der Lernenden
- Koordination der Berufsbildung im kaufmännischen Bereich
- Koordination Führungsausbildung
- Mitwirkung, Koordination und Betreuung beim zentralschweizerischen Weiterbildungsangebot

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalgesetz) vom 1. September 1994 (BGS 154.21)
- Vollziehungsverordnung zum Gesetz über das Arbeitsverhältnis des Staatspersonals (Personalverordnung) vom 12. Dezember 1994 (BGS 154.211)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Personaladministration				
1	Fristgerechte und fehlerfreie Abwicklung der Rekrutierungs- und Anstellungsprozesse	Regierungsrat, Direktionen, Mitarbeitende	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung von Neueintretenden im Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt	Arbeitsverträge innert Wochenfrist; Erfassung von Neueintretenden im Lohnsystem spätestens 1 Monat vor Stellenantritt	Gleich
2	Fristgerechte und fehlerfreie Auszahlung der monatlichen Lohnabrechnungen	Regierungsrat, Direktionen, Mitarbeitende, Drittstellen (Sozialversicherungsanstalt, Allianz, Pensionskasse)	Monatlich (zirka 2'700 Lohnempfänger/innen), Auszahlung spätestens am 25. jeden Monats, Fehlerquote durchschnittlich < 0.1%	Auszahlung spätestens am 25. jeden Monats, Fehlerquote durchschnittlich < 0.1%	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
3	Stellenentwicklung überwachen und nachführen	Parlament, Regierungsrat, Direktionen, Führungspersonen	Rechtzeitige Aktualisierung der Stellenübersicht für Budget und Rechenschaftsbericht	Rechtzeitige Aktualisierung der Stellenübersicht für Budget und Berichterstattung	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Beratung/Unterstützung/Rechtsdienst				
4	Weiterentwicklung eines aktuellen, bedürfnisorientierten und benutzerfreundlichen Personalhandbuchs	Alle Mitarbeitenden, Gemeinden	Alle Hauptprozesse geklärt und abgebildet	Alle Hauptprozesse geklärt und abgebildet	Gleich
5	Begleitung Personalgewinnung (auf Wunsch der Ämter/Direktionen)	RR, Direktionen, Ämter	Einhaltung der gewünschten Fristen bei Begleitung von Kaderrekrutierungen	Einhaltung der gewünschten Fristen bei Begleitung von Kaderrekrutierungen	Gleich
6	Allgemeine Rechtsberatung in personalrechtlichen Fragen	Vorgesetzte in Kanton und Gemeinden	Bearbeitung mündliche und einfache schriftliche Anfragen am selben Tag, komplexe Anfragen innerhalb einer Woche	Bearbeitung mündliche und einfache schriftliche Anfragen am selben Tag, komplexe Anfragen innerhalb einer Woche	Gleich
7	Erarbeitung neuer Gesetze und anderer personalrelevanter Erlasse	Alle Mitarbeitenden, Gemeinden	100% innert Frist	«Fällt weg»	Gleich
A	Elektronische Arbeitszeit- und Absenzerfassung modernisieren	Alle Mitarbeitenden	Bis Ende 2012 modernisiertes Erfassungssystem eingeführt	Ist umgesetzt	
B	Überarbeiteter und neu informatikgestützter Bogen für Mitarbeiter/innen-Gespräche vorhanden	Alle Vorgesetzten, Mitarbeitende		Inbetriebnahme erfolgt	
L44	Revision Personalrecht	RR, Direktionen, alle Mitarbeitenden	Umsetzung neue Arbeitszeit-VO ab 2012, Teilrevision Personalgesetz: Antrag an KR	Teilrevision Personalgesetz: Beratung und Beschluss KR	
	Leistungsgruppe 3: Stabsarbeit				
8	Parlamentarische Vorstösse, Mitberichte, Vernehmlassungen	FD	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
9	Redaktion Personalziitig	Alle Mitarbeitenden	Personalziitig erscheint 4x pro Jahr	Personalziitig erscheint 4x pro Jahr	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Berufsbildung und Personalentwicklung				
10	Weiterbildungskonzept für Führungspersonen	Führungspersonen	Durchführung erster Kurse	Ausbau des Kursangebotes	Steigend
11	Schulung der Vorgesetzten in konformer Anwendung des Personalrechts aus Sicht des Arbeitgebers	Vorgesetzte in Kanton und Gemeinden	4 bis 6 halbtägige Kolloquien	4 bis 6 halbtägige Kolloquien	Gleich
12	Das Weiterbildungsprogramm ist bedürfnisgerecht und wird genutzt	Mitglieder des Regierungsrates, Vorgesetzte, Mitarbeitende	Das Weiterbildungsbudget ist zu mindestens 90% ausgeschöpft	Das Weiterbildungsbudget ist zu mindestens 90% ausgeschöpft	Gleich
13	Der Kanton ist als guter Ausbildungsbetrieb bei Eltern und Jugendlichen bekannt	Jugendliche vorwiegend mit Wohnsitz im Kanton Zug	Jährliche Besetzung sämtlicher offener Lehrstellen	Jährliche Besetzung sämtlicher offener Lehrstellen	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
14	Freistellung von Experten/ Expertinnen für Prüfungen sowie von Berufsbildenden für interkantonale Arbeitsgruppen	Wirtschaft, Lernende	Mindestens 10 Experten/ Expertinnen und Berufsbildende	Mindestens 10 Experten/ Expertinnen und Berufsbildende	Gleich
C	Einheitliche und transparente Bedingungen für die Beschäftigung von Praktikanten	Ämter, Praktikantinnen/ Praktikanten	Erarbeitung neuer RRB	«Fällt weg»	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Nr. 4: Verzögerte Abwicklung durch spätere Schulung neues Prozessabbildungs-Tool.
Nr 10: Verzögerung bedingt durch Vernehmlassungsverfahren.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Personalbestand ganze Verwaltung (inkl. Hilfskräfte, ohne Fachpersonen)			2’550	2’700	Steigend
Lohnausweise	Anzahl		4’550	4’650	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-1’484’850.29	-1’509’300	-1’379’900	-8.6	-1’409’300	-1’449’500	-1’491’100
Total Ertrag	95’340.80	91’000	87’000	-4.4	87’000	87’000	87’000
Saldo	-1’389’509.49	-1’418’300	-1’292’900	-8.8	-1’322’300	-1’362’500	-1’404’100

Kommentar Budget
Minderaufwand durch Austritt langjährig. Mitarb., Nachfolgende jünger und mit weniger Erfahrung, dadurch tieferer Personalaufwand.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT5010.0106	Ergänzung/Optimierung PIS							
	Ausgaben	-22'797.45						
	Einnahmen							
IT5010.0107	Zeit- und Leistungserfassung							
	Ausgaben	-339'092.00	-50'000					
	Einnahmen							
IT5010.0108	Ausbreitung der neuen PIS-Services							
	Ausgaben	-26'528.05	-150'000					
	Einnahmen							
IT5010.0109	Erweiterungen Fachanwendungen PA (EFAPA)							
	Ausgaben			-200'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-388'417.50**	**-200'000**	**-200'000**				
	Einnahmen							
	Saldo	**-388'417.50**	**-200'000**	**-200'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5011 – Allgemeiner Personalaufwand

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-2'437'500	-2'587'600	6.2	-2'697'900	-2'849'100	-3'005'700
305	Arbeitgeberbeiträge		-307'000	-321'000	4.6	-329'500	-341'000	-353'000
306	Arbeitgeberleistungen an inaktives Personal		-900'000	-900'000		-900'000	-900'000	-900'000
309	Übriger Personalaufwand		-1'395'000	-1'405'000	0.7	-1'405'000	-1'445'000	-1'405'000
310	Material- und Warenaufwand		-85'000	-101'000	18.8	-96'000	-96'000	-96'000
313	Dienstleistungen und Honorare		-170'000	-120'000	-29.4	-120'000	-120'000	-120'000
317	Spesenentschädigungen		-1'000	-1'000		-1'000	-1'000	-1'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-11'000	-11'000		-11'000	-11'000	-11'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-12'783'980.28						
	Total Aufwand	**-12'783'980.28**	**-5'306'500**	**-5'446'600**	**2.6**	**-5'560'400**	**-5'763'100**	**-5'891'700**
426	Rückerstattungen		20'000	20'000		20'000	20'000	20'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	168'423.40						
	Total Ertrag	**168'423.40**	**20'000**	**20'000**		**20'000**	**20'000**	**20'000**
	Saldo	**-12'615'556.88**	**-5'286'500**	**-5'426'600**	**2.7**	**-5'540'400**	**-5'743'100**	**-5'871'700**

Kommentar Budget
Betrag für individuelle Lohnentwicklung (Beförderungen) aufgrund Zunahme Personalaufwand und neueintretenden Mitarbeitenden um 150'000 Franken erhöht.

Kommentar Finanzplan
2015: Übriger Personalaufwand Zusatzkosten Weiterbildung + 40'000 Franken für Schulung politisch vorgegebener Themen für das oberste Kader (1 x pro Legislatur).

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Finanzverwaltung ist zuständig für die ordnungsgemässe Führung der Staatsbuchhaltung und der Separatfondsbuchhaltung sowie für die Bewirtschaftung und Verwaltung des Staatsvermögens und der Separatfonds. Die Kernaufgaben der Finanzverwaltung beinhalten den Abschluss der Jahresrechnung, die Ausarbeitung des jährlichen Budgets und des Finanzplans, die Betreuung der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) und des Versicherungswesens.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung
- Zentrale Führung der Staatsbuchhaltung
- Aufbereitung der Finanzzahlen, Analysen und Berichterstattung
- Fachliche Unterstützung in Finanzfragen für Kanton und Gemeinden
- Zentrale Koordinationsstelle in Mehrwertsteuerfragen

Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan
- Planung, Koordination und Erstellung des Budgets und des Finanzplans
- Aufbereitung der Finanzzahlen, Analysen und Berichterstattung
- Fachliche Unterstützung und Beratung der Rechnungsführenden in den Direktionen und Ämtern

Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)
- Coaching der Ämter bei der Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)
- Sicherstellung des KLR-Betriebs (inkl. Anlagebuchhaltung und Leistungserfassung)
- Controlling

Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung
- Zentrale Führung der Separatfondsbuchhaltung
- Gesuche Lotteriefonds bearbeiten
- Berichterstattung an den Regierungsrat und an Swisslos

Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen
- Verwaltung und Betreuung der Versicherungspolicen
- Zentrale kantonsinterne Anlaufstelle für Versicherungsfragen und Schadenmeldungen

Leistungsgruppe 6: Cash-Management
- Sicherstellung der Liquidität für die Verpflichtungen des Kantons
- Vermögensbewirtschaftung für den Kanton und die Separatfonds
- Regelmässiges Controlling und Berichterstattung für den Kanton und die Separatfonds

Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen (Software)
- Unterhalt und Weiterentwicklung der Finanzsoftware Microsoft Dynamics NAV (Navision)
- Support für die Finanzsoftware Navision (Kanton und Gemeinden)
- Support für alle Fachanwendungen der Finanzverwaltung

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz betreffend die Lotterien und die gewerbsmässigen Wetten vom 8. Juni 1923 (SR 935.51)
- Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons und der Gemeinden (Finanzhaushaltgesetz, FHG) vom 31. August 2006 (BGS 611.1)
- Gesetz über Lotterien und gewerbsmässige Wetten (Lotteriegesetz) vom 6. Juli 1978 (BGS 942.41)
- Kantonsratsbeschluss (KRB vom 4. Mai 2006, GS 28, 723) betreffend den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten vom 7. Januar 2005 (BGS 942.42)
- Weisungen der Finanzdirektion zum Finanz- und Rechnungswesen
- Verordnung über die Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung vom 20. November 2007 (BGS 153.7)
- Verfügung über die Zeichnungsberechtigung und die Delegation von Zuständigkeiten in der Finanzdirektion vom 17. Februar 2012 (BGS 153.771)
- Richtlinien für die Liquiditätsbewirtschaftung des Kantons vom 13. April 2004
- Anlagestrategie des Kantons Zug für die Separatfonds vom 27. Februar 2009
- Empfehlungen aus dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2) der Finanzdirektorenkonferenz (FDK)

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Kompetenter Ansprechpartner in allen Fragen rund um das Finanz- und Rechnungswesen	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Politik	100% der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet	100% der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet	Gleich
2	Informationsfluss zwischen Finanzverwaltung und gemeindlichen Finanzabteilungen sicherstellen	Kanton, Gemeinden	Mindestens 2 protokollierte Sitzungen pro Jahr (Fachgruppe Finanzen Zug)	Mindestens 2 protokollierte Sitzungen pro Jahr (Fachgruppe Finanzen Zug)	Gleich
A	Einführung Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell HRM2	Ämter	Rechnung 2012 mit HRM2 und Globalbudget sichergestellt	«Fällt weg» da umgesetzt	
B	Optimierung Kreditorenprozess «OKP» (Scanning, Workflows, Archivierung)	Direktionen, Ämter	Produktionsstart Pilot sichergestellt	Schlussbericht zum Pilotprojekt «OKP» an den RR erstellt; Flächendeckende Ausbreitung des Projekts «OKP» vorbereitet, sofern der RR dies beschliesst	Start 2014 sichergestellt
	Leistungsgruppe 1: Staatsrechnung				
3	Planung, Koordination und Erstellung des Jahresabschlusses sowie zur Verfügung stellen der Finanzzahlen für die Publikation zur Jahresrechnung	Öffentlichkeit, RR, KR, Gesamtverwaltung		Fehler im Zahlenmaterial = 0	Gleich
4	Hohe Qualität und Standard der gesamten Staatsbuchhaltung sicherstellen	Öffentlichkeit, RR, KR, Gesamtverwaltung	Keine «dringenden» Empfehlungen im Revisions-Bericht der FIKO	Keine «dringenden» Empfehlungen im Revisions-Bericht der FIKO	Gleich
5	Sicherstellung einer einwandfreien Auslieferung der Jahresrechnung	Öffentlichkeit, RR, KR, Gesamtverwaltung	Inhaltliche Fehler < Anzahl 5	«Fällt weg»; neu beim Direktionssekretariat der Finanzdirektion	
6	Vollzug Inkasso/ Betreibungsprozess	Ämter	Einleitung der Betreibung spätestens innert 60 Tagen nach Ablauf der zweiten Mahnfrist	Einleitung der Betreibung spätestens innert 60 Tagen nach Ablauf der zweiten Mahnfrist, sofern kein begründeter Mahnstopp gesetzt wird	Gleich
7	Betreuung und Nachführung der Unterschriftenkarten der Finanzinstitute und Kontrolle des «Verzeichnis der Anweisungsberechtigten»	Ämter	Mutationen innert Wochenfrist	Mutationen innert Wochenfrist nach Kenntnis	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Budget/Finanzplan				
8	Einhaltung des RR-Terminplans betreffend Budgetierung und Finanzplan sicherstellen	RR, Stawiko, KR	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	Gleich
9	Zur Verfügung stellen der Finanzzahlen für die Publikation zum Budget und Finanzplan	Öffentlichkeit, RR, KR, Gesamtverwaltung	Fehler im Zahlenmaterial = 0	Fehler im Zahlenmaterial = 0	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 3: Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)				
10	Support und Beratung von Ämtern in Fragen der KLR (inkl. Anlagebuchhaltung und Leistungserfassung)	Ämter	100% der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet	100% der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet	Gleich
11	Termingerechter Quartalsabschluss der KLR	KLR-Ämter	Quartalsabschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt	Quartalsabschluss innerhalb 30 Tagen nach Quartalsende erstellt	Gleich
C	Einführung einer flächendeckenden Kosten- und Leistungsrechnung, sofern der RR dies beschliesst	Direktionen, Ämter		Umsetzung nach Einführungsplan sichergestellt	Steigend
	Leistungsgruppe 4: Separatfondsverwaltung				
12	Einhaltung des RR-Terminplans betreffend Jahresabschluss sicherstellen	RR, Stawiko, KR	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	0 Tage Überschreitung der Ecktermine	Gleich
13	RR-Anträge aus den Direktionen prüfen und Mitbericht zuhanden Finanzdirektion verfassen	Finanzdirektor	Termingerecht, wöchentlich bis Freitag 12 Uhr	Termingerecht, wöchentlich bis Freitag 12 Uhr	Gleich
D	Einführung einer Debitorenbuchhaltung inklusive Mahnlauf und Inkasso	Ämter	Umsetzung sicherstellen	«Fällt weg» da umgesetzt	
	Leistungsgruppe 5: Versicherungswesen				
14	Administration und Mutationen der kantonalen Versicherungspolicen	Ämter	Meldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	Meldung an Broker bzw. an Versicherer innert 10 Arbeitstagen nach Bekanntgabe	Gleich
15	Sämtliche Schadenmeldungen werden an Versicherung bzw. Broker weitergeleitet	Ämter	100% innert Wochenfrist nach Bekanntgabe weitergeleitet	100% innert Wochenfrist nach Bekanntgabe weitergeleitet	Gleich
E	Fragen- und Antwortdatenbank (FAQ) aufschalten	Direktionen, Ämter	Umgesetzt	«Fällt weg» da umgesetzt	
F	Update Risikoinventar Kanton Zug erstellen	RR; Direktionen		Interviews mit den Direktionen durchgeführt; Risiken identifiziert und Massnahmen vorgeschlagen oder ergriffen	
	Leistungsgruppe 6: Cash-Management				
16	Bewirtschaftung des Fondsvermögens gemäss Anlagerichtlinien	Finanzdirektion	Aktienperformance > SPI- Performance per Stichtag 31. Dezember	Aktienperformance > SPI- Performance per Stichtag 31. Dezember	Gleich
17	Kapitalanlageverzeichnis quartalsweise erstellen	Finanzdirektor	Performancebericht innert 45 Tagen nach Quartalsende	Performancebericht innert 60 Tagen nach Quartalsende	Gleich
18	Zahlungsfähigkeit sicherstellen und Berichterstattung zur Liquidität	Lieferanten, Finanzdirektor	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung per 1. Wochenarbeitstag bzw. 1. Woche des Folgemonats	Wöchentliche und monatliche Berichterstattung per 1. Wochenarbeitstag bzw. 1. Woche des Folgemonats	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 7: Fachanwendungen (Software)				
19	Weiterentwicklung der Finanzsoftware Navision sicherstellen	Gesamtverwaltung, Gemeinden	100%ige Weiterarbeit gewährleistet	100%ige Weiterarbeit gewährleistet	Gleich
20	Interner Support für die Finanzsoftware Microsoft Dynamics NAV (Navision) und das Leistungserfassungs-modul SIAXMA sicherstellen	Gesamtverwaltung, Gemeinden	Reaktionszeit nach Eingang = 1 Arbeitstag	Reaktionszeit nach Eingang = 2 Arbeitstage je nach Schweregrad	Gleich
G	Releasewechsel Microsoft Dynamics NAV (Navision) vorbereiten	Direktionen, Ämter, Gemeinden		Fachkonzept für die Einführung 2014 erarbeitet	

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Navision-User (ohne Gemeinden)	Anzahl		400	425	Gleich
KLR-Ämter	Anzahl		14	22	Steigend
Kreditorenbelege	Anzahl		56’000	54’000	Gleich
Mahnungen	Anzahl		8’200	8’500	Gleich
Betreibungsverfahren	Anzahl		330	300	Gleich
Gesuche für Auslandhilfe	Anzahl		60	55	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Keine Bemerkungen

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	-1’615’291.60	-1’891’400	-1’885’300	-0.3	-1’947’400	-2’009’900	-2’074’400
Total Ertrag	181’200.00	182’400	208’800	14.5	218’000	222’000	226’000
Saldo	-1’434’091.60	-1’709’000	-1’676’500	-1.9	-1’729’400	-1’787’900	-1’848’400

Kommentar Budget
Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT5020.0049	Optimierung Kreditorenprozess							
	Ausgaben	-43'565.55	-470'000					
	Einnahmen		188'000					
IT5020.0052	Optimierter Kreditorenprozess; Ausbau + Optimierg.							
	Ausgaben			-195'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-43'565.55**	**-470'000**	**-195'000**				
	Einnahmen		**188'000**					
	Saldo	**-43'565.55**	**-282'000**	**-195'000**				

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5022 – Allgemeiner Finanzbereich

Leistungsauftrag
Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
313	Dienstleistungen und Honorare		-470'000	-483'000	2.8	-490'000	-496'000	-503'000
330	Abschreibungen Sachanlagen VV		-38'670'000	-42'645'000	10.3	-41'799'000	-40'464'000	-38'003'000
340	Zinsaufwand		-40'000	-42'000	5.0	-42'000	-42'000	-42'000
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV		-11'000	-4'000	-63.6	-4'000	-3'000	-3'000
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge		-11'631'000	-11'096'000	-4.6	-11'550'000	-11'718'000	-10'949'000
383	Zusätzliche Abschreibungen		-3'330'000	-8'529'000	156.1			
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-52'235'059.89						
394	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		-2'767'500	-1'980'000	-28.5	-3'085'400	-3'107'200	-3'877'500
	Total Aufwand	**-52'235'059.89**	**-56'919'500**	**-64'779'000**	**13.8**	**-56'970'400**	**-55'830'200**	**-53'377'500**
410	Regalien		38'000	32'000	-15.8	32'000	32'000	32'000
411	Schweiz. Nationalbank		9'467'000	9'471'000		9'471'000	9'471'000	9'471'000
426	Rückerstattungen		86'000	97'000	12.8	97'000	97'000	97'000
440	Zinsertrag		9'715'000	5'940'000	-38.9	5'645'000	14'115'000	15'880'000
442	Beteiligungsertrag FV		726'000	713'000	-1.8	713'000	713'000	713'000
445	Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des VV		28'656'800	28'618'715	-0.1	28'619'000	28'619'000	28'619'000
446	Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen			6'000	100.0	6'000	6'000	6'000
460	Ertragsanteile		5'214'000	5'058'000	-3.0	5'155'000	5'154'000	5'317'000
469	Verschiedener Transferertrag		155'000	154'000	-0.6	158'000	164'000	170'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	80'956'245.78						
489	Entnahmen aus dem Eigenkapital		3'330'000	56'029'000	1582.6			
494	Interne Verr. kalkulatorische Zinsen/Finanzaufwand		87'583	48'830	-44.2	68'077	58'011	63'413
495	Interne Verrechnungen ordentliche Abschreibungen		566'000	507'000	-10.4	457'000	410'000	369'000
	Total Ertrag	**80'956'245.78**	**58'041'383**	**106'674'545**	**83.8**	**50'421'077**	**58'839'011**	**60'737'413**
	Saldo	**28'721'185.89**	**1'121'883**	**41'895'545**	**3634.4**	**-6'549'323**	**3'008'811**	**7'359'913**

Kommentar Budget
- Die ordentlichen Abschreibungen sind abhängig von den Bilanzwerten und den geplanten Investitionen. Mit der Umsetzung des Projekts «Polycom» steigen die Abschreibungen im Bereich der Mobilien an.
- Die Platzierung von Geldmarktanlagen (Kontokorrent und Festgelder) schätzen wir nach wie vor als schwierig ein. Die Prognosen für 2013 künden weiterhin rekordtiefe Zinsen an. Längerfristige Anlagen mit besseren Konditionen aus den Vorjahren laufen aus.
- Die Auflösung der Reserve für öffentlichen Verkehr in den Jahren 2012 und 2013 wird mit einer ausserordentlichen Abschreibung kompensiert.
- Es wurden 47.5 Mio. Franken für die Auflösung der Steuerausgleichsreserve eingeplant.

Kommentar Finanzplan
- Aufgrund der Prognosen kann erst ab den Planjahren 2015 und 2016 wieder mit höheren Zinserträgen aus der Platzierung von Geldmarktanlagen gerechnet werden.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
FD5022.0001	Übertrag Beteiligungen u. Darlehen vom FV ins VV							
	Ausgaben	-26'768'137.55						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-26'768'137.55**						
	Einnahmen							
	Saldo	**-26'768'137.55**						

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5029 – Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
362	Finanz- und Lastenausgleich		-262'229'000	-276'536'000	5.5	-279'260'000	-288'871'000	-301'565'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-239'194'843.00						
	Total Aufwand	**-239'194'843.00**	**-262'229'000**	**-276'536'000**	**5.5**	**-279'260'000**	**-288'871'000**	**-301'565'000**
462	Finanz- und Lastenausgleich		33'543'000	39'348'000	17.3	38'687'000	38'083'000	39'416'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	36'059'134.00						
	Total Ertrag	**36'059'134.00**	**33'543'000**	**39'348'000**	**17.3**	**38'687'000**	**38'083'000**	**39'416'000**
	Saldo	**-203'135'709.00**	**-228'686'000**	**-237'188'000**	**3.7**	**-240'573'000**	**-250'788'000**	**-262'149'000**

Kommentar Budget
Gemäss Berechnungen der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom 22. Juni 2012.

Kommentar Finanzplan
Gemäss Prognosen der BAK Basel vom März 2012.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5050 – Amt für Informatik und Organisation

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Das AIO plant, beschafft, betreibt und überwacht die Informatikinfrastrukturen der kantonalen Verwaltung. Es vollzieht die IT-Strategie sowie die Weisungen zur Informatik, stellt die Datensicherheit und die Koordination zu Bund und Gemeinden sicher. Als Querschnittsamt koordiniert und unterstützt es alle kantonalen Stellen, die elf Zuger Gemeinden, die Gerichte und die Staatskanzlei.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT

- Entwicklung und Pflege der Informatikstrategie und der konzeptionellen Grundlagen
- Durchführung des strategischen und operativen Controllings inkl. Reporting
- Beschaffung der Hard- und Software, Verbrauchsmaterialien und IT
- Umsetzung von IT-Projekten, Begleitung und Beratung von Fachdienstprojekten
- Unterstützung und Beratung in der Anforderungsdefinition und technischen Prozessgestaltung (Business Engineering)
- Führung und Weiterentwicklung des Serviceportfolios für die kantonale Informatik
- IT-Koordination von Kanton zu Bund und Gemeinden

Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support

- Bereitstellung und Betrieb der Informatik-Infrastruktur
- Erarbeitung des IT-Budgets und dessen Überwachung
- Support der zentral betriebenen Fachanwendungen
- Bereitstellung von zeitgemässen IT-Arbeitsplätzen mit Büroautomation und den benötigten Fachanwendungen
- Betrieb eines leistungsfähigen Zugernetzes für Kanton und Gemeinden

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Informatikverordnung (ITV) vom 29. Juni 2004 (BGS 153.53)
- Informatik-Strategie 2011-2017 (RRB vom 28. September 2010)
- Datensicherheitsverordnung vom 16. Januar 2007 (BGS 157.12)
- Informatikstrategie Kanton-Gemeinden 2016, IT-Konferenz Kanton-Gemeinden, 19. November 2009
- Zusammenarbeitsvereinbarung Zentralschweizer Informatik (ZIK)

1.4 Kommentar Grundlagen

Die Leistung zum Thema Datensicherheit ist neu im Grundauftrag enthalten und entfällt in der Leistungsgruppe 1
Eine neue Leistung bei Leistungsgruppe 1, mit der Unterstützung und Beratung in der Anforderungsdefinition und technischen Prozessgestaltung (Business Engineering)

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Die Gesamtleistung des AIO hinsichtlich Leistungsumfang, Verfüg- und Erreichbarkeit optimal ausgestaltet	Direktionen, Ämter und Gemeinden	Gute Bewertung bei Umfrage	Gute Bewertung bei Umfrage	Gleich
2	Kompetenter Gesprächspartner in allen Belangen der IT und der IT-Organisation	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Stellen des Bundes und anderer Kantone, Lieferantinnen bzw. Lieferanten	100% der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet	100% der Anfragen innerhalb der vereinbarten Frist beantwortet und Lösungsansatz unterbreitet	Gleich
3	Die Leistungen werden kostenbewusst erbracht und transparent weiterverrechnet.	Direktionen, Ämter und Gemeinden	Informatikkennzahlen entsprechen mindestens den durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz	Informatikkennzahlen entsprechen mindestens den durchschnittlichen Werten der Schweizerischen Informatikkonferenz	Gleich
4	Umsetzung DSV	Kanton, Gemeinden		Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton – Gemeinden umgesetzt und nach Vorgaben des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) überprüft	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Beschaffung und Entwicklung der IT				
5	Ganzheitliches IT Controlling und Reporting erfüllt	Finanzdirektor	Reporting gemäss Handbuch erfolgt	Reporting gemäss Handbuch erfolgt	Gleich
6	Informatikstrategie und Konzepte nachgepflegt	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Die Konzepte sind überprüft und angepasst	Alle strategischen Konzepte sind überprüft und wo nötig angepasst	Gleich
7	Pflege der Zusammenarbeit mit den IT-relevanten Ansprechpartnern im Bund, Kanton und Gemeinden	Partner/innen im Bund, Kanton und Gemeinden	– Regelmässige Absprachen sind durchgeführt worden, relevante Ergebnisse auf iZug publiziert – Zusammenarbeit gemäss Umsetzungsplan aus 2010 eingespielt, Forderungen aus IT-Strategie Kanton – Gemeinden 2016 berücksichtigt	– Regelmässige Absprachen sind durchgeführt worden, relevante Ergebnisse auf iZug publiziert – Zusammenarbeit gemäss Umsetzungsplan aus 2010 eingespielt, Forderungen aus IT-Strategie Kanton – Gemeinden laufend 2016 berücksichtigt	Steigend
8	Informatikportfolio erarbeitet und nachgepflegt	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Das Portfolio ist aktiv bewirtschaftet und quartalsweise aktualisiert	Das Portfolio ist aktiv bewirtschaftet und quartalsweise aktualisiert	Gleich
9	Projektunterstützung zeit- und kundengerecht erbracht	Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	Die Leistungsvereinbarungen sind quartalsweise überprüft	– Die Leistungsvereinbarungen sind quartalsweise überprüft – Aufbau von Beratungs- und Unterstützungsleistungen in der Anforderungsdefinition und technischen Prozessgestaltung	Steigend
10	Umsetzung der Infrastrukturprojekte gemäss Portfolio erfolgt	Direktionen, Ämter, Gemeinden	Die in der Verantwortung des AIO liegenden Infrastrukturprojekte aus dem Projektportfolio 2012 sind gemäss Plan umgesetzt	Die in der Verantwortung des AIO liegenden Infrastrukturprojekte aus dem Projektportfolio 2013 sind gemäss Plan umgesetzt	Gleich
A	Umsetzung DSV	Kanton, Gemeinden	Vorgaben der Regierung und der IT-Konferenz Kanton-Gemeinden umgesetzt	«Fällt weg» Neu in Gesamtzielsetzungen	
B	Umsetzung Anwendungscontrolling	Finanzdirektion, Direktionen	Das Verfahren ist flächendeckend eingeführt	«Fällt weg»	
C	Grundlagen für Verzeichnisdienst Zentralschweiz erarbeitet	Kanton, Gemeinden	Das Konzept liegt vor und ist den zuständigen Gremien vorgestellt worden	«Fällt weg»	
D	Organisation AIO an Informatikstrategie 2011 – 2017 angepasst	Kanton, Gemeinden	Neue Servicemodalitäten gemäss IT-Strategie umgesetzt	Die Übergabe an die operativen Stellen erfolgt	Gleich
L28	Auf- und Ausbau E-Government-Angebote erfolgt	Finanzdirektion, Direktionen, Ämter, Gemeinden, Regierungsrat	– Die Berichterstattung für die Phase 2008 bis 2012 ist gemäss RRB erfolgt – Die Planung für die Fortsetzung des E-Government-Programms gemäss RR-Strategie 2018 ist vorgelegt	Die Fortsetzung des E-Government-Programms gemäss RR-Strategie 2018 ist sichergestellt und eine Roadmap ist verabschiedet	Steigend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 2: Betrieb und Support				
11	Durchführen der periodischen Sicherheitsläufe	Direktionen, Ämter, Gemeinden	– Keine Schäden und/oder kein Verlust von Daten durch Eindringlinge – < 10 Unterbrüche an den Arbeitsplätzen wegen Virenbefalls – Keine Datenverluste von > 1 Arbeitstag – Recovery und Restart in < 1 Arbeitstag	– Keine Schäden und/oder kein Verlust von Daten durch Eindringlinge – < 10 Unterbrüche an den Arbeitsplätzen wegen Virenbefalls – Keine Datenverluste von > 1 Arbeitstag – Recovery und Restart in < 1 Arbeitstag	Steigend
12	Betrieb und Support der Bürokommunikationsumgebung	Direktionen, Ämter	– 98% Standard-PC-Arbeitsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl an PC-Arbeitsplätzen (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung) – Verfügbarkeit des Servers > 99% – 98% Störungen am PC-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in < ½ Arbeitstag behoben – Die Servicequalität (Ersterledigungsrate) an Anforderungen der IT-Strategie angepasst	– 98% Standard-PC-Arbeitsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl an PC-Arbeitsplätzen (exkl. Ausnahmen gemäss IT-Verordnung) – Verfügbarkeit des Servers > 99% – 98% Störungen am PC-Arbeitsplatz (Hardware/Basissoftware) in < ½ Arbeitstag behoben – Die Servicequalität der Ersterledigungsrate ist 60%	Gleich
13	Betrieb und Support der Fachanwendungen	Direktionen, Ämter, Gemeinden	– Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft – Verfügbarkeit der Server > 99.5% – Anpassung der Dokumentenablagen an gesteigerte Nutzung realisiert	– Übereinstimmung Servicekatalog mit Leistungsvereinbarungen und Verträgen überprüft – Verfügbarkeit der Server > 99.5%	Gleich
14	Verfügbarkeit und Leistung des Kommunikationsnetzwerkes gewährleistet	Direktionen, Ämter, Gemeinden	– Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen – Anpassung Sicherheitskomponenten und Mailserver an gesteigerte Nutzung realisiert	– Kommunikationsbedürfnisse laufend verfolgt und mit anderen Netzbauern besprochen – Neues Backup Rechenzentrum in Betrieb – Umsetzungskonzept Integration Telefonie vorgelegt	Steigend

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Anzahl E-Mail-Accounts	Anzahl	3449	3'400	3500	Steigend
Externe Benutzer (Dritte, Bürger, Firmen)	Anzahl	1736	2'500	3000	Stark steigend
Anzahl PC-Arbeitsplätze	Anzahl	2343	2'450	2500	Steigend
Registrierte Fachanwendungen	Anzahl	543	520	550	Gleich
Betreute Kundenprojekte	Anzahl	25	25	25	Gleich
Supportaufträge	Anzahl	8176	8'000	8400	Steigend

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Durch die Öffnung nach aussen, steigt die Anzahl der Benutzerkonten, Register und technischen Verzeichnissen stetig an.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-8'584'952.68**	**-9'249'400**	**-10'032'000**	**8.5**	**-10'243'900**	**-10'538'400**	**-10'835'500**
Total Ertrag	**711'078.60**	**700'000**	**700'000**		**750'000**	**770'000**	**800'000**
Saldo	**-7'873'874.08**	**-8'549'400**	**-9'332'000**	**9.2**	**-9'493'900**	**-9'768'400**	**-10'035'500**

Kommentar Budget
- Sachaufwand: Mehraufwand für die Wartung der Arbeitsplatzgeräte infolge abgelaufener Garantien (+30'000.–), für Sicherheitstools und Softwarelizenzen von Servern (+70'000.–), für neue Wartungsaufwendungen in der Laufenden Rechnung aus abgeschlossenen Investitionsprojekten von Fachanwendungen wie iZug, Gever oder z.B. aus dem Projekt der Erneuerung der Supportinfrastruktur inkl. der Überwachung oder dem eGovernment (+130'000.–), für das Anmieten von einem alternativen Rechenzentrum als Rückversicherung (Backup) in Ziel 14 (+150'000.–), für die Besteuerung von Dienstleistungen und Softwaren aus dem Ausland (+50'000.–) und für die Gerätschaften und Softwaren der Präsentationstechnik, welche neu zentral beim AIO budgetiert und beschafft werden (+45'000.–).
- Personalaufwand: In der IT Strategie ist vorgesehen, das Personal im AIO Support aufzustocken. Im Budget 2012 ist eine zweite neue Stelle vorgesehen. Zudem wird aufgrund der Kundenreaktionen und zunehmender Komplexität der Projekte in der Leitungsgruppe 1, Ziel 9 die Kompetenz zur Unterstützung und Beratung der Direktionen und Ämtern für Anforderungsdefinitionen und technischer Prozessgestaltung in Informatikprojekten mit einer ersten neuen Stelle aufgebaut.

Kommentar Finanzplan
- Die weitere Vernetzung und der vermehrte Einsatz von Fachanwendungen als Arbeitsunterstützung führen zu höheren Wartungs- und Supportkosten. Die Fachanwendungen werden immer grösser und benötigen mächtigere Serverinfrastrukturen und damit verbunden auch mehr Lizenzen für Datenbanken und Betriebssysteme und weitere Softwaren. Durch die Öffnung nach aussen steigt die Anzahl der Benutzerkonten, Register und technischen Verzeichnissen rasch an, was auf Lizenz- und den damit im Zusammenhang stehenden abhängigen Wartungskosten Einfluss hat.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT5050.0174	Reserven							
	Ausgaben		-100'000					
	Einnahmen							
IT5050.0180	Umsetzung E-Government-Strategie							
	Ausgaben	-745'909.71	-650'000	-350'000				
	Einnahmen							
IT5050.0184	Versionsanpassungen Bürosoftware							
	Ausgaben	-182'580.65						
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT5050.0188	Erweiterung rollenbasierende Zugriffssicherheit							
	Ausgaben	-58'900.60	-80'000					
	Einnahmen							
IT5050.0191	Erneuerung Supportinfrastruktur AIO/ZUPO							
	Ausgaben	-262'364.70	-100'000					
	Einnahmen							
IT5050.0192	Betriebsoptimierung							
	Ausgaben	-211'495.80						
	Einnahmen							
IT5050.0195	Vorprojekt neues MS-Office u. Vorlagentool Kanton							
	Ausgaben	-67'754.00						
	Einnahmen							
IT5050.0196	Vorprojekt IT-Infrastruktur-anpassung aus Strategie							
	Ausgaben	-8'891.70						
	Einnahmen							
IT5050.0197	Umsetzung Org. Anpassung IT-Strategie 2015 (M1-3)							
	Ausgaben	-97'006.25	-150'000	-100'000				
	Einnahmen							
IT5050.0198	Ersatz Backup Infrastruktur							
	Ausgaben		-360'000					
	Einnahmen							
IT5050.0200	IT-Infrastrukturanpassungen Betrieb							
	Ausgaben		-450'000					
	Einnahmen							
IT5050.0201	PC-Arbeitsplatz 2012							
	Ausgaben		-2'900'000					
	Einnahmen							
IT5050.0202	Fachanwendung Baubewilligungswesen							
	Ausgaben		-230'000	-92'000				
	Einnahmen		92'000					
IT5050.0203	Diverse IT-Projekte pauschal (Plan-Jahre)							
	Ausgaben					-4'000'000	-4'000'000	-4'000'000
	Einnahmen							
IT5050.0204	Ausbau eGovernment							
	Ausgaben			-50'000		-400'000	-400'000	
	Einnahmen							
IT5050.0205	Benutzerkonto							
	Ausgaben			-250'000		-100'000		
	Einnahmen							

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT5050.0206	Submission Clientersatz							
	Ausgaben			-100'000				
	Einnahmen							
IT5050.0207	Harmonisierung Support-Werkzeuge							
	Ausgaben			-200'000		-50'000		
	Einnahmen							
IT5050.0208	Ersatz zentraler Speicher							
	Ausgaben			-1'500'000				
	Einnahmen							
IT5050.0209	Konsolidierung Infrastruktur aus Strategie-Phase 1							
	Ausgaben			-200'000				
	Einnahmen							
IT5050.0210	Integration Telefonie							
	Ausgaben			-150'000				
	Einnahmen							
IT5050.0211	Umsetzung DSV mobile Devices							
	Ausgaben			-200'000				
	Einnahmen							
IT5050.0212	Reserven							
	Ausgaben			-100'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-1'634'903.41**	**-5'020'000**	**-3'292'000**		**-4'550'000**	**-4'400'000**	**-4'000'000**
	Einnahmen		**92'000**					
	Saldo	**-1'634'903.41**	**-4'928'000**	**-3'292'000**		**-4'550'000**	**-4'400'000**	**-4'000'000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Leistungsauftrag

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Steuerverwaltung veranlagt und bezieht die Kantons-, Gemeinde- und direkten Bundessteuern für alle im Kanton Zug steuerpflichtigen Privatpersonen und Unternehmen. Sie rechnet mit den Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden, den anderen Kantonen und dem Bund gegenseitige Steuerguthaben ab. Zudem stellt sie zahlreichen eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Behörden Steuerdaten und spezielle Auswertungen zur Verfügung. Die Steuerverwaltung berät und unterstützt bei der Budgetierung der Steuererträge, bei der Wirtschaftspflege, bei Ansiedlungen und bei steuer- und finanzpolitischen Fragen.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)

- Führung Steuerregister der im Kanton Zug steuerpflichtigen natürlichen Personen
- Veranlagung periodische Steuern, Sondersteuern, Nachsteuern und Ordnungsbussen inkl. steuerliche Vorbescheide, Bescheinigungen und Repartitionsgrundlagen
- Abrechnung Rückerstattungssteuern, d.h. Verrechnungssteuern, besondere Steuerrückbehalte und pauschale Steueranrechnungen
- Abrechnung bzw. Veranlagung von Quellensteuern
- Durchführung von Buchprüfungen bei Selbständigerwerbenden

Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)

- Führung Steuerregister der im Kanton Zug steuerpflichtigen juristischen Personen
- Veranlagung periodische Steuern, Nachsteuern und Ordnungsbussen inkl. steuerliche Vorbescheide, Bescheinigungen und Repartitionsgrundlagen
- Durchführung von Buchprüfungen bei juristischen Personen
- Bewertung nichtkotierter Wertpapiere
- Pauschale Steueranrechnungen

Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren

- Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten der Gemeinden inkl. Inventarkontrolle und Nachsteuern daraus
- Steuerstrafen bei Hinterziehung und Steuerbetrug und Strafanzeigen an Strafbehörden
- Steuerbefreiung von juristischen Personen wegen Verfolgung von öffentlichen, gemeinnützigen oder Kultuszwecken und von BVG-Einrichtungen mit späterer periodischer Überprüfung
- Nationaler und internationaler Amts- und Rechtshilfeverkehr sowie Auskünfte aus den Steuerakten
- Einsprachen und gerichtliche Rechtsmittelverfahren

Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen

- Inkasso der Steuerforderungen inkl. Verlustscheinbewirtschaftung
- Entscheid über Steuererlass-Gesuche
- Abrechnungen mit Bund, anderen Kantonen, Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden inkl. Repartitionen
- Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, Unterstützung bei Budget und Finanzplan zugunsten Finanzdirektion und Gemeinden
- Zentrale Verlustscheinbewirtschaftung für einen Teil der kantonalen Ämter und Gerichte

Leistungsgruppe 5: Besondere externe Dienstleistungen

- Bereitstellung der NFA-Ressourcen-Daten an Bundesbehörden und Prüfung der Rückmeldungen und Berechnungen des Bundes
- Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössische Behörden
- Bereitstellung von Formularen und elektronischen Medien an Bevölkerung, Unternehmen und andere Behörden

Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung

- Mitwirkung bei der Gesetzgebung, bei der Beantwortung parlamentarischer Vorstösse, bei Vernehmlassungen und Mitberichten
- Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten
- Beratung und Unterstützung des Finanzdirektors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standortentwicklung
- Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Verbänden und Interessengruppen, Vertretung der Kantonsinteressen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990 (SR 642.11) und rund 20 darauf aufbauende Verordnungen und Ausführungserlasse des Bundesrats und des Eidg. Finanzdepartements
- Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG) vom 14. Dezember 1990 (SR 642.14)
- Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer (VStG) vom 13. Oktober 1965 (SR 642.21) und darauf aufbauende Verordnungen des Bundesrats und des Eidg. Finanzdepartements
- Rund 70 Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) des Bundes mit ausländischen Staaten sowie darauf aufbauende Protokolle und Notenwechsel

- Bundesgesetz gegen die Schwarzarbeit (BGSA) vom 17. Juni 2005 (SR 822.41)
- Steuergesetz (StG) vom 25. Mai 2000 (BGS 632.1)
- Verordnung zum Steuergesetz (Vo-StG) vom 30. Januar 2001 (BGS 632.11)
- Verordnung über die Verlustscheinbewirtschaftung für die kantonale Verwaltung und die Gerichte vom 20. April 2012 (BGS 632.15)
- Diverse Bestimmungen zur Übermittlung von Steuerdaten oder zur Bereitstellung von Abfragemöglichkeiten in zahlreichen Gesetzen des Bundes und des Kantons

1.4 Kommentar Grundlagen

Keine Bemerkungen

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 1: Veranlagung natürliche Personen (NP)				
1	Registerführung NP	Steuerpflichtige	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Gleich
2	Periodische Steuern: Veranlagung NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Steuerpflichtige	2007: 100% 2008: 99% 2009: 98% 2010: 95% 2011: 60%	2008: 100% 2009: 99% 2010: 98% 2011: 95% 2012: 60%	Analog, absolute Anzahl Veranlagungen zunehmend
3	Sondersteuern: Veranlagung NP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Steuerpflichtige	Veranlagung i.d.R. innert Wochenfrist	Veranlagung i.d.R. innert Wochenfrist	Steigend
4	Abrechnung Rückerstattungssteuern	Steuerpflichtige	54'000 Wertschriftenverzeichnisse/Anträge abrechnen	54'500 Wertschriftenverzeichnisse/Anträge abrechnen	Steigend
5	Zeitgerechte Abrechnung der Quellensteuern	Steuerpflichtige, Arbeitgebende, übrige Abrechnungspflichtige	100%	100%	Gleich, absolute Anzahl Veranlagungen zunehmend
6	Externe Buchprüfung bei Selbständigerwerbenden vor Ort	Steuerpflichtige	Prüfung 100 Steuerjahre	Prüfung 100 Steuerjahre	Gleich
	Leistungsgruppe 2: Veranlagung juristische Personen (JP)				
7	Registerführung JP	Steuerpflichtige	Aktuell innerhalb Wochenfrist	Stets aktuell innerhalb Wochenfrist	Gleich
8	Veranlagung Steuern JP inkl. Vorbescheide und Bescheinigungen	Steuerpflichtige	2005: 100% 2006: 100% 2007: 99.5% 2008: 98% 2009: 90% 2010: 66% 2011: 20%	2007: 100% 2008: 99.5% 2009: 98% 2010: 90% 2011: 66% 2012: 20%	Analog, absolute Anzahl der Veranlagungen zunehmend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
9	Externe Buchprüfung bei Gesellschaften vor Ort	Steuerpflichtige	Prüfung 100 Steuerjahre	Prüfung 100 Steuerjahre	Gleich
10	Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Steuerpflichtige	8'400 Bewertungen	8'500 Bewertungen	Steigend
11	Pauschale Steueranrechnung	Steuerpflichtige	90 Fälle	90 Fälle	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Besondere Steuern und Verfahren				
12	Inventarkontrolle, Veranlagung Erbschafts- und Schenkungssteuern zugunsten Gemeinden, Nachsteuern aus Inventarkontrolle	Steuerpflichtige, Erbinnen und Erben sowie andere Begünstigte, Gemeinden	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	Inventare innert 30 Tagen kontrolliert	Gleich
13	Steuerstrafen, Strafanzeigen	Steuerpflichtige, Strafbehörden und Gerichte	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft Nachsteuer	Strafbefehle max. 4 Monate nach Rechtskraft der Nachsteuer	Gleich
14	Steuerbefreiung infolge öffentlicher, gemeinnütziger oder Kultuszwecke oder BVG, periodische Überprüfung	Antragstellende	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	Entscheid innert 30 Tagen nach vollständigen Unterlagen	Gleich
15	Fristgerechte Antworten im nationalen und internationalen Amts- und Rechtshilfeverkehr sowie auf Begehren um Auskünfte aus Steuerakten	ESTV, kantonale und eidg. Behörden und Gerichte	100%	100%	Gleich
16	Einsprachen und gerichtliche Rechtsmittelverfahren	Steuerpflichtige, kantonale und eidg. Behörden und Gerichte	90% aller 2011 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2012 entschieden, gerichtlicher Rechtsmittelverkehr immer innert Frist	90% aller 2012 oder früher eingegangenen Einsprachen spätestens im August 2013 entschieden, gerichtlicher Rechtsmittelverkehr immer innert Frist	Gleich
	Leistungsgruppe 4: Inkasso und Rechnungswesen				
17	Zeitgerechtes und vollständiges Inkasso aller Steuerforderungen, Verlustscheinbewirtschaftung	Steuerpflichtige	Inkasso laufend akutell	Inkasso laufend aktuell	Zunehmend
18	Entscheid über Erlassgesuche	Antragstellende	Entscheid über 90% der Gesuche innert 3 Monaten	Entscheid über 90% der Gesuche innert 3 Monaten	Gleich
19	Zeitnahe fehlerfreie Abrechnung mit den verschiedenen Gemeinwesen inkl. Repartitionen	Bund, andere Kantone, Einwohner-, Kirch- und Bürgergemeinden	100% innert Frist	100% innert Frist	Zunehmend
20	Erstellen der Jahresabschlüsse und Statistiken über die Steuererträge für Kanton und Gemeinden, Unterstützung bei Budget und Finanzplan	Kanton und Gemeinden, Finanzdirektion, Regierung, Gemeinden	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
A	Erstmaliger Aufbau und Betrieb einer kantonsweiten zentralen Verlustscheinbewirtschaftung	Gerichte und andere Ämter des Kantons Zug	Gestaffelte Übernahme der Verlustscheinbewirtschaftung für die meisten kantonalen Ämter und Gerichte ab 2012 durch die STV	Ab 2013 sukzessiver Ausbau mit weiteren Ämtern und Gerichten	Zunehmend

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Leistungsgruppe 5: Besondere externe Dienstleistungen				
21	Bereitstellung der Ressourcen-Daten für den Finanzausgleich, Prüfung der Rückmeldungen und Berechnungen des Bundes	Bund, andere Kantone	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
22	Bereitstellung von Steuerdaten an diverse kommunale, kantonale und eidgenössische Behörden	AHV, Prämienverbilligung, Militär, Landwirtschaft, Stipendien, Wohnungswesen, Musikschulen, Schulzahnpflege, Bürgergemeinden	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
23	Ausstellen von steuerlichen Vorbescheiden und Bescheinigungen	Privatpersonen, Unternehmen, Berater(innen)	Rückmeldung i.d.R. innert vier Arbeitstagen	Entfällt, da ab 2013 integriert in den übrigen Leistungsgruppen	Entfällt
24	Rechtzeitige Bereitstellung der Steuerformulare und elektronischen Medien, u.a. Steuerdeklarationssoftware eTax.zug und eGovernment-Anwendungen	Bevölkerung, Unternehmen, andere Behörden, Berater(innen)	Alles rechtzeitig bereit	Alles rechtzeitig bereit	Gleich
	Leistungsgruppe 6: Gesetzgebung und Standortentwicklung				
25	Gesetzgebung, parlamentarische Vorstösse, Vernehmlassungen und Mitberichte	Finanzdirektion, andere Direktionen, Regierungsrat, Kantonsrat, Bundesbehörden	100% innert Frist	100% innert Frist	Gleich
26	Mitwirkung bei der Wirtschaftspflege und bei Ansiedlungsprojekten, d.h. Beratung und Betreuung von Ansässigen und Zuzugsinteressierten	Ansässige, Zuzugsinteressierte, Berater(innen), Kontaktstelle Wirtschaft	Rückmeldung und Unterstützung zu 100% innert der vereinbarten Termine	Rückmeldung und Unterstützung zu 100% innert der vereinbarten Termine	Gleich
27	Beratung und Unterstützung des Finanzdirektors bei Gesetzgebung, nationaler und internationaler Steuerpolitik und Standortentwicklung	Finanzdirektor	Laufende Beratung und Unterstützung, proaktiv und auf Anfrage	Laufende Beratung und Unterstützung, proaktiv und auf Anfrage	Gleich
28	Kontaktpflege mit lokalen und nationalen Verbänden und Interessengruppen, Vertretung der Kantonsinteressen in Arbeitsgruppen des Bundes und der Kantone	Verbände und Interessengruppen, Kanton, Bevölkerung, Unternehmen, Berater(innen)	Laufende Kontaktpflege und Interessenvertretung, u.a. durch externe Referate und Schulungen	Laufende Kontaktpflege und Interessenvertetung, u.a. durch externe Referate und Schulungen	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Keine Bemerkungen

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Periodische Veranlagungen Einkommens- und Vermögenssteuern natürliche Personen	Anzahl		70'100	71'000	Steigend
Sondersteuer-Veranlagungen natürliche Personen	Anzahl		3'700	3'700	Gleich
Quellensteuerabrechnungen im Kanton Zug Ansässige	Anzahl		8'700	10'500	Steigend
Quellensteuerabrechnungen im Ausland Ansässige	Anzahl		10'500	12'000	Steigend
Verrechnungssteuerabrechungen	Anzahl		54'000	56'000	Steigend
Abrechnungen übrige Rückerstattungssteuern	Anzahl		2'100	2'100	Gleich
Periodische Veranlagungen Gewinn- und Kapitalsteuern juristische Personen	Anzahl		25'500	26'300	Steigend
Bewertung nichtkotierter Wertpapiere	Anzahl		8'400	8'500	Steigend
Erbschafts- und Schenkungssteuer-veranlagungen	Anzahl		180	180	Gleich
Nachsteuerveranlagungen	Anzahl		180	180	Gleich
Steuerstrafen und Strafanzeigen	Anzahl		140	140	Gleich
Einsprachen	Anzahl		880	800	Steigend
Gerichtliche Rechtsmittelverfahren	Anzahl		25	25	Steigend
Provisorische und definitive Steuerrechnungen	Anzahl		480'000	470'000	Steigend
Ratenzahlungsvereinbarungen	Anzahl		9'800	9'200	Steigend
Betreibungen	Anzahl		4'700	4'400	Steigend
Pfändungsbegehren	Anzahl		3'250	3'200	Steigend
Erlassentscheide	Anzahl		400	400	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Bei Veranlagungen sind immer definitive Veranlagungen gemeint. Die zusätzlichen provisorischen Veranlagungen werden nicht separat erwähnt.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand	**-19'412'519.04**	**-20'344'400**	**-20'297'600**	**-0.2**	**-20'838'400**	**-21'510'000**	**-22'199'100**
Total Ertrag	**4'943'165.65**	**4'712'000**	**5'090'000**	**8.0**	**4'962'000**	**5'059'000**	**5'169'000**
Saldo	**-14'469'353.39**	**-15'632'400**	**-15'207'600**	**-2.7**	**-15'876'400**	**-16'451'000**	**-17'030'100**

Kommentar Budget
- Die stetig wachsende Bevölkerung und die kontinuierlich ansteigenden Unternehmenszahlen machen es erforderlich, dass die Steuerverwaltung personell entsprechend Schritt halten kann, damit keine für die Steuerkundschaft unzumutbaren Veranlagungs- und Inkassorückstände entstehen. Für 2013 ist daher für die beiden Veranlagungsabteilungen Natürliche Personen und Juristische Personen gesamthaft ein Stellenwachstum von 300 Stellenprozenten erforderlich, was rund 2 Prozent der aktuellen Vollzeitstellen der Steuerverwaltung entspricht. Dass der Personalaufwand insgesamt dennoch kaum steigt oder sogar sinkt, ist darauf zurückzuführen, dass mehrere langjährige Mitarbeitende im Laufe des Jahres 2012 in den Ruhestand übertreten und für sie Jüngere nachfolgen, die tiefere Gesamtvergütungen erhalten, weil sie noch am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn stehen und auch noch keine Treue- und Erfahrungszulagen erhalten.
- Sonst keine besonderen Bemerkungen.

Kommentar Finanzplan
- Aufwand und Ertrag entwickeln sich im mehrjährigen Schnitt im Rahmen der Vorgaben der Finanzstrategie.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT5060.0105	Weiterentwicklung e-Tax							
	Ausgaben	-95'289.72	-80'000	-80'000				
	Einnahmen							
IT5060.0164	Externe Datenbezüger							
	Ausgaben	-25'920.00						
	Einnahmen							
IT5060.0175	CH-Meldewesen							
	Ausgaben	-176'462.15	-200'000	-150'000		-200'000	-200'000	
	Einnahmen							
IT5060.0176	eGov: elektr. Einreichung Steuerdaten (Konzept)							
	Ausgaben	-77'328.00						
	Einnahmen							
IT5060.0180	eKonto							
	Ausgaben		-850'000	-550'000		-500'000	-200'000	-100'000
	Einnahmen							
IT5060.0181	Zentrale Verlustschein-bewirtschaftung							
	Ausgaben		-150'000					
	Einnahmen							
IT5060.0182	Ein-Kuvert-Strategie							
	Ausgaben		-140'000					
	Einnahmen							
IT5060.0183	Externe Datenbezüger 2012–2015							
	Ausgaben		-60'000					
	Einnahmen							
IT5060.0184	eDossier							
	Ausgaben			-1'000'000		-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
	Einnahmen							
IT5060.0185	Erweiterungen für Statistiken und Datenlieferungen							
	Ausgaben			-80'000				
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-374'999.87**	**-1'480'000**	**-1'860'000**		**-1'700'000**	**-1'400'000**	**-1'100'000**
	Einnahmen							
	Saldo	**-374'999.87**	**-1'480'000**	**-1'860'000**		**-1'700'000**	**-1'400'000**	**-1'100'000**

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
- Der für 2013 budgetierte Aufwand liegt über dem Budget 2012, weil grosse Investitionen im Bereich eGovernment (vor allem eKonto und eDossier) geplant sind.

Kommentar Finanzplan
- Für die Jahre 2014 bis 2016 ist mit einem im langjährigen Vergleich überdurchschnittlichen Investitionsaufwand zu rechnen, weil grosse Investitionen im Bereich eGovernment (vor allem eKonto und eDossier) geplant sind.

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5065 – Kantonssteuern

Leistungsauftrag
Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
313	Dienstleistungen und Honorare		-2'000'000	-2'200'000	10.0	-2'300'000	-2'400'000	-2'500'000
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-2'500'000	-2'000'000	-20.0	-2'000'000	-2'000'000	-2'000'000
349	Verschiedener Finanzaufwand		-10'070'000	-10'740'000	6.7	-11'120'000	-11'420'000	-11'680'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-14'883'160.73						
	Total Aufwand	**-14'883'160.73**	**-14'570'000**	**-14'940'000**	**2.5**	**-15'420'000**	**-15'820'000**	**-16'180'000**
400	Direkte Steuern natürliche Personen		451'800'000	450'000'000	-0.4	470'100'000	486'300'000	519'400'000
401	Direkte Steuern juristische Personen		213'500'000	204'900'000	-4.0	207'800'000	210'800'000	219'800'000
402	Übrige direkte Steuern		1'400'000	2'000'000	42.9	2'000'000	2'000'000	2'000'000
440	Zinsertrag		1'700'000	1'700'000		1'700'000	1'700'000	1'700'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	679'857'404.22						
	Total Ertrag	**679'857'404.22**	**668'400'000**	**658'600'000**	**-1.5**	**681'600'000**	**700'800'000**	**742'900'000**
	Saldo	**664'974'243.49**	**653'830'000**	**643'660'000**	**-1.6**	**666'180'000**	**684'980'000**	**726'720'000**

Kommentar Budget
- Bei den Dienstleistungen und Honoraren (Konto 313) handelt es sich ausschliesslich um gesetzliche Entschädigungen an Arbeitgebende für die Abrechnung und Ablieferung von Quellensteuern. Da die Quellensteuererträge zunehmen, steigen auch die dafür auszurichtenden Entschädigungen.
- Bei den Wertberichtigungen auf Forderungen (Konto 318) zeigt sich im langjährigen Vergleich ein Erfahrungswert von etwa 2 Mio. Franken, wobei in einzelnen Jahren mit grösseren Schwankungen gegen oben oder unten gerechnet werden muss. Das Konto beinhaltet sowohl die gesetzlich geregelten Erlasse und Teilerlasse für Steuerpflichtige, welche aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse nicht in der Lage sind, ihre Steuerrechnungen zu begleichen, als auch die Abschreibungen von uneinbringlichen Forderungen infolge Konkurses oder vergeblicher Inkassomassnahmen.
- Bei den Steuererträgen wurde für 2013 von einem grundsätzlichen Wachstum von rund 5 bis 8 % ausgegangen. Anschliessend wurden Ausfälle oder Mehreinnahmen infolge von Steuergesetzrevisionen und zusätzliche Effekte aus bekannten grösseren Einzelfällen hinzu- oder abgerechnet.
- Bei den natürlichen Personen waren in den Jahren 2011 und 2012 substanzielle positive Einmaleffekte zu verzeichnen, welche im 2013 nur noch stark reduziert nachwirken werden. Zu berücksichtigen sind ab 2013 ferner Mindereinnahmen infolge der Steuergesetzrevision 2012 und infolge des nunmehr jährlichen Ausgleichs der kalten Progression.
- Bei den juristischen Personen sind ab 2013 die tieferen Gewinnsteuersätze infolge der Steuergesetzrevision 2012 zu berücksichtigen.
- Bei den übrigen direkten Steuern handelt es sich ausschliesslich um Erträge aus Nachsteuern und Steuerstrafen. Sie sind im Voraus jeweils schwer abschätzbar und im Gesamtergebnis oft von einigen wenigen grossen Fällen abhängig. Da in den vergangenen Jahren immer ein bis zwei grössere Fälle verzeichnet werden konnten, wird das Budget ab 2013 erhöht und dieser Erfahrungswert auch für die Finanzplanjahre 2014 bis 2016 fortgeschrieben. Es kann allerdings sein, dass einmal in einem Jahr keine grösseren Fälle zu verzeichnen sind und damit das eher optimistische Budget nicht erreicht werden kann.

Kommentar Finanzplan
- Bei den Steuererträgen wird infolge des allgemeinen Bevölkerungswachstums und der zunehmenden Unternehmenszahlen von einem generellen Wachstum von etwa 3 bis 8% pro Jahr (je nach Steuerart) ausgegangen. Ertragsmindernd ist zu berücksichtigen, dass die Steuergesetzrevision 2012 auch in den Jahren 2014 und 2015 noch nachwirken wird, insbesondere durch die Senkung des Gewinnsteuersatzes in drei zeitlich gestaffelten Schritten.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5068 – Bundessteuern

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
460	Ertragsanteile		268'475'000	245'171'000	-8.7	257'390'000	271'008'000	284'218'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	249'010'973.35						
	Total Ertrag	**249'010'973.35**	**268'475'000**	**245'171'000**	**-8.7**	**257'390'000**	**271'008'000**	**284'218'000**
	Saldo	**249'010'973.35**	**268'475'000**	**245'171'000**	**-8.7**	**257'390'000**	**271'008'000**	**284'218'000**

Kommentar Budget
- Bei den Erträgen aus dem Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer wurde je nach Steuerart von einem grundsätzlichen Wachstum von rund 4 bis 8% ausgegangen. Anschliessend wurden Ausfälle oder Mehreinnahmen infolge von Steuergesetzrevisionen und zusätzliche Effekte aus bekannten grösseren Einzelfällen hinzu- oder abgerechnet.
- Beim Budget 2012 wurden substanzielle Einmaleffekte berücksichtigt, die sich im Budgetjahr 2013 nicht mehr im gleichen Umfang wiederholen werden. Dies erklärt den relativ markanten Rückgang der Erträge vom Budget 2012 ins Budget 2013.

Kommentar Finanzplan
- Bei den Erträgen aus dem Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer wurde je nach Steuerart von einem grundsätzlichen Wachstum von rund 4 bis 8% pro Jahr ausgegangen. Anschliessend wurden Ausfälle oder Mehreinnahmen infolge von Steuergesetzrevisionen und zusätzliche Effekte aus bekannten grösseren Einzelfällen hinzu- oder abgerechnet.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Finanzdirektion
5069 – Finanzausgleich Einwohnergemeinden

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
362	Finanz- und Lastenausgleich		-71'330'624	-90'245'000	26.5	-78'800'000	-81'400'000	-84'100'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-72'125'601.00						
	Total Aufwand	**-72'125'601.00**	**-71'330'624**	**-90'245'000**	**26.5**	**-78'800'000**	**-81'400'000**	**-84'100'000**
462	Finanz- und Lastenausgleich		71'330'624	90'245'000	26.5	78'800'000	81'400'000	84'100'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	72'125'601.00						
	Total Ertrag	**72'125'601.00**	**71'330'624**	**90'245'000**	**26.5**	**78'800'000**	**81'400'000**	**84'100'000**
	Saldo							

Kommentar Budget
Aufgrund von Einmaleffekten bei den Steuereinnahmen von natürlichen Personen ergibt sich für das Budgetjahr eine höhere Ausgleichssumme. Vgl. auch die Kommentare zum Kantonssteuerertrag.

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6101 – Kantonsgericht: Verwaltung

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-2'130'800	-2'078'600	-2.4	-2'134'700	-2'211'600	-2'291'200
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-2'258'000	-2'219'400	-1.7	-2'279'200	-2'361'400	-2'446'300
305	Arbeitgeberbeiträge		-869'200	-815'200	-6.2	-837'200	-867'400	-898'600
309	Übriger Personalaufwand		-8'000	-8'000		-8'000	-8'000	-8'000
310	Material- und Warenaufwand		-56'000	-47'000	-16.1	-47'000	-47'000	-47'000
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-6'000	-2'100	-65.0	-2'100	-2'100	-2'100
313	Dienstleistungen und Honorare		-3'500	-3'500		-3'500	-3'500	-3'500
315	Unterhalt Mobilien		-22'800	-23'900	4.8	-23'900	-23'900	-23'900
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-21'000	-21'000		-21'000	-21'000	-21'000
317	Spesenentschädigungen		-2'500	-2'500		-2'500	-2'500	-2'500
319	Übriger Betriebsaufwand		-1'000	-1'000		-1'000	-1'000	-1'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-5'116'292.23						
	Total Aufwand	**-5'116'292.23**	**-5'378'800**	**-5'222'200**	**-2.9**	**-5'360'100**	**-5'549'400**	**-5'745'100**
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'000	5'000	400.0	5'000	5'000	5'000
440	Zinsertrag		900	1'500	66.7	1'500	1'500	1'500
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	77'553.80						
	Total Ertrag	**77'553.80**	**1'900**	**6'500**	**242.1**	**6'500**	**6'500**	**6'500**
	Saldo	**-5'038'738.43**	**-5'376'900**	**-5'215'700**	**-3.0**	**-5'353'600**	**-5'542'900**	**-5'738'600**

Kommentar Budget
Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan
Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden. Hinzu kommt, dass per 1. Januar 2011 die neuen schweizerischen Prozessordnungen in Kraft getreten sind. Deren Auswirkungen sind noch nicht vollständig abschätzbar. Tendenziell sind die Verfahren zum Teil bereits aufwändiger geworden. Insgesamt ist wohl in den nächsten Jahren mit einem steigenden Aufwand zu rechnen, da die Verfahren komplizierter werden.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6102 – Kantonsgericht: Rechtspflege in Zivilsachen

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
313	Dienstleistungen und Honorare		-500	-500		-500	-500	-500
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-160'000	-205'000	28.1	-205'000	-205'000	-205'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-600'000	-600'000		-600'000	-600'000	-600'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-714'580.21						
	Total Aufwand	**-714'580.21**	**-760'500**	**-805'500**	**5.9**	**-805'500**	**-805'500**	**-805'500**
421	Gebühren für Amtshandlungen		2'900'000	3'200'000	10.3	3'200'000	3'200'000	3'200'000
426	Rückerstattungen		75'000	100'000	33.3	100'000	100'000	100'000
427	Bussen		5'000	3'000	-40.0	3'000	3'000	3'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	2'772'545.00						
	Total Ertrag	**2'772'545.00**	**2'980'000**	**3'303'000**	**10.8**	**3'303'000**	**3'303'000**	**3'303'000**
	Saldo	**2'057'964.79**	**2'219'500**	**2'497'500**	**12.5**	**2'497'500**	**2'497'500**	**2'497'500**

Kommentar Budget
Aufgrund des Inkrafttretens der neuen Kostenverordnung vom 15. Dezember 2011 ist mit höheren Entscheidgebühren in Zivilverfahren zu rechnen. Erhöhung des Aufwands der uneinbringlichen Verfahrenskosten aufgrund der bisherigen und der zu erwartenden Entwicklung.

Kommentar Finanzplan
Vgl. Kommentar 6101, Kantonsgericht: Verwaltung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6106 – Strafgericht: Verwaltung

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-898'600	-936'900	4.3	-962'200	-996'800	-1'032'700
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-635'400	-657'600	3.5	-675'300	-699'600	-724'800
304	Zulagen		-8'500	-8'000	-5.9	-8'200	-8'500	-8'800
305	Arbeitgeberbeiträge		-307'700	-303'300	-1.4	-311'500	-322'700	-334'400
309	Übriger Personalaufwand		-2'500	-2'500		-2'500	-2'500	-2'500
310	Material- und Warenaufwand		-17'500	-17'500		-17'500	-17'500	-17'500
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-500		-100.0			
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'100	-300	-72.7	-300	-300	-300
315	Unterhalt Mobilien		-7'400	-7'800	5.4	-7'800	-7'800	-7'800
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-5'000	-5'000		-5'000	-5'000	-5'000
317	Spesenentschädigungen		-1'000	-1'000		-1'000	-1'000	-1'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-1'500	-1'500		-1'500	-1'500	-1'500
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'872'565.10						
	Total Aufwand	**-1'872'565.10**	**-1'886'700**	**-1'941'400**	**2.9**	**-1'992'800**	**-2'063'200**	**-2'136'300**
421	Gebühren für Amtshandlungen			500	100.0	500	500	500
440	Zinsertrag		500	500		500	500	500
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	26'487.90						
	Total Ertrag	**26'487.90**	**500**	**1'000**	**100.0**	**1'000**	**1'000**	**1'000**
	Saldo	**-1'846'077.20**	**-1'886'200**	**-1'940'400**	**2.9**	**-1'991'800**	**-2'062'200**	**-2'135'300**

Kommentar Budget
Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan
Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden. Hinzu kommt, dass per 1. Januar 2011 die neuen schweizerischen Prozessordnungen in Kraft getreten sind. Deren Auswirkungen sind noch nicht vollständig abschätzbar. Tendenziell sind die Verfahren zum Teil bereits aufwändiger geworden. Insgesamt ist wohl in den nächsten Jahren mit einem steigenden Aufwand zu rechnen, da die Verfahren komplizierter werden.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6107 – Strafgericht: Rechtspflege in Strafsachen

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-550'000	-600'000	9.1	-600'000	-600'000	-600'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-220'000	-370'000	68.2	-370'000	-370'000	-370'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-1'004'589.05						
	Total Aufwand	**-1'004'589.05**	**-770'000**	**-970'000**	**26.0**	**-970'000**	**-970'000**	**-970'000**
421	Gebühren für Amtshandlungen		290'000	290'000		290'000	290'000	290'000
426	Rückerstattungen		1'000	1'000		1'000	1'000	1'000
427	Bussen		100'000	100'000		100'000	100'000	100'000
430	Verschiedene betriebliche Erträge		20'000	20'000		20'000	20'000	20'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	241'817.85						
	Total Ertrag	**241'817.85**	**411'000**	**411'000**		**411'000**	**411'000**	**411'000**
	Saldo	**-762'771.20**	**-359'000**	**-559'000**	**55.7**	**-559'000**	**-559'000**	**-559'000**

Kommentar Budget
Erhöhung des Aufwands in der Rechtspflege (v.a. unentgeltliche Rechtsbeistände) aufgrund der bisherigen und der zu erwartenden Entwicklung.

Kommentar Finanzplan
Vgl. Kommentar 6106, Strafgericht: Verwaltung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6111 – Obergericht: Verwaltung

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-1'421'000	-1'427'500	0.5	-1'466'100	-1'518'800	-1'573'400
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-2'441'600	-2'546'600	4.3	-2'615'400	-2'709'500	-2'807'000
305	Arbeitgeberbeiträge		-759'600	-746'200	-1.8	-766'400	-793'900	-822'600
309	Übriger Personalaufwand		-103'000	-103'650	0.6	-103'650	-103'650	-103'650
310	Material- und Warenaufwand		-30'000	-29'000	-3.3	-29'000	-29'000	-29'000
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-5'500	-2'300	-58.2	-2'300	-2'300	-2'300
313	Dienstleistungen und Honorare		-50'400	-92'340	83.2	-92'340	-92'340	-92'340
315	Unterhalt Mobilien		-76'900	-35'850	-53.4	-35'850	-35'850	-35'850
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-22'000	-22'000		-22'000	-22'000	-22'000
317	Spesenentschädigungen		-2'000	-2'000		-2'000	-2'000	-2'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-25'000	-25'000		-25'000	-25'000	-25'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-4'565'752.90						
	Total Aufwand	**-4'565'752.90**	**-4'937'000**	**-5'032'440**	**1.9**	**-5'160'040**	**-5'334'340**	**-5'515'140**
421	Gebühren für Amtshandlungen		55'000	65'000	18.2	65'000	65'000	65'000
425	Erlös aus Verkäufen		3'000	3'000		3'000	3'000	3'000
440	Zinsertrag		100	100		100	100	100
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	83'272.50						
	Total Ertrag	**83'272.50**	**58'100**	**68'100**	**17.2**	**68'100**	**68'100**	**68'100**
	Saldo	**-4'482'480.40**	**-4'878'900**	**-4'964'340**	**1.8**	**-5'091'940**	**-5'266'240**	**-5'447'040**

Kommentar Budget
Ab 2013 werden die provisorischen Abschreibungen von Forderungen bewirtschaftet (wie bisher bereits die unentgeltliche Rechtspflege). Dafür und wegen der Zunahme der Fälle wird evtl. in der Gerichtskasse zusätzliches Personal benötigt. Budgetiert wird 1.0 PE.

Kommentar Finanzplan
Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden. Hinzu kommt, dass per 1. Januar 2011 die neuen schweizerischen Prozessordnungen in Kraft getreten sind. Deren Auswirkungen sind noch nicht vollständig abschätzbar. Tendenziell sind die Verfahren zum Teil bereits aufwändiger geworden. Insgesamt ist wohl in den nächsten Jahren mit einem steigenden Aufwand zu rechnen, da die Verfahren komplizierter werden.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Projekt und Bezeichnung		Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013		Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
IT6111.0084	Tribuna V3							
	Ausgaben	-16'362.00						
	Einnahmen							
Total Budgetkredite								
	Ausgaben	**-16'362.00**						
	Einnahmen							
	Saldo	**-16'362.00**						

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Kommentar Budget
Keine Bemerkungen

Kommentar Finanzplan
Keine Bemerkungen

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6112 – Obergericht: Rechtspflege in Zivilsachen

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
313	Dienstleistungen und Honorare		-1'000	-1'000		-1'000	-1'000	-1'000
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-65'000	-70'000	7.7	-70'000	-70'000	-70'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-36'000	-36'000		-36'000	-36'000	-36'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-89'558.45						
	Total Aufwand	**-89'558.45**	**-102'000**	**-107'000**	**4.9**	**-107'000**	**-107'000**	**-107'000**
421	Gebühren für Amtshandlungen		390'000	390'000		390'000	390'000	390'000
426	Rückerstattungen		5'000	5'000		5'000	5'000	5'000
427	Bussen		1'000	1'000		1'000	1'000	1'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	329'563.00						
	Total Ertrag	**329'563.00**	**396'000**	**396'000**		**396'000**	**396'000**	**396'000**
	Saldo	**240'004.55**	**294'000**	**289'000**	**-1.7**	**289'000**	**289'000**	**289'000**

Kommentar Budget
Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan
Vgl. Kommentar 6111; Obergericht: Verwaltung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6113 – Obergericht: Rechtspflege in Strafsachen

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-250'000	-250'000		-250'000	-250'000	-250'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-60'000	-70'000	16.7	-70'000	-70'000	-70'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-273'794.95						
	Total Aufwand	**-273'794.95**	**-310'000**	**-320'000**	**3.2**	**-320'000**	**-320'000**	**-320'000**
421	Gebühren für Amtshandlungen		55'000	60'000	9.1	60'000	60'000	60'000
426	Rückerstattungen		1'000	1'000		1'000	1'000	1'000
427	Bussen		27'000	15'000	-44.4	15'000	15'000	15'000
430	Verschiedene betriebliche Erträge		5'000	5'000		5'000	5'000	5'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	64'661.25						
	Total Ertrag	**64'661.25**	**88'000**	**81'000**	**-8.0**	**81'000**	**81'000**	**81'000**
	Saldo	**-209'133.70**	**-222'000**	**-239'000**	**7.7**	**-239'000**	**-239'000**	**-239'000**

Kommentar Budget
Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan
Vgl. Kommentar 6111; Obergericht: Verwaltung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6114 – Obergericht: Beschwerdeabteilung

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-55'000	-55'000		-55'000	-55'000	-55'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-25'000	-30'000	20.0	-30'000	-30'000	-30'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-71'749.80						
	Total Aufwand	**-71'749.80**	**-80'000**	**-85'000**	**6.3**	**-85'000**	**-85'000**	**-85'000**
421	Gebühren für Amtshandlungen		150'000	150'000		150'000	150'000	150'000
426	Rückerstattungen		5'000	5'000		5'000	5'000	5'000
427	Bussen		2'000	2'000		2'000	2'000	2'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	159'749.36						
	Total Ertrag	**159'749.36**	**157'000**	**157'000**		**157'000**	**157'000**	**157'000**
	Saldo	**87'999.56**	**77'000**	**72'000**	**-6.5**	**72'000**	**72'000**	**72'000**

Kommentar Budget
Keine wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr.

Kommentar Finanzplan
Vgl. Kommentar 6111; Obergericht: Verwaltung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6141 – Staatsanwaltschaft: Verwaltung

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-6'264'500	-6'627'000	5.8	-6'805'900	-7'051'000	-7'304'900
304	Zulagen		-35'000	-50'000	42.9	-51'400	-53'200	-55'100
305	Arbeitgeberbeiträge		-1'245'400	-1'269'200	1.9	-1'303'500	-1'350'500	-1'399'100
309	Übriger Personalaufwand		-11'000	-12'500	13.6	-12'500	-12'500	-12'500
310	Material- und Warenaufwand		-64'000	-64'000		-64'000	-64'000	-64'000
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-4'400	-1'000	-77.3	-1'000	-1'000	-1'000
313	Dienstleistungen und Honorare		-12'400	-12'400		-12'400	-12'400	-12'400
315	Unterhalt Mobilien		-41'400	-44'000	6.3	-44'000	-44'000	-44'000
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-35'000	-35'000		-35'000	-35'000	-35'000
317	Spesenentschädigungen		-30'000	-20'000	-33.3	-20'000	-20'000	-20'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-5'000	-5'000		-5'000	-5'000	-5'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-7'535'607.89						
	Total Aufwand	**-7'535'607.89**	**-7'748'100**	**-8'140'100**	**5.1**	**-8'354'700**	**-8'648'600**	**-8'953'000**
421	Gebühren für Amtshandlungen		7'000	2'000	-71.4	2'000	2'000	2'000
440	Zinsertrag		1'200	1'200		1'200	1'200	1'200
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	168'071.25						
	Total Ertrag	**168'071.25**	**8'200**	**3'200**	**-61.0**	**3'200**	**3'200**	**3'200**
	Saldo	**-7'367'536.64**	**-7'739'900**	**-8'136'900**	**5.1**	**-8'351'500**	**-8'645'400**	**-8'949'800**

Kommentar Budget
Seit 1. April 2012 ist bei der Staatsanwaltschaft ein dritter polizeilicher Protokollführer tätig bzw. in Ausbildung. Der Bereich Jugendanwalt muss bereits 2012 personell aufgestockt werden (+ 0.8 PE Jugendanwalt, + 0.8 PE Sozialarbeiter).

Kommentar Finanzplan
Die längerfristige Entwicklung ist in der Rechtspflege kaum vorhersehbar. Die Aufwendungen und Erträge im Bereich der Rechtspflege können nicht geplant und gesteuert werden. Hinzu kommt, dass per 1. Januar 2011 die neuen schweizerischen Prozessordnungen in Kraft getreten sind. Deren Auswirkungen sind noch nicht vollständig abschätzbar. Tendenziell sind die Verfahren zum Teil bereits aufwändiger geworden. Insgesamt ist wohl in den nächsten Jahren mit einem steigenden Aufwand zu rechnen, da die Verfahren komplizierter werden.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6142 – Staatsanwaltschaft: Rechtspflege

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
313	Dienstleistungen und Honorare		-5'000	-5'000		-5'000	-5'000	-5'000
318	Wertberichtigungen auf Forderungen		-685'000	-1'000'000	46.0	-1'000'000	-1'000'000	-1'000'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-80'000	-80'000		-80'000	-80'000	-80'000
361	Entschädigungen an Gemeinwesen		-1'400'000	-1'500'000	7.1	-1'500'000	-1'500'000	-1'500'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-2'832'895.21						
	Total Aufwand	**-2'832'895.21**	**-2'170'000**	**-2'585'000**	**19.1**	**-2'585'000**	**-2'585'000**	**-2'585'000**
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'570'000	1'670'000	6.4	1'670'000	1'670'000	1'670'000
426	Rückerstattungen		80'000	50'000	-37.5	50'000	50'000	50'000
427	Bussen		2'000'000	2'000'000		2'000'000	2'000'000	2'000'000
430	Verschiedene betriebliche Erträge		20'000	20'000		20'000	20'000	20'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	4'152'767.40						
	Total Ertrag	**4'152'767.40**	**3'670'000**	**3'740'000**	**1.9**	**3'740'000**	**3'740'000**	**3'740'000**
	Saldo	**1'319'872.19**	**1'500'000**	**1'155'000**	**-23.0**	**1'155'000**	**1'155'000**	**1'155'000**

Kommentar Budget
Erhöhung des Aufwands in der Rechtspflege (Kostenübernahme durch Staat und uneinbringliche Verfahrenskosten, Bussen, Geldstrafen) aufgrund der bisherigen und der zu erwartenden Entwicklung.

Kommentar Finanzplan
Vgl. Kommentar 6141; Staatsanwaltschaft: Verwaltung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6181 – Verwaltungsgericht: Verwaltung

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen		-974'400	-968'800	-0.6	-994'900	-1'030'800	-1'067'900
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege		-1'134'300	-1'120'200	-1.2	-1'158'800	-1'198'400	-1'239'300
305	Arbeitgeberbeiträge		-402'700	-377'300	-6.3	-377'400	-390'900	-405'100
309	Übriger Personalaufwand		-9'250	-9'250		-9'250	-9'250	-9'250
310	Material- und Warenaufwand		-30'500	-33'500	9.8	-33'500	-33'500	-33'500
311	Nicht aktivierbare Anlagen		-3'200		-100.0			
313	Dienstleistungen und Honorare		-50'000	-54'000	8.0	-54'000	-54'000	-54'000
315	Unterhalt Mobilien		-10'600	-7'050	-33.5	-7'500	-7'500	-7'500
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren		-3'900	-3'900		-3'900	-3'900	-3'900
317	Spesenentschädigungen		-2'500	-2'500		-2'500	-2'500	-2'500
319	Übriger Betriebsaufwand		-2'500	-2'500		-2'500	-2'500	-2'500
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-2'561'180.83						
	Total Aufwand	**-2'561'180.83**	**-2'623'850**	**-2'579'000**	**-1.7**	**-2'644'250**	**-2'733'250**	**-2'825'450**
421	Gebühren für Amtshandlungen		1'000	1'000		1'000	1'000	1'000
	Total Ertrag		**1'000**	**1'000**		**1'000**	**1'000**	**1'000**
	Saldo	**-2'561'180.83**	**-2'622'850**	**-2'578'000**	**-1.7**	**-2'643'250**	**-2'732'250**	**-2'824'450**

Kommentar Budget
Das Verwaltungsgericht stellt auch mit dem sich von den Vorjahren kaum unterscheidenden Budget 2013 sicher, seinen Aufgaben als Rechtspflegeinstanz sowohl sparsam und effizient als auch schnell und nachhaltig gerecht zu werden.

Kommentar Finanzplan
Das Verwaltungsgericht ist zuversichtlich, trotz der ab 2013 teilweise erweiterten Aufgaben seine Funktion auch in den nächsten Jahren mit möglichst demselben Personalbestand und damit gleich bleibendem Aufwand erfüllen zu können. Es sind gegenwärtig weder beim Aufwand noch beim Ertrag wesentliche Veränderungen absehbar.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6182 – Verwaltungsgericht: Rechtspflege

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
313	Dienstleistungen und Honorare		-50'000	-50'000		-50'000	-50'000	-50'000
319	Übriger Betriebsaufwand		-58'000	-53'000	-8.6	-53'000	-53'000	-53'000
388	Datenübernahme Umstellung HRM2	-76'123.25						
	Total Aufwand	**-76'123.25**	**-108'000**	**-103'000**	**-4.6**	**-103'000**	**-103'000**	**-103'000**
421	Gebühren für Amtshandlungen		120'000	140'000	16.7	140'000	140'000	140'000
488	Datenübernahme Umstellung HRM2	148'424.00						
	Total Ertrag	**148'424.00**	**120'000**	**140'000**	**16.7**	**140'000**	**140'000**	**140'000**
	Saldo	**72'300.75**	**12'000**	**37'000**	**208.3**	**37'000**	**37'000**	**37'000**

Kommentar Budget
Vgl. Kommentar 6181, Verwaltungsgericht: Verwaltung.

Kommentar Finanzplan
Vgl. Kommentar 6181, Verwaltungsgericht: Verwaltung.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Institutionelle Gliederung
Richterliche Behörden
6183 – Schätzungskommission

Leistungsauftrag

Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
300	Vergütungen an gewählte Behörden, Richter/innen			-120'000	100.0	-123'200	-127'700	-132'300
301	Löhne Angestellte der Verwaltung und Rechtspflege			-91'000	100.0	-93'400	-96'800	-100'300
305	Arbeitgeberbeiträge			-26'000	100.0	-26'700	-27'600	-28'600
309	Übriger Personalaufwand			-5'350	100.0	-5'350	-5'350	-5'350
310	Material- und Warenaufwand			-1'700	100.0	-1'700	-1'700	-1'700
311	Nicht aktivierbare Anlagen			-16'950	100.0	-16'950	-16'950	-16'950
313	Dienstleistungen und Honorare			-85'000	100.0	-85'000	-85'000	-85'000
315	Unterhalt Mobilien			-11'700	100.0	-11'700	-11'700	-11'700
316	Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren			-2'700	100.0	-2'700	-2'700	-2'700
317	Spesenentschädigungen			-500	100.0	-500	-500	-500
319	Übriger Betriebsaufwand			-6'500	100.0	-6'500	-6'500	-6'500
	Total Aufwand			**-367'400**	**100.0**	**-373'700**	**-382'500**	**-391'600**
421	Gebühren für Amtshandlungen			100'000	100.0	100'000	100'000	100'000
	Total Ertrag			**100'000**	**100.0**	**100'000**	**100'000**	**100'000**
	Saldo			**-267'400**	**100.0**	**-273'700**	**-282'500**	**-291'600**

Kommentar Budget
Die Schätzungskommission war früher der Sicherheitsdirektion (Kst. 3515) zugeordnet. Zusätzlich wurden noch Aufwände im Direktionssekretariat der Baudirektion (Kst. 3000) verbucht. Im Budget 2013 sind jetzt alle diese Positionen zusammengefasst. Abgesehen von geringen Anpassungen infolge der Revision des PBG und der unabhängigeren Stellung der Schätzungskommission (Erfassung von teilweise bisher andernorts budgetierten Aufwand- und Ertragspositionen, erhöhte Anzahl Mitglieder) hält sich das Budget an die bewährten Erfahrungszahlen der Vergangenheit.

Kommentar Finanzplan
Die Schätzungskommission erwartet in den nächsten Jahren keine wesentlichen Veränderungen beim Aufwand oder Ertrag.

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalten

Pädagogische Hochschule Zug
Interkantonale Strafanstalt Bostadel

1 Grundlagen

1.1 Grundauftrag

Die Pädagogische Hochschule Zug (PH Zug) ist eine Bildungsinstitution im Tertiärbereich. Sie bildet Lehrpersonen für die Volksschule der Stufen Kindergarten/Unterstufe und der Primar aus, bietet bedarfsorientierte Weiter- und Zusatzausbildungen an und vermittelt und erbringt Beratungsleistungen. Sie betreibt Forschung und Entwicklung in den Bereichen Bildungsmanagement und Bildungsökonomie, Interkulturalität und pädagogische Entwicklungszusammenarbeit, Mündlichkeit in Schule und Unterricht sowie allgemeine Schul- und Unterrichtsentwicklung. Sie sorgt für den Wissenstransfer zwischen Forschung, Lehre und Praxis.

1.2 Leistungsgruppen und Leistungen

Leistungsgruppe 1: Lehre

- Studiengänge Kindergarten/Unterstufe und Primarstufe
- Stufen- und Facherweiterungsprogramme im Bereich Kindergarten/Unterstufe und Primarstufe
- Weiterbildungen in Bereichen Volksschule und Schulentwicklung
- Zusatzausbildungen (MAS, DAS, CAS) in den Bereichen Volksschule und Schulentwicklung
- Vorbereitungskurs für Quereinsteigende und Kurse im Bereich schulergänzende Betreuung

Leistungsgruppe 2: Forschung und Entwicklung

- Umsetzung von Unterrichts- und Praxisforschungsprojekten sowie Forschungs- und Entwicklungsprojekten in den Schwerpunktbereichen der PH Zug
- Nutzbarmachung von Forschungsergebnissen für die Praxis und in der Lehre
- Expertentätigkeiten (Vorträge, Gutachten, Prüfungsexpertisen)

Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen

- Beratungen in den Bereichen Lehre (Aus- und Weiterbildung) und Schulentwicklung
- Veranstaltungen (Tagungen, Kongresse)
- Mediothek
- Studierendenaustausch (Mobilität)
- EDV- und IT-Support
- Kanzleidienste
- Mensa

Leistungsgruppe 4: Kommunikation und Vernetzung

- Information über Angebot und Entwicklung der PH Zug
- Vernetzung mit anderen Hochschulen, dem Praxisfeld und weiteren Partnerinnen und Partnern

1.3 Wesentliche rechtliche Grundlagen

- Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG) vom 30. September 2011
- Reglement über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarschule vom 10. Juni 1999 (BGS 411.214)
- Gesetz über die Pädagogische Hochschule (Stand: 2. Lesung RR)
- Verordnung über die Pädagogische Hochschule (Stand: Entwurf vom März 2012)
- Studienreglement der Pädagogischen Hochschule (Entwurf vom Januar 2012)
- Gebührenreglement der Pädagogischen Hochschule Zug (Entwurf vom März 2012)
- Vertrag über die Kooperation zwischen der Pädagogischen Hochschulen Luzern und der Pädagogischen Hochschule Zug (Entwurf vom März 2012)
- Strategie der PH Zug 2013 - 2018 (Entwurf)

1.4 Kommentar Grundlagen

Mit der Auflösung des PHZ-Konkordats per 31. Juli 2013 verliert die PHZ Zug ihre rechtliche Grundlage. Die Nachfolgeinstitution PH Zug nimmt per 1. August 2013 als öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ihre Arbeit auf. Die Art und der Umfang der zu erbringenden Leistungen ändert sich mit der Kantonalisierung der PHZ Zug nicht. Jedoch sind für die PH Zug per 1. August 2013 neue gesetzliche Grundlagen zu erarbeiten.

2 Zielsetzungen und Erfolgskontrolle

1, 2, 3 = Wiederkehrende Ziele A, B, C = Projekte L1, L2, L3 = Legislaturziele

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
	Gesamtzielsetzung				
1	Wirtschaftlicher Mitteleinsatz	Steuerzahlerinnen und Steuerzahler		– Der Kostendeckungsgrad von 45% ist erreicht – Die Zusatzausbildung sowie die kostenpflichtigen Kurse und Dienstleistungen werden kostendeckend angeboten	Gleich
A	Etablierung der neuen Organisationsstrukturen der PH Zug (Umstrukturierungsprojekt)	Studierende		– Die Prozesse und Abläufe sind geklärt – Führungsverantwortliche auf allen Ebenen sind mit den neuen Regelungen und Abläufen vertraut	Die Organisationsabläufe funktionieren reibungslos
B	Erreichung EFQM-Zertifizierung	Studierende, Kunden		Erarbeitung Stufe «Recognised for Excellence»	2016: Stufe «Recognised for Excellence» ist erreicht
C	Institutionalisierung der Kooperation mit Luzern	Schulen, Lehrpersonen, Bildungsregion Zentralschweiz		Konkretisierung der im Kooperationsvertrag vorgesehenen Kooperationsbereiche	Abschluss von Kooperationsvereinbarungen
	Leistungsgruppe 1: Lehre				
2	Festigung der Studierendenzahlen	Schulen, Studierende		70 bis 90 Abschlüsse pro Studienjahr	Gleich
3	Positive Kompetenzentwicklung der Studierenden	Studierende, Schulen, SchülerInnen		– Positive Resultate der Erhebung über PaLea – Resultate Benchmarking der PH Zug, Luzern und St. Gallen	Gleich
4	Absolventinnen und Absolventen der PH Zug finden Zugang zum Arbeitsmarkt	Studierende, Schulen		Unter Berücksichtigung der Bewerbungslage verläuft der Einstieg in den Lehrberuf bei 80% der Absolvetinnen und Absolventen, die sich für eine Stelle als Lehrer/Lehrerin, erfolgreich	Gleich
5	Qualitativ hochstehendes Weiter- und Zusatzbildungsangebot	Schulen, Schulleitungen, Lehrpersonen, Bildungsregion Zentralschweiz		Die Rückmeldungserhebung WBZA ist positiv	Gleich
6	Unterrichtsformen an der PH Zug entsprechen hochschuldidaktischen Ansprüchen	Studierende, Kursteilnehmende		– Die Rückmeldungserhebung WBZA ist positiv – Good Practice-Beispiele der PH Zug sind veröffentlicht	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
D	Konzeption der Weiter- und Zusatzausbildung unter den neuen Rahmenbedingungen des Kantons Zug	Schulen, Bildungsregion Zentralschweiz		– Es werden Verhandlungen mit der PH Luzern betreffend die Neukonzeption geführt – Die Gemeinden des Kantons Zug stimmen der Stossrichtung der Neukonzeption zu	Der Kanton Luzern arbeitet bei der Umsetzung der Neukonzeption mit. Die Gemeinden unterstützen die Umsetzung der Neukonzeption
	Leistungsgruppe 2: Forschung und Entwicklung				
7	Mitgestaltung des akademischen Diskurses in den Schwerpunktbereichen der PH Zug	Studierende, Fachkreise		Eingeworbene Projekte werden fristgerecht bearbeitet	Gleich
8	Nutzbarmachung des erarbeiteten Wissens, Sicherstellung des Praxistransfers	Studierende, Fachkreise		– Mindestens 50 Publikationen sind veröffentlicht – Mindestens 40 Präsentationen an Kongressen, Tagungen usw. werden abgehalten	Gleich
	Leistungsgruppe 3: Dienstleistungen				
9	Die PH Zug ist ein Kompetenzzentrum für Beratungen im Bildungsbereich	Kunden		Die Aufträge werden fristgerecht erledigt	Gleich
10	Durchführung von Veranstaltungen (Tagungen, Kongresse usw.)	Kunden		Es finden pro Jahr 2 Veranstaltungen (Tagung, Kongress usw.) an der PH Zug statt	Gleich
E	Beratungsangebot im Bereich Weiterbildung	Schulen, Schulleitunge, Lehrpersonen		Konzept Weiterbildungsberatung ist erstellt	Beratungen finden in fünf Schulen statt. Beratungsangebot wird mit der PH Luzern koordiniert
	Leistungsgruppe 4: Kommunikation und Vernetzung				
11	Adäquate und gezielte Information über Angebote und Entwicklungen der PH Zug	Studierende, Praxispartner (insb. Volksschulen), Kunden, Öffentlichkeit		– 80 bis 100 Neuanmeldungen für die Studiengänge pro Studienjahr – die Veranstaltungen und Angeboten sind ausgelastet	Gleich

Nr.	Zielsetzungen	Leistungsempfangende	Indikatoren und Zielgrössen 2012	Indikatoren und Zielgrössen 2013	Tendenz 2014 – 16
12	Zusammenarbeit mit externen Partnerinnen und Partnern	Bildungsregion Zentralschweiz		– Projekte werden in Kooperation durchgeführt – die Vereinbarungen der Kooperation mit Luzern werden umgesetzt	Gleich

Kommentar Zielsetzungen und Erfolgskontrolle
Die PH Zug befindet sich in einem Umstrukturierungsprozess (PHZ Zug > PH Zug). Daher weist sie viele zentrale Projekte aus.
Eine Ausdifferenzierung der Indikatoren und Zielgrössen ist nach Abschluss der Umstrukturierung und Neuausrichtung möglich.

3 Einfluss-/Plangrössen

Bezeichnung	Einheit	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Tendenz 2014 – 16
Studierende der Studiengänge	Anzahl			280	Gleich
Studierende des Vorkurses	Anzahl			30	Gleich
Kursangebote Weiterbildung	Anzahl			130	Gleich
Mitarbeitende	Vollzeitstellen			60	Gleich

Kommentar Einfluss-/Plangrössen
Aufgrund der Umstrukturierung (PHZ Zug > PH Zug) und der Neuetablierung der eigenständigen PH Zug ab 1. August 2013 ist die Bezifferung der Einfluss- und Plangrössen zum jetzigen Zeitpunkt schwer schätzbar.
Weiterbildungskurse: Aufgrund der Neuausrichtung der WBZA sind die Kurszahlen unter Vorbehalt zu berücksichtigen.
Mitarbeitende: Die Zahlen geben Auskunft über die Mitarbeitenden der PH Zug. Die Mitarbeitenden der Schulen St. Michael Zug, welche aufgrund des Dienstleistungsvertrags zwischen der PH Zug und den Schulen St. Michael AG Leistungen erbringen, sind nicht enthalten.

4 Laufende Rechnung (Globalbudget)

	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016
Total Aufwand			-8’114’000	100.0	-19’500’000	-20’226’000	-20’226’000
Total Ertrag			4’966’000	100.0	11’900’000	11’900’000	11’900’000
Saldo			-3’148’000	100.0	-7’600’000	-8’326’000	-8’326’000

Kommentar Budget
Bis zum 31. Juli 2013 wird die Pädagogische Hochschule Zug innerhalb des Konkordats über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ-Konkordat) geführt.
Per 1. August 2013 wird die Pädagogische Hochschule kantonalisiert und als öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit weitergeführt. Entsprechend bestehen für das Jahr 2013 zwei Budgets (1. Januar bis 31. Juli 2013; 1. August bis 31. Dezember 2013). Der hier ausgewiesene Saldo entspricht dem Kantonsbeitrag vom 1. August bis 31. Dezember 2013, der beim Amt für Mittelschulen und Pädagogische Hochschule (Kst. 1730) budgetiert ist.

Kommentar Finanzplan
Per 1. August 2014 werden die Mitarbeitenden der Pädagogischen Hochschule Zug nach dem Zuger Personalrecht eingereiht: Aus diesem Wechsel vom Luzerner auf das Zuger Lohnsystem resultiert ab 1. August 2014 ein erhöhter Personalaufwand.

5 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Keine

Verpflichtungskredite (jährliche Tranchen gemäss FHG § 28 Abs. 5)

Keine

Selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt
Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Leistungsauftrag
Ohne Leistungsauftrag

1 Laufende Rechnung (Globalbudget)

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013	Abw. in %
300	Entschädigungen an Kommissionen	-6'300.00	-6'000	-6'000	0.0%
301	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-7'969'125.50	-7'956'000	-7'922'000	-0.4%
303	Sozialversicherungsbeiträge	-484'959.55	-471'500	-469'200	-0.5%
304	Personalversicherungsbeiträge	-1'116'442.55	-1'075'700	-1'127'200	4.8%
305	Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge	-172'783.50	-167'500	-159'000	-5.1%
306	Dienstkleider, Wohnungs- und Verpflegungszulagen	-182'320.69	-191'300	-153'720	-19.6%
307	Rentenleistungen	-13'176.00	-13'200	-13'200	0.0%
308	Entschädigung temporäres Aushilfspersonal	-1'029.60	-6'000	-6'000	0.0%
309	Übriger Personalaufwand	-132'665.05	-168'500	-175'500	4.2%
310	Büromaterial und Drucksachen	-18'798.20	-25'000	-25'000	0.0%
311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	-123'684.53	-190'050	-166'650	-12.3%
312	Wasser, Energie, Heizmaterialien	-249'925.10	-290'500	-290'000	-0.2%
313	Verbrauchsmaterialien und DL Dritter für Gefangene	-1'571'598.83	-1'615'600	-1'708'810	5.8%
314	Dienstleistungen Dritter für den baulichen Unterhalt	-335'823.39	-355'000	-230'000	-35.2%
315	Dienstleistungen Dritter für den übrigen Unterhalt	-355'322.75	-402'300	-375'500	-6.7%
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	-16'425.00	-17'500	-27'300	56.0%
317	Spesenentschädigungen	-61'816.50	-63'800	-60'200	-5.6%
318	Dienstleistungen und Honorare	-1'624'096.52	-1'488'700	-1'474'900	-0.9%
319	Übriger Sachaufwand	-40'207.62	-50'500	-48'500	-4.0%
320	Passivzinsen	-63'373.54	-90'000	-70'000	-22.2%
330	Abschreibungen Finanzvermögen	-5'096.40	-5'000	-5'000	0.0%
331	Abschreibgungen Verwaltungsvermögen	-575'683.91	-677'850	-741'000	9.3%
	Total Aufwand	**-15'120'654.73**	**-15'327'500**	**-15'254'680**	**-0.5%**
420	Vermögensertrag Banken	595.15	2'000	1'000	-50.0%
421	Vermögensertrag Guthaben	-	100	100	0.0%
427	Übrige Vermögenserträge	2'534.00	3'300	3'300	0.0%
432	Kostgelder und Kostenanteile	12'223'289.07	11'715'700	12'105'000	3.3%
435	Verkäufe	3'309'659.67	3'245'000	3'085'500	-4.9%
436	Rückerstattungen	95'887.38	73'500	73'500	0.0%
437	Entgeltsminderungen	-9'649.46	-15'000	-12'000	-20.0%
	Defizitanteil Kanton Basel-Stadt (4/5)	-401'328.86	242'320	-1'376	-100.6%
	Defizitanteil Kanton Zug (1/5)	-100'332.22	60'580	-344	-100.6%
	Total Ertrag	**15'120'654.73**	**15'327'500**	**15'254'680**	**-0.5%**
	Saldo	**0.00**	**0.00**	**0.00**	

2 Investitionsrechnung

Budgetkredite

Konto	Bezeichnung	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
5030.01	Betriebsgebäude inkl. feste Einrichtungen Hochbauten	-353'664.45	-200'000	-220'000
5060.01	EDV-Anlage	-12'071.60	0	0
5060.02	Möblierungen (Haus und Gewerbe)	-92'313.40	-80'000	-80'000
5060.03	Maschinen, Apparate und Anlagen	-10'387.00	-220'000	-368'000
5060.04	Fahrzeuge	-51'000.00	0	-95'000
5060.06	Maschinen und Apparate Gewerbe	-137'265.05	-340'000	-225'000
	Total Ausgaben	**-656'701.50**	**-840'000**	**-988'000**

Kalt-Zehnder-Druck AG, Zug / 450